

4. August 1930

RICHARD KLEINEIBST · ES WIRD EUROPÄISCH GESPROCHEN

... Und ich darf im Namen meiner politischen Freunde sagen, daß wir diesen Haß [gegen Frankreich] für einen moralischen und politischen Faktor von unschätzbarem Wert für die Zukunft halten. Ernst Graf zu Reventlow

Frankreich ist in einer Lage, die es ihm gestattet weder besorgt zu sein noch großsprecherisch auftreten zu müssen. André Tardieu

IN seinem anglomanen, aber materialreichen Englandbuch¹ bemüht sich Hermann Kantorowicz zu zeigen, daß das englische Weltreich keineswegs planmäßig aufgebaut worden sei, daß es vielmehr den Engländern sozusagen als Gottesgeschenk in den Schoß gefallen wäre. Daran ist so viel richtig, daß nicht irgendein englischer Staatsmann vor 2 oder 3 Jahrhunderten einen detaillierten Plan des British Empire entworfen hat, den seine Nachfolger dann ausführten. Es gab da ganz gewiß "Zwangsläufigkeiten", es gab eine ökonomische Entwicklung, bedingt durch die insulare Lage Englands, die die Expansion, das Hinübergreifen auf andere Erdteile, auf unerschlossene Rohstoffgebiete zu einer Lebensnotwendigkeit machte. Es gab Kaufleute und Abenteurer, die den Weg bahnten, es kam die kapitalistische industrielle Entwicklung in dem Inselland, die Zurückdrängung der Agrarwirtschaft, zum Teil als Rückwirkung der Expansion und gleichzeitig sie fördernd, es kamen Kämpfe und Kriege, und es war eines schönen Tags ein Weltreich da. Gewiß war es langsam gewachsen wie ein Organismus. Wie ein Organismus aber auch mehr und mehr teleologisch, also zweckmäßig auf dem vorhandenen Unterbau errichtet: je größer es wurde und je stärker gefestigt, um so bewußter und planmäßiger ausgebaut und das ganze politische und wirtschaftliche Leben Englands beherr-

1) Siehe darüber die Rundschau *Geschichte*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 610 und folgende.

schend, fördernd und überschattend. Das englische Weltreich war eine Einheit geworden. Sich verändernd, hier die Bindungen gelockert, dort (Amerika) sogar zerrissen, aber immer ein Ganzes, umschlossen von dem ehernen Band der Ozeane, die Großbritannien beherrschte, festgenietet an allen Verbindungsstellen zu Land und zu Wasser durch englische Stützpunkte, gesichert auch durch die Uneinigkeit möglicher Konkurrenten. Das "Divide et impera!" der englischen Politik ist kein Schreckgespenst von Anglophoben, die Politik des balance of power kein Alptraum kontinentaler Englandhasser.

Es sei nicht untersucht, inwieweit diese Politik, die mindestens für die Vergangenheit auch von den die deutsche Öffentlichkeit beherrschenden Anglophilen nicht geleugnet wird (schließlich gibt es dafür doch unwiderlegliche Dokumente), die Einheit des europäischen Kontinents gehindert hat. Daß sie nicht der einzige Faktor für die Zerrissenheit des europäischen Gebiets ist, versteht sich von selbst. Aber diese Zerrissenheit, deren letzter schauerlichster Ausdruck (bis heute) der Krieg von 1914 bis 1918 war, wird allgemach von den Völkern dieses Kontinents als eine, vielleicht die Hauptursache für viele ihrer Leiden empfunden und erkannt. Auch hier mahnen gebieterisch ökonomische Änderungen, daß es "so nicht weitergehen" kann. Der Anachronismus der Zerklüftung ist schon mit Händen zu greifen, und nur die Relikte (freilich starke und ausgedehnte) einer andern ökonomischen Epoche, der Epoche der Nationalstaaten, der ideologische Überbau, um mit Marx zu sprechen, bilden heute ein schier unüberwindliches Hindernis auf dem Weg zur Vernunft. Durch Gebrauch "geheiligte" Traditionen, Erinnerungen an Kämpfe der Vergangenheit, an aktuelle Velleitäten und ein schwer ausrottbares Mißtrauen bilden Mauern, an die die Brechstange noch gelegt werden muß. Doch der ideologische Überbau ist erschüttert. Mit dem Flugzeug, dem weltumspannenden Funken fliegen Ideen von Land zu Land, verdichten sich zur Wesenhaftigkeit und wachsen auf zu konstruktiven Plänen. Auch für den Vereinigten Europäischen Kontinent sind die Fundamente längst gelegt, der konstruktive Plan ist die erste Landkarte eines unerforschten Gebiets. Aber es muß hier erst begonnen werden, was England, was Amerika bereits besitzt.

Es ist Frankreich, das die ersten praktischen Schritte zu dieser Pionierarbeit wagte, das früher als andere europäische Mächte die Notwendigkeit einer ruhigen, einheitlichen Entwicklung des Kontinents empfand (oft genug, eigentlich immer in seinen Absichten mißverstanden) und die Vorbedingungen herzustellen suchte. Der Exponent dieses Frankreichs ist heute Aristide Briand, und sein Memorandum ist nur die greifbare Verdichtung seiner seit Jahren mit Zähigkeit verfolgten Politik. Nun liegen die Antworten, die er klugerweise befristet eingefordert hatte, vor², und sie bestätigen, leider, skeptische Voraussagen. Von einer objektiven, unvoreingenommenen Prüfung durch die Hauptmächte ist keine Rede. Nicht der Plan als solcher wird angesehen, er wird an dem gemessen, was man in Deutschland nationale Belange, in Italien sacro egoismo nennt, ohne daß Rücksicht auf die Möglichkeit der Verwirklichung bestimmter Ansprüche der Teile in einem Ganzen genommen wird. Doch bevor die Antworten dieser beiden kontinentaleuropäischen Staaten näher ins Auge gefaßt werden, sei die Antwort Englands betrachtet; denn die beiden anderen stehen mit ihr in ideellem Zusammenhang.

2) Siehe darüber die Rundschau *Außenpolitik*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 793 und folgende.

Die britische Antwort läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und wenn Briand mit seinem Vorstoß kein anderes Verdienst hätte als dies: Klarheit geschaffen zu haben, es wäre nicht gering. Ähnlich wie die Teilnehmer an der Londoner Konferenz werden auch die durch sein Memorandum Angerufenen zum Bekenntnis gezwungen. Es kann nicht, wie deutsche Zeitungen zu melden wußten, eine Überraschung für Frankreich gewesen sein, daß England eine glatt ablehnende Haltung eingenommen hat. Es ist den Franzosen besser bekannt als den Deutschen, daß Großbritannien keine europäische Macht ist, und man darf wohl glauben, daß sie im Lauf ihrer Geschichte diese Tatsache genugsam kennen gelernt haben, um England seine Sonderstellung im "Europäischen Konzert" zuzubilligen, wenn es sie nur nicht zum Anlaß nimmt disharmonische Musik zu erzeugen. Jedenfalls ist in der britischen Antwort für alle, die es wissen wollen oder nicht, klipp und klar ausgesprochen, daß »there are special considerations of which His Majesty's Government as a Member of the British Commonwealth of Nations must take account«, mit anderen Worten, daß England sich mehr denn je als Haupt seines Weltreichs fühlt, seine Politik danach einrichtet und, wie gern zugestanden sei, von seinem Standpunkt aus (was sozialistische Billigung der imperialistischen Aktionen nicht einschließt) auch einrichten muß. Das Vereinigte Königreich ist Bestandteil eines außereuropäischen Weltreichs, und die Empirepropaganda als solche ist doch nicht nur, wie ein Teil der deutschen Presse es darstellen möchte, ein Reservat ehrgeiziger Presselords sondern eine starke Bewegung, hinter der die City steht, und der auch die Arbeiterbewegung sich nicht entziehen kann. Das hat die Konferenz der englischen Gewerkschaften bewiesen, das unterstreichen die theoretischen Erörterungen, die in den Kreisen der Arbeiterpartei heute an der Tagesordnung sind. Freilich ist es eine völlige Verkennung der Sachlage daraus zu schließen, daß Englands Interesse am europäischen Kontinent deshalb geringer geworden sei. Das Gegenteil ist richtig. Ob zu Recht oder Unrecht: den geeinten Kontinent empfindet England als Gegner, und er ist es freilich auch insofern, als er als Werkzeug britischer Politik nicht mehr zu gebrauchen wäre. Und dazu sind, um ein Wort Hugo von Lamezans in der Kreuzzeitung vom 20. Juli 1930 zu zitieren, »sich selbst genügende kontinentale Wirtschaftsreiche für Englands Seemacht unangreifbar«, während es die englische Insel angesichts des heutigen Standes der Technik keineswegs mehr ist. Mag also der Vereinigung Europas an sich jede aggressive Tendenz noch so sehr fehlen (und sie ist nichts weniger als ein "unveräußerlicher" Bestandteil); für das Vereinigte Königreich ist sie und wird sie bleiben ein Alpdruck, bis sie zur Wirklichkeit geworden ist, und man sich auch in England mit ihr abfinden muß. So lange aber wird England sie zu hindern suchen, und dementsprechend ist seine Antwort auf das Memorandum, trotz diplomatischer Sprache, beinahe hohnvoll und drohend. Der Daily Herald spricht am 19. Juli gröber aus, was die Note feiner formuliert: »Was Herr Briand vorschlägt, ist ein 5. Rad am Wagen«, nach Englands Meinung, wie es auch in der Note heißt, weder »notwendig« noch »wünschenswert«. Die neue Organisation könnte ja den Wert des Völkerbunds beeinträchtigen. Denkt man dann an die oft und oft brutal ausgesprochene Überzeugung englischer Staatsmänner und Journalisten, daß dieser Bund sich bereits überlebt habe, daß er "seinen Laden zumachen" möge, so ist diese Beweisführung ad hoc genügend

charakterisiert. Es wirkt denn doch zu wenig überzeugend, daß gerade die Lobpreiser der pax anglosaxonica, des englisch-amerikanischen Weltsystems, diese von ihnen als "Lokalangelegenheit" geringwertig gemachte Institution gegen ihre Hauptverteidiger glauben in Schutz nehmen zu müssen. Ernster ist der andere Einwand, denn er ist, wie gesagt, eine versteckte Drohung: nämlich die Warnung, daß »eine ausschließliche und unabhängige Europäische Union, wie sie vorgeschlagen wird, die Tendenzen zu interkontinentalen Rivalitäten und Feindseligkeiten verstärken oder hervorrufen« könne, Tendenzen, »die es im allgemeinen abzuschwächen oder zu vermeiden« gelte. Und noch deutlicher dann: »Es ist nach ihrer Ansicht [der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich] unumgänglich, daß die zur engern europäischen Zusammenarbeit getroffenen Maßnahmen weder Unruhe noch Unzufriedenheit in irgendeinem andern Kontinent hervorrufen«, sonst könnten für Europa und für die Welt bedeutendere Interessen »ernsthafte gefährdet« werden. Kurz und gut: England steht der Vereinigung Europas feindlich gegenüber, sieht in ihr eine Gefahr für seine Politik des Mächteausgleichs auf dem Kontinent, damit auch Beeinträchtigung seiner Weltreichspolitik, und wird alles tun sie zu verhindern. Das ist nichts Neues, das ist hier nur rückhaltloser und weniger verhüllt ausgesprochen als sonst meist.

Eine ähnliche Antwort war zu erwarten, auf eine solche Absage hat nicht nur Frankreich gerechnet. Es bedarf keiner geheimen Abkommen, damit Mussolini bei seinem Rivalitätstreit mit Frankreich hinter sich das Gewicht Englands fühlt. Er weiß sehr wohl, daß dieses Gewicht zu seinen Gunsten in die Wagschale des europäischen Gleichgewichts geworfen wird, weiß sehr wohl, daß England (wiederum sei es dahingestellt, ob zu Recht oder Unrecht) die Streitigkeiten der Anlieger am Mittelmeer als eine Lebensfrage für den Bestand seines Weltreichs ansieht. Darauf gestützt, verfolgt Italien seine Sonderziele im Sinn des sacro egoismo, freilich viel weniger gebunden an die unbedingte Gegnerschaft gegen Frankreich als an die wirklichen oder vermeintlichen Sonderinteressen des italienischen Staats. Daß, um es im Vorübergehen zu erwähnen, zwischen Frankreich und Italien eine versöhnliche Geste zustande gekommen ist, sollte man wohl nicht, wie es die deutsche Presse tut, auf das Konto englischer Ausgleichsaktionen setzen sondern vielmehr ein bißchen mit dem Kampf um Malta und dem dadurch aufgestörten italienischen Nationalismus in Zusammenhang bringen. Immerhin zeigt die italienische Antwort die deutliche Absicht dem Plan Briands Steine in den Weg zu rollen, sich die Anhängerschaft teuer abkaufen zu lassen. Das Leitmotiv der italienischen Note ist bekanntlich die "Revision", und das Ausspielen Rußlands und der Türkei, als angeblicher Interessenten der Europäischen Union ist nur Vorwand, steht ebenso im Dienst der italienischen Forderung "nach mehr", wie die Betonung der Abrüstung als der Vorbedingung einer europäischen Einigung im Dienst des Rivalitätskampfs steht.

Man darf es, da man ja nicht verwöhnt ist, immerhin als erfreulichen Lichtblick bezeichnen, daß man in Deutschland wenigstens begriffen hat, daß die Revisionsforderungen Italiens ganz andern Inhalt und ganz anderes Ziel haben als die gleichnamigen Forderungen, die von Deutschland erhoben werden. Es ist auch anzuerkennen, und wird gerade von Frankreich anerkannt, daß die deutsche Antwortnote in verbindlichem Ton abgefaßt ist. Es ist ein Fortschritt, daß sie am Eingang ein Bekenntnis zur europäischen

Solidarität ablegt. So weit, so gut. Dann aber findet man, in verschiedenen Abteilungen verstreut, alle Einwendungen wieder, die in der englischen und der italienischen Note aufgeführt wurden. Da ist die rührende Sorge um die Schädigung des Völkerbunds durch die Sonderorganisation, die Notwendigkeit Rußland und die Türkei einzubeziehen und den Kreis womöglich noch zu erweitern, also zum Teil überflüssige Ermahnungen, da das Memorandum Briands diesen Besorgnissen schon vorweg begegnet ist, zum Teil Brücken zum Anschluß an die englisch-italienische Front. Man braucht über diese Methode der "verschiedenen Eisen im Feuer" kein Wort mehr zu verlieren; sie hat die Vorkriegspolitik in den Abgrund geführt, sie scheint die vermeintlich schlaue Taktik der Nachkriegszeit werden zu sollen.

Das Kernstück aber der deutschen Note, die in dieser Beziehung einem Julklapp gleicht, ist der Satz: »Das eine möchte die deutsche Regierung indes auch heute betonen: Alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle . . . zur Anwendung kommen. . . Es wäre aussichtslos ein neues Europa auf einem Fundament aufbauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.« Ergänzt man diese Sätze durch den weiteren, im folgenden Abschnitt: »Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete [dem wirtschaftlichen] sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden«, und nimmt man als Leitfaden durch das Labyrinth der diplomatischen Sprache die außenpolitische Debatte des Reichstags hinzu, so sieht man, daß die Germania mit ihrer hier vor 8 Wochen zitierten Forderung³, wie zu befürchten war, durchgedrungen ist. Man glaubt die Gelegenheit günstig sich rar zu machen, sich ganz wie Italien seine Zustimmung abkaufen zu lassen, man wähnt Deutschland umworben: von Italien wie von Rußland, von England wie nicht zuletzt von Amerika, als dessen Bundesgenosse in dem zukünftigen Kampf gegen — England es sich jetzt schon nach der Meinung mancher politischen Schriftsteller empfehlen sollte. Man trifft auf solche Hirngespinnste allüberall in der deutschen Presse, fast jede Zeitung hat ihren eigenen Favoriten. Amerika läuft unter den Farben der schwerindustriellen Presse (Leipziger Neueste Nachrichten zum Beispiel) und der konservativen (Kreuzzeitung zum Beispiel). Und der Schluß solcher Politik wird der selbe sein wie der in den Jahren der deutschen "Weltgeltung": die Isolierung.

Das Verlangen nach Revision des Versailler Vertrags, nach Revision der Ostgrenzen, die Forderung nach einer beträchtlichen Morgengabe für die Einwilligung zur Verlobung: das heißt Bestätigung jener französischen Meinung, daß Deutschland im Erheben von Ansprüchen unersättlich und nie zu befriedigen, daß das Ziel seines "Pazifismus" die Umkehrung des Kriegsergebnisses sei und die Vorbereitung zu einem erneuten Versuch einer diktatorischen Hegemonie über Europa. Eine Auffassung, die auch in den französischen Kreisen mehr und mehr Raum gewinnt, die sehr wohl wissen, daß das Kernstück der europäischen Einigung die gemeinsame Zielsetzung und Aktion Deutschlands und Frankreichs ist. Die Aufrechterhaltung des Status quo dagegen bedeutet keineswegs, wie es immer fälschlich dargestellt wird, die "Verewigung des Versailler Unrechts" sondern nur die unumgängliche Voraussetzung für eine Konferenz am Runden Tisch, auf der nach dem

3) Siehe *Kleineibst* Europäisches Zwischenspiel, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 533.

Vorschlag Briands Organisationsfragen behandelt, Regelungen auch und besonders wirtschaftlicher Art getroffen werden sollen, die ganz von selbst Fragen politischer Grenzen, heute noch Probleme allererster Ordnung, zu Problemen mindern Ranges werden lassen. Das alles ist so klar, wie es auch längst offensichtlich sein könnte, daß in das Gefüge des Versailler Vertrags schon manche Bresche geschlagen ist. Aber für die Gegenwart ist dieser Friedensvertrag das Ordnungsprinzip auf dem europäischen Kontinent, und man kann es nicht einfach beseitigen, ohne das Chaos zu fördern.

Deshalb ist auch der wohl von allen Seiten erhobene Einwand gegen Briand, er hätte das Pferd am Schwanz aufgezümt, weil er die politische Einigung (nicht Vereinigung) in den Vordergrund stellte anstatt der wirtschaftlichen, gänzlich abwegig. Ökonomische Tatsachen, und gerade der Durchbruch der ökonomischen Erkenntnis, bestätigen gleichermaßen die Lebensnotwendigkeit des Zusammenschlusses. Was dem entgegensteht, ist eben der "politische Überbau", der sich langsamer umwälzt als der Unterbau, und es verhindert, daß die praktischen Konsequenzen aus den Erkenntnissen gezogen werden, der schuld daran ist, daß im Gegenteil durch die höchst unrationelle Förderung und Vervielfältigung nationaler Industrien die einheitliche Wirtschaftsorganisation immer mehr und immer von neuem erschwert wird. Es steht gerade Sozialisten schlecht an sich hier von den doch nur vergleichsweise angewandten Begriffen Unterbau und Überbau bis zur fetischistischen Anbetung des Schemas der Analogie in ihren Urteilen bestimmen zu lassen; gerade sie sollten die staatlichen Bindungen und Vereinbarungen, im Gegensatz zur Betonung des privatwirtschaftlichen Vorrangs in der deutschen Note, zu fördern suchen. Denn bloße privatwirtschaftliche Kartellé, wie das durch den Eisenpakt geschaffene, hängen doch stark von Konjunkturbedingungen ab, ermangeln der notwendigen Dauerhaftigkeit. Da aber ist der Primat und Vorzug der politischen Bindung doch wohl unverkennbar.

Ein anderes: Weltbund ist ein Wunsch, den jeder Sozialist als Enderfüllung träumt. Aber um ihr im Wachen näher zu kommen, bedarf es der Schaffung kontinentaler Wirtschaftsreiche. Diese bilden sich, in verschiedener Terminologie, ebenso als Panamerikanische Union wie als Vereinigte Sowjetrepubliken, und für England wird diese Entwicklung, dafür zeugt der englische Genosse W. Milne-Bailey⁴⁾, nicht zuletzt durch seine Arbeiterpartei planmäßig gefördert, mit dem Ziel des British Commonwealth Bloc. Das aber ist der Unterschied zwischen dem Block Europa und dem Block British Empire: In diesem gebietet ein Herrenvolk über unterworfenen Völker, es schlägt Brücken der Gleichsprachigkeit und Interessenangleichung zu anderen Wirtschaftsgebieten, findet also gewissermaßen, wenn man von den Schwierigkeiten durch den Aufstand der Unterworfenen absieht, plastischen Ton vor, der in die passende Form geknetet werden kann. Während in Europa die divergierenden nationalen Interessen nur im Feuer der wirtschaftlichen Not durch die Hammerschläge der politischen Solidarität zusammengeschweißt werden können, die erst errungen werden muß. Es ist richtig, wenn zur Bekräftigung der Auffassung, daß auch Rußland in die Europäische Union gehörte, gerade von sozialistischer Seite angeführt wird, daß es ebensogut wie England auf diese Einbeziehung Anspruch hätte. Nur die Schlußfolgerung muß eine andere sein als sie gemeinhin gezogen wird. Sie muß lauten: Auch

⁴⁾ Siehe *Milne-Bailey* Vereinigte Staaten von Europa, in der Arbeit 1930 Seite 445 und folgende.

England gehört nicht hinein. Man muß sich schon daran gewöhnen, daß England zu dem wirtschaftlich-politischen Block des British Empire und nicht zu Europa gehört. Wenn Briand diese Konsequenz aus den ihm sicher sehr wohl bekannten Tatsachen nicht gezogen hat (wie er ja gar manches nicht klar ausgesprochen hat, wozu zwar nicht der Zeit, wohl aber den Zeitgenossen die Reife fehlt), so deshalb, weil er einer jahrhundertealten politischen Tradition Rechnung tragen muß, die trotz der ökonomischen Wirklichkeit England zu Europa zählt. Die unaufhaltsame Entwicklung der Weltwirtschaft jedoch wie der davon mitbedingten wirtschaftlichen Blockbildung wird auch über diese Frage Klarheit schaffen: Europa wird, deutlicher noch als es in der Note von Seiner Majestät Regierung zum Ausdruck kommt, die Nichtzugehörigkeit Englands zum Kontinent zu spüren bekommen, und das wird die kontinentale Gruppierung schneller fördern als alle Vernunftgründe es können, mögen sie noch so gut fundiert sein. Ist aber erst in Deutschland dieser einzige Ausweg aus der Wirtschaftskalamität so oder so begriffen, so wird die Gefahr italienisch-französischer Rivalität dem friedliebenden Europäer kaum noch die Nachtruhe zu stören brauchen. Man wird dann wohl auch das Grotleske des Zustands begreifen, daß man die Wirtschaftsreiche England und Amerika als Schiedsrichter über die ureigenen Angelegenheiten Europas nicht nur duldet sondern anruft, während diese sich jegliche Einmischung in ihre internen Angelegenheiten mehr als nur energisch verbitten würden. Man wird begreifen, daß ein relativ autarkes Europa von rationeller Gliederung in einen industriellen und einen agrarischen Teil durch Handelsverträge mit anderen Wirtschaftsgruppen, denen es dann ebenbürtig ist, der Idee des Weltbunds und der sozialistischen Idee besser dient, als wenn es sich aus Furcht, es könnte eine fremde Interessentengruppe und fremde Interessen stören, in ewiger Zerrissenheit halten läßt.

Gerade das wird in Frankreich begriffen. Es ist nicht das ihm angedichtete Hegemoniestreben, das seine Haltung bestimmt, nicht die Furcht, die es vor der Unzuverlässigkeit eines militaristischen Deutschlands hegt, die es den Pfad der Versöhnung einschlagen läßt. Der politische Weg wird diesem nicht nur wirtschaftlich am günstigsten gestellten Land Europas durch die klare Erkenntnis gewiesen, daß die europäischen Nationen, schicksalsverbunden, in Gefahr sind zu versinken, wenn sie die Stunde der Entscheidung verpassen.

Gewiß, vieles, was in diesem Zusammenhang hier angedeutet wurde, ist noch Zukunftsplan, aber als Plan schon eine Gegenkraft gegen die herrschende erdrückende Anarchie. Noch ist in Deutschland die Stimmung zu überwinden, die in dem oben vorangestellten Wort Graf Reventlows ausgesprochen ist. Aber das französische Memorandum hat ein Tor geöffnet. Es hat sich viel Kritik gefallen lassen müssen, doch die Antworten haben bewiesen, gerade auch die Eingangssätze der deutschen Note, daß die Idee, die in Briands Dokument Gestalt gewonnen hat, mächtig genug ist auch Widerwillige wenigstens zur platonischen Bejahung zu zwingen. Es ist, mißt man es an der Vergangenheit, schon viel, daß die Diskussion über die Einigung Europas breitesten Raum in der Öffentlichkeit einnimmt, daß diese Frage planmäßig angepackt und im Herbst zu einer Konferenz der Staatsmänner führen wird. Die Sprache des Kontinents, die europäische, wird wenigstens schon buchstabiert. Das ist noch nicht die Gestaltung Europas, aber doch vielleicht ihr Beginn.



LUDWIG QUESSEL · ZUR AUFLÖSUNG UND NEUWAHL DES REICHSTAGS



Am 26. Juli, 9 Tage nach der Auflösung des Reichstags, setzte der Reichspräsident von Hindenburg durch eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung sowohl den Reichsetat für 1930-1931 als auch diejenigen Finanzgesetze in Kraft, die das Reichskabinetts Brünings zu seiner Deckung für notwendig erachtet. Die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes, der Zuschlag zur Einkommensteuer, die Ledigensteuer, die Änderung der Tabaksteuer, die Bürgersteuer in Verbindung mit einer Gemeindebiersteuer sowie einer Gemeindeschankverzehrersteuer sind durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 geltendes Recht geworden. Darüber hinaus greift die Notverordnung weit in die Zone der Sozialpolitik und Wirtschaft ein. Vom 11. August ab wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von $3\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ % des Arbeitslohns erhöht, und eine Änderung der Bestimmungen über die Arbeitslosen- und Krankenversicherung vorgenommen, die zu einer Minderausgabe für die soziale Versicherung führen soll. Auf das wirtschaftliche Gebiet lenken die Bestimmungen über die Hilfsmaßnahmen für den Osten, die Garantien für die Industrie und die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen.

Sehen wir von der finanziellen und wirtschaftlichen Seite der Verordnung ab, so liegt ihre politische Bedeutung darin, daß der Reichspräsident, obwohl die Sozialdemokratische Partei seine Verordnungen vom 16. Juli durch ihren Redner Otto Landsberg in schärfster Form als verfassungswidrig kennzeichnen ließ, diese nicht bloß materiell wiederhergestellt sondern noch verschärft und erweitert hat. Allerdings weist die Verordnung vom 26. Juli gegenüber den beiden Verordnungen vom 16. Juli, die von einer aus den Fraktionen der Sozialdemokratischen, der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei im Verein mit der Hugenberggruppe gebildeten geringen Reichstagsmehrheit am 18. Juli wiederaufgehoben wurden, 2 neue Bestandteile auf, die sozialdemokratischen Anschauungen entgegenkommen: die Staffelung der Bürgersteuer und die Bestimmungen über die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen. Von demokratischer Seite legt man diesen beiden neuen Bestandteilen der Verordnung für die Politik der Sozialdemokratischen Partei nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 entscheidende Bedeutung bei. Die Frankfurter Zeitung schrieb am 27. Juli:

»Zunächst ist darauf Gewicht zu legen, daß sich die Regierung dafür entschieden hat die gesamten Einzelverordnungen in einer einzigen Verordnung zusammenzufassen. Dies soll bei den späteren parlamentarischen Verhandlungen ein Zerpfücken der Notverordnung unmöglich machen. Aber wahrscheinlich sieht die Regierung Vorteile darin bei allen in der Verordnung behandelten Fragen mit einem Schlag reinen Tisch zu machen. Dies ist ein Verfahren, das besonders bei den Sozialdemokraten vielleicht nach außen hin Widerspruch erregen wird, für das aber, wenn wir recht unterrichtet sind, auch auf sozialdemokratischer Seite ein gewisses Verständnis vorhanden sein dürfte. Wir glauben, daß sich die Reichsregierung und besonders der Reichsfinanzminister vollkommen über die entscheidende Bedeutung im klaren sind, welche der Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber diesen Verordnungen zukommt. Sie enthalten sicherlich manches, was dieser Partei höchst unerwünscht ist, aber im Vergleich zu früheren Vorschlägen ist doch das Bestreben erkennbar in die Verordnung Regelungen und Gegenstände aufzunehmen, die es der Sozialdemokratie wenigstens nicht erschweren ihre Opposition gegen das sachliche Auftreten der Regierung mindestens nicht in gefährlicher Weise zu verschärfen.«

Wenn diese Worte der Frankfurter Zeitung einen über den 14. September hinausreichenden Sinn haben, so können sie nur bedeuten, daß die neue Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, abweichend von der Haltung der alten, unter Berufung auf die Staffelung der Bürgersteuer und die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen, von einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung absehen würde. Solche Schwankung scheint jedoch kaum denkbar. Was die Sozialdemokratie von der Staffelung der Bürgersteuer hält, drückte der Sozialdemokratische Pressedienst am 27. Juli also aus:

»Ein Hohngelächter wird die Antwort auf diese Demagogie sein. Die Kopfsteuer kann durch Änderungen kein soziales Mäntelchen erhalten. Wenn die Regierung jetzt eine Staffelung des Steuersatzes bei der Kopfsteuer vornimmt, so ist das nur ein Eingeständnis für die Verderblichkeit und Brutalität dieser Steuer. Sie ist nur ein Zeichen für das böse Gewissen ihrer Urheber, ein Beweis der Angst vor dem Zorn der Wähler. Denn die Wähler wissen, daß die Kopfsteuer nicht nur die roheste Form einer Steuer ist, sondern daß sie vor allen Dingen dazu bestimmt ist die sozialen Aufgaben der Gemeinden herabzudrücken und die Realsteuern zu ermäßigen. Kopfsteuer bleibt Kopfsteuer, mag auch von 100 000 Steuerpflichtigen einer einen erhöhten Satz zahlen.«

Danach wird also die Staffelung der Bürgersteuer von der Sozialdemokratie lediglich als ein Akt der Demagogie gewertet. Sie könnte aber, selbst wenn es anders wäre, der Bürgersteuer den Charakter der Verfassungswidrigkeit in den Augen der Partei nicht nehmen, da diese jede Steuergesetzgebung mit Hilfe des Artikels 48 grundsätzlich verwirft. Nicht anders ist ihre Haltung zu den Bestimmungen über die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen.

Bei dieser Sachlage muß die erste Tat der neuen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Reichstag die Einbringung eines Antrags sein die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 aufzuheben. In den Tagen vor der Auflösung des Reichstags kursierte in den Wandelgängen des Reichstags das Gerücht, daß der Reichspräsident von Hindenburg, wenn der Reichstag seine Verordnungen vom 16. Juli 1930 aufheben sollte, sich diesem Beschluß formell unterwerfen wolle, aber als Antwort darauf sofort den Reichstag auflösen werde, um dann alsbald jene Verordnungen wesentlich erweitert von neuem zu erlassen; sollte der neue Reichstag wieder eine Mehrheit gegen seine Verordnung ergeben, so werde er sein Amt niederlegen und damit die Aufhebung seiner Verordnung seinem Nachfolger überlassen. Von diesem Gerücht über die Politik Hindenburgs ist das 1. Stück: die Auflösung des Reichstags, am 18. Juli durch die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten bestätigt worden. Aber auch das 2. Stück jenes Gerüchts; die formelle Unterwerfung Hindenburgs gegenüber dem Beschluß des Reichstags vom 18. Juli hat sich am 18. Juli durch eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Außerkraftsetzung seiner Verordnungen vom 16. Juli erfüllt. Das 3. Stück jenes Gerüchts über die Politik des Reichspräsidenten ging am 26. Juli mit dem Erlaß der Verordnung in Erfüllung, die den materiellen Inhalt seiner beiden Verordnungen vom 16. Juli wiederherstellt. Ob auch das 4. Stück: der Rücktritt Hindenburgs vom Amt, wenn die Reichstagswahlen eine Mehrheit gegen seine Verordnung vom 26. Juli ergeben, sich bewahrheiten wird, wird uns die Zukunft lehren. Unwahrscheinlich ist auch jenes letzte Stück: die unmittelbare Einmündung der Reichstagswahl in eine Reichspräsidentenwahl, nicht, da schon früher verlautete, Hindenburg sei amtsmüde und bereit sich ins Privatleben zurückzuziehen, wenn ihm die Parteien zu viel Schwierigkeiten machen sollten.

Von erheblicher Bedeutung für die deutsche Reichspolitik nach dem 14. September ist auch die Drohung, die der Führer des Zentrums, der Prälat Ludwig Kaas, auf der Tagung des Zentrumsvorstands am 22. Juli gegen den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun richtete: Er hoffe, »daß die Sozialdemokratische Partei sich darüber keinen Täuschungen hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge sich wiederholen sollten« wie an diesem »Schwarzen Freitag«, da die Sozialdemokratie »mit Hugenberg zusammen gegen den Zentrumskanzler stimmte«; sie würde »die Statik der preußischen Koalition überschätzen«, wenn sie glaubte »eine derartige Belastungsprobe noch einmal versuchen zu können«. Man kann den politischen Sinn dieser Worte wohl dahin interpretieren, daß das Zentrum nach dem 14. September einen sozialdemokratischen Antrag die Notverordnung aufzuheben nicht hinnehmen sondern mit dem Austritt aus der preußischen Regierungskoalition beantworten werde.



NICHTS erhellt deutlicher die Tragweite der kommenden Reichstagswahl als der Zusammenbruch unseres alten Parteiensystems, der wenige Tage nach der Auflösung des Reichstags in die Erscheinung zu treten begann und in mehreren Etappen zum Teil Vorhergesehenes, zum Teil aber auch Überraschendes brachte: ein Prozeß, der bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist.

Am 20. Juli trat die von Alfred Hugenberg geführte Gruppe der Deutschnationalen mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem unterstrichen wurde, daß sie die Kraft gewesen sei, die den Reichspräsidenten zur Reichstagsauflösung gezwungen habe. Es heißt in dem Aufruf:

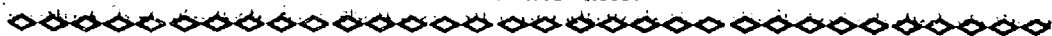
»Über die Verteilung der Younglasten ist ein Streit zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie ausgebrochen. Ein heißer Klassenkampf der Versklavten: ein Streit darüber, ob die Reste des deutschen Volksvermögens oder die Lebenshaltung der deutschen Familien zuerst geopfert werden soll. Diesem Streit hat die Deutschnationale Volkspartei ein Ende gemacht, indem sie den Youngreichstag sprengte... Die Steuerkraft des verarmten und ausgesogenen deutschen Volkes darf nicht weiter zu dem Versuch mißbraucht werden gleichzeitig die Rüstungen der Großmächte des Auslandes zu finanzieren und im Inlande die hemmungslose Verschwendung der Öffentlichen Hand zu fördern... In wenigen Jahren ist auf diesem Wege die Steuerlast des Volkes verdoppelt worden. Neue Lasten drohen. Eine Katastrophe von nie gesehenem Umfang steht bevor, wenn nicht durch Verlegung des politischen Schwergewichts nach rechts die grundsätzliche Abkehr von falscher Außenpolitik und klarer Systemwechsel im Innern erreicht wird.«

Die diese Worte ins Land hinausschallen lassen, bilden nur noch ein Bruchstück der alten Deutschnationalen Volkspartei. In stürmischer Hast haben sich nach der Auflösung des Reichstags auf dem Trümmerfeld im Lager der Deutschnationalen Neubildungen vollzogen. Die zweitstärkste Partei in Deutschland, die ursprünglich im alten Reichstag 73 Sitze innehatte, ist schnell in 4 Gruppen zerfallen. Während die Anhänger Hugenbergs den alten Namen Deutschnationale Volkspartei weiter führen, haben einerseits die Anhänger Kuno Graf von Westarps und Gottfried Treviranus' sich in einer stark rechts gerichteten Neugründung, der Konservativen Volkspartei, zusammengefunden, und andererseits die unter der Führung des Reichsministers Martin Schiele stehenden agrarisch orientierten Deutschnationalen die Landvolkpartei gebildet, wozu dann noch als kleinere Gruppe Reinhard Mumms und Franz Behrens' Christlicher Volksdienst tritt.

Wie tiefgreifend die Umgestaltung unseres Parteiensystems geworden ist, lehrt besonders eindringlich der Zusammenschluß der Demokraten mit dem Jungdeutschen Orden in der neugegründeten Deutschen Staatspartei. Ihre Entstehung bedeutet das Ende der Deutschen Demokratischen Partei, von deren Führern Anton Erkelenz zur Sozialdemokratischen Partei übertrat, Bernhard Dernburg, Otto Fischbeck, Ludwig Haas (der am 2. August starb), Philipp Wieland und Paul Ziegler aus dem Parlament ausscheiden.

Diese 4 neuen Parteien: Konservative Volkspartei, Landvolkpartei, Christlicher Volksdienst, Deutsche Staatspartei, sind grundsätzlich zur Teilnahme an der Regierung und zur Bildung von Koalitionen mit Zentrum, Wirtschaftspartei und Deutscher Volkspartei bereit. Ihre Stellung zu einer Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei ist dagegen einstweilen noch unbekannt. Man kann annehmen, daß die Deutsche Staatspartei eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nicht ablehnen wird. Aber die Deutsche Volkspartei wird kaum geneigt sein in eine Koalition mit der Sozialdemokratie einzutreten, an der die ebenfalls großindustriell gerichtete Konservative Volkspartei keinen Anteil nimmt. An eine Große Koalition ohne die Konservative Volkspartei wird in Zukunft wohl nicht mehr zu denken sein.

Was nun die Aussichten der Parteien bei den kommenden Wahlen betrifft, so ist die Hoffnung der Regierungsparteien Mandatsgewinn durch Listenverbindung zu erzielen besonders bemerkenswert. Werner von Rheinbaben hat errechnet, daß die Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten bei der letzten Wahl in 35 Wahlkreisen statt 40 nicht weniger als 76 Mandate hätten erreichen können, wenn sie ihre Listen verbunden hätten. Am eifrigsten arbeitet die Deutsche Volkspartei für eine Listenverbindung. Sie meint, daß es für die Gegner der Sozialdemokratie nicht so wichtig sei, wieviel Mandate jede einzelne Regierungspartei gewinnt; entscheidend sei vielmehr, daß die Regierungsparteien in ihrer Gesamtheit als Mehrheit in den Reichstag einziehen. Nach dem Abfall Martin Schieles, Gottfried Treviranus' und Kuno Graf von Westarps von Alfred Hugenberg sei eine Mehrheit der Regierungsparteien auch ohne Stimmenzuwachs, allein durch Listenverbindung zu erzielen. Ob diese Berechnung, wonach die Regierungsparteien 30 bis 40 Mandate durch Listenverbindung gewinnen könnten, auch wenn sich ihre Stimmenzahl nicht vergrößern sollte, eine sichere Grundlage hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls ist sie ein starkes Stimmungsmoment für einen engeren Zusammenschluß der Regierungsparteien. In der Sozialdemokratie ist man sich zumeist bewußt, daß der Wahlkampf angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und Finanznot schwer sein wird. Die Stunde der Reichstagsauflösung sah eine unnatürliche Gruppierung: die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei neben den Nationalsozialisten und der Hugenberggruppe in einer Front gegen das Kabinett Brüning. Auch der Wahlkampf wird eine ähnliche Konstellation aufweisen, wenigstens insofern, als die 4 Parteien, die die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 16. Juli zu Fall brachten, auch aufs heftigste gegen seine Verordnung vom 26. Juli anstürmen müssen. Wie das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 sein wird, ist absolut ungewiß. Sicher scheint jedoch, daß infolge des Zusammenbruchs des alten Parteiensystems in Deutschland der neue Reichstag ein ganz anderes Gesicht aufweisen wird als der alte.



PAUL KAMPFFMEYER · DURCH DEN VOLKSSTAAT ZUM STAATSVOLK · EINE WAHLBETRACHTUNG



WENN eine große Volkspartei wie die Sozialdemokratie in die Wahlschlacht zieht, dann muß sie sich über ihr Wesen, ihre Macht und ihre Ziele völlig klar sein. Die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten keine *nur* proletarische Partei mehr, und sie steht nicht geschlossen als Partei der Arbeiter der Bourgeoisie gegenüber. Die Kommunistische Partei erhebt heute überlaut den Anspruch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des sozialistischen Proletariats allein zu vertreten. Das Bürgertum selbst bildet keine einheitliche bourgeoise Partei. Es zerfällt in zahlreiche Splitterparteien, und es ist völlig verfehlt immer und immer wieder die Wendung zu wiederholen, daß das Bürgertum als Klasse heute geschlossen gegen die Sozialdemokratie anstürmt. Von der Fiktion einer politischen, ökonomischen und sozialen Einheit des Bürgertums sind aber nicht nur versteinerte, an den veralteten Wendungen des sozialdemokratischen Gothaer Programms festhaltende Elemente erfüllt. Nein, auch sonst sehr realpolitisch rechnende Männer bürgerlicher Parteien lassen sich von der Wahnvorstellung berücken, das Bürgertum im allgemeinen lasse sich zu *einer* kämpfenden politischen Partei zusammenziehen. Es ist ein Utopismus, wenn der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei es in diesem Wahlkampf unternimmt die bürgerlichen Elemente zu einer politischen Front der »staatsbejahenden Kräfte« zusammenzufassen. Die führenden Männer dieser Partei sind so ausgeprägte Vertreter der einseitigen Interessen des Großkapitals, daß sie bei der Entfaltung der volksparteilichen Einigungsfahne sofort auf die Rebellion großer Gruppen des Kleinbürgertums stoßen werden.

Ein »Staatsvolk«, das sich, wie es der demokratische Finanzminister Hermann Robert Dietrich wünscht, als politisch-schöpferische Kraft zusammenfindet, und die »Interessenpolitiker« ausscheidet, kann aus der deutschen Nation nur dann werden, wenn diese sich auch wirklich zu einem Volksstaat bekennt. Staatsvolk und Volksstaat sind heute nicht mehr von einander zu trennende Begriffe. Der Volksstaat muß heute von gigantischer Gestaltungskraft sein, wenn er eine das Volk befriedigende soziale Politik treiben will. Diesem Staat dürfte zur Regelung der Arbeitsbeschaffung nicht verboten sein in die Zone der Privatbetriebe hineinzugreifen. Er müßte eine Agrarpolitik treiben können, die große Teile der ländlichen Arbeiterschaft auf dem Land dadurch festhält, daß er sie zu Kleinbesitzern erhebt; im andern Fall werden sie regel- und hemmungslos die schon überfüllten Großstädte überfluten und den Notstand der arbeitenden Bevölkerungsklassen dieser Städte noch steigern. Dieser Volksstaat müßte einen Einfluß auf die Politik des Bankkapitals gewinnen, um endlich der wirtschaftlich vielfach unproduktiven Verwendung des Leihkapitals steuern zu können.

Die deutsche Sozialdemokratie will den Staat mit einer derartig umfassenden organisierenden demokratischen Macht ausrüsten, um eine wirkliche Lösung der großen drängenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen anstreben zu können. Dieser Staat soll planvoll die Produktion in Industrie und Landwirtschaft steigern, er soll die Kartelle, Trusts und kapitalistischen Interessengemeinschaften kontrollieren, die Betriebe des Reichs, der Länder

und öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung ausbauen, er soll schließlich das Siedlungswesen, das gemeinnützige Genossenschaftswesen und den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Man kann ohne jede Einschränkung sagen, daß 90% des deutschen Volks, des geistig und körperlich schaffenden Volks, an der Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Programmforderungen ein Lebensinteresse haben.

Was das Heidelberger Programm noch gesellschaftlich ungeregelt ließ, das vollendete das Kieler Agrarprogramm der Sozialdemokratie. Es will an die Stelle der große Werte vernichtenden Marktreglung die bewußte Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe auf die Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion setzen. Es verlangt weiter die staatliche Unterstützung des direkten Warenaustausches zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften und ein Reichsmonopol für die Ein- und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten. Die bei der Preisstabilisierung des Getreides gesammelten Erfahrungen sollen dazu benutzt werden die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung einzubeziehen. Das Kieler Programm sieht ferner eine ausreichende Kranken-, Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung der kleinen Landwirte vor. Zur Steuerung der Überlastung des Bodens mit Notstandshypotheken fordert es eine genossenschaftliche oder staatliche Feuer-, Hagel- und Viehversicherung.

Die Sozialdemokratie hat, als sie sich ein Bauernschutzprogramm gab, selbst zum Ausdruck gebracht, daß ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen weit über den Aufgabenkreis einer proletarischen Partei hinausgewachsen sind. Diese Tatsache bestand schon seit Jahrzehnten, sie drang aber nicht völlig in das Bewußtsein der Massen ein, die unter der Fahne der Sozialdemokratie kämpften. In ihrem Erfurter Programm von 1891 bezeichnete sich die Sozialdemokratie schon als eine das ganze Menschengeschlecht befreiende Partei, sie bekriegte nicht bloß die Unterdrückung und Ausbeutung der Lohnarbeiter sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Dieser Satz ist 1925 auch in das Heidelberger Programm der Sozialdemokratie übergegangen. Man darf nie vergessen, daß das Heidelberger Programm ein aus den bestehenden wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnissen heraus erzeugtes Programm ist. Es fand 1925 als bestehende Staatsform den demokratischen, durch die Erfüllung drängender sozialer Forderungen erweiterten und vertieften demokratischen Staat vor. Selbst ein überzeugter bürgerlicher Demokrat wird, da keine demokratische Forderung des Heidelberger Programms auch nur entfernt an die Diktaturforderung des Bolschewismus anklingt, die Verfassungs- und Verwaltungsreform dieses Programms unterschreiben können. Auch die Justizreformen, die das Heidelberger Programm vorsieht, werden durchweg den Beifall der überzeugten bürgerlichen Demokraten finden. Aus der sozialdemokratischen Kultur- und Schulpolitik, insofern sie das Bildungsprivileg der Besitzenden aufheben will, kann jeder minderbesitzende Kleinbürger und Kleinbauer große Vorteile schöpfen. Das gleiche gilt für die Finanz- und Steuerforderungen des Heidelberger Programms. Von ganz aktueller, auch von der Mehrheit des deutschen Volks anerkannter Bedeutung ist der sozialdemokratische Programmpunkt der Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, die zur Bildung des Vereinigten Europäischen Kontinents führt.

Also das wirtschaftliche und politische Programm der deutschen Sozialdemokratie sucht die Interessen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volks zu wahren. Wenn das zutrifft, dann soll man sich hüten im Wahlkampf die Sozialdemokratie als eine nurproletarische Klassenpartei zu bezeichnen. Gegen diese Charakterisierung der Partei lehnt sich, wie die jahrzehntelange Tätigkeit der Partei, auch der Geist des Parteiprogramms auf.

Während die Sozialdemokratie nach ihrem ganzen Wesen und Wirken zur Erfüllung der Aufgaben einer Volkspartei berufen ist, spielt sich heute die Nationalsozialistische Arbeiterpartei als die Vertreterin der nationalen und sozialen Ansprüche des deutschen Volks auf. Schon das enge Bündnis mit Alfred Hugenberg, dem erklärten Feind der deutschen Arbeiterklasse, beweist die Zweideutigkeit (oder die ganze Eindeutigkeit) ihres wirklichen Programms. Im übrigen rückte schon Adolf Hitler am 13. April 1928 von seinen eigenen Programmpunkten ab, die Zugeständnisse an das sozialistische Gemeinwirtschaftssystem enthielten. In einer »Ergänzungserklärung« zum Parteiprogramm betonte er: »Da die Partei auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus »unentgeltliche Enteignung« nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen.« Faßte Hitler früher einmal die Verstaatlichung der Konzerne und Trusts ins Auge, so hat er diese Verstaatlichung heute so umgrenzt, daß er den Interpreten seines Programms, Gottfried Feder, erklären läßt, die Betriebe der deutschen Schwerindustrie fielen nicht unter den Begriff eines Konzerns oder Trusts. Dieser Punkt des Programms, der die Interessen der Herren im Hause der Schwerindustrie schwer treffen mußte, richtet sich nach den neuesten nationalsozialistischen Auslegungen eigentlich nur gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften. Über dem "nationalen" Privateigentum hält Hitler seine schützende Hand. Der "Sozialismus" der Nationalsozialisten ist eine ganz verschwommene Lehre von einer fiktiven Gemeinschaft. So wendet sich Paul Joseph Goebbels gegen die vermeintliche »international-marxistisch-jüdische Gleichmacherei«: »Wir wollen den Sozialismus als Lehre der Gemeinschaft. Wir wollen den Sozialismus als altgermanische Schicksalsidee. . . Wir wollen aus Deutschland ein Volk machen, das Not, Brot und Schicksal teilt. Das sind Erkenntnisse, die nicht aus Büchern stammen sondern letzte Einsichten in die tiefsten Dinge, die der politische Zukunftsinstinkt uns gab.« Es bedarf allerdings »letzter Einsichten in die tiefsten Dinge« sich vorzustellen, wie die die Gemeinschaft spaltenden Klassenunterschiede ohne Eingriffe in den Kapitalmonopolismus verschwinden können, und wie Hugenberg Not, Brot und Schicksal mit den Lohnarbeitern der Schwerindustrie teilen kann. Vorläufig gelingt ihm nicht einmal die verhältnismäßig leichte Aufgabe Gemeinschaft mit seinen eigenen nächsten deutschnationalen Parteigenossen zu halten.

Mit tief geheimnisvoll klingenden, aber sich von allen bestimmten sozialen und politischen Programmforderungen fernhaltenden Redewendungen suchen die Nationalsozialisten die Köpfe ihrer jugendlichen Anhänger zu benebeln. Sie geben sich als eine die ganze deutsche Nation einigende Partei aus, aber sie sind mit vollen Kräften am Werk eine schon vorhandene, wenigstens die Arbeiterklasse zusammenschließende Gemeinschaftsform, die Freie Gewerk-

schaft, zu zersetzen. Auf ihrem letzten Parteitag in Nürnberg gaben sie für die Sondertagung für Gewerkschaftsfragen diese Richtlinien aus: »Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sieht in der nunmehr anzustrebenden Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte Neutralität, jede Propaganda zugunsten marxistischer und demokratischer Parteien nach Möglichkeit zu verhindern.« Nun, die Freien Gewerkschaften werden sich angelegen sein lassen etwaige nationalsozialistische Zersetzer des demokratisch-sozialistischen Gewerkschaftsgedankens frühzeitig genug aus den Verbänden herauszutun. Aber schließlich liegt die Gefahr einer Spaltung der Gewerkschaften durch nationalsozialistische Unruhestifter nicht sehr nahe.

Bedrohlicher sind dagegen die nationalsozialistischen Versuche in Gemeinschaft mit der Hugenbergpartei die Aktionskraft des demokratischen Staats zu schwächen, um eine unheilvolle, die Diktaturgelüste fördernde Krise des Parlamentarismus herbeizuführen. Diese Politik betrieb planmäßig die österreichische Abart des Nationalsozialismus, die vom Lüttwitzputschisten Pabst geleitete Heimwehr, um die Niederwerfung der Sozialdemokratie und die Ersetzung der Demokratie durch die Diktatur durchzuführen. Der offene Ausbruch des Bürgerkriegs stand vor der Tür, der die österreichische Wirtschaft zerstört und Sieger und Besiegte zu Bettlern gemacht hätte. Da ermöglichte die österreichische Sozialdemokratie der Regierung Streeruwitz im Verhandlungsweg die Regelung des Mieterschutzes und gab unter der Regierung Schober eine Verfassungsreform im gemäßigten Sinn zu. Sie erleichterte so nach Renner den bürgerlichen Parteien das Regieren, »auf daß die parlamentarischen Parteien moralisch Boden gewinnen«. Renner prägt der Sozialdemokratie scharf den Satz ein, daß von allen Verfassungen die Anarchie die schlechteste sei, sie endige unweigerlich in der Säbeldiktatur.

Die Opposition der arbeitenden Klasse darf eben in einem demokratischen Staat nie so weit getrieben werden, daß ein Regieren unmöglich ist. Der Staat, der nicht mehr regieren kann, verfällt der völligen Ohnmacht, die dem Tod vorangeht. In Deutschland sind die Klassengegensätze noch nicht von den reaktionären Scharfmachern bis zum drohenden Ausbruch des Bürgerkriegs getrieben worden. Deutlich aber ist in der von diesen Scharfmachern geförderten nationalsozialistischen Bewegung die Tendenz erkennbar das parlamentarische Regime unmöglich zu machen. Die deutschen Nationalsozialisten fordern offen eine den Staat stürzende Katastrophopolitik. Sie wollen den Staat ruinieren, zersetzen, vernichten. Diese Sprache führten am 15. April die Nationalsozialistischen Briefe. Im Hinblick auf diese Taktik verdient die Schlußfolgerung, die Karl Renner aus dem Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen die Diktaturpolitiker in der Gesellschaft zog, weiteste Beachtung: »Unsere Lage war gewiß einzigartig, sie wiederholt sich in genau der selben Weise wohl in keinem andern Land. Dennoch aber prägen sich diese neuen Erfahrungen so deutlich aus, daß ich zu dem Schluß komme: Das Interesse der arbeitenden Klasse ist heute, beim Stande unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, fast immer identisch mit dem höchsten Allgemein-

interesse. Und darum fährt sie wohl, wenn sie sich zum Verkünder und Verwirklicher des allgemeinen Interesses macht und die Betonung des besondern Klasseninteresses den Vorkämpfern des Bürgertums überläßt. Die Überspitzung der Klassenkampfparole hat außerdem noch die Wirkung, daß die unvermeidlichen Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Welt (ernste Klassenkämpfe sind ja auch diese) völlig verkleidet und verhüllt werden, wodurch erst eine Einheitsfront gegen das Proletariat ermöglicht wird. . . Die überlaute Klassenkampfparole stärkt nicht uns sondern unsere Gegner, indem sie sie zusammenschmiedet.«

Das Programm der deutschen Sozialdemokratie, das die Partei selbst als den zutreffenden Ausdruck ihres eigentlichen Wesens wertet, sucht das von Renner betonte »allgemeine Interesse« der Gesellschaft zu umfassen. Das sozialdemokratische Programm, in den gegebenen, aber sich ständig wandelnden Zuständen wurzelnd, berührt die großen entscheidenden Lebensfragen des deutschen Volks. In dem Volksstaat dieses Programms ist die Form für die Erziehung des deutschen Volks zum Staatsvolk gegeben. Denn nur ein sich im Volksstaat selbständig betätigendes Volk ist erst ein Staatsvolk.

MAX COHEN · WAS WIRD MIT DEM REICHSWIRTSCHAFTSRAT?

SELTEN hat ein Parlament sich sein eigenes Ende in so unerfreulicher Weise bereitet wie der letzte Reichstag. Schon seit Wochen eigentlich arbeitsunfähig, hat er nicht einmal die Hauptaufgabe der innern Politik; einen in Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichenden Haushaltsplan fertigzustellen und zu verabschieden, lösen können. Da er auch die von der Regierung als vorübergehende Maßnahme erlassene Notverordnung, die das Budget ins Gleichgewicht bringen sollte, mit geringer Mehrheit wieder aufgehoben hat, ist der Zustand eingetreten, daß von der Volksvertretung Ausgaben bewilligt worden sind, für die, in der Höhe von etwa $\frac{1}{2}$ Milliarde, keine Deckung vorhanden ist. Der Reichsfinanzminister Dietrich hatte schon recht, wenn er sagte, daß die öffentliche Sicherheit erheblich gefährdet sein werde, wenn es nicht endlich gelinge durch die Verabschiedung des Reichsetats die Finanzwirtschaft des Reichs wie auch der Länder und Gemeinden in Ordnung zu bringen. Wir sind die letzten, die die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung ohne Not befürworten möchten, und vom staatsrechtlichen Standpunkt aus lassen sich gegen sie in der Tat recht gewichtige Einwendungen erheben. Aber schließlich muß doch das Parlament seiner Aufgabe genügen. Es ist deshalb sehr zu bedauern, daß der Redner der größten Reichstagsfraktion, der sozialdemokratischen, in dieser in gewisser Beziehung entscheidenden Situation nur die staatsrechtliche Seite über die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung behandelte und darüber schwieg, daß staatspolitische Realitäten sich als stärker erweisen können als staatsrechtliche Traktate. Das ist um so verwunderlicher, als niemand der sozialdemokratischen Fraktion (trotz vielen Vorbehalten, die hier fortlaufend gegen ihre politische Haltung in einer Reihe von Fragen gemacht werden mußten) im ganzen die Anerkennung versagen kann, daß sie bei einer Reihe von Gelegenheiten eine erfreuliche Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volks und seiner Wirtschaft gezeigt hat.

In der allgemeinen Verworrenheit und Ratlosigkeit des Parlaments wurden die Gesetzentwürfe über die Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrats abgelehnt: ein Vorgang, der in der Öffentlichkeit völlig unbeachtet blieb, obwohl auch diese Entscheidung des Reichstags bezeichnend für die Unklarheit war, die ihn schon die ganze letzte Zeit beherrschte. Wie hier oft dargelegt wurde, macht die Kompliziertheit der gegenwärtigen Verhältnisse es unmöglich, daß lediglich *eine* politische Kammer mit all den vielen Schwierigkeiten fertigzuwerden vermag, die auf ein großes europäisches Industrievolk nach dem Weltkrieg einstürmen. Der Reichstag vermag, das hat sich gezeigt, beispielsweise die wirtschafts- und finanzpolitische Gesetzgebung nicht entfernt so gründlich durchzuarbeiten wie es die Gegenwart erfordert. Die letzten Ereignisse haben das schließlich dem letzten Mann auf der Straße deutlich gemacht. In den Sozialistischen Monatsheften ist seit dem Zusammenbruch des alten Regimes gefordert worden sich nicht bei dem liberalistischen Einkammersystem zu bescheiden sondern ein sozialistisches Zweikammersystem zu schaffen, das heißt neben das Parlament des allgemeinen Wahlrechts eine Kammer der Arbeit zu setzen, die mit dem Reichstag gemeinsam die Gesetzgebung vorbereite und durchführe. Die vom Reichstag abgelehnten Gesetzentwürfe sahen keine legislativen Rechte für den Reichswirtschaftsrat vor; sie ließen es vielmehr bei seiner Gutachtertätigkeit bewenden, deren Möglichkeiten nur besser als bisher ausgeschöpft werden sollen. Obwohl die Entwürfe in diesem Punkt der Auffassung der Mehrheit des Reichstags Rechnung trugen, und obwohl ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten aller Fraktionen die Notwendigkeit einer sorgsam Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, unter Zuziehung der Interessenten und anderer beteiligter Volkskreise, durch eine andere Körperschaft anerkennt, hat sich im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit (die infolge einiger verfassungsändernder Bestimmungen notwendig wäre) für die Gesetzentwürfe gefunden.

Die Ablehnung ist aus den verschiedenartigsten Motiven erfolgt. Von der Haltung der Scheinradikalen auf der Rechten und der Linken, die jede Gelegenheit benutzen dem Gegenwartsstaat ihre Unfruchtbarkeit zu beweisen, braucht hier nicht gesprochen zu werden. Wohl aber von jenen Ablehnern, die aus grundsätzlichen Erwägungen, und von jenen, die aus ganz kleinen Utilitätsgründen den endgültigen Reichswirtschaftsrat zunächst zu Fall brachten.

Um mit dem Kleinsten zu beginnen, so ist es sicher, daß ein Teil der ablehnenden Abgeordneten (hier muß besonders die Wirtschaftspartei genannt werden) deshalb gegen die Gesetzentwürfe gestimmt hat, weil er mit der Verteilung der Sitze im endgültigen Reichswirtschaftsrat nicht einverstanden war. Es soll gewiß nicht behauptet werden, daß keine andere Verteilung der Sitze denkbar war als jene, die in den, unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrats selber zustande gebrachten Gesetzentwürfen vorgesehen war. Kaum aber hätte man eine unter sachlichen Gesichtspunkten objektivere gefunden. Da der endgültige Reichswirtschaftsrat nun einmal so klein wie möglich gehalten werden sollte, war eine den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht werdende Ausbalanzierung gewiß nicht leicht und sicherlich auch nicht zu erreichen, ohne daß es mit dem Ergebnis Unzufriedene gegeben hätte. Immerhin war die unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats vorgeschlagene Einteilung so sorgfältig wie möglich und nicht unter dem Gesichtswinkel parteipolitischer Wünsche vorgenommen worden. Für die Einteilung waren vor allem die

Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftsgruppen, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Berufszählung, der Produktions- und Umsatzzahlen, der beschäftigten Menschen und anderer wichtiger ökonomischer Gesichtspunkte, maßgebend. Vom Standpunkt des Reichswirtschaftsrats, das heißt einer an einer zweckmäßigen und guten Arbeitsweise interessierten Körperschaft, aus, war es natürlich nicht ausschlaggebend, ob die vorgesehene Anzahl der Mitglieder (144) ein wenig vergrößert wurde, sofern das Prinzip der möglichsten Kleinhaltung nicht über den Haufen geworfen wurde. Wehren mußte er sich freilich (und das hat er auch getan) gegen den Gedanken, daß aus parteipolitischen Gründen: weil Organisationen, die über zahlreiche Wähler verfügen, neue Sitze verlangten, die Gesamtzahl der Mitglieder über die sachlichen Notwendigkeiten hinaus erhöht wurde. Man kommt mit solchen Methoden der Rechnungsträgerei ja auch keineswegs zu einem bessern Resultat. Für jede neue Gruppe, die man durch eine Vermehrung der Sitze befriedigen will, entsteht eine Reihe neuer, unzufriedener anderer Gruppen, die nun auch heranwollen. Da nun außerdem die Gesamtzahl in enger Verbindung mit der innern Gliederung und Verteilung der Wirtschaftsgruppen und der Mitglieder steht, kann man die Gesamtzahl gar nicht durch die Schaffung neuer Sitze erhöhen, ohne den Zusammenhang zwischen Gesamtzahl und der innern Gliederung zu zerreißen. Wer es miterlebt hat, wie im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags der Hauptkampf sich um die Zahl der Sitze und um ihre Verteilung gedreht hat, und das in stundenlangen Sitzungen, konnte sich eines deprimierenden Gefühls nicht erwehren. Man hätte bei der Beratung dieser Gesetzentwürfe wirklich große und wichtige Gesichtspunkte in die Debatte werfen können. Daß das kaum je geschah, mußte beschämen. Die Wirtschaftspartei hat schließlich in der Tat nur deshalb gegen die Gesetzentwürfe, die sie im Prinzip billigt, gestimmt, weil sie von den 3 Vertretern des Einzelhandels (es handelte sich nicht um einen weiteren Sitz für das Handwerk, wie das Berliner Tageblatt fälschlicherweise mitteilte) nicht 2 durch eine ihr nahestehende Organisation besetzen konnte. Durch sie und die Deutschnationale Volkspartei ist die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrats im Augenblick vereitelt worden.

Bei der letztgenannten Partei waren es besonders 2 Punkte, die das ablehnende Votum herbeiführten. Der Vertreter der Deutschnationalen im Volkswirtschaftlichen Ausschuß, der dem äußersten rechten Flügel der Fraktion angehörte, bestand darauf, daß schon jetzt ein Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Organisation, die von den sämtlichen übrigen Gewerkschaften als Gelbe bezeichnet werden, einen Sitz unter den Arbeitnehmervertretern des Reichswirtschaftsrats erhalte. Man wird, auch als Gegner dieser Forderung, zugeben müssen, daß die Debatte über diese Frage meist auf hohem geistigen Niveau stand. Ich selbst habe schon früher in den Sozialistischen Monatsheften darauf hingewiesen, daß der wirtschaftsfriedliche Gedanke, das heißt die Idee das Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gemeinsame neben das Trennende zu stellen, die Klassensolidarität als Ergänzung des Klassenkampfes zu erkennen, zweifellos von großer Bedeutung ist. Dieser Gedanke ist auch der Praxis der Freien Gewerkschaften keineswegs fremd; ist doch für sie der Kampf in der Regel nur zum letzten Mittel geworden, das angewandt wird, wenn Methoden der Verhandlungsbereitschaft nicht zum Ziel führen. Nur können die Träger dieses Gedankens nicht gerade die

Gelben Gewerkschaften sein, die, mindestens zu einem Teil, sich in materieller und geistiger Abhängigkeit von den Arbeitgebern befinden; erst das vollkommene Verschwinden dieser Abhängigkeit könnte eine neue Situation schaffen, dann aber hätte die Sonderexistenz der Wirtschaftsfriedlichen neben den Gewerkschaften keinen Grund und keine Grundlage mehr. Der andere wichtigere Grund, der die Deutschnationalen gegen die Entwürfe stimmen ließ, war die Tatsache, daß auch der endgültige Reichswirtschaftsrat keine legislativen Rechte erhalten sondern eine Gutachterkörperschaft bleiben sollte. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß gerade die Sozialistischen Monatshefte die Wirtschaftskammer als vollberechtigten gesetzgebenden Körper verlangen; das hat ja der Verfasser dieses Artikels oft genug dargelegt, und das ist hinreichend bekannt. Dennoch, vielmehr gerade deswegen, müssen wir es bedauern, daß die Deutschnationalen die Nichterfüllung dieser Forderung zum Anlaß nahmen, um das Ganze abzulehnen. Man muß, nachdem die Zeit der radikalen Neuschöpfung des Jahres 1918-1919 verpaßt wurde, einsehen, daß jenes Ziel heute nicht in einem Zug zu erreichen ist, und man muß sich darauf einrichten in organischer langsamer Entwicklung zu ihm zu gelangen. Wenn es möglich gewesen wäre jetzt oder auch in naher Zeit eine Mehrheit für eine gesetzgebende Zweite Kammer zu finden, so wäre der Standpunkt der Deutschnationalen verständlich. Davon kann aber, wie die politischen Parteien gerichtet sind, nicht die Rede sein. In jedem Fall aber würde, und darauf kommt es an, der endgültige Reichswirtschaftsrat sich ebenso leicht in eine gesetzgebende Kammer umgestalten lassen wie der heute bestehende provisorische. Während jetzt, nach der Ablehnung der Gesetzentwürfe, manche Leute nicht übel Lust haben auch den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, mit dessen Existenz sie sich nie recht befreunden konnten, einfach abzuschaffen. Wenn das Ziel der deutschnationalen Fraktion erreicht werden soll, muß doch die Institution selber, aus der die Zweite Kammer hervorgehen soll, erhalten bleiben. Bei ruhiger Entwicklung der Dinge wird der Reichswirtschaftsrat eine Übergangsetappe sein. Ein Hineinwachsen in neue Aufgaben ist meist besser als das mit bloß politischen Machtmitteln vorgenommene Neugründen von Organisationen und Institutionen. Es ist wahrscheinlich, daß ein Großteil der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei mit innerlichem Widerstreben die Gesetzentwürfe abgelehnt hat, nur um die Fraktionsdisziplin nicht zu durchbrechen. Kurze Zeit nachher ist es nun doch geschehen, und das Opfer des Intellekts, das man mit jener Ablehnung gebracht hat, ist ganz unnütz gewesen.

Was soll nun geschehen? Im Berliner Tageblatt, das nie ein Freund des Wirtschaftskammergedankens gewesen ist, wurde am 15. Juli die Beseitigung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats gefordert. Man stützte sich dabei dort auf Angaben, die nahezu samt und sonders falsch sind. Wenn dort von einem »ungeheuerlichen Leerlauf« einer aus 326 Mitgliedern bestehenden Körperschaft, deren »Plenum niemals eine lebendige Funktion ausüben konnte«, gesprochen wurde, so hat das Blatt offenbar die letzten Jahre verschlafen. Mit dem Plenum hat man bereits seit 1923 nicht mehr gearbeitet, weil man im Reichswirtschaftsrat schnell erkannt hatte, daß die ihm entsprechende sachliche und objektive Arbeitsweise in wirtschaftlichen Fragen sich in Ausschüssen besser durchführen lasse. In einer Fülle von Angelegenheiten, teils zur Vorbereitung gesetzlicher Regelungen teils in Begutachtung vom Kabinett

beschlossener Gesetzentwürfe, sind von den Ausschüssen zahlreiche auf genauer Kenntnis der jeweiligen Materien beruhende Gutachten ausgearbeitet worden. Sowohl in den Ministerien wie bei einer ständig steigenden Anzahl von Abgeordneten weiß man, daß diese Arbeiten für eine die wirklichen Verhältnisse berücksichtigende Wirtschaftsgesetzgebung unentbehrlich sind. Wenn es, formal gesehen, noch 326 Mitglieder des Reichswirtschaftsrats gibt, so ist das lediglich ein Schönheitsfehler; denn es ist an den Arbeiten dieser Ausschüsse etwa nur die selbe Zahl von Mitgliedern beteiligt wie sie als Gesamtzahl für den endgültigen Reichswirtschaftsrat vorgesehen war, also zwischen 140 und 150 Mitglieder. Was die Kosten anlangt, so hat kaum eine ähnliche Körperschaft so geringe Anforderungen an die Finanzen gestellt wie der Reichswirtschaftsrat; sie betragen im letzten Etatsjahr nicht 1 Million Mark, wie das Berliner Tageblatt meinte, sondern nur 650 000 Mark. Im übrigen kann die Kostenfrage bei einer Einrichtung, die für den unentbehrlich ist, der eine gewissenhafte, aufs sorgsamste vorbereitete Wirtschaftsgesetzgebung will, nicht den Ausschlag geben. Alle diejenigen, die sich ein begründetes Urteil über den Reichswirtschaftsrat bilden wollen, sollten sich nicht davon leiten lassen, daß seine Gutachten im politischen Parlament oft nur ungenügend beachtet wurden, sondern von dem Wert seiner Arbeiten selbst. Wenn sie diese gründlich studierten, so sähen sie vielleicht ein, daß jene Nichtbeachtung nicht gegen den Reichswirtschaftsrat sondern gegen den Reichstag spricht, und sie kämen dazu vom Reichstag eine bessere Berücksichtigung der vom Reichswirtschaftsrat ermittelten Tatsachen zu verlangen.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird gut daran tun seine Arbeit wie bisher ohne irgendwelche Nervosität fortzusetzen und abzuwarten, wie der nächste Reichstag aussieht, und wie fest die Regierung steht, die mit diesem Reichstag arbeiten muß. Man kann aus der Ablehnung der Vorlage durch den letzten Reichstag, der in einem außergewöhnlichen politischen Tohuwabohu mehr krankhaft agiert als gearbeitet hat, keine Schlüsse ziehen. Die Sozialdemokratische Partei hat in der Frage des Reichswirtschaftsrats eine besonders sachliche Haltung gezeigt. Wenn es nicht anders möglich wäre, so ließe sich mit ihrer Unterstützung auch ein Gesetzentwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat ausarbeiten, der zu seiner Annahme keiner qualifizierten sondern nur einer einfachen Mehrheit bedarf. Alles das wird sich im Herbst dieses Jahres zeigen, und bis dahin muß man abwarten. Vor allem wird nun die politische Vertretung der Landwirtschaft nicht mehr durch Parteidisziplin gezwungen sein ihre bessere Einsicht zurückzustellen.

So richtig es auch war, daß die vereinigten Vorstände des Reichsverbands des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertags am 15. Juli in einer deutlichen Resolution ihr Bedauern über die Ablehnung der Gesetzentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat aussprachen: man konnte von dem letzten Reichstag kaum noch eine sachliche Stellungnahme in einer so wichtigen Angelegenheit erwarten. Jetzt existiert dieser Reichstag nicht mehr. Sobald der neue zusammentritt, werden die Organisationen der deutschen Wirtschaft auf dem Plan sein müssen, um von ihm die Revision des falschen Urteils über die Gesetzentwürfe betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu fordern. Das wäre dann der erste Schritt zum sozialistischen Zweikammersystem der Zukunft.



HANS WILBRANDT · AGRARPOLITISCHE STUDIENREISE DURCH DEN DEUTSCHEN OSTEN



FÜR einen großen Teil der Süd- und Westdeutschen hört Deutschland hinter Berlin auf. Ein Bayer sagte kürzlich: »Wir wissen, daß da oben im hohen Norden noch ein großer Wasserkopf vorhanden ist, der heißt Berlin, dahinter aber, so haben wir in Bayern die Vorstellung, beginnt allmählich Sibirien.« Um solche Vorstellungen auszuräumen und um den sozialdemokratischen Funktionären, die sich besonders mit Agrarfragen zu beschäftigen haben, von praktischer Landwirtschaft und von den Lebensverhältnissen in Ostelbien eine Vorstellung zu geben, veranstaltete der Reichsausschuß für Sozialistische Bildungsarbeit im Juli eine Agrarpolitische Studienreise durch Teile von Brandenburg, Grenzmark und Pommern. Teilnehmer an dieser Reise waren Parteisekretäre, praktische Landwirte, Führer der westdeutschen Bauernbewegung, Abgeordnete, Studenten und andere agrarpolitisch Interessierte. Im nachfolgenden sollen streifzugartig Eindrücke von dieser Reise festgehalten werden, deren allgemeine Kenntnis wünschenswert ist.

Ostelbien, landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Junker: das sind die 4 Worte, die sich bei Sozialdemokraten unwillkürlich aneinanderreihen. Ein erheblicher Teil der Reisezeit wurde daher auf das Kennenlernen des spezifisch ostdeutschen Großbetriebs, Großgrundbesitzes und seiner Menschen verwandt. Es sei vorausgeschickt, daß sich alle Großgrundbesitzer, die wir gebeten hatten uns ihre Betriebe zu zeigen und uns ihre Lage zu schildern, die größte Mühe gaben uns alles Wissenswerte vorzuführen. Wir waren bei dieser Reise Gäste von Bauern und von "ostelbischen Junkern": nirgends wurden die 20 Sozialdemokraten als Klassenfeinde aufgenommen, im Gegenteil, recht häufig wurde von den Landwirten der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Besichtigung zu einer Annäherung und Verständigung zwischen den Verbrauchern und den Erzeugern beitragen werde. Natürlich können bestehende politische und wirtschaftliche Gegensätze durch solche menschlich erfreuliche Aussprache keineswegs aus der Welt geschafft werden. Es ist für den Sozialisten nichts Neues, daß es auch in anderen politischen Lagern menschlich feine Leute gibt. Immerhin dürfte eine freundliche und offene Aufnahme von Sozialdemokraten in Ostelbien vor dem Krieg, ja noch vor 5 Jahren kaum möglich gewesen sein. Da hat sich doch mancherlei gewandelt.

Bei einer Autofahrt durch Ostelbien sieht man alle Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung, des Aufstrebens und des Zusammenbruchs der ostelbischen Großlandwirtschaft. Gleich am 1. Tag der Reise wurde einer der interessantesten landwirtschaftlichen Großbetriebe besichtigt, auf dem in höchster Intensität, aber gleichzeitig in sehr weit getriebener rationalisierter Wirtschaftsweise 30% der Fläche mit Feldgemüse bebaut werden: der 13 000 Morgen große Betrieb des Besitzers und Pächters Schurig Markee bei Nauen. Eine derartige Betriebsform intensiver Hackfrucht- und Gemüsebauwirtschaft mit ganz wenig Vieh unter Verwertung großer Mengen städtischen Mülls als Dünger ist nur dicht vor den Toren einer Großstadt denkbar. Imponierend ist die durchweg fortschrittliche Denkart Schurigs. Für ihn gibt es keine technischen Neuerungen, die nicht ausprobiert werden müssen. Ein moderner

Maschinenpark steht zur Verfügung und wird in einer Reparaturwerkstätte, die in ihrer Größe allein den Eindruck einer kleinen Fabrik macht, unterhalten und erneuert. Ein kleines Beispiel der in Deutschland rückständigen Produktionsmethode sei erwähnt: Auf diesem Betrieb wurden uns normierte Achsen für Ackerwagen gezeigt, von denen 3 für sämtliche Ackerwagentypen Deutschlands genügen würden. In Wirklichkeit gibt es aber mehrere hundert verschiedener Ackerwagenachsen, die einen Austausch der Räder von einem Wagen zum andern unmöglich machen, so daß man wegen ihrer unzumutbaren Konstruktion neue Achsen nehmen muß, wenn an einer kleinen Stelle, die besonders stark beansprucht wird, Abnutzungserscheinungen auftreten.

In ihrer Art sehr fortschrittliche, wenn auch wegen ihrer entfernten Wirtschaftslage vollständig anders bewirtschaftete Großbetriebe wurden auf der Reise in einer größeren Zahl besichtigt. Erwähnt sei ein 11 000 Morgen großer alter Familienbesitz im Kreis Züllichau, der trotz allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten heute noch gesund und unbelastet dasteht und auch die aller schwersten Belastungsproben unter seiner ausgezeichneten Führung überstehen dürfte. Der Besitzer von Philippsborn, der sich die Zeit nahm unsere Reisegesellschaft einen ganzen Tag durch seine Betriebe und die Genossenschaften von Schwiebus zu führen, sticht bei aller menschlichen Zurückhaltung und Reserviertheit wegen der starken Betonung der Notwendigkeit durchgreifender Selbsthilfemaßnahmen in der Landwirtschaft stark von anderen Landwirten ab, die die Rettung der Landwirtschaft nur aus Subventionen erwarten. Bemerkenswert in diesem Betrieb war außerdem die Bewirtschaftung ohne Wanderarbeiter, trotz hoher Intensität und starkem Hackfruchtbau, dessen Durchführung ohne ausländische Wanderarbeiter von anderen Landwirten häufig als unmöglich bezeichnet wird. Gelungen ist diese Umstellung vornehmlich durch Einführung arbeitssparender Maschinen zur Überwindung der Hauptarbeitsbelastungszeiten, dazu beigetragen hat sicher auch der Bau guter und ausreichender Arbeiterwohnungen. Ähnlichen Eindruck machte eine 15 000 Morgen große Güterverwaltung eines süddeutschen Fürsten. Der Güterdirektor dort hat aus dieser früher anscheinend recht mäßigen Wirtschaft einen fortschrittlichen und in allen Einzelheiten durchkalkulierten Betrieb gemacht. Schließlich sei unter den besichtigten Großbetrieben noch die 3500 Morgen große Wirtschaft von Goerne in Vessin bei Stolp besonders aufgeführt, ein Betrieb, der trotz hoher, aber für produktive Zwecke aufgenommener Verschuldung heute noch gesund dasteht. Der Stand der Felder, mehr noch aber die höchstwertige Viehherde mit einem Milchertrag von mehr als 4000 Liter pro Kuh jährlich fallen auch dem Laien auf. Nicht unerwähnt bleiben darf endlich die Besichtigung von Provinzialgütern, die einzelnen Versorgungsanstalten angeschlossen sind und für deren Lebensmittelbelieferung in Selbstbewirtschaftung der Provinz Brandenburg und Grenzmark betrieben werden. Obwohl diese Betriebe größtenteils keine rein wirtschaftliche Aufgabe haben sondern neben der Lebensmittellieferung Wanderer beschäftigen müssen, das heißt heimatlose Existenzen und Stromer aus den Wanderarbeiterheimen, die nicht als volle Arbeitskräfte zu rechnen sind, war der Eindruck der Leistungen fast durchweg gut: ein beweiskräftiges Zeichen dessen, daß, entgegen einer Auffassung, der man zuweilen begegnet, auch die Landwirtschaft im öffentlichen Besitz und in Eigenregie ganz in fortschrittlichem Geist geführt werden kann.

Sähe es in ganz Ostelbien so aus wie auf den Mustergroßbetrieben und bei ihren Leitern, dann gäbe es dort kein Agrarproblem. Die Pommersche Landwirtschaftskammer hat neuerdings eine besondere Abteilung für Auswertung der landwirtschaftlichen Buchführungsergebnisse zu Rationalisierungszwecken eingerichtet. Für jede typische Betriebsform werden die Ergebnisse aus den besten Betrieben zusammengestellt und Betriebsleitern mit ähnlicher, aber unzweckmäßigerer Wirtschaftsorganisation und daher schlechterer oder fehlender Rentabilität des Betriebs als Fingerzeig für notwendige Betriebsänderungen zugesandt. Wären solche Beratungsstellen vor Jahren vorhanden gewesen, so hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach mancher schwere Fehler, der nun Besitzer von Haus und Hof treibt, vermeiden lassen.

Es darf nicht verkannt werden, daß es neben technisch und wirtschaftlich führenden und fortschrittlichen Landwirten eine viel größere Zahl derer gibt, die es nicht verstanden haben unter dem Zwang der Schwierigkeiten der letzten Jahre aus ihrem Betrieb das Letzte herauszuholen, sondern die durch irgendwelche Umstände in tiefe Verschuldung geraten sind, teilweise sich trotzdem noch mühselig über Wasser halten, teilweise aber auch rettungslos dem Zusammenbruch zutreiben. Dieser Zusammenbruch hat schon eine große Anzahl von ostelbischen Betrieben erfaßt, die Zwangsversteigerungen von Großbetrieben mehren sich von Jahr zu Jahr rapide. Die Auswirkung dieser Krise sieht man überall, sei es bei den Erzählungen der Direktoren von Siedlungsgesellschaften, sei es beim Durchfahren durch ein vollständig devastiertes Gut mit zerfallenen Gebäuden, miserabilem Stand oder gar Brachliegen der Felder. Auf diesen Ruinen entstehen neue Bauernbetriebe. Diesem Umbau der zusammenbrechenden Teile in ein bäuerliches Ostelbien galt ein Hauptaugenmerk der Reise. Interessant waren dabei die Antworten der Direktoren der Siedlungsgesellschaften, warum die besiedelten Güter zum Zusammenbruch kamen: Ein Landwirt hat sich nur für Jagd interessiert und um seinen Betrieb nicht gekümmert, einer hat eine derartig kostspielige Lebenshaltung geführt, daß der Betrieb zugrunde gehen mußte, ein anderer hat nach der Inflation noch kostspielige Gebäude errichtet, deren Kosten mit den nie gezahlten Zinsen ein lawinenhaftes Anwachsen der Schuld brachten, wieder andere haben das Gebot schleuniger Umstellung nicht erkannt und im Betrieb bei alter Wirtschaftsweise entstehende Verluste durch Kreditaufnahme auszugleichen versucht. Ein kleines Beispiel für kostspielige Fehlinvestitionen: Auf einem Betrieb, der für Dampfflugkultur nicht geeignet war, schaffte der Besitzer nach der Inflation für 50 000 Mark einen Dampfflugsatz an. Mit diesem wurden insgesamt 300 Morgen gepflügt, obwohl Dampfflugkultur erst bei einer jährlichen Bearbeitung von vielen tausend Morgen wirtschaftlich wird. Seither steht der Dampfflug unbenutzt da, die Käuferin des zusammengebrochenen Betriebs, eine Siedlungsgesellschaft, bietet den Dampfflugsatz vergeblich für 5000 Mark überall an; er ist unverkäuflich, denn die Blütezeit der Fehlinvestitionen war 1924 bis 1926; jetzt hat kein Landwirt mehr Lust und Geld für solche technische Spielereien. Die Erkenntnisse der letzten Jahre haben bitteres Lehrgeld gekostet.

Größtenteils werden die Betriebe nach ihrem Zusammenbruch neu besiedelt, soweit sie sich dafür eignen. Sehr interessant ist jedoch ein Versuch Graf von Bismarcks /Varzin/ solche Betriebe nach Muster amerikanischer Getreidefarmen ganz extensiv zu bewirtschaften und in Großbetriebsform zu erhalten.

Der junge Graf Bismarck stellt sich die Sanierung vieler zusammenbrechender ostelbischer Großbetriebe so vor, daß bei einem Betrieb von zirka 2000 Morgen 800 Morgen unter möglichst weitgehender Verwendung der Gebäude der Siedlung zugeführt, die restlichen 1200 Morgen mit Mährescher, Traktor und automatischem Speicher von 4 Mann bewirtschaftet werden. Ein solcher Versuch wird auf einem eigens hierfür von privater Seite zur Verfügung gestellten Großbetrieb in Zeblin unternommen. In diesem Betrieb werden nur Getreide und Gründüngung gebaut. Diese soll den Stallmist ersetzen, denn Vieh ist nicht vorhanden. Alle Arbeit wird mit Motoren und Maschinen und einem Lastkraftwagen von insgesamt 4 Mann verrichtet: auf 1 Quadratkilometer $1\frac{1}{3}$ Mann. Die starke Mechanisierung einer solchen Wirtschaft legt einen noch größern Teil der Landarbeit in die Städte und in die Fabrik als dies bisher schon der Fall ist. Die Kalkulationen dieses erst im Versuchsstadium befindlichen Betriebs haben bisher nicht gestimmt, doch glaubt Graf Bismarck nach Überwindung von kostspieligen Kinderkrankheiten so billig wirtschaften zu können, daß die Produktionskosten bei rund 50 Mark nacktem Bodenpreis pro Morgen und 75 Mark Einrichtungskosten und Betriebskapital des mechanisierten Betriebs pro Morgen für 1 Zentner Getreide nicht mehr als 6 Mark betragen. Die Zukunft wird zeigen, ob dem so ist; Skepsis ist am Platz, doch ist der Versuch auf jeden Fall sehr interessant. Es scheint jedoch, als ob es nicht bei der ganz extensiven Getreidewirtschaft nach amerikanischem Muster bleiben wird. Die Produktionskraft des Bodens wird zu sehr geschwächt, bereits im nächsten Jahr soll in die bisherige Fruchtfolge Kartoffelbau eingefügt und Vieh angeschafft werden. Damit wird dieser Versuchsbetrieb in seiner Produktionsrichtung einem normalen ostelbischen Großbetrieb ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß er bis aufs äußerste mechanisiert ist. Erst in einigen Jahren, wenn der Versuch wirklich ausgereift ist, wird man darüber endgültig urteilen können. Als Krisenheilungsmittel wird dieser Versuch freilich kaum große Bedeutung erlangen. Denn wenn die Schulden eines Betriebs bis auf 100 Mark Belastung pro Morgen bei der Zwangsversteigerung, bei freiwilligem Besitzwechsel oder bei Gläubigerakkord abgeschrieben werden, dann läßt sich ein landwirtschaftlicher Betrieb auch bei anderer Wirtschaftsweise fortführen; es ist dazu nicht eine Neuinvestition von 100 Mark pro Morgen für die restlose Mechanisierung notwendig, zudem wird dieses Geld gerade von den Erwerbern zusammengebrochener Betriebe nur in den seltensten Fällen aufgebracht werden können.

Viel wichtiger für die Sanierung ist die Siedlung.

Die auf den zusammenbrechenden Großbetrieben neu entstehenden Siedlungen sind durchaus nicht einheitlich. Viel Lehrgeld mußte von den einzelnen Siedlungsgesellschaften gezahlt werden. So wurde eine Siedlung auf ganz leichtem für Siedlung denkbar ungeeigneten Boden besichtigt, die das erste Siedlungswerk der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft in der Grenzmark war. Die Gebäude sind unzweckmäßig, teilweise schlecht aufgeführt, die Siedler können auf dem schlechten Boden nicht vorwärtskommen, eine zweckmäßige Beratung der Siedler fehlt. Wirtschaftlich sind viele Siedler wie Kinder. Sie haben Freude an neuen Maschinen, und obwohl es gerade in den ersten Jahren nach der Ansiedlung das Vordringlichste wäre sich den Stall mit gutem Vieh vollzustellen und den Betrieb in volle Produktionskraft zu bringen, lassen sie sich von Maschinenagenten überreden auf Wechselkredit

für ihren Betrieb zu große, unpraktische und ungeeignete Maschinen zu kaufen. So sahen wir in einem Betrieb von 50 Morgen als erstes eine kürzlich für 2500 Mark gekaufte Dreschmaschine. An solchen Maschinenkäufen, die nicht bezahlt werden können, und für die die Wechsel prolongiert werden müssen, ferner an der Großmannssucht sich zu viel Pferde halten zu wollen hat mancher Siedlungsbetrieb schwer zu leiden. Auf einer Siedlung der Landbank klagen die Siedler über ihre unhaltbare Lage. Eine Nachprüfung an Ort und Stelle ergab schwere Fehler in der Gebäudekonstruktion, das heißt zu kleine Ställe, die den Siedler sofort nach der Übernahme zwangen zusätzliche Ställe zu bauen, wodurch er sich schwere Belastung auflud. Außerdem aber darf nicht verschwiegen werden, daß viele Klagen der Siedler wirtschaftlich nicht berechtigt sind. Insbesondere die Ostflüchtlinge, die aus dem früher deutschen Posen ausgewiesenen Bauern, unter ihnen wieder in erster Linie die bereits vor dem Krieg von der Ansiedlungskommission angesiedelten, haben vielfach eine ausgesprochene Staatsrentnerpsyche. Wegen jeder Kleinigkeit, wegen eines Risses im Putz des Gebäudes, wie er in jedem Neubau vorkommt, oder wegen anderer Nichtigkeiten beginnen sie groß zu klagen. Anstatt dem Staat für seine wahrhaftig große Hilfe zu danken, glauben viele Ostflüchtlinge berechnete Ansprüche auf Versorgung bis ans Lebensende stellen zu können. Deshalb sind die Ostflüchtlinge nirgends gern gesehen.

Besonders interessant für eine sozialistische Studienreise war die Besichtigung des Siedlungsguts Bärenklau bei Velten, das nach den Grundsätzen Franz Oppenheimers besiedelt wird. Das Bärenklauer Siedlungsverfahren unterscheidet sich von dem anderer Gesellschaften vor allem darin, daß sich die Siedlungsgesellschaft für den Fall der Veräußerung einer Siedlung das Rückkaufsrecht vorbehält. Dadurch wird jede Bodenspekulation durch den Siedler ausgeschlossen. Praktisch ist das die Sozialisierung jeder Grundrentensteigerung. Daneben trachtet die Siedlungsgesellschaft Bärenklau danach möglichst viele eigene Landarbeiter anzusiedeln, damit nicht die vor der Besiedlung auf dem Betrieb tätigen Menschen durch zuwandernde Bauernsöhne ihrer Arbeitsstätte beraubt werden. In sozialer Hinsicht und durch Bildung von Genossenschaften ist in Bärenklau für die Siedler und auch Arbeiter mehr getan als in den meisten, vielleicht allen anderen Großgütern und Siedlungen.

Besichtigt man Siedlungen einer Gesellschaft, die in den verschiedenen Jahren nach einander entstanden sind, so kann man in der nacheinander fertiggestellten oder noch in der Entstehung begriffenen Siedlung die Fortschritte der Siedlungstechnik sehen. Wenn gerade die Anfangssiedlungen der Grenzmarkischen Siedlungsgesellschaft schwere Fehler aufweisen, so entsprechen ihre neuesten, noch nicht fertiggestellten Siedlungen, bei denen kein Restgut mehr bestehen bleibt, bei denen die Wirtschafts- und Herrschaftsgebäude nach Möglichkeit für die neuen Bauernwirtschaften ausgenutzt werden, und zum Beispiel bestehende Brennereien als Genossenschaftsbrennereien den Siedlern zur Verfügung gestellt werden, während sie früher dem Restgut gegeben wurden, den gerechterweise zu stellenden Anforderungen. Das selbe kann von Siedlungen anderer gemeinnütziger oder auch privater Gesellschaften, die wir besichtigten, gesagt werden. Etwas Kritik ist allerdings notwendig: Es müßte möglich sein auf einem Betrieb von 60 Morgen die Kosten des Gebäudekapitals, die durchschnittlich 16 000 Mark betragen, durch Vereinfachung auf 10- bis 12 000 Mark herabzudrücken. Diese Verbilligung ließe

eine verbesserte Ausrüstung des Siedlers mit Vieh und Inventar zu, und gleichzeitig könnten die Rentenzinsen für den Siedler ermäßigt, und die ersparten Gelder zur Intensivierung der gesamten Siedlungstätigkeit verwendet werden. Praktiker der Siedlung gaben die Möglichkeit solcher Umstellung zu. Weiter mußte man kritisieren, daß viele Siedlungsgesellschaften mit dem Verkauf des letzten Hofes ihre Siedlungstätigkeit auf einem Gut für abgeschlossen halten. In Wirklichkeit beginnt die Siedlungsarbeit aber erst mit der Einsetzung von Bauern in die einzelnen Betriebe. Wenn man die Siedler nicht unter Kuratel stellen kann, um unsinnige Maschinenkäufe und falsche Wirtschaftsmethoden zu verhindern, müssen die besten Betriebsberater eigens dazu angestellt werden, um die Siedlung in praktischer Zusammenarbeit mit den Siedlern zum Aufblühen und Gedeihen zu bringen. Durch Führer muß Eigenbrötlerei überwunden, Genossenschaftsgeist erweckt werden.

Die bisherigen Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Landarbeiter auf den Großgütern sind recht unterschiedlich. Auf der einen Seite sieht man gute, ausreichende Arbeiterwohnungen, auf der andern aber auch alte, verfallende Katen, in denen für eine Familie von 6, 8 und mehr Köpfen nur 1 oder 2 kleine Räume zur Verfügung stehen. Eng gedrängt steht dort Bett an Bett, in denen mehrere Kinder zusammenschlafen. Daß das Bestehenlassen solcher Wohnungsverhältnisse das beste Mittel ist zur Landflucht anzureizen, braucht nicht gesagt zu werden. Es ist traurig hierbei feststellen zu müssen, daß mit die ungünstigsten Wohnungsverhältnisse auf der Staatsdomäne Schmirtenau, an der polnischen Grenze, angetroffen wurden. Auch an der Landarbeiter-siedlung wurde, soweit die Voraussetzungen für sie fehlten, Kritik geübt.

Von dem Einzug fortschrittlichen Geistes in die Pommersche Landwirtschaftskammer zeugt es, daß sie wichtige Versuche zur Arbeitsrationalisierung und Arbeitserleichterung im Landwirtschaftsbetrieb in einer Wirtschaft durchführt, deren Arbeiter zum größten Teil freigewerkschaftlich organisiert sind.

Überaus wichtig für den Neuaufbau der ostelbischen Agrarwirtschaft ist die Entwicklung des genossenschaftlichen Absatzapparats. In Schwiebus, wo sich Vertreter der Landwirtschaft und der deutschnationale Landrat besondere Mühe um aufschlußreiche Führung der Reisegesellschaft gaben, wurde eine große Reihe von Genossenschaften (Absatz-, Molkerei-, Saatsbau-, Landmaschinen-genossenschaften, Kartoffeltrocknungswerk usw.) besichtigt. Durch schwere Fehler in der Geschäftsorganisation nach der Inflation waren die Genossenschaften in Schwiebus in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, eine hohe unproduktive Verschuldung mußte aufgenommen werden. Man hat den Eindruck eines gut funktionierenden Apparats, dessen Arbeit aber durch eine 10jährige Amortisation von Sanierungsschulden stark vorbelastet ist.

Ein besonders imponierendes Beispiel erfolgreichster genossenschaftlicher Selbsthilfe stellt im hintersten Pommern die Molkereigenossenschaft in Stolp dar. In ihr werden die bekannten Stolper Jungchen und der sogenannte Pommerling, dem französischen Gervais ebenbürtig, hergestellt. Um höchstwertigen Käse dieser Sorte zu erzeugen, ist eine höchstwertige Milch von gesunden Tieren, gemolken von gesunden Melkern, ohne Schmutz, mit wenig Bakterien und mit einem bestimmten Fettgehalt notwendig. Die Stolper Meierei ist daher in Deutschland in der Bezahlung der Milch nach Fettgehalt, Reinheit, Käsereitauglichkeit usw. bahnbrechend gewesen. Sie hat es durch

geschickte Staffelung von Zuschlägen für gute und Abschlägen für schlechtere Milch verstanden die milchliefernden Landwirtschaftsbetriebe der Umgegend zur Erzeugung bester Qualitätsmilch zu erziehen. Die Schwierigkeiten, die sich dieser Qualitätsverbesserung entgegenstellten, waren enorm, aber in langer, zäher Arbeit ist das Werk gelungen. Heute wird die Richtigkeit der Qualitätsbezahlung von den Lieferanten allgemein anerkannt. Stolper Käse geht nach England und Amerika, die gute Bezahlung hoher Käsequalität hat es außerdem erlaubt, daß die Stolper Molkerei für gute Milch Preise zahlt, die weit über den bei normaler Organisation möglichen Milchpreisen liegen. Wären die Molkereigenossenschaften überall so fortgeschritten wie die Molkerei in Stolp, so stünde es heute anders um die deutsche Milchwirtschaft.

Reiseeindrücke aus Ostelbien wurden hier kurz wiedergegeben. Ein unwältender Umbruch vollzieht sich im deutschen Osten. Mit alten Wirtschaftsweisen und Vorrechten kann Ostelbien in Zukunft nicht weiterleben. Die Großbetriebe, die sich nicht auf moderne Wirtschaft und Menschenbehandlung umstellen konnten, brechen zusammen. Auch derjenige, der dem ostelbischen Großgrundbesitz fernsteht, ja in der Vernichtung eines großen Teils des alten Ostelbiens die Voraussetzung für die Gesundung des deutschen Ostens sieht, wird von dem Kampf und Zusammenbrechen eines Teils dieser alten Herrensicht menschlich ergriffen. Der Wiederaufbau auf den Trümmern, dessen Durchführung noch lange Jahre dauern wird, das Entstehen neuen bäuerlichen Lebens kann aber für die Zukunft mancherlei Hoffnung erwecken.



ERNST UNTERMANN · DAS PROHIBITIONSCHAOS IN AMERIKA

IM Willardhotel in Washington gibt ein Verein der Pressevertreter, der Gridironklub, dem Präsidenten Hoover und 400 Prominenten ein Diner. Zur Unterhaltung werden einige Bilder aus dem amerikanischen Leben gemimt. Ein Page trägt eine triefende Handtasche durch den Ballsaal. Hinter ihm wischt ein dienstbarer Geist sorgfältig jede Spur der verräterischen Nässe auf. »Ich geleite einen trocknen Kongreßmann auf sein Zimmer«, erläutert der Page. Großes Gelächter. Hoover lacht höflich mit, aber innerlich ist ihm nicht heiter zu Mut. Diese ewige Prohibition läßt ihm Tag und Nacht keine Ruhe. Gerade seine Hauptstadt steht im Verruf die gesetzloseste im ganzen Land zu sein. Er weiß, daß dieses Bild des trocknen Kongreßmanns lebenswahr ist: Diese Kerle, die im Kongreß laut über die Inaktivität, Korruption und Hilflosigkeit seiner Beamten in der Prohibition zetern, haben meist Verbindungen mit Schmugglern, den Bootleggers. Hält ihm doch die Presse schwarz auf weiß unter die Nase, daß der Bundessenat einen Speziallieferanten von Spirituosen, und das Unterhaus deren 6 hat, daß Capitol Hill der nasseste Fleck in der Stadt ist, daß Bootleggers in seiner nächsten Nähe reich werden, daß die jährliche Spirituosenrechnung der Stadt 2 Millionen Dollars erreicht. Und hätte sich Hoover in den Nebenzimmern des Gridironklubs umgesehen, so hätte er Gäste dieses Diners ertappt, die sich heimlich schnell einige Cocktails hinter die Binde gossen. Dazu schreit der Senator Blease aus Südcarolina am offenen Tag in die Welt hinaus: »Ich gebe es endlich auf die Hauptstadt Washington, diese Kloake der Verbrechen, reinigen zu wollen.

Ein Mann allein kann zu wenig ausrichten, um eine von Lastern und Verbrechen so durchseuchte Stadt zu heilen. Die Menschen haben in der Regel die Sorte von Regierung, die ihnen paßt. Meinetwegen mag Washington in Zukunft eben das haben. Und wird es noch verbrecherischer als es heute ist, so möge Gott Mitleid haben mit denen, die Gesetz und Ordnung lieben.« Aber wird irgendein Pressevertreter oder Kongreßmann, sei er auch so trocken wie die Sahara, seine gesetzlosen Kollegen an die Beamten verraten? Darüber hat Hoover keine Illusionen. Erst kürzlich saßen 3 Reporter der Washington Times im Stadtgefängnis, weil sie sich geweigert hatten die Namen und Adressen einiger 20 Kneipen zu nennen, in denen sie nach ihrer Behauptung Spirituosen gekauft hatten. Sie sind keine Angeber. Mögen Hoovers bezahlte Schnüffler das selbst ausfinden, wenn sie können und wollen. Und die Trocknen im Kongreß? Du liebe Unschuld! Die wagen es nicht, entweder weil sie selbst ein nasses Kerbholz haben, oder weil die Nassen bei den nächsten Wahlen noch mehr Vorteil davon hätten. Prophezeit doch sogar der frühere Generalanwalt Beck, daß die Republikanische Partei dem Verfall geweiht ist, wenn sie offen zur Prohibitionsparterie wird. »Also schweig' ich lieber still«, wie das alte deutsche Manöverlied so treuherzig bekennt.

Wie die Hauptstadt so das ganze Land. Wade H. Ellis, der als ehemaliger Assistent des Oberstaatsanwalts aus reicher Erfahrung spricht, macht Hoovers Mahnung zur Gesetzlichkeit mit folgenden Unkenrufen lächerlich: »Amerika ist das gesetzloseste Land der Welt. Die Nation bezahlt jährlich 13 Milliarden Dollars für Verbrechen; etwa die Gesamtziffer der nationalen Kriegsschulden.« Und nicht der Krieg oder die Prohibition tragen die Hauptschuld daran, obwohl sie die Verbrechen ungeheuer vermehrt haben: »Die wirkliche Wurzel des Übels geht viel tiefer. Amerikas gewaltige Anhäufung des Reichtums mit seiner Ausschweifung und seinem Anreiz zum leichten Geldmachen ist eine der Hauptursachen. Mit dem Automobil kamen Maschinengewehre, automatische Pistolen, Rauchgase, Luftschiffe, lauter Vorteile für den Dieb und den Räuber. Wie diese Dinge in Amerika zu größerer Verwendung gekommen sind als sonst irgendwo, so ist auch das Verbrechen hier üppiger aufgeschossen. Die Unfähigkeit unserer Justiz schnell und wirksam zu strafen hat die Gesetzlosigkeit direkt ermutigt. Schließlich kommt dazu die mehr als alle anderen Ursachen wichtige Tatsache, daß die große Masse unserer Bürger, obwohl ehrlich und gesetzliebend, zu sehr in Anspruch genommen ist von der Jagd nach Schätzen, der Anfertigung von Waren, der Ausfüllung ihrer Freizeit mit frivolen Unterhaltungen, um ernstlich an die Gefahren zu denken, die unserm Land drohen.« Als wäre das nicht schlimm genug für Hoovers Regierung, muß auch noch sein Parteifreund und Kritiker, der Senator Borah, donnern: »Die Durchführung der Prohibition ist ein Skandal.« Die Senatoren Brookhart und Norris verlangen die Absetzung des Finanzministers Mellon wegen seiner liederlichen Handhabung der Grenzkontrolle und seiner Freigebigkeit mit Erlaubnisscheinen zum Handel mit Alkohol für industrielle, wissenschaftliche und medizinische Zwecke. Allein für medizinische Zwecke werden jährlich 2 Millionen Gallonen Alkohol freigegeben. Für 20 Millionen Patienten macht das zwar nur $\frac{1}{10}$ Gallone pro Kopf im Jahr aus, aber der Verkauf von Patentmedizin hat weit mehr zugenommen als diese Zahl sagt, und ein Teil des medizinischen sickert mit dem wissenschaftlichen und industriellen Alkohol in den Schmuggel durch. Unter den

30 Millionen Gallonen, die die Regierung im Jahr 1929 als Konterbande konfisziert hat, spielt wohl der durchgeleckte industrielle Alkohol eine ziemliche Rolle. Also jammert Borah: »Die ganze Durchführung der Prohibition wird dadurch demoralisiert. Praktisch offene Kneipen florieren dicht unter den Augen zahlreicher Distriktsanwälte im ganzen Land.« Hoover lud Borah ein Beweise zu liefern oder den Mund zu halten. Dieser war aber gut vorbereitet und wartete sofort mit so vielen Beweisen auf, daß innerhalb 24 Stunden 17 Distriktsanwälte telegraphisch entlassen werden mußten. Dabei passierte ihm das Mißgeschick, daß gerade in diesem Augenblick ein besonders eklatanter Fall dieser Art aus Idaho bekannt wurde. Seine eigene Staatsmaschine saß also im Glashaus. Vielleicht dachte Hoover daran, als er im Ballsaal des Willardhotels mitlachte. Oder er mochte sich des komischen Zufalls erinnern, dem 2 Schmuggler zum Opfer fielen, die sich gerade in das Senatsgebäude einschlichen, als der Senator Wheeler aus Montana eben einen Antrag stellte die Methoden der Prohibitionsbeamten zu untersuchen, wofür unter dem Eindruck dieses Intermezzos auch der trockne Brookhart stimmte. Dieser begründete seine Zustimmung mit dem Wunsch wissen zu wollen, welche Senatoren schuldig, und welche Angestellten des Senats mitschuldig wären. Wer da nicht lachte? Hoovers Adjutant im Senat, Smoot aus Utah, gab den Pressevertretern in Salt Lake City den Kommentar: »Manche Senatoren können nicht schlafen, wenn sie nicht ihren Namen in den Zeitungen sehen. Daher benutzen sie die Prohibition als Mittel ihren Schlaf zu verbessern.«

Für Hoover ist das indessen mehr Galgenhumor als Spaß. Denn seine Leute verbergen hinter ihrer Lachmaske nur, wie übel ihnen bei der ganzen Geschichte ist, und wie herzlich sie innerlich das 18. Amendement zur Bundesverfassung und das Volsteadgesetz samt seinem muckerischen Firlefanz verfluchen. Im Kongreß und im Land taucht diese unbequeme Frage täglich auf, um der Regierung das Leben zu verleiden, und bei jeder Wahl stehen die politischen Kandidaten vor dem bösen Dilemma: entweder Farbe zu bekennen und Stimmenverluste zu riskieren oder später als Lügner, Heuchler und Feiglinge entlarvt zu werden. Es wimmelt nämlich von Spionen. Sie bespitzeln den Präsidenten, sein Kabinett, die Senatoren, die Repräsentanten, die Richter, die Nassen, die Trocknen, die Beamten, das Volk und einander. Daher sehen die 19 Republikaner und 13 Demokraten im Senat und die 435 Repräsentanten, die diesen Herbst den Wählern Rede stehen müssen, sorgenvoll in die Zukunft. Denn man ist entweder naß oder trocken oder naßtrocken, und wer weiß, was die Spitzel ausgefunden haben? Al Smith droht mit seiner Antiprohibition die ganze Demokratische Partei zu spalten, die es schlecht vertragen kann, und die Republikanische Partei ist fortwährend in Bedrängnis, weil sie von Freund und Feind wegen der Unlösbarkeit der Prohibitionsfrage angebellt wird. In der Not tut man, was man kann, denkt Hoover, und er ernennt wieder einmal eine neue Kommission, die Wickershamkommission zur Bekämpfung der Gesetzlosigkeit. Leider wird diese an ihrer guten Absicht die Sache auf die lange Bank zu schieben verhindert. Die Demokraten und die Insurgenten werfen ihr vor, sie habe 8 Monate gefaulenzt und kein Wort von sich hören lassen. Die Trocknen beschuldigen sie der hinterlistigen Absicht ihren Bericht bis nach der nächsten Präsidentschaftswahl hinhalten zu wollen. Schließlich muß sie mit einem Interimsbericht antreten. Hoover schreibt eigenhändig persönliche Empfehlungen dazu, die in der Hauptsache

eine Vergrößerung seines eigenen Machtapparats bedeuten, ohne das Übel gründlich anzupacken. 1. Punkt: Reorganisation der Struktur der Bundesgerichte zur Behebung der Kongestion der Justiz, 4. Punkt: Erhöhung der Anzahl der Beamten für diese Gerichte und für die Staatsanwälte, 5. Punkt: Ausdehnung der Bundesgefängnisse und Abstellung der Gepflogenheit Gefangene vor Ablauf ihrer Strafzeit auf das Versprechen guten Betragens hin zu entlassen. Die Wickershamkommission nennt 4 Hauptgründe für den zugestandenem Mißerfolg der Prohibition: Teilung der Durchführung zwischen dem Finanz- und Justizministerium, Chaos in den Prohibitions Gesetzen, Fehler im Gefüge des Einhaltbefehls beim Schließen ungesetzlicher Geschäfte, Überbürdung der Gerichte und daher langes Hinhalten von Urteilen. Der Finanzminister Mellon antwortet auf die Angriffe seiner Kritiker mit der Forderung größerer Mittel zur Grenzkontrolle, denn der Beamtenstab der beiden Ministerien könne unmöglich neben seinen anderen Pflichten auch noch die 18700 Meilen der Grenzlinien wirksam bewachen. Der Justizminister Mitchell sekundiert dem Präsidenten mit der Forderung, das Justizamt solle die Durchführung der Prohibition allein auf sich nehmen. Dabei tut er so, als wäre es ihm sehr unangenehm mehr Geld, Beamte und Macht für sein Ressort zu bekommen. Aber kürzlich gelang es den Insurgenten im Senat den jungen La Follette in die Finanzkommission zu schieben. Es ist also besser, Hoover sieht sich beizeiten vor und richtet die Sache so ein, daß er eventuell mit seinem Justizminister allein arbeiten kann, wenn ihm etwa diese insurgente Bande einen unliebsamen Finanzminister aufdrängen sollte. Die Bundesregierung entlastet sich gleichzeitig durch Beschwerde gegen die Einzelstaatsregierungen, die ihr bei der Durchführung nicht genügend Hilfe leisten. Aber wie will man diese zwingen unpopuläre Maßnahmen gegen den Wunsch der Majorität ihrer Wähler durchzuführen? Sollen die Gouverneure und Richter der Staaten den Bundesbeamten beim Abschneiden der nassen Zufuhr kräftig unter die Arme greifen, selbst wenn die Wähler im Staat überwiegend gegen die Prohibition stimmen? Sollen etwa diktatorische Methoden der Bundesregierung den längst empfindlichen Mangel an wirklicher Demokratie noch fühlbarer machen? Der Kongreßmann Oliver aus New York warnt: »Es wäre leicht die amerikanische Freiheitsprätention in offene Tyrannei zu verwandeln. Einige amerikanische Herrenmenschen können die Maschinerie der Regierung ebenso leicht an sich reißen wie im Ausland ein Diktator oder Monarch.«

Der Bericht der Wickershamkommission mit seinen Hooverschen Empfehlungen gefällt weder den Nassen noch den Trocknen. Diesen nicht, weil die Kommission den Mißerfolg und die Gesetzlosigkeit der Durchführung zugibt. Jenen nicht, weil die Bundesregierung noch schärfer durchgreifen und noch mehr Millionen in das bodenlose Prohibitionsfaß schütten will. Beiden nicht, weil die Bundesregierung die größeren Summen selber ausgeben, aber dennoch mehr Hilfe von den Staaten haben will. Wenn schon alle mehr mitarbeiten sollen, dann verlangen auch die Staaten ihren Anteil an den reichen Mitteln. Wenn man aber dann den Wählern und Steuerzahlern Rede stehen muß, ist es sehr peinlich Antwort auf die Frage geben zu müssen, wie lange diese Geldverschwendung ohne sichtbare Erfolge und Vorteile noch weiter gehen soll. Denn nach 10 Prohibitionsjahren haben wir statt einer offenen 20 heimliche Kneipen, sagt ein Kongreßmann. Und ein anderer verkündet: Jedes 4. Haus in diesem Land ist eine Brauerei oder Destillation.

Millionen hat der Unsinn schon verschlungen, und jetzt verlangen Leute wie der Bischof Cannon 200 Millionen Dollars im Jahr für Prohibition. Die bisherigen Jahresausgaben der Bundesregierung für diesen Zweck sollen 15 Millionen Dollars betragen, und sogar der Leiter der Durchführung, der Kommissar Doran, gibt zu, daß er die von Cannon geforderte Summe einfach nicht gebrauchen könnte, weil seine Organisation für ein solches Budget viel zu klein ist. Andere Kongreßleute sagen dazu: Die Kommission täte besser daran einen Bericht darüber einzureichen, ob die bestehenden Gesetze nicht zur Förderung wirklicher Mäßigkeit genügen, statt die Prohibitionsmaschine und die Exekutivgewalt noch mehr zu vergrößern. Nun, die beiden Häuser des Kongresses könnten ja eine gemeinsame Kommission aufstellen und durch freundliches Zusammenarbeiten eine Lösung des Problems fördern, meint Hoover. Ist das etwa Spott? Es gibt nämlich kein freundliches Zusammenarbeiten zwischen diesen beiden Häusern, weder in der Prohibition noch in anderen Dingen. Das verhindern zu viele persönliche und Parteieifersüchteleien. Hoovers eigene Leute wollen davon nichts wissen. Sie sehen es ebenso ungern wie ihre Gegner, daß die persönliche Exekutivgewalt des Präsidenten ihnen über den Kopf wächst. Der Vorsitzende des Unterhauses, Theodore Roosevelts Schwiegersohn Nicholas Longworth, und die Leiter der republikanischen Maschine dort winken also ab. Zusammenarbeit dieser Art mit dem Senat, noch dazu, um dem Präsidenten die Selbstherrschaft zu stärken, fällt uns nicht ein, sagen Longworth und Genossen. Sollen wir etwa mit den "brüllenden Eseln des Westens" gemeinsame Sache machen? Wo bliebe da die Politik? Vorbei, vorbei. Longworth hat wichtigere Geschäfte zu besorgen als mit den Insurgenten des Senats zusammenzuarbeiten. Seine Frau Alice, née Roosevelt, sitzt ihm fortwährend im Nacken, er solle den Vortritt vor dem Vizepräsidenten und seiner Schwester verlangen. Überhaupt soll er mehr die Würde und Selbständigkeit des Unterhauses gegen diesen Senat wahren, der früher ein Millionärsklub war, jetzt aber immer mehr von den Insurgenten verplebt wird. Der Präsident möge sich unter der Maske moralischer Regsamkeit seine Gewaltmaschine selber aufbauen, wenn er allein dazu imstande ist. Uns macht er nichts vor.

Zwar verspricht der Leiter des Prohibitionsdepartements den Beamten nicht länger zu erlauben aus dem Ausland heimkehrenden amerikanischen Touristen auf die Hüftentaschen zu schlagen. Auch will er das Anzapfen von Telephon- und Telegraphendrähten zur Sammlung von Beweismaterial stoppen. Aber wer glaubt ihm? Die Regierung will ja noch schärfer vorgehen. Der Gouverneur Dern von Utah spricht aus, was das Volk denkt: »Der große Verbrecher entschlüpft, von den anderen werden nur die dümmsten gefangen, nur einer von 30 Verbrechern wird bestraft.« Denn die Reichsten und Angesehensten im Land geben den Ton der Gesetzlosigkeit an, und nicht nur in der Prohibition. Ihre Regierung drückt sich, wenn sie ertappt werden, bestraft wohl gar pflichttreue Beamte und macht eine Komödie aus der Justiz. Schließlich weiß auch die Regierung selbst nicht, was das 18. Amendement zur Bundesverfassung und das Volsteadgesetz in der Praxis bedeuten sollen. Was also als Verletzung der Prohibition bestraft wird, hängt mehr von persönlichen Einflüssen als von genauen Ausführungsbestimmungen ab. Gesetzgeber, Richter, Prohibitionsbeamte, Redakteure, Redner sind darüber nicht einig. Außerdem gibt es so viele Ausnahmestimmungen, daß schlaue Leute zwischen

den Paragraphen mit einem Möbelwagen durchfahren können. Auch kann keine Regierung der Natur verbieten Fruchtsäfte zu gären und in Alkohol zu verwandeln. Verschiedene Extrakte, die unschuldig genug für den Küchengebrauch aussehen, sind verkappte Verächter der Gesetze. Einige Richter behaupten, der Hausgebrauch von Spirituosen sei nicht strafbar. Der Verkäufer allein ist ein Verbrecher, nicht der Käufer, entscheidet ein anderer. Der Bundesrichter Fitzhenry in Peoria /Illinois/ behauptet das Gegenteil. Er beruft sich auf ein Gesetz aus dem Jahr 1790. Nach dem Jonesgesetz ist jeder Besitzer von Spirituosen ein Verbrecher, sagt er, und jenes alte Gesetz von 1790 erklärt jeden zum Verbrecher, der von einem Verbrechen Kenntnis hat und es nicht den Behörden anzeigt. Doch diese Logik der Tyrannen paßt selbst den meisten Trocknen nicht, denn dann müßten sie ja ihre eigenen Freunde und Beamten denunzieren oder Zuchthaus riskieren. Bisher hat das Prohibitionsdepartement entschieden, daß der Käufer alkoholischer Getränke nur dann strafbar ist, wenn er sich mit dem Verkäufer über den Transport der Ware verabredet. Manche Richter haben dann entschieden, daß in den ihnen vorliegenden Fällen kein wissentlicher Transport stattgefunden habe.

Dem Prohibitionsdepartement ist es bisher nicht gelungen das Annoncieren von Dingen, die bei Produktion und Versand von Spirituosen dienlich sein können, zu verhindern. Zitronen, Apfelsinen, Äpfel, Pfirsiche, Pflaumen, Johannis- und Brombeeren und ähnliche Naturgeschenke werden neben Hopfen und Malz in vielen Zeitschriften zur Mischung mit gesetzlich erlaubten Getränken empfohlen. Kein Mensch kann beweisen, daß der Verkäufer solcher Dinge vorher wußte, zu welchen ungesetzlichen Zwecken sie dienen würden. Jede Zeitschrift wimmelt also von Rezepten für Getränke, die sich leicht ungesetzlich aufführen können. Und die lieben Ladies, die bei solchen Dingen die Finger im Spiel haben, stehen bei den Prohibitionisten in einem sehr schlechten Ruf, trotz den großen Diensten, die ihnen die ältere Frauenherrschaft geleistet hat. Man sagt ihnen nach, daß sie gar zu gern schmuggeln, nicht nur Getränke sondern auch Pelze, Schmucksachen, Seidenstoffe, Kunstgegenstände. Sogar Damen aus der Christian Temperance Union und aus solchen aristokratischen Kreisen wie den Daughters of the American Revolution werden dabei erwischt, und dann folgt ein ergötzliches und profitables Spiel für Skandalblätter, die sich ihr Stillschweigen bezahlen lassen. Arme Frauen überläßt man solchen Schindern wie gewissen Richtern in Michigan, die eine Frau zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten, weil sie eine Flasche Whisky bei sich trug. Der Vorsitzende der Antisaloonliga, Barton, opponiert dagegen einem Gesetzentwurf, durch den auch der Käufer neben dem Verkäufer und Transporteur unter den Bann kommen soll. Barton erklärt einen solchen Zusatz zum Volsteadgesetz für verfassungswidrig und verrät damit ebenso wie der Kommissar Doran, daß ihm vor der Logik seiner eigenen Philosophie graut. Denn man weiß, daß die Opposition gegen die Prohibition zu stark und zahlreich ist, um eine scharfe Durchführung zu wagen, die den Zusammenbruch des Experiments aller Welt offenbaren würde. Daher wollen die einsichtigen Prohibitionisten keine schärfere Durchführung, und gar erst ihre Politiker drücken sich davor. Zu Zwecken der Beutepolitik damit spielen: fein. Aber wirklich ehrliche Arbeit leisten oder gar einem Prinzip zuliebe die leichten politischen Einkünfte opfern: der Kasus macht mich lachen. Schon bei der heutigen Art der Scheindurchführung ist etwa

die Hälfte der 13 000 Bundessträflinge wegen Prohibitionsverbrechen eingesperrt, gar nicht erst zu reden von den überfüllten Staats-, Kreis- und Stadtgefängnissen. Hoovers Forderungen für die Vergrößerung der Bundesgefängnisse würden kaum für 5 Jahre ausreichen, selbst wenn man nur einen von 30 Missetätern einsperrt. Zur wirklichen Durchführung dieser Muckerei reichen alle Einkünfte und Kräfte der Regierung nicht aus. So weit wollen sich die Prohibitionisten nicht ad absurdum führen. Man hat aber den Fanatikern im eigenen Lager erst die Zügel in die Hand gegeben und muß es nun anderen überlassen die festgefahrene Karre weiterzubringen. Alle Tage müssen sich die Prohibitionisten vorhalten lassen, daß die Moonshiner und Bootlegger ihre mächtigsten Verbündeten seien. Läge es nicht auf der Hand, daß die Wiedereinführung des gesetzlichen Handels mit Getränken das ungesetzliche Geschäft verderben muß, so würde sich das saubere Bündnis durch viele andere Zeichen verraten. Am naivsten wohl durch gelegentliche Briefe wie den folgenden eines Branntweinschmugglers aus Kentucky an eine Washingtoner Zeitung: »Bruder, ich weiß nicht, wie es in anderen Landesteilen ist, aber für die armen Leute in unseren Bergen ist die Prohibition ein Gottesseggen. Denn Du mußt wissen, daß früher eine Gallone Kornwhisky nur 1 Dollar wert war, und jetzt bekommen wir 8 Dollars für alles, was wir destillieren können.« Im größern Maßstab zeigt sich dieses Bündnis bei den Racketeers, die schon früher existierten und durch die Prohibition üppig in die Saat schossen. Das sind Leute, die sich durch Gewaltmethoden die Herrschaft und den Tribut in gewissen Geschäftszweigen und Märkten sichern. Sie werden meist von Millionären finanziert, die nur wenigen Eingeweihten bekannt sind. Die Führer ihrer bewaffneten Banden nehmen die Verantwortung für die verübten Morde und andere Verbrechen auf sich. Unter der Herrschaft solcher Racketeers hat sich der Schmuggel mit Spirituosen und narkotischen Mitteln zur größten Industrie des Landes entwickelt. Zwar bilden die Racketeers ein unbequemes Problem für jede öffentliche Verwaltung, denn die Masse der Bürger verlangt die Säuberung des Landes von diesen Banden. Aber die politischen Maschinen verdienen auch Geld dabei, und die Racketeers sind die Helden zahlreicher Sensationsfilme. Erst wenn sie der Polizei den Tribut aus der Unterwelt vor der Nase wegschnappen, entledigt sich diese solcher Rivalen. Wobei es manchmal zu großen Schlachten mit erheblichen Menschenverlusten kommt. Und nicht immer gewinnt die Polizei dabei. In New York zerstörten Racketeers eine neue große Mietskaserne, die der höhern Prostitution diente. Der ganze Block sah nach der Schlacht wie eine Kriegsrüine aus. Die Eigentümer hatten sich geweigert den Racketeers Tribut zu zahlen, weil schon die Polizei schwer an ihnen verdiente. Derartige blutige Zwiste gehören heute mit zu den regelrechten Erscheinungen in unseren großen Städten. Hunderte unschuldiger Passanten sind dabei verletzt und getötet worden. Wie sich diese Großindustrie politisch auswirkt, zeigte sich neulich wieder im Fall des "Artischockenkönigs" *Ciro Terranova* von New York. Die Polizei behauptete, er hätte einem bekannten Chicagoer Gangster für die Beseitigung zweier Racketeers, *Frankie Yale* und *Frank Marlow*, 20 000 Dollars angeboten. Die New Yorker Polizei brach in ein Diner ein, das *Terranova* einem Magistrat gab. Detektives gaben an, sie hätten in der Tasche eines am Diner teilnehmenden Mordgesellen den Kontrakt *Terranovas* gefunden. Dieser erzählte der Presse, er würde einfach im Kampf zwischen den politischen Maschinen des Bürgermeisters *Jimmy Walker* und des Expräsi-

dentschaftskandidaten Al Smith als Versuchskaninchen benutzt. Der Staatsanwalt Tuttle erklärte, die Telephonliste jenes Magistrats wäre unter den persönlichen Effekten eines gewissen Faccarona gefunden worden, der als Schmuggler narkotischer Mittel arretiert worden war, nachdem er sich vor geheimen Bundesagenten gerühmt hatte, er könnte innerhalb 24 Stunden für 2 Millionen Dollars solcher Ware liefern. Hier finden wir also angesehene Geschäftsleute und Richter im Bund mit der Unterwelt, und zwei politische Maschinen suchen sich diese Racketeers durch einen Mordprozeß gefügig zu machen. Zufällig sind diese Maschinen naß. Aber die Trocknen können diese Korruption nicht ihren Gegnern als Spezialität ankreiden, weil Hunderte ähnlicher Fälle trocknen Beamten nachgewiesen worden sind. Die Beutepolitik, ob naß oder trocken, hat kein moralisches Gewissen. Die Millionäre, die im Dunkeln hinter den Racketeers stehen, werden nicht vor die Justiz zitiert. Sie bezahlen zu gut. Heute geben sie einem Racketeer ein Vermögen, damit er geschlossenen Mundes in das Zuchthaus wandert, morgen steuern sie einige Hunderttausende zur Kampagne einer politischen Maschine bei, die das Gesetz durchführt, oder stiften bei einer Universität eine Professur, die die Gefahren des Sozialismus für Gesetz und Ordnung lehren soll.

Solche Tatsachen sind natürlich den Leitern der Prohibition sehr unbequem, denn als Pioniere der Moral müßten sie hoch über dem niedrigen Durchschnitt der öffentlichen Sitten stehen und der Wahrheit die Ehre geben. Namentlich ist es für Leute wie den Kommissar Doran peinlich, wenn er die Fortschritte und Vorteile der Prohibition vor der Women's Christian Temperance Union preist, gefragt zu werden, warum er erst wenige Monate früher vor einem Ausschuß des Kongresses sagte, es würde mindestens 300 Millionen Dollars im Jahr kosten die Prohibition ernstlich durchzuführen, dann aber bei der Beratung des Prohibitionsbudgets erklärte, er wüßte nicht, was er mit 200 Millionen Dollars anfangen sollte, und er könnte höchstens $\frac{1}{10}$ dieser Summe ausgeben, obgleich die Wickershamkommission den bisherigen Mißerfolg der Prohibition zugibt. Man steht auch nicht im Glorienschein da, wenn man erzählt, die Leute seien durch die Prohibition sparsamer und arbeitsamer geworden, und eben dann der Nationalverein der Bankiers über das schwere Abfallen der Spareinlagen klagt, und die Gewerkschaften sich beschweren, die Regierung täte nichts Wirksames gegen die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit. Auch kann man bei der Berufung auf die angeblichen Vorteile der Prohibition für die Bauern nur mit Mühe die Würde wahren, wenn die Bauern trotz Hoovers Farm-Relief-Kommission über ihre elende Lage schimpfen, und der Kongreßmann Black aus New York dazwischen schreit: »Die Bauern können ihren Überschuß an Getreide nicht loswerden, weil es ungesetzlich ist diesen zur Brauerei zu verwenden. Daher ist heute der Bauer auf ein System der Armenzahlungen reduziert, während der Schmuggler im Prachtauto fährt.« Dabei können die Automobilhändler weder den Bauern noch den Schmugglern ihre Fahrzeuge für bar verkaufen. Der Verein der Automobilhändler behauptet, die Regierung konfiszieren jährlich auf Abzahlung verkaufte und beim Schleichhandel ertappte Automobile im Wert von 2 Millionen Dollars, und verlangt Schadenersatz, weil die Händler nicht vorher wissen können, zu welchen ungesetzlichen Zwecken ein Automobil gekauft wird. Dieses Dilemma der Regierung ist ebenso heiter wie das andere, ob die Profite der Schmuggler steuerpflichtig sind, oder ob diese ihr Geschäft

steuerfrei betreiben können, während gesetzliebende Geschäftsleute schwer besteuert werden. Wie kann die Regierung diese Schmuggelprofite besteuern? Soll sie sich zum Mitschuldigen machen? Zu diesen sozialen Fortschritten und Vorteilen der Prohibition kommen noch die stetig anwachsenden Mordtaten der Prohibitionsbeamten und ihrer Gegner. Die offizielle Statistik behauptet, in den ersten 10 Prohibitionsjahren seien »nur« 151 Bürger von Beamten getötet worden, und dabei hätten 64 Beamte ihr Leben verloren. Die Hearstpresse bestreitet diese Zahlen und behauptet auf Grund ihrer eigenen Untersuchung, die Anzahl der Getöteten beliefe sich auf 1360, also durchschnittlich 136 im Jahr. Das ist auch nur unvollständiges Raten, denn viele Leute werden umgebracht, ohne daß die Beamten darüber berichten. Auf diesen langen Grenzlinien mit Tausenden Meilen von Wildnis werden Schauer-taten verübt, die nie an die Öffentlichkeit kommen, bis ab und zu ein verwester Leichnam oder ein Skelett gefunden wird. Ebenso unsicher ist die Berichterstattung über die Mordtaten der Küstenwache auf hoher See. Nur die flagrantesten Fälle werden bekannt. Menschen werden furchtbar erschossen, obgleich, wie sich nachher herausstellt, gar keine Konterbande an Bord ihres Schiffs war. Zuerst hielt man bei der 3-Meilen-Grenze Wache, dann dehnte man die "Totenlinie" auf 12 Meilen aus, dann rechnete man nach der Distanz, die ein schnelles Motorboot in einer Stunde zurücklegen kann, und heute greift man flott wie der alte Zieten auf jeder Linie an, auf der man "den Feind" antrifft. Zu den Komplikationen im Land sind daher internationale Verwicklungen getreten. Denn die Küstenwache hat die Schmugglerschiffe anderer Nationen auf hoher See konfisziert oder zusammengeschossen. Diese Küstenwache hat sich durch ihr schneidiges Vorgehen sehr unbeliebt beim Volk gemacht. In Boston riß ein Mob aufgebracht Bürger am hellen Tag die Rekrutierungsschilder der Küstenwache herunter, weil diese wieder einmal 3 angebliche Schmuggler auf See erschossen und diese Tat mit der üblichen, nicht mehr kontrollierbaren Entschuldigung gerechtfertigt hatte, das Boot der Erschlagenen hätte die Warnungsschüsse nicht beachtet. Daß die offizielle Gesetzlosigkeit auf See ebenso frech ist wie an Land, wird von der Regierung durch ihre häufigen Entschuldigungen und Gutmachungen an fremde Regierungen bestätigt. Trotzdem verkündet der Admiral Billard schneidig, daß in Zukunft noch weit schneller und furchtbarer geschossen werden wird. Seine jungen Leute brauchen eben lebende Scheiben zu ihrer Ausbildung als Seeschützen. Denn wir müssen "vorbereitet sein", besonders seit der Kelloggspakt die Welt für den allgemeinen Frieden sicher gemacht hat. Zu den vielen unbekanntem Prohibitionsopfern zu Wasser und zu Land treten noch die Unglücklichen, die durch vergifteten und in den Schmuggel gebrachten industriellen Alkohol oder durch unsauber destillierten Branntwein aus dem Leben bugsiert werden. Zuverlässige Angaben über die Zahl dieser Selbstmörder wider Willen gibt es nicht. Liest man aber die Lokalblätter, so gewinnt man den Eindruck, daß die Ärzte und die Leichenbesorger tagtäglich an solchen Fällen verdienen. Internationale Reibungen entstehen ferner durch die Versuche der Fanatiker den fremden Gesandtschaften ihre Getränke abzuschneiden. Dabei hilft so mancher trockne Senator und Kongreßmann mit, der diese Ausländer um ihre feinen Liköre und Weine beneidet. Wenn man diese von Zeit zu Zeit "aus Versehen" konfisziert und dann mit einer höflichen Entschuldigung abliefert, was davon übrig ist, so fällt wohl für diesen oder jenen Helden der trockenen Moral ein guter Schluck ab.

So wird überall durchgeführt, nicht um durchzuführen, sondern um die Undurchführbarkeit zu hinterlistigen Zwecken auszubeuten und zum x. Mal Barnums klassisches Zeugnis zur amerikanischen Moral zu bestätigen, daß man hier mit Humbug die besten Geschäfte machen kann. Humbug auf allen Seiten, bei den Nassen wie bei den Trockenen. Nur selten wird ein öffentlicher Beamter von diesen Zuständen so angewidert, daß er wie der alte Sägemühlenbesitzer und Senator Arthur Gould aus Maine erklärt: »Seit 75 Jahren hat man in Maine vergeblich versucht die Prohibition durchzuführen. Heute ist sie ein größerer Fehlschlag als je. Wären nicht die Frauen dafür, so würde Maine meiner Meinung nach mit 2 Stimmen gegen 1 dieser elenden Prohibitionsfarce ein Ende machen.« Doch selbst unter den Frauen, den alten wie den jungen, zeigen sich Wandlungen in dieser Hinsicht. Die kirchliche Muckerei ist schon in der Defensive. Die alte Frauenherrschaft, die im Dienst der Tartuffes stand, hat ihre Blüte- und Fruchtzeit hinter sich. Man sucht auch in sonst prohibitionistisch stark verseuchten Sekten heute die Erinnerung wieder zu beleben, daß der alte Gott der Juden seinen Lieblingen zeigte, wie man Reben pflanzt und ihren Saft trinkt, und daß sein christlicher Sohn bei der Hochzeit von Kana Wasser in Wein verwandelte. Auch in der Literatur macht man sich über die Mucker lustig. So läßt James Branch Cabell in Jürgen den Heiligen Petrus sagen, die Prohibitionisten kämen bei ihm schlecht an, weil sie den Heiland zwingen wollten ihr ekelhaftes fades Zeug zu trinken. Der Kongreßmann Schäfer aus Wisconsin dröhnt den Muckern ins Gesicht: »Prohibition lästert Gott und verneint die Bibel.« So etwas schneidet hier oft tiefer als ehrliche Argumente sozialer Art.

Der Umschwung wird sicher kommen und zeigt sich deutlich bei dem kürzlich vom Literary Digest veranstalteten Referendum, das verblüffende Majoritäten für die Abschaffung der ganzen Prohibition in Gegenden zeigte, die Jahre hindurch trockene Vertreter in die Regierung geschickt haben. Es wird aber noch geraume Zeit so weiter gehen, weil zu viele mächtige Kreise aus der Prohibition Geld machen, und weil die Politiker unfähig sind irgendein soziales Problem konstruktiv anzupacken. Auch die Sozialistische Partei wird durch die Spaltung in Trockene und Nasse an einer wirklichen Politik verhindert. Pierre Du Pont von der bekannten Millionärsfamilie möchte gern eine eigene nasse Partei gründen, aber der Fortschritt muß sich in allen Parteien durchsetzen. Jedenfalls sind diese Tatsachen deutlicher geworden: Die Undurchführbarkeit der Prohibition, deren Verachtung durch die Hälfte der Bevölkerung, die immer unverschämteren Eingriffe der Prohibitionsbeamten in das Privatleben, der grundsätzliche Widerspruch der Prohibition zu den Lehren der Demokratie, der zunehmende Drang der Durchführungsmaschine nach Diktatur. Ob aber ein Anwachsen der nassen Opposition zu einer Majorität eine Besserung der Zustände bringen wird, muß man leider bezweifeln, solange die politische Naivetät der Arbeiter und Bauern den Beutepolitikern erlaubt das Land zu beherrschen. Selbst wenn die alten Fanatiker der Prohibition unter mehr oder weniger heftigen Zuckungen loslassen müssen, werden ihre nassen Nachfolger das Chaos noch nicht beseitigen können. Es fehlt die Kraft zur Neugestaltung. Das Schiff der Nation ist zu weit vom moralisch vernünftigen Kurs abgetrieben, als daß es so leicht in das Fahrwasser einer sozial schöpferischen Entwicklung umgelenkt werden könnte.



WALTHER PETRY · PAUL VALÉRY



PAUL Valéry, dessen Name in der europäischen Literatur essentieller Qualitäten besondern Klang hat, veröffentlichte einige Bücher, Verse, darstellende und essayistische Prosa, ein schmales, doch in der Schichtung der reinen poetischen und gedanklichen Gehalte kaum meßbares Werk. Der Autor, 61 Jahre alt, seit 1927 Mitglied der Akademie, ist, gesehen auf seine "Struktur", das Traggerüst seiner Ideen, seinen Stil, völlig in allen seinen Büchern auffindbar. Wir machen im folgenden den <fragmentarischen> Versuch ihn in seinen Prosaschriften, dem *Monsieur Teste* und dem *Eupalinos*, zu erkennen.

Teile des *Herrn Teste* (das Werk erschien auch in einer deutschen Ausgabe, von Max Rychner kongenial übersetzt, im Inselverlag in Leipzig) wurden französisch 1920 veröffentlicht. Ursprung und Niederschrift des Buchs sind älter. Paul Valéry entdeckte *Herrn Teste* in seiner Jugend und entdeckte ihn, wie man gelegentlich einer besondern Anlage des eigenen Wesens nachdenkt, diese besondere, vielleicht sehr bemerkenswerte Anlage (doch zu unterdrückt in uns von Grenzen der Natur, von Vermischungen mit anderen Eigenschaften und Neigungen) zu verselbständigen unternimmt und so, erzeugt aus dem Ich und der Sehnsucht dieses Ich reiner, gesetzmäßiger, kurz mathematischer aufzubauen, eine Figur erfindet, ein schimärisches Wesen, unvermischter Geist, die mit dem Willen des Autors ein wenig menschlichen Kontur annimmt. *Herr Teste* wäre demnach eine Art Sinnbild des Verlangens *Herrn Valérys* nach dem *Absoluten*. Ein Begriff, dem Valéry sehr lateinische, um nicht zu sagen valérystische Formulierungen gibt: Präzision, Vollkommenheit, Reinheit. Sofern *Herr Teste* diesem Verlangen entspricht, ist er als Person, die er sein soll, unmöglich; die Schwierigkeit bestand darin ihn dennoch möglich zu machen, ohne die Ursprünge seiner Geburt zu trüben.

Herr Teste, paradox gesprochen, ist die Verleiblichung der Zahl; ein Ungeheuer des eigentlich ungebrochenen Denkens. Valéry, nach einer Vorrede, die alle Schwierigkeiten des Unternehmens betont, versucht von dieser »Schimära der intellektuellen Mythologie« eine 4fache Spiegelung zu geben. Wer Valéry kennt, ist nicht im Zweifel darüber, wie weit *Herr Teste* ihm gleicht. Die 22 Jahre mathematischer Spekulation, in denen der Dichter nur in der Gesellschaft von Zahlen und dem Schatten Leonardos lebte (von 1895 bis 1917, eine Epoche der Experimente und des Schweigens), mögen eine Zeit der seltsamsten Begegnungen gewesen sein; der Zustand einer strengen Vereinsamung, in der der Geist sich selbst befragt, ist der Geburt von Schatten günstig, die an der Grenze der menschlichen Existenz aufsteigen und dem Monolog, wie er in das Dunkel spricht, Antworten zuzuflüstern beginnen.

Den Anfang des Buchs macht der Abend mit *Herrn Teste*. Eine Figur, die Züge Valérys trägt, schildert ihre Begegnung mit ihm. Im Kostüm eines Pariser Sonderlings, 40jährig, sehen wir ihn etwa in einer kleinen Wirtschaft der Rue Vivienne erscheinen. Wir gehen mit ihm ins Theater und beobachten seine Haltung, seinen Gestus, seine Sprechweise und seine besondere, konzentrierte und sprunghafte Art zu denken; wir folgen seiner Aufforderung noch für eine Weile zu ihm heraufzusteigen und haben jetzt Gelegenheit von der Umgebung auf den Menschen zu schließen: Er ist krank; vom Hang beherrscht sich selbst mit der Kraft der Beobachtung durchsichtig zu machen.

Dieser Abend mit Herrn Teste ist vor allem durch die Methode der Darstellung merkwürdig: alles bleibt in der Andeutung; von der Gestalt werden Einzelheiten berichtet, von den Gedanken Fragmente mitgeteilt, die stark genug sind den Eindruck des Außerordentlichen zu machen. Doch zu viel, scheint uns, wird hier der Ergänzung des Lesers überlassen, und daß dieser sie vornimmt, zeigt, daß er der Suggestion der Methode verfallen ist.

Dieser Ausweg: eine Gestalt zu zeichnen, für deren Wesen der Begriff Genie zu lügenhaft und unrein sein soll, zeigt, da er zum Ziel führt, eine außerordentliche Kraft des Worts; aber darin, daß Valéry ihn wählte, eine gewisse Widersprüchlichkeit seines Wesens. Die Methode Valérys im Herrn Teste ist, streng genommen, nicht valérystisch. Er setzt, darstellend, seine eigenen Kriterien beiseite. Die Not des literarischen Worts diesseits der Grenze bleiben zu müssen, die das Vollkommene in den klaren reinen Umriß schließt, wird zur Tugend insofern gemacht, als es die Form aphoristisch vermeidet und mit gesteigerter Andeutung die *Ahnung* dessen, was es nicht mehr bezeichnen kann, aufruft. Soweit also Herr Teste Mensch ist, wird er sichtbar, und die eigentliche Sphäre seines Wesens, sein "Denkraum", wird ausgespart. Seine Gedanken verbergen ihn übrigens und gestatten ihn größer zu glauben als er in ihnen sich zeigt. Es folgen der Brief eines Freundes; der Brief von Frau Emilie Teste und Auszüge aus dem Logbuch von Herrn Teste. Der zweite Brief antwortet dem ersten, und soweit der erste nicht von Herrn Teste handelt (er darf als Mitteilung einer besondern Zustandsreihe des Autors gelten), bemüht sich die Antwort Frau Emiliens um so ausschließlicher das Bild des Gatten zu spiegeln. Gerade hier, als mit den Augen der ahnenden Unwissenheit selbst gesehen, von einer einfachen und ihm ganz ergebenen Seele aufgenommen, scheint Herr Teste am ehesten er selbst, wird er in der so zarten wie unbeschränkten Bewunderung der Frau lebendig. Dieser Brief ist ein schönes Beispiel der Prosa-Kunst Valérys; wiederum auch ihrer konstruktiven Technik. Der Autor will kalt und klug erscheinen (»Dummheit ist nicht meine Stärke«), dennoch erlaubt er sich das Mittel der Begeisterung, der Erhitzung: womit er dem Künstler in sich gegen den Philosophen zum Recht verhilft. Er erfindet also diese Frau, die Herrn Teste mit Unschuld und Emphase schildert: »Er ist streng wie ein Engel . . . Aber zu anderen Stunden schmückt er sich mit einer erlesenen und wunderbaren Milde, die von den Himmeln herniederzutauen scheint.« Das sind "große Worte", und wie streng sonst Valéry über sie urteilt, er verwendet sie dort, wo sie passen und nicht zu ersetzen sind. Zugleich gibt der leidenschaftlich sich unterordnende Ton des Briefs den Abstand an, der Herrn Teste von allem Menschlichen fernstellt, und er fordert uns auf ebenso zu empfinden. (Der Brief ist ein Muster auch des indirekten Lobes, wie, ähnlich, die spätere Akademierede Valérys auf Anatole France ein Muster der indirekten Kritik ist.)

Wir gelangen endlich zu Herrn Teste selbst. Aber das Logbuch, in dem wir ihn unmittelbar zu hören hofften, fügt dem Eindruck der Größe, der uns mit der Stimme Frau Emiliens ansprach, nichts hinzu. Dennoch sind die Gedanken sehr *charakteristisch*. Statt einer Umschreibung zitieren wir: »Ich bekenne aus meinem Geist ein Idol gemacht zu haben, aber ich habe kein anderes gefunden. Ich habe ihm Opfer dargebracht, ihn verlästert. Nicht, als ob er mein wäre. Sondern . . .« Man lese diese Sätze langsam; sie verraten die Krise eines ungewöhnlichen Menschen. Oder dieser Satz: »Mensch, immer

emporgereckt auf dem Kap Gedanke, um die Augen aufzureißen, sei es auf die Grenzen der Dinge oder des Sehens.« Solcher gefährdeten Position antwortet seit je am bestimmtesten — die Kirche. Wir erinnern uns in dem Brief Frau Emiliens eine Stelle gelesen zu haben, die hierher gehört. Der Abbé sagt zu ihr: »Sein Herz ist eine unbewohnte Insel . . . Die ganze Größe, die ganze Kraft seines Geistes umgeben und verteidigen ihn; seine Tiefen sondern ihn ab und bewahren ihn vor der Wahrheit.« Dies ist Herr Teste, eines Tages, wie der Autor sagt, »aus frischer Erinnerung an diese Zustände geboren«. Es ist Valéry, der Schüler Mallarmés und Poes, der über alles den Ingenieur Leonardo, den Konstrukteur gewaltigsten Geistes, liebt, von dem er dieses, Leonardo und ihn bezeichnende Wort spricht: »Ein Abgrund brächte ihn auf den Gedanken einer Brücke.«

DIE Dialoge Die Seele und der Tanz und Eupalinos sind die Zeichen eines spätern, entwickeltern Geistes. An sie besonders knüpft sich der Ruhm, den Valéry als Prosaist in Frankreich empfängt, selbst in Kreisen, denen seine Lyrik unnahbar scheint. Wir finden statt dessen, daß der Grund des einen auch der des andern ist, und daß die Lyrik die Erkenntnisse anwendet, die sich in der Prosa darbieten. Wir müssen uns in der Begier dies zu erweisen zurückhalten; ein ausreichender Kommentar dieses Buchs (dessen deutsche Ausgabe, gleichfalls im Inselverlag, von Rainer Maria Rilke stammt), der sich die ergebnisreiche Mühe nähme das Ganze in seiner Zusammengesetztheit, die Ideen in ihren Ursprüngen zu verfolgen, ergäbe eine Analyse des französischen Geistes, nicht nur des französischen. Dies wären einige Punkte: Valérys Bild des Sokrates, sein Gegenbild, der unplatonische Dialog, die Berührung Nietzsches, Valérys Philosophie des Lebens, des Todes, die Berührung des Nihilismus, Konkretheit der Sprache, Transzendentalität der Gehalte usw.

Die Szene der Dialoge ist Geisterbühne. Sokrates, Phaidros, Eryximachos sind Geister. Nur so erklären sich ihre wunderbare Beweglichkeit, ihre Leichtigkeit, ihre Gedankenreigenfiguren. Ihre Stimmen sind Lichtspuren, ihr Einklang ist reine Helligkeit. Man verfolge den wunderbaren Auftritt der Tänzerinnen: Sie treten über die Schwelle des Denkens des Sokrates ins Leben, Geister auch sie. Ihnen zusehend kommen dem Sokrates die Gedanken, und er denkt in ihren Bewegungen. Wir sind hier dicht am Geheimnis der Valéryschen Poesie. Was ist Athikte, die führende Tänzerin? Sie ist, sagt Sokrates, »rein nichts« (elle n'est rien), sie ist der reine Rhythmus auf dem Boden des Absoluten; sie tanzt die Lösung aller menschlichen Verbindungen; sie ist lautere Sinnfälligkeit, darin geistiger als jeder Geist; sie erinnert an die Kleistische Marionette. Aber sie ist noch mehr. Sokrates tut eine Frage, und mit ihrem Aussprechen stehen wir im Mittelpunkt des Werks Paul Valérys, des Denkens, der Existenzialität: Gibt es kein Mittel gegen *Lebensüberdruß*? Dieses »ennui de vivre« ist die Wurzel seines den genauen Gegensatz aufsuchenden Geistes, die Wurzel seiner Poesie. Aus ihr entfaltet sich ihre genaue, musikalisch gebundene, körperhafte Bewegung. L'ennui de vivre: das ist der Tod im Geist, die Auflösung des Lebens in reines Licht, in nichts; und der Tanz der Athikte ist der Kampf des entbundenen Körpers dagegen: »Ein Körper, durch seine bloße Kraft, durch seine Handlung, ist mächtig genug das Wesen der Dinge gründlicher zu verändern, als es jemals dem Geist in seinen Untersuchungen und Träumen gelingt.« Man gehe den Auf-

stieg des Dialogs mit von der Ruhe und Besonnenheit in die anschauliche Bewegung, in die Bewegung des Anschauens, in den gebundenen Taumel des Tanzes, in den ideengebärenden Rausch des Denkens, bis zu dem Wirbel der Athikte und der Intuition des Sokrates. Athikte bricht zusammen, wiedererwachend sagt sie, auf die Frage des Weisen, woher sie zurückkomme: »Zuflucht, Zuflucht, o meine Zuflucht, o Wirbell! Ich war in dir, o Bewegung, draußen, außerhalb der Dinge.« Vorher begegnete Friedrich Nietzsche diesem Gott, er nannte ihn Dionysos.

Im Eupalinos spricht Sokrates als Bewohner des Hades, als Gespenst, und er benutzt diesen Standpunkt außerhalb des Lebens, um auf das Leben zurückzublicken, der unteilnehmend Betrachtende, der Beurteiler, der den Boden des notwendigen Irrtums verlassen hat. Was war das Streben des lebenden Sokrates? Die Dinge zu sehen, wie sie sind. Jetzt erkennt der Jenseitige die Eitelkeit und Unmöglichkeit dieses sokratischen Strebens. Jetzt nimmt er Dinge und Gestalten wahr, die nach der wirklichen Geschwindigkeit ihres Wesens sich vorüberbewegen; eines schlingt sich ins andere; das Böse zählt wie das Gute; alles verändert sich, und nachfolgend jedem einzelnen schleppt sich ein unauflösbarer Haufe von Folgen und Wirkungen seines Tuns und Denkens. Wenn aber die Anstrengung das Ideal zu fassen, Wahrheit zu finden oder Schönheit, ins Vergebliche auskommt, bleibt nicht der »Einklang und die Kadenz« dieser Anstrengungen, bleibt nicht die Form? Nein, auch sie ist Wahnsinn. Und nunmehr, da alle eingebildeten "ewigen" Werte des Menschen in Gefahr sind verschlungen zu werden von der Einsicht, daß alles vergeblich ist, lenkt das Gespräch im Hades zu einer Untersuchung der Architektur über. Phaidros, der Schatten seines treuen Freundes, erzählt von dem Architekten Eupalinos.

In diesem Bauenden waren alle zum Bauen notwendigen Eigenschaften vereint: vorbereitende Übersicht, genaues Bedenken der Einzelheit, volle Aufmerksamkeit auf die fortschreitende Fügung zum Ganzen, reine Berechnung der Wirkung, die er in die mathematisch sichere Form hob. Ein Tempel war diesem Architekten ein maßwerkliches Sinnbild des Gottes selbst, gebaut, um in den Menschen die Bewegung nach dem Göttlichen allein aus dem Anschauen seiner Verhältnisse hervorzurufen. Eupalinos nannte die höchsten in dieser Art geglückten Werke die »singenden«. Und die Baukunst wie die Musik; beide ruhend auf der Zahl und der Unendlichkeit ihrer Verhältnisse, führen die Seele zur Empfindung einer Ordnung, die nicht von dieser Welt, und die sie, einziges Abbild, dennoch für diese Welt vermitteln.

In diesem großen Dialog ist Valéry Meister der Kunst in Gestalten sich zu verbergen, in Gestalten sich zu offenbaren; in die Verwandlungen und Erfindungen hinein wie in einen Bereich der tiefen Erklärung des Selbst zu gehen; er ist der Sprecher und Gegensprecher, Sokrates und Phaidros, aber am meisten Eupalinos. Der Künstler verrät den Künstler, der Architekt den Dichter. Was Eupalinos sagt, so die Lobpreisung des Körpers, findet sich, anverwandelt einem andern mythologischen Bild, wieder im Monolog des Narziß, wiederum verwandelt im Monolog der Schlange; es ist der Grundriß des ganzen Werks: die Selbstbestimmung des Dichters als *reine Intention*. Doch ist dies *ein* Element, und der Dialog verbindet deren viele: eben zur einzigen Figur des Dialogs. Und zu ihm zurückkehrend müßten wir, was wir

PAUL FERDINAND SCHMIDT · KULTURPOLITIK AUS DEUTSCHEN NIEDERUNGEN



LTE Kunst hat es gut bei uns. Nicht nur Museumsetats, Privatsammler, Kunsthändler kümmern sich aktiv und mit vollen Taschen um sie, sie hat auch die beste Presse und die schönsten Publikationsorgane. Die früher bestgeleitete Zeitung Deutschlands zum Beispiel kann zwar keinen ihrer würdigen Referenten für moderne Kunst in Berlin entdecken und muß deshalb hier und da ihren Lokalspezialisten vom Main hersenden, um nach dem Rechten zu sehen, aber der Kunstmarkt wird dort mit stramm gefüllten Spalten aufs sorgfältigste bedient, wo immer sich Auktionen alten Kunstguts auftun. Es fehlt zwar nicht an tapferen Streitern für die heutige Kunst in den wesentlichsten Zeitungen und einigen (wenigen) Zeitschriften; allein von Redaktions wegen wird meist dafür gesorgt, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Nun hat Ludwig Justi, der Direktor der Berliner Nationalgalerie, ein Organ für die kraftvollen und förderlichen Bestrebungen der modernen Sammlungen geschaffen: das Museum der Gegenwart, dessen Gesinnung und Geist, noble Erscheinung und Ausstattung mit guten Abbildungen aus deutschem Museumsbesitz Erfüllung einer Forderung bilden. Es ist keineswegs nur eine Zeitschrift von Museumsdirektoren, wengleich sie von ihnen geschrieben und von den Taten ihrer Sammlungen gespeist wird; sie geht jeden Menschen an, der lebendige Kunst für wichtiger hält als Boxweltmeisterschaften und Schönheitsköniginnen; und vielleicht auch als alle Auktionen und alle gelehrten Haarspaltereien aus dem Gebiet der abgeklärten, dafür aber dem Gespenst der Fälschung um so fataler ausgelieferten historischen Kunst.

Wie man auch über das Museum in unserer Zeit denken mag (und seine Problematik ist gerade hier neulich behandelt, ein Weg für seine Zukunft gezeigt worden¹⁾), die eine Tatsache muß man anerkennen: Wir haben in Deutschland rings um die Nationalgalerie eine erstaunliche Fülle von wirklich lebendig geleiteten Sammlungen, von Breslau bis Oldenburg, von Karlsruhe bis Wien und Königsberg. Nicht so, als ob nun alles unser ungemischtes Wohlgefallen erweckte, was dort geschieht, wo man einen Etat für Kunst der Gegenwart zu verwalten hat. Aber bei allem, was unsern Widerstand weckt, können wir das eine nicht übersehen: daß da mit so starkem Verantwortungsgefühl das Beste der Gegenwart gesammelt und der Öffentlichkeit in so guter Form zugänglich gemacht wird. Daß diese Kulturarbeit von den Leitern der betreffenden Kunstanstalten fast nirgends ohne schwere Kämpfe gegen widerstrebende Elemente vonstatten geht, daß zu diesen sich sogar oft die Kollegen von der historischen Seite und vor allem sich gekränkt wahnende Künstlergruppen gesellen, ist ein offenes Geheimnis. Es gibt wenig kühne und der Gegenwartskunst ergebene Museumsleiter, die nicht zum Beispiel von dem fast allmächtigen Bode attackiert worden wären.

Warum wohl? Das Martyrium des großen Tschudi und die bittere Geste, mit der er das kaiserliche Berlin verließ und nach München ging, liefern dafür die typische Antwort. Letztes Argument gegen ihn war am kaiserlichen Hof

1) Siehe Kuhn Das historisch-soziologische Museum, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 562 und folgende.

der niederschmetternde Vorwurf "sozialistische Kunst" zu begünstigen. Tschudi hatte sich französische Impressionistenbilder schenken lassen; das aber war, wie Anton von Werner seinem kaiserlichen Herrn versicherte, nichts anderes als sozialistische, umstürzlerische, staatsfeindliche Kunst. Und Tschudi, der Protoktor vaterlandsloser Kunstgesellen, mußte gehen. Vielleicht lachen wir heute darüber. Sein Nachfolger Ludwig Justi hat jedenfalls an der Nationalgalerie das, was Tschudi nicht vergönnt war, und viel mehr noch in republikanischer Zeit durchsetzen können; das mit lebendiger Kunst gefüllte, bis zu Dix und Picasso fortschreitende Kronprinzenpalais ist ein offensichtlicher Beweis dessen. Wir unterließen aber das Lachen, wenn wir die inneren Schwierigkeiten erkennen könnten, die dem Direktor der Nationalgalerie eben heute bereitet werden²; wenn wir seinen Appell an die Öffentlichkeit und sein Bedürfnis nach Kollektivität richtig einschätzten, das er mit der Herausgabe seiner schönen Museumszeitschrift eingesteht. Es scheint Justi an der Zeit sich mit seinesgleichen zusammenzuschließen und die gemeinsamen Nöte und Erfolge vor die Öffentlichkeit zu bringen. Indem hier ehrlich bezeugt wird, was bis jetzt erreicht ist, aber auch, wo der Wurm sitzt, der am Mark nagt, wird die Gesamtheit nicht nur der Leitenden im Land sondern aller Kulturbewußten im deutschen Sprachgebiet aufgeweckt und zu Mitstreitern für die Kunst der Lebenden gemacht.

Ein krasser Fall der neuern Museumsgeschichte wird von Justi selbst im Museum der Gegenwart geschildert. Es sind zwar auch in Halle, Dresden, Köln und anderen Orten allerhand merkwürdige Entlassungen vollzogen worden. Was aber in Zwickau in Sachsen vor wenigen Monaten geschah, übertrifft an prinzipieller Bedeutung das, was bisher war. Der Fall Tschudi, der in der wilhelminischen Ära in der Hauptstadt spielte, wird heute auf einer Provinzbühne wieder aufgeführt. Was 1911 der Popanz des Sozialismus vor dem allerhöchsten Angesicht war, ist 1930 in die Tiefen der Spießbürgerangst hinabgesunken. Im Prinzip aber ist es haargenau das selbe. Der deutsche Philister, ob im Kaiserreich oder in der Republik, bleibt sich gleich in seiner instinktiven Abwehr gegen jegliches neue Schöpfertum. 2 Jahrzehnte gewaltigster Umwälzung sind spurlos an ihm vorübergeglitten.

Hildebrand Gurlitt, Sohn des Kunsthistorikers Cornelius Gurlitt, wurde 1925 zur Leitung des Zwickauer Stadtmuseums berufen. Was er dort mit einem Minimum an Mitteln in wenigen Jahren zustande brachte, wurde zunächst auch in Zwickau anerkannt. Man kennt die Leistungsfähigkeit dieser Art von deutschen Gelehrten, die auf praktische Verwertung kultureller Schätze ausgehen, mit Geschmack, mit ebenso wissenschaftlichem wie ästhetischem Eingehen auf den Sinn künstlerischer Dinge, mit einem Gefühl für das Wesentliche, das fast den gleichen Vorteil aus verstaubtem, oft nur lokal interessantem Trödel zu ziehen weiß wie aus den Werten lebendiger Produktion, auch dem Alten, Veralteten durch schmeichelnde Umkleidung mit heutigen Daseinsformen einen aktiven Wert beizulegen trachten. Kurz, in das Zwickauer Museum, eine Rumpelkammer schlimmsten alten Stils, zog durch Vereinfachung, Betonung lebensfähiger Teile (wie der sehr reizvollen Volkskunst Sachsens), durch Führungen, Vorträge und Ausstellungen neues Leben ein. Die Zwickauer wurden mit der Kultur Europas oder wenigstens Deutschlands

2) Siehe *Behne Kunstpolitik*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 679 und folgende.

bekannt gemacht, und sie erwiesen sich auch dafür durch regen Besuch des Museums, seiner Ausstellungen und Vorträge dankbar. Wenigstens die, die man "oben" so "das Volk" nennt (und die auch in Wahrheit das Volk sind). Nicht so die Leute mit dem wirtschaftlichen Ansehen im Hintergrund, die durch tönende Verlautbarungen geistiger Armut sich in die vorderste Reihe manövrierten. Gurlitt hatte sich nämlich nicht damit begnügt sein Museum von Schund und Minderwertigkeiten zu säubern, Kanonenkugeln, Hellebarden und etliche hundert Ölschinken zu entfernen (was schon an sich verdächtig nach subversiver Gesinnung roch), er hatte auch die unbegreifliche Kühnheit besessen statt der Zwickauer Lokalgrößen Künstler der Gegenwart in sein Museum zu verpflanzen. Das berühmte Geld des Steuerzahlers wurde übrigens dafür gar nicht in Anspruch genommen; fast alles waren Leihgaben, die allerdings einen Begriff von heutiger deutscher Kunst vermitteln, von Hans Thoma bis zu Emil Nolde und Otto Dix. Die Antwort darauf war die Entlassung des Museumsdirektors. Er hat sich wohl auch auf verwaltungsmäßigem Gebiet und in der Propaganda seiner Ideen nicht immer nach Vorschrift benommen. Einsichtige Kunstfreunde aus dem sächsischen Städtchen haben vergebens versucht durch Organisation und Protest den Direktor und sein Werk zu retten; man muß es zur Ehre der Zwickauer feststellen. Siegreich blieben Verwaltungsmaximen und, was man auch sagen mag, im Endeffekt die Gesinnung derer, die heute stark an Brachialgewalt und Stimmaufwand sind. Der innere Zusammenhang zwischen der Entlassung und den Angriffen von rechts läßt sich nicht abstreiten.

Die Zwickauer haben sich in ihrem deutschnationalen Hauptorgan durch die Feder eines wahrhaft kühnen Kulturpioniers zu ihrem Museumsfall folgendermaßen vernehmen lassen, und man sollte diese klassischen Sätze öffentlich anschlagen: »Wir sehen Bolschewismus in der Art des Kultes mit dem Untermenschentum der Kollwitz, Zille, Barlach, Bolschewismus in dem Kulte der technischen Stümper, der Klee, Nolde, Schmidt-Rottluff, Chagall, Bolschewismus in dem Kulte des ethischen Nihilismus, wie er uns in den Machwerken der Dix, Hofer und Grosz entgegengrinst. Das ist nackte Freude am Gemeinen.« Beiläufig: Die sich also äußern, sitzen in dem Lager, in dem man sich vor Moskau tief verneigt und davon träumt mit bolschewistischer Hilfe dereinst Frankreich und Polen siegreich zu schlagen. Aber im innern Kampf, da ist der Bolschewismus dann plötzlich wieder etwas ganz anderes: nämlich potenziertes Marxismus und also höchst verabscheuenswert. Der Zwickauer Kunststreiter aus dem Hitlerlager besaß sogar die Zivilcourage jener »nackten Gemeinheit« das wahre Gesicht der teutonischen Kunst entgegenzuhalten, so wie man es dort versteht. Es glänzten da Namen wie Schiestl, Stassen, kleinere Götter. Man kann sich also wohl denken, wie das Dritte Reich innen aussehen, und wie es um seine Kunst bestellt sein wird, wenn einmal Paul Joseph Goebbels oder Gregor Straßer das Kultusbudget besorgt.

Und doch sind es nicht diese Vertreter einer bestimmten Weltanschauung (oder Unterweltanschauung), die die deutsche Kulturpolitik in den Niederungen halten. Mit ihnen könnte man kämpfen. Aber unangreifbar, weil durch Stumpfheit unempfindlich, ist der deutsche Spießbürger, der trotz parlamentarischem Regime sich noch lange nicht zum Deutschen und zum Staatsbürger entwickelt hat (vom Europäer und vom Weltbürger zu schweigen).



DAVID LUSCHNAT · DIE PLATANE



Die Platane war so gut gegliedert in den Verzweigungen ihrer Krone und so prächtig in ihrem Blattwerk, daß sie sich selbst ganz wunderbar fand. Sie sprach: »Wenn ich den Gesamteindruck, den ich auf mich mache, meiner Betrachtung zugrunde lege, so muß ich nach genauer Prüfung zugestehen, daß ich schön bin. Geradezu vollkommen, könnte man sagen. Es wäre wünschenswert diesen Zustand zu einem dauernden zu machen. Gott hat alle Bäume mehr oder weniger mit Mängeln ausgestattet, damit sie nicht vor Übermut in den Himmel wachsen. Mir allein hat er diese Vollkommenheit gegeben, die durch ihre Seltenheit Bedeutung hat. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn der einzige vollkommene Baum, den es gibt, durch unregelmäßiges Wachstum verunstaltet würde. Gerade jetzt bin ich derart schön, daß eine noch schönere Schönheit überhaupt nicht vorstellbar wäre. Ich will also mit meiner Weiterentwicklung aufhören. Ich bin entschlossen mein Wachstum einzustellen.«

Gott hörte den Entschluß der Platane, und weil dieser Entschluß wirklich aus innerster Überzeugung heraus geboren war, mußte Gott gehorchen. Er redete also zu der Platane folgendermaßen: »Die Festigkeit deines Willens ist lobenswert. Es ereignet sich selten, daß ein Wille mit solcher Unmittelbarkeit und Stärke aufsteigt, daß ich von ihm ergriffen werde. Deine Entschlußkraft ist nicht geringer als meine. So muß ich zur Ausführung bringen, was du beschlossen hast, wenn ich auch hinsichtlich der Schönheit und Vollkommenheit nicht ganz deiner Meinung bin. Ich werde die äußere Haut deines Stammes mit einem nicht wachsenden Schutzstoff versehen, der dich vor den zerstörenden Einflüssen der Witterung bewahrt und gleichzeitig dein Dickerwerden verhindert. Auf diese Weise kann immer nur die gleiche Saftmenge emporsteigen, so daß Gezweige und Blattwerk in unveränderter Schönheit verharren, was zu bewirken war.«

Die Platane brachte ihr Einverständnis mit dieser Anordnung zum Ausdruck und betonte ihre Bereitwilligkeit alle hieraus entstehenden Folgen auf sich zu nehmen. Gott meinte, das sei selbstverständlich; er habe es auch gar nicht anders erwartet. So blieb die Platane in dem Zustand, in dem sie sich gerade befand, ohne sich weiter zu verändern. Die anderen Bäume wuchsen vergnügt weiter und kümmerten sich nicht im geringsten darum, ob ihr Aussehen mit den Gesetzen der Schönheit und Vollkommenheit in Einklang stand. Sie wuchsen ins Hohe und Breite, und zwar auf die unregelmäßigste Weise. Bald überschatteten sie die in ihrem Vollkommenheitszustand verharrende Platane und sperrten sie vom Sonnenlicht ab. Die Platane im Schmuck ihrer Schönheit war diesem Überwachsen preisgegeben. Nachdem ihre Außenhaut für immer die Ausdehnungsfähigkeit eingebüßt hatte, konnte sie nur gerade so viel Saft emporsenden, wie ihre Blätter brauchten, um nicht abzusterben. Von grünem Dämmer Schatten umbreitet, verfiel sie in dumpfen Halbtraum.

Aus dieser halbbewußten Schläfrigkeit wachte sie nur auf, wenn sie durch einen verirrtten Sonnenstrahl daran erinnert wurde, daß früher ihre ganze Krone im Licht stand. Dann erzitterte sie plötzlich in bitterer Angst bis in die feinsten Wurzelfasern. Es war ihr, als sei sie zu einem grauenhaften Zwischendasein verurteilt, das ihr nicht zu sterben erlaubte, das ihr nur ein undeutliches Halbleben gönnte. Sie verfiel einem farblosen Gleichmut. Alle

Empfindungen rannen zu einer nebelhaften Einheitsempfindung zusammen. Und dieser Zustand veranlaßte sie zu folgendem Selbstgespräch: »Ich hätte es niemals für möglich gehalten, daß die Vollkommenheit so schwer zu ertragen ist. Man macht sich ganz übertriebene Vorstellungen von dem Glück, das damit verbunden sein soll. Wenn ich bedenke, wie fröhlich ich war, als das Bewußtsein meiner Schönheit und Vollkommenheit noch nicht von mir Besitz ergriffen hatte, bin ich fast versucht meinen Entschluß zu bereuen. Könnte ich doch nur einen einzigen Tag unter offener Sonne stehen, alle meine Blätter dem Licht entgegengerichtet! Ich würde meine Vollkommenheit preisgeben, von deren Unersetzlichkeit ich immer noch überzeugt bin. Ich würde sogar den Tod nicht scheuen und in meine Vernichtung einwilligen.«

Dieses Selbstgespräch entfaltete sich natürlich in Gegenwart Gottes. Er hörte aufmerksam zu und redete darauf diese Worte: »Du weißt, daß es eine Reue für dich nicht geben kann, da dieses Gefühl mit dem Zustand der Vollkommenheit unvereinbar wäre. Außerdem hast du ausdrücklich hervorgehoben, daß du alle Folgen deines Entschlusses tragen würdest. Ich bin fest überzeugt mich in dir nicht getäuscht zu haben, denn dein Wille hat sich meinem Willen als ebenbürtig erwiesen. Ich müßte mich selbst aufgeben, wenn der Baum, der mich zum Handeln bewegt hat, außerstande wäre die Folgen seines Entschlusses mit Würde zu tragen. Oder willst du etwa durch deine Kleinmütigkeit den Giftstoff für meine Vernichtung bereiten?«

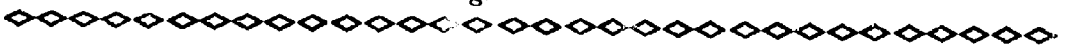
Die Platane, erfüllt von Trauer und Hoffnungslosigkeit, rauschte mit ihrem Blattwerk. Sie hatte gar nicht auf eine Änderung ihres Schicksals abgezielt sondern nur ihrer Sehnsucht freien Lauf gelassen. Geschehenes rückgängig zu machen lag keineswegs in ihrer Absicht. Aber sie liebte das Licht, und ihr Vollkommenheitspanzer zwang sie im Schatten zu leben.

Nichts war natürlicher, als daß ihre unerfüllte Liebe sich in Sehnsucht verwandelte, die ihren Willen entzündete zu einer machtvollen, nie geahnten Willensglut. Sie zog mit ihren Wurzeln den Erdsaft empor wie ein Verdurstender. Der Saft staute sich im Geäst, neue Ströme folgten und verstärkten den Druck. Die feste Außenhaut umschnürte sie mit würgender Angst, so daß sie erzitterte bis in die letzten Zweige und Blattspitzen. Und plötzlich war der Panzer gesprengt. Durch die Risse schimmerte eine neue weiße Haut. Die dunkle Vollkommenheitsschale blätterte stückweis ab. Ein Wind zerteilte die Schattenzweige über ihr, und Sonne grüßte sie mit breiten Fluten Lichts.

Nachdem das wunderbare Gefühl der Erlösung, das sie fast betäubte, etwas milder geworden war, sprach sie: »Herrliche Sonne, ich wachse. Meine Vollkommenheit ist in Fetzen von mir abgefallen. Meine neue Haut hat die alte Schale zersprengt. Ich werde mich nicht darum kümmern, ob ich unregelmäßig und häßlich werde, denn ich dränge immer näher heran an das, was ich liebe.«

Gott lächelte ein wenig über die übertriebene Begeisterung der Platane. Dann wurde er ernst und redete ganz leise mit einer Art von göttlicher Traurigkeit: »Du hast Freude am Licht, weil du im Schatten lebst. Ich aber, der im Licht lebt, worüber soll ich mich freuen? Zur Erinnerung an deine Vollkommenheit sollst du in jedem Jahr einmal deine alte Haut abwerfen, ganz ebenso wie ich zuweilen auch meine Haut abstreife. Dies ist mein Geschenk an dich.«

Die Platane rauschte und schwieg.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Reparations- reglung

Die letzte außenpolitische Rundschau der Sozialistischen Monatshefte erschien am 18. März 1929. 6 Wochen darauf starb plötzlich ihr Bearbeiter, und ihre Weiterführung mußte unterbrochen werden. Bei ihrer Wiederaufnahme ist jetzt zunächst das Wesentlichste der Zwischenzeit nachzuholen. In jener letzten Rundschau waren schon die beiden großen Probleme angedeutet, die die Weltpolitik im letzten Jahr besonders beschäftigten: die Regelung der Reparationsfragen und die Flottenabrüstung. Der Versailler Vertrag hatte die Höhe der deutschen Reparationen nicht festgesetzt. Auch war die Reparationsverpflichtung dort eminent politisch, die Reparationskommission konnte bei deutschen Verfehlungen zu Sanktionen schreiten. Auf der Londoner Konferenz 1921 wurden als Endsumme 132 Milliarden Mark festgesetzt, die politischen Verpflichtungen blieben. 1924 fing man an das Reparationsproblem zu entpolitisieren. Der Dawesplan trat in Kraft. Fremde Kontrollinstanzen beherrschten die deutsche Wirtschaft, und die Berichte des Generalagenten Parker Gilbert erwiesen sich häufig als unangenehm. Auch hatte der Dawesplan den Fehler die Schuldsumme nicht endgültig festzusetzen. Ohne den sogenannten Wohlstandsindex betrug die Zahlung in den Normaljahren 2,5 Milliarden Mark. Am 16. September 1928 beschlossen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan »das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen der 6 Regierungen einzusetzen«. Diese Sachverständigenkommission, an der Amerikaner führend mitarbeiteten (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 226 und folgende), tagte in Paris vom 11. Februar bis zum 7. Juni 1929. Das Ergebnis ihrer Beratungen war der Youngplan. Daß er kein Ideal darstellt, braucht man hier nicht besonders zu betonen. Man hätte eben in Paris sich mit den anderen europäischen Völkern gegen die Angelsachsen einigen müssen (siehe dazu hier den Artikel Klesses Kontinentaleuropäische Schuldnerfront gegen Amerika, 1929 II Seite 975 und folgende). Deutschland und die Gläubiger-

mächte stimmten auf der 1. Haager Konferenz vom 6. bis zum 31. August 1929 dem Youngplan zu und setzten Kommissionen zur Beratung von Einzelfragen ein. Deren Beratungen zogen sich hin. Erst am 3. Januar 1930 wurde die Haager Schlußkonferenz einberufen. Hier gab es harte Kämpfe, 3 Wochen lang stritten sich die Gläubigermächte um ihre Anteile, da Philip Snowden für England immer weiter gehende Forderungen stellte; mit den Deutschen wurde 3 Tage verhandelt. Vorher hatte schon Snowden kalt erklärt: Wir werden unsere Lösungen in einem Protokollentwurf schriftlich niederlegen, wir werden Ihnen diesen Entwurf überreichen, und Sie werden uns dann bis heute Nachmittag mitteilen, ob Sie ihn annehmen oder ablehnen; wenn Sie aber die Fortsetzung des Dawesplans der Inkraftsetzung des Youngplans vorziehen, bitte, wir stehen zu Ihrer Verfügung. So blieb der deutschen Delegation nichts übrig als anzunehmen. Aus innenpolitischen Gründen (Volksentscheid gegen den Youngplan) brauchte die Regierung ein "populäres Ziel". Dies war die Rheinlandräumung. Damit kam man der (seit 1918 künstlich erzeugten) Francophobie der Massen entgegen und opferte ruhig einige finanzielle Positionen. Insbesondere gab man auf englisches Drängen die Sachlieferungen preis. Welche Bedeutung sie für Europa, für Deutschland und für die deutschen Arbeiter hatten, haben Ludwig Quessel und Max Cohen hier (in den Artikeln Frankreich und Deutschland im Haag, Deutschland nach dem Haag und in Genf, 1929 II Seite 682, 773 und folgende) dargelegt. Nach dem amtlichen Bericht ging es Deutschland im Haag »vor allem darum immer wieder unternommene Versuche der Gläubiger den Youngplan zu verschlechtern nach Möglichkeit abzuwehren«. Am 20. Januar wurde das Abkommen unterzeichnet, das nun der Neue Plan heißt. Der Grundgedanke des Neuen Plans ist: Allein das feierliche Versprechen Deutschlands bildet die Garantie für die Durchführung. Die Reparationskommission und der Generalagent verschwinden. Ebenso die fremden Mitglieder der Verwaltungsräte von Reichsbahn und Reichsbank. Freilich wird hier die Herausnahme aus der Verfügungsgewalt des Reichstags beibehalten. Die Entpolitisierung der Reparationsfragen durch den Neuen Plan ist nur außenpolitisch, kei-

neswegs klassenpolitisch (was Bernhard Döwll (Rund um den Youngplan, in der Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/) sehr scharf betont). Pfänder dürfen nicht mehr genommen werden, Moratorien kann Deutschland von sich aus allein erklären. Freilich müssen 700 Goldmillionen auf alle Fälle auch bei Moratorien jährlich gezahlt werden: die sogenannte ungeschützte Annuität, über die so viel Streit entbrannte. Wie hoch sind denn überhaupt die Jahreszahlungen? Darüber sind die Meinungen geteilt. Die amtliche Zeitschrift Der Heimatdienst gibt die folgenden Zahlen an: 1930 bis 1938 zwischen 1817,4 und 2145,1 Millionen Mark, 1938 bis 1948 zwischen 2145,1 und 2358,1, 1948 bis 1958 zwischen 2358,1 und 2379,9, 1958 bis 1968 wieder abnehmend von 2379,9 auf 1630,0, 1968 bis 1978 zwischen 1630,0 und 1700,4, 1978 bis 1988 fallend von 1700,4 auf 897,8 Millionen Mark; 1989, also nach 59 Jahren, hören die Zahlungen auf. In den angegebenen Zahlen sind die Youngzahlung, der Zinsendienst der Dawesanleihe von 1924 und die an Belgien zu zahlenden Mark-erstattungsabgaben enthalten. Insgesamt ein Kapitalwert von 36 Milliarden, während der Dawesplan für die Laufzeit des Youngplans mindestens 50 Milliarden ergeben hätte. Alle diese Zahlungen gehen fortan nur an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Als Sitz des gewaltigsten Finanzinstituts der Welt (100 Millionen Aktienkapital), auf das nur die Direktoren der 7 Zentralnotenbanken der bisherigen Reparationsländer einschließlich Amerikas sowie Deutschlands, nicht aber die Parlamente einen Einfluß haben, wurde Basel bestimmt. Über die Folgen des Youngplans für die deutsche Finanzpolitik ist hier in dem Artikel Quessels Deutschlands Umkehr (1929 II Seite 901 und folgende) das Wesentliche gesagt worden. Die ganze Youngreglung hat den Charakter einer Übernahme der alliierten Kriegsschulden an Amerika durch Deutschland. Sollte Amerika seinen Schuldner Ermäßigungen gewähren, so werden sie in den ersten 37 Jahren Deutschland zu $\frac{1}{2}$, dann ganz gutgeschrieben. Beschlossen wurde auch, daß die Gläubigermächte versuchen werden bis zum 1. Oktober einen Betrag bis zu 1200 Millionen Mark zu mobilisieren. Hierbei darf Deutschland bis zu $\frac{1}{3}$ für Zwecke von Post und Bahn mitgehen. Andererseits darf es vorher keine andere ausländische Anleihe auflegen. Auch darf es die Einnahmen aus Zöllen, Steuern für Tabak, Bier,

Branntwein nicht anderweit verpfänden. Diese Steuern und Zölle dürfen nicht auf unter 2,6 Milliarden Jahresertrag ermäßigt werden (zurzeit etwa 3 Milliarden). Der Neue Plan trat, rückwirkend, am 1. September 1929 in Kraft.

An die Vereinigten Staaten von Amerika zahlt Deutschland nicht über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sondern direkt, und zwar 52 Jahre lang durchschnittlich 62,5 Millionen Mark. Das Abkommen darüber wurde am 28. Dezember 1929, also vor der Haager Schlußkonferenz, unterzeichnet.

Rheinlandräumung Wie im Haag beschlossen, verließ der letzte fremde Soldat am 30. Juni das

Rheinland. Die Behauptung der deutschen Nationalisten; nie werde Frankreich den Rhein verlassen, war damit bündig widerlegt. Ein wichtiges Hindernis der Verständigung ist beseitigt. Es gab zuletzt noch ein Zwischenspiel; England wollte die Räumung als Druckmittel benutzen, um noch etwas für sich von den Zahlungen der letzten 22 Jahre des Neuen Plans herauszuschlagen. Die deutsche Presse schrieb zunächst darauf los; Die französischen Generale wollen nicht räumen. Dann, als die Wahrheit schließlich durchsickerte, berichtete sie: Die »Besatzungsmächte« machen Schwierigkeiten. Daß es sich dabei nur um England handelte, wurde verschwiegen. Die Sache selbst erledigte sich rasch. Die Reparationskommission beschloß am 17. Mai, daß durch die Annahme des Neuen Plans und die früheren Vereinbarungen ihre Tätigkeit als beendet anzusehen sei; sie löste sich auf, und der Räumungsbefehl wurde erteilt. Um Mitternacht des 30. Juni fanden überall Befreiungsfeiern statt, Mitte Juli reiste der Reichspräsident feierlich in die Lande am Rhein. Doch die Befreiungsfeier fand ein jähes Ende durch das Unglück in Koblenz, das überall, namentlich auch in Frankreich, tiefstes Mitgefühl auslöste.

Kriegsliquidation Der Neue Plan hob die bisher bestehende Mitverantwortung Deutschlands für die

Schuldenverpflichtungen seiner ehemaligen Verbündeten auf. Auf der 2. Haager Konferenz wurde unter dem Vorsitz Louis Loucheurs sehr heftig über diese äußerst komplizierte Materie gestritten. Am besten ist Österreich dabei weggekommen. War es bisher schon bis 1968, bis zur Rückzahlung der sogenannten Reliefschulden von Reparationszahlungen befreit, so wurden diese jetzt

überhaupt gestrichen. Das Generalpfandrecht der Reparationsgläubiger wurde aufgehoben, Österreich kann über sein Staatsvermögen wieder frei verfügen. *Ungarn* hat bis 1944 jährlich 10 Millionen Goldkronen Reparationen zu zahlen. Dann hören seine Reparationszahlungen auf, es hat dann bis 1966 jährlich 13,5 Millionen Goldkronen aus anderen Verpflichtungen zu zahlen. Von seinen Zahlungen werden 2 Fonds gebildet, aus denen auch seine durch die Agrarreform in den Nachfolgestaaten betroffenen Staatsbürger entschädigt werden. *Bulgarien* erreichte eine Herabsetzung seiner Reparationszahlungen auf jährlich 11 Millionen Goldfrancs. Die *Tschechoslowakei* hat nach einer Herabsetzung für die sogenannte Befreiungsanleihe 37 Jahre lang an Italien und England jährlich 11 Millionen Mark zu zahlen. Daher wollte sie gern an den Reparationen beteiligt werden. Bei den deutschen Reparationen gelang ihr das gar nicht, und von den Ostreparationen bekommt sie nur 1%. Das hat starke Verstimmung in Prag ausgelöst, denn das sind nur etwas mehr als 200 000 Goldkronen. Im ganzen hat die Tschechoslowakei für die Befreiungsanleihe und die sogenannte Kriegshilfe jährlich 113,5 Millionen tschechische Kronen (à 12,5 Pfennig) abzutragen. So wurde auch im Osten die Vergangenheit liquidiert.

Flottenkompromiß Über die amerikanische Flottenpolitik wurde in dieser Rundschau (1929 I Seite 229 und folgende) bereits berichtet. Im Herbst 1929 kamen MacDonald und Hoover überein, daß England in Zukunft 50 Kreuzer mit zusammen 339 000 Tonnen, Amerika 36 Kreuzer mit 315 000 Tonnen haben solle. Hiervon sollten auf englischer Seite 15, auf amerikanischer 21 Große Kreuzer zu 10 000 Tonnen sein. Das war die Grundlage, der sogenannte amerikanisch-englische Flottenkompromiß. Die Londoner Konferenz behandelte hier mehrfach Richard Kleibist (in den Artikeln London oder Genf?, Die Klärung in London, Zwischen London und Genf, 1930 I Seite 124, 309 und folgende, in diesem Band Seite 427 und folgende). Hier sei nur das Ergebnis dargestellt. Es ist schmal genug. Da ist zunächst der Dreimächtepakt (England, Amerika, Japan). Er ist ein Ausbau des Washingtoner Abkommens von 1921 und setzt folgenden Bestand fest: Große Kreuzer: England 146 800, Amerika 180 000, Japan 108 400 Tonnen; Kleine Kreuzer: England 192 200, Ame-

rika 143 500, Japan 105 450 Tonnen; Zerstörer: England und Amerika je 150 000, Japan 105 500 Tonnen; Unterseeboote jede der 3 Mächte 52 700 Tonnen. Für Amerika bedeutet dieses Programm eine Aufrüstung. Der Fünfmächtepakt (England, Amerika, Japan, Frankreich, Italien) verpflichtet diese Staaten bis 1936 keine Großkampfschiffe zu bauen und auch auf Ersatzbauten für die infolge der Washingtoner Altersgrenze Ausscheidenden zu verzichten. Der Unterseebootkrieg soll »humaner« geführt werden (Verbot der Torpedierung von Handelsschiffen ohne Warnung). Außerdem wurde ein Abkommen getroffen, nach dem die Flotten in bestimmte Schiffskategorien als Vergleichswerte bei der Rüstungsbeschränkung eingeteilt werden. Zerstörer und Unterseeboote dürfen nicht größer als 2000 (nur 3 bis zu 2800) Tonnen sein. Dadurch soll verhindert werden, daß eine Macht auf Schlachtschiffe verzichtet und die dafür zugestandene Tonnage zum Bau von Kreuzern, Torpedo- und Unterseebooten verwendet, auch sich durch große Torpedo- und Unterseeboote Ersatz für kleine Kreuzer schafft. Ein völliges Verbot des Unterseebootkriegs konnte nicht erreicht werden.

Der amerikanische Senat ratifizierte am 21. Juli mit 58 gegen 9 Stimmen den Londoner Flottenvertrag vom 22. April 1930 (siehe dazu auch *The London Naval Conference: An American View* by Walter Lippman, *A French View* by André Géraud (Pertinax), in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* 1930 Seite 499, 519 und folgende).

Briands Europa-Am Initiative Am 17. Mai, am Tag der Auflösung der Reparationskommission und der Übermittlung des Befehls zur Rheinlandräumung, überreichten die Vertreter Frankreichs den europäischen Regierungen eine Europadenkschrift, die Aristide Briand als Fragebogen bezeichnet hatte. Die Einleitung betont die sich aus der Zerrissenheit Europas ergebenden Schwierigkeiten. Eine europäische Gemeinschaft müsse geschaffen werden. Sie dürfe keine Konkurrenz des Völkerbunds sein sondern eher dessen regionales Organ. Daher müßten Nichtmitglieder des Völkerbunds (also Rußland und die Türkei) draußen bleiben. Dann wird in 4 Abschnitten ein Programmentwurf gegeben: 1. Notwendigkeit eines allgemeinen, wenn auch noch so elementaren Vertrags zur Aufstellung des Grundsatzes der moralischen Union Europas und

zur feierlichen Bekräftigung der zwischen europäischen Staaten geschaffenen Solidarität. 2. Notwendigkeit einer Einrichtung, die der europäischen Union die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Organe sichert, und zwar Europäische Konferenz, Politisches Komitee als Ausführungsorgan und Sekretariat zur Erledigung der technischen Aufgaben. 3. A) Unterordnung des Wirtschaftsproblems unter das politische Problem. Begründung: Da jede Fortschrittmöglichkeit auf dem Wege der wirtschaftlichen Einigung streng durch die Sicherheitsfrage bestimmt wird, und diese Frage selbst eng mit der des erreichbaren Fortschritts auf dem Wege der politischen Einigung zusammenhängt, müßte die Aufbaubestrebung, die Europa seine organische Struktur geben soll, zunächst auf dem politischen Gebiet einsetzen. Auf dieser Grundlage müßte dann auch die Wirtschaftspolitik jedes europäischen Staates im besondern aufgebaut werden. B) Begriff des politischen europäischen Zusammenwirkens, mit dem Endzweck eines Bundes auf der Grundlage des Gedankens der Einigung, nicht der Einheit; das heißt, dieser Bund muß elastisch genug sein, um die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität jedes Staates zu wahren, aber allen den Vorteil kollektiver Solidarität bei der Regelung der politischen Fragen gewährleisten, die das Schicksal der europäischen Gemeinschaft oder eines ihrer Mitglieder betreffen. (Eine solche Auffassung könnte den allgemeinen Ausbau des Schiedsgerichts- und Sicherheitssystems in Europa sowie die fortschreitende Ausdehnung der in Locarno begonnenen Politik der internationalen Garantien auf die ganze europäische Gemeinschaft bis zur Zusammenfassung der Sonderabkommen oder Reihen von Sonderabkommen in einem allgemeinen System zur Folge haben.) C) Begriff der wirtschaftlichen Organisation Europas mit dem Endzweck der gegenseitigen Annäherung der europäischen Volkswirtschaften unter der politischen Verantwortung der solidarischen Regierungen. 4. Hier wird eine Anzahl von Problemen aufgezählt, mit denen sich die europäische Union beschäftigen soll, wie Wirtschaft im allgemeinen, wirtschaftliche Ausrüstung, Transitfragen, Finanzen, Sozialpolitik, Hygiene, intellektuelle Zusammenarbeit und dergleichen. Hätte Briand keinen Fragebogen versandt, sondern nur seine Kollegen gelegentlich in Genf gefragt: A propos, wie denken Sie über Europa?, so hätten die Antworten nicht bunter ausfallen

können als es jetzt geschehen ist. Ein Strauß, sonderbar in Farben und Gerüchen. Die Lieblingsblumen aller europäischen Staaten, aber auch verschiedene Weltanschauungen, Klassenlagen, Entwicklungsstufen tragen zur Buntheit bei. Es sei hier trotzdem versucht einige Ordnung hineinzubringen, wobei von einer weitergehenden Kritik in dieser Rundschau abgesehen wird. Unter den europäischen Staaten gibt es heute 2 Meinungen: die statische und die dynamische. Sie saturiert und nichtsaturniert zu nennen ist nicht ganz richtig, denn saturiert ist eigentlich niemand. Höchstens kann man den Unterschied so fassen: Die einen sagen: Wenn es uns bloß nicht noch schlechter geht! Die anderen: Es soll uns endlich besser gehen. Stabilisation und Revision sind die ausgegebenen Parolen. Und da der Wahnsinn der Grenzen als des sinnfälligsten Ausdrucks der Souveränität heute viel stärker als vor dem Krieg, das politische Denken um vieles primitiver ist, so verstehen unter Revision alle zunächst die Verrückung der Grenzen, die territoriale Revision. Als ob es darauf ankäme. Die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags werden wahrscheinlich am spätesten von allen revidiert werden. Und sonst wird ja dauernd an den Verträgen von 1919 revidiert. Und wird noch revidiert werden, falls man nicht allzu viel Geschrei darüber macht. Aber das gerade geschieht. Italien und Deutschland stellen die Revision fast an die Spitze ihrer Antwort, und Litauen, Ungarn, zum Teil Österreich betonen es auch. Dagegen sprachen sich, neben dem Memorandum selbst, die Antworten Rumäniens, Südslawiens, der Tschechoslowakei, Luxemburgs aus. Am deutlichsten wird Polen: Es empfiehlt die Wiederaufnahme des Genfer Protokolls. Briand hatte erklärt, die Politik habe den Vorzug vor der Wirtschaft, Belgien, Holland, Norwegen wollen lieber mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beginnen. Auch die deutsche Antwort betont die Wichtigkeit wirtschaftlicher Maßnahmen. Der Streit um den Vorrang ist in Wahrheit ganz unnötig. Die Wirtschaft ist in allen europäischen Ländern hochgradig politisiert, und die politischen Handlungen haben stets auch wirtschaftliche Folgen. In der deutschen Antwort heißt es: »Gerade die wirtschaftliche Verständigung wird wesentlich zur Verstärkung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen.« Und Luxemburg schreibt: »Tout en reconnaissant la grande utilité d'un accord

préalable d'ordre politique, estime néanmoins que une entente dans les domaines économique et douanier serait de nature à rapprocher considérablement les intérêts politiques des Etats européens.« Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung ist die französische These, Italien vertritt in der Antwort die umgekehrte Reihenfolge, Deutschlands Antwort vermeidet diesmal eine Polemik. Deutschland, Italien, Lettland verlangen die Mitarbeit Rußlands und der Türkei, Bulgariens und Griechenlands die der Türkei. Deutschland vor allem, aber auch Polen und andere Länder verlangen, daß die Europäische Union sich nicht gegen einzelne Länder oder Kontinente außerhalb der selben richten dürfe. Briand selber sagte: »Ebenso wenig wie dem Völkerbund könnte die in Aussicht genommene europäische Organisation irgendeiner ethnischen Gruppe entgegenstehen, die in anderen Erdteilen oder in Europa selbst außerhalb des Völkerbunds bestände. Das Werk der Zusammenfassung Europas entspricht Notwendigkeiten, die dringend und lebenswichtig genug sind, um dieser Zusammenfassung ihren Selbstzweck in wahrhaft positiver Arbeit zu geben, die sich niemals gegen irgendjemand richten kann und richten läßt.« Italien verlangt die Mitwirkung von Nichtvölkerbundsstaaten, gleichzeitig aber wirft es sich mit sehr starken Worten zum Verteidiger der Genfer Institution auf. Holland erklärt, alles Wichtige werde schon im Völkerbund behandelt, wozu dann die europäische Vereinigung? Hierher gehören auch die Antworten Irlands und Englands. Irland meint, die Einrichtung einer Europakonferenz in Genf würde dazu führen, daß sie und der Völkerbund sich so weit stören würden, daß kein Mechanismus arbeiten könnte. Die englische Note erklärt, die Union müsse in den Rahmen des Völkerbunds eingefügt werden, da ein doppeltes Wirken unmöglich sei, ohne daß Konfusionen einträten, und ohne daß die Wirksamkeit und die Autorität des Völkerbunds dadurch Schaden erlitten. Zum Schluß erinnert die englische Note an das weltumspannende Britische Reich, dem die britische Regierung Rechnung tragen müsse, der zu schaffende Organismus dürfe weder Unruhe noch Unzufriedenheit auf einem andern Kontinent hervorrufen. Deutschland sagt: »Die Wechselwirkung zwischen den europäischen und den außereuropäischen Ländern ist auf manchen Gebieten stärker als die Wechselwirkungen innerhalb Europas.« Den Zusammenhang mit den Kolonien, Auswanderungsgruppen und Tochterstaa-

ten betonen die Noten Hollands, Irlands, Portugals, Spaniens. Der Daily Herald schrieb am 19. Juli: »Briand will das 5. Rad an einem Wagen anbringen. Der Grundfehler ist: Europa von heute ist keine Einheit, weder geographisch noch politisch noch kulturell. Die Probleme, die Briand lösen will, sind alle Weltprobleme, nicht europäische.« Die Frankfurter Zeitung läßt sich am 18. Juli aus London berichten: Die englische Presse ist sich darüber einig, daß Briands Europa für England erledigt sei, wenn auch die englische Note sagt, daß ihre Kommentare und Vorschläge zu diesem lange und gründliche Überlegung erfordernden Problem nur vorläufig und unverbindlich sind. Wenn der Daily Telegraph am 5. Juni schreibt, in den Kreisen des Völkerbunds hoffe man, daß das Projekt Briands Schiffbruch erleidet, so meint er wohl die englischen Völkerbundskreise oder einfach England. Zum Schluß noch die Meinung der Sunday Times: »Wenn das Projekt jetzt im Juli eine bessere Presse hat als im Mai, so ist daran vor allem die amerikanische Zollpolitik schuld.«

Völkerbund Die 58. Tagung des Völkerbundsrats fand im Januar statt. August Zaleski als Präsident des Rats widmete Stresemann warme Worte; dieser sei einer der tiefstüberzeugten Vorkämpfer für die Politik der Verständigung und internationalen Zusammenarbeit gewesen. Zugleich erklärte Zaleski als polnisches Ratsmitglied, daß er und Stresemann das gleiche Gefühl der Notwendigkeit guten deutsch-polnischen Einvernehmens gehabt hätten. Der Rat beschloß die Einberufung einer Zollfriedenskonferenz, berief ein Elferkomitee, das die Völkerbundsakte und den Kelloggspakt einander angleichen solle. England verzichtete auf das Irakmandat und beantragte den Irak 1932 als Völkerbundsmitglied aufzunehmen. Es wurde ein Komitee zur Untersuchung der Unruhen in Palästina eingesetzt. Auch die 59. Ratstagung vom 12. bis zum 15. Mai begann mit einer Trauerkundgebung: um Fridtjof Nansen, den Oberkommissar des Völkerbunds für russische, armenische und griechische Flüchtlinge. Mehrere Minderheitsfragen wurden behandelt. An Stelle Ludwig Kästls wurde Julius Ruppel, bisher Leiter der Kriegslastenkommission in Paris, als deutsches Mitglied der Mandatskommission gewählt. Die Opiumfrage wurde erneut behandelt. Über die Zollwaffenstillstandskonferenz berichtete Julius Curtius, der das erstemal als Außenminister in Genf erschien.

Nach 2jähriger Pause tagte in Genf vom 28. April bis zum 2. Mai das Völkerbunds-Komitee für Schiedsgerichts- und Sicherheitsfragen. Man behandelte die Verträge über Kriegsverhütung und finanzielle Hilfeleistungen für angegriffene Staaten sowie die Überfliegung von Staatsgebieten durch Völkerbundsflugzeuge in Krisenzeiten. Die Resolutionen, in der 1. Frage eine Mehrheits- und eine Minderheitsresolution, sollen der Herbsttagung des Völkerbunds vorgelegt werden.

Totenliste

Die Reihen der Außenpolitiker sind 1929 und 1930 stark gelichtet worden. An der Spitze dieser Zusammenstellung sei zunächst des vorigen Bearbeiters dieser Rundschau *Richmond Lennox* gedacht, der auf einer Sizilienfahrt an Typhus erkrankte und dann in Deutschland daran starb. Die Deutsche Hochschule für Politik verlor damals einen ihrer tätigsten und beliebtesten Dozenten. Sein Wesen und seine Leistung wurden hier in den Rundschau Innenpolitik und Geschichte (1929 I Seite 417 und 543) charakterisiert. Im Herbst 1928 übernahm Lennox die Bearbeitung der außenpolitischen Rundschau der Sozialistischen Monatshefte, die schon im Frühling 1929 durch seinen Tod beendet wurde. Der Gehalt der wenigen Rundschau, die er bearbeitet hat, zeigt, wie Wertvolles für die Herausarbeitung einer sozialistischen Außenpolitik von seiner publizistischen Mitwirkung zu erwarten war.

Am 20. März 1929 starb in Paris *Ferdinand Foch*, Marschall von Frankreich, England, Polen. Soweit ein einzelner Feldherr als der Sieger des Weltkriegs zu bezeichnen ist, ist es Foch. Er wurde am 2. Oktober 1851 in Tarbes geboren, war der Sohn eines mittlern Regierungsbeamten. Den Krieg 1870-1871 machte er als Freiwilliger mit. Im Weltkrieg zeichnete er sich zuerst 1914 beim Rückzug an der Marne und Yser aus. Er erhielt die Führung des französischen Nordflügels, der bei Arras begann, Ende 1916 die der Südgruppe, von Metz bis zur Schweizer Grenze. 1917 wurde er Chef des Generalstabs und am 26. März 1918 Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Alliierten. Am 9. November 1918 empfing er die deutschen Unterhändler, denen er die Bedingungen für den Waffenstillstand übergab. Dieser größte und erfolgreichste Strategie des 20. Jahrhunderts, der ganz Soldat, nicht Politiker war, stellte gleichwohl in seiner Gedenkrede auf Napoléon 1921 den Frieden über den Krieg, den Geist über die Gewalt.

Am 1. April starb in Paris der amerikanische Botschafter in Frankreich *Myron Herrick*, 74 Jahre alt. 1912 bis 1914 und seit 1921 wirkte er in diesem Amt. Während der ersten Kriegsjahre arbeitete er eifrig für den Eintritt Amerikas in den Krieg. Im Herbst 1914, als Paris bedroht war, blieb er dort mit den Worten: »Unter Umständen ist ein toter Botschafter mehr wert als ein lebender.«

Am 13. April starb in Tokio *Shimpei Viscount Goto*, 73 Jahre alt. Er galt als einer der fähigsten Politiker Japans und hat fast sämtliche japanische Ministerposten innegehabt. Er war ursprünglich Mediziner, wurde nach dem russisch-japanischen Krieg von der Regierung nach Formosa gesandt, um die hygienische Erschließung des verseuchten Landes zu leiten. Er wurde dann der erste Statthalter Formosas. Später war er Eisenbahnminister, Innenminister und während des Kriegs Außenminister. Goto trat stets für eine japanisch-russische Wiederannäherung ein.

Am 27. Mai starb Briands langjähriger Mitarbeiter *Jacques Seydoux*, 59 Jahre alt. Bis 1926 war er politischer Direktor im Außenministerium, dann Herausgeber der *Pax* und Mitarbeiter des *Petit Parisien*. Die französisch-deutsche Zusammenarbeit war der leitende Gedanke seiner Politik, und er hat sie durch fruchtbare Gedanken gefördert.

Am 21. Mai starb auf seinem Landsitz in Epsom *Archibald Lord Rosebery*, 82 Jahre alt. 1880 trat er im Oberhaus gegen Disraeli für Gladstone in der Türkenpolitik auf. 1885 bis 1894 war er Minister in verschiedenen Ressorts, darunter auch kurze Zeit Außenminister, 1894-1895 nach Gladstones Rücktritt Premierminister. Die letzten Jahre brachte er vereinsamt in seinen schottischen Schlössern zu. In seinem außenpolitischen Denken war er ein scharfer Deutschenfeind.

Am 12. Juni starb in Budapest *Julius Graf Andrássy*, 69 Jahre alt. Schon mit 25 Jahren war er Abgeordneter. Aber er rieb sich im Kampf gegen Stefan Tisza auf. Außenminister wurde er erst in den letzten Oktobertagen 1918. Er begann mit einem Sonderfriedensangebot an die Entente, einer feierlichen Lossagung von Deutschland. 1921 wurde er beim Putsch Karls noch einmal "Außenminister", wofür ihn Bethlen auf einige Monate ins Gefängnis schickte. Dieser war sein neuer Tisza. Julius Andrássy hat gute geschichtsphilosophische und historische Werke über seinen Vater, über Bismarck, den Berliner Kongreß und anderes geschrieben. Ein Politiker war er nicht.

Am 22. August starb in München der General *Otto Liman von Sanders*, 74 Jahre alt. Im Spätherbst 1913 ging er an der Spitze einer großen Militärmission in die Türkei. 1914 wurde er türkischer Marschall und Generalinspekteur der türkischen Armee. Im Krieg leitete er die türkische Abwehr an den Dardanellen und war gegen Ende Führer der türkischen Armee in Palästina. Nach dem Zusammenbruch gelang es ihm den Abtransport der deutschen Truppen durchzuführen. Die Engländer setzten ihn längere Zeit in Malta fest. 1921 erschien sein Buch *5 Jahre Türkei*, das beträchtliches Aufsehen erregte.

Am 3. Oktober starb *Gustav Stresemann*. Eine besondere Würdigung dieses wichtigsten deutschen Außenpolitiklers der Nachkriegszeit erübrigt sich in dieser Rundschau; das Wesentliche über ihn ist hier in dem Artikel *Kaliskis Der Außenpolitiker Stresemann* (1929 II Seite 888 und folgende) gesagt worden.

Am 4. November starb in Paris der französische Botschafter in Brüssel *Maurice Herbette*, 58 Jahre alt. Schon in der Agadirkrise spielte er eine bedeutende Rolle als Kabinettschef am Quai d'Orsay unter dem damaligen Minister des Äußern de Selves; er forderte den entschiedenen Widerstand gegen Deutschland mit der Entsendung französischer Kriegsschiffe in einen marokkanischen Hafen. Nach dem Krieg sollte er als Botschafter nach Berlin kommen, wo er früher einmal in die Schule gegangen war (als Sohn des Botschafters Jules Herbette); daraus wurde jedoch nichts.

Am 24. November starb in Paris *Georges Clemenceau*, 88 Jahre alt. Er war von Beruf Arzt, 1870 Pariser Stadtverordneter. Am 7. Februar 1871 protestierte er mit Gambetta gegen die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich. Seit 1876 war er Parlamentarier. 1879 zeigt er sich das erstemal als Ministerstürzer, nach dem Tod Gambettas wird er 1882 Führer der Radikalen. 1902 wurde er in den Senat gewählt. 1906 wurde er Innenminister im Kabinett Sarrien, dann als dessen Nachfolger Ministerpräsident. 1910 gründet er den *Homme Libre*, den er im Krieg zum *Homme Enchainé* umnennt. In den ersten Kriegsjahren ist er in scharfer Opposition zur "schlappen" Regierung. Jeder Artikel endet mit den Worten: Die Deutschen sind noch immer in Noyon. 1917 stürzt er das Kabinett Caillaux-Malvy und wird wieder Ministerpräsident. Clemenceau war es, der Frankreichs Widerstandskraft im schweren Winter 1917-1918 bis zum äußersten Grad

brachte. Damals wurde er der *Père la victoire*. Die 11 Nachkriegsjahre, die er noch erlebt hat, waren für ihn eine einzige große Enttäuschung, die er in seiner rückhalt- und rücksichtslosen Art in seinem posthumen Buch *Grandeurs et misères d'une victoire* (dessen deutsche Ausgabe in der Deutschen Verlagsgesellschaft Union in Stuttgart herauskam) der Welt offenbarte. Clemenceau war eine originale, merkwürdig widerspruchsvoll erscheinende und doch im letzten ganz einheitliche Persönlichkeit, der man mit einer festlegenden Formel am allerwenigsten beikommt. Man wird sein Bild noch besonders zeichnen müssen. Dazu wird, neben seinen eigenen literarischen Arbeiten, das äußerst aufschlußreiche Buch, das seine Unterhaltungen mit seinem Sekretär Jean Martet enthält und auch in einer deutschen Übersetzung erschien (*Clemenceau spricht* /Berlin, Ernst Rowohlt/), wertvolle Dienste leisten.

Am 6. März 1930 starb in München der ehemalige Großadmiral *Alfred von Tirpitz* (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1930 I Seite 366). Er war in der Vorkriegszeit und auch in den Kriegsjahren ein klardenkender Außenpolitiker und an Einsicht und Konsequenz jedenfalls denen sehr überlegen, die in der wilhelminischen Ära gegen ihn arbeiteten oder intrigierten. In den Jahren nach dem Krieg ließ er sich freilich von Tendenzen ins Schlepptau nehmen, die in hoffnungslose Enge führten. Das kann seine historische Bedeutung nicht aufheben. Auch seine Persönlichkeit wäre erst noch richtig darzustellen.

Am 19. März starb in London *Arthur James Earl of Balfour*, im Alter von 82 Jahren (siehe die Rundschauen Innenpolitik und Nationale Bewegung, 1930 I Seite 366 und 380). Das Balfourprinzip in der Frage der interalliierten Kriegsschulden und die Balfourdeklaration zur Schaffung der Heimstätte für die jüdische Nation in Palästina gaben seinem Namen weltgeschichtliche Bedeutung.

Am 29. April starb in Belgrad, 74 Jahre alt, der General *Michael Sawkowitsch*, Mitkämpfer in allen serbischen Feldzügen von 1877 bis zum Weltkrieg. 1908 war er Kriegsminister. Er verteidigte im Weltkrieg die Stadt Belgrad gegen die Österreicher und befehligte später die jugoslawischen Freiwilligen in Rußland.

Am 13. Mai starb *Fridtjof Nansen* in Oslo. Seine Bedeutung als Wissenschaftler und Menschenfreund wurde in der Rundschau *Anthropogeographie* (in diesem Band Seite 601 und folgende) gewürdigt. Nansen war aber auch Politi-

ker. 1905 setzte er sich stark für die Trennung Norwegens von Schweden ein, 1906 bis 1908 war er norwegischer Gesandter in London, seit 1922 war er Vertreter Norwegens im Völkerbund.

Am 28. Mai starb in Berlin der Gesandte Rußlands in Schweden *Wigdor Kopp*. 1919 bis 1921 war er Vertreter Rußlands in Berlin. Er bereitete zusammen mit dem Staatssekretär von Maltzan den spätern Vertrag von Rapallo vor. 1923 bis 1925 war er im russischen Außenministerium, dann Botschafter in Japan. Von dort ging er nach Schweden.

Am 7. Juni wurde in Lissabon der deutsche Gesandte in Portugal *Albert von Baligand* von einem Deutschen erschossen; der Mörder war anscheinend wahnsinnig. Baligand war 48 Jahre alt und seit 1928 in Portugal. 1922 bis 1925 war er Gesandtschaftsrat in Athen. Damals schrieb er aus den Eindrücken heraus, die er im Land gewann, für die Sozialistischen Monatshefte einen Artikel über die Arbeiterbewegung in Griechenland (1924 Seite 232 und folgende). Er hatte modernen Geist und vielseitige Interessen. Daher wird sein Tod überall, wo er wirkte, als Verlust empfunden. Die portugiesische und besonders die griechische Presse widmeten ihm herzliche, gar nicht konventionelle Nachrufe.

Kurze Chronik Die systematische Arbeit des österreichischen Bundeskanzlers Johann Schober hat ihn in alle Hauptstädte geführt. Es gelang ihm Österreich von den Reparationen zu befreien und eine Investitionsanleihe zu erhalten. ◊ Die Konservative Partei Rumäniens war deutschfreundlich, die Liberale francophil. Der Weltkrieg bedeutete den Sieg der Liberalen, den Sieg der Partei Bratianus. Sie zwangen 1926 den damaligen Kronprinzen Karol zum Thronverzicht. Als nach dem Tod des Königs Ferdinand 1927 der damals 6jährige Sohn Karols Michael König wurde, gelang es der Nationalbäuerlichen Partei Maniu den Liberalen die Macht zu entreißen. Maniu arbeitete auch auf die Wiederkehr Karols hin. Anfang Juni 1930 kehrte Karol nach Bukarest zurück, wurde wieder König. Außenpolitisch erhofften einige deutsche Blätter davon eine Abkehr von Frankreich. Aber in der Regierungserklärung hieß es ausdrücklich, Rumänien werde alle Bündnisse aufrecht erhalten, es bleibe mit Südslawien und der Tschechoslowakei solidarisch in der Kleinen Entente, habe eine nahe Freundschaft zu Frankreich und ein treues Bündnis mit Polen. ◊ In Rußland hat,

nach langen Kämpfen, Maxim Litwinow, der bisherige Leiter der Westabteilung des russischen Außenkommissariats, über seinen Chef Georg Tschitscherin gesiegt. Dieser mußte zurücktreten. Nachfolger Litwinows in der Westabteilung wird der bisherige Berliner Botschafter Nikolaj Krestinskij. Während Tschitscherin als scharfer Englandfeind galt, hat Litwinow, der mit einer Engländerin verheiratet ist, sich erfolgreich bemüht mit England anzuknüpfen. Die Vossische Zeitung bezeichnete am 22. Juli diese Anknüpfung als das stärkste außenpolitische Aktivum des bolschewistischen Rußlands. ◊ Als Nachfolger Jacob Astor Shurmans wurde zum amerikanischen Botschafter in Berlin der Senator *Frederick Sackett* bestellt. Er ist 62 Jahre alt, Freund des Präsidenten Herbert Hoover, von Haus Jurist. Als 30jähriger ging er zur Wirtschaft, wo er bald an zahlreichen Industrie- und Finanzunternehmen führende Posten einnahm. Hoover übertrug ihm 1917 die wirtschaftliche Organisation Kentuckys, die er mit Erfolg durchführte. Später war er Direktor der Federal Reserve Bank in Louisville. Seit 1924 ist er republikanischer Senator.

Literatur Ein ungewöhnlich fesselndes Buch ist Annette Kolbs Versuch über Briand /Berlin, Ernst Rowohlt/, Keine Biographie *Aristide Briands*, nur einzelne Stationen aus seinem Leben, gesehen durch das geistige Prisma einer sehr geistigen und geistvollen Frau. Kolb ist Elsässerin, und zwar eine von denen, die mit der Doppelkultur Ernst gemacht haben. Wie diese Menschen der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich traf, schildern die ersten Seiten. Und wem anders sollte so an einem deutsch-französischen Ausgleich liegen wie ihnen? So sieht Kolb ihre Mission. Als es die bekannten "Mißklänge" auf der 9. Völkerbundsversammlung gab, hört sie sie nicht; Briand und Müller hatten für sie beide recht; sie sah nicht den Standpunkt Frankreichs und Deutschlands, sie hörte die Stimmen Europas. In diesem Zusammenhang sei an ein von ihr angeführtes Wort Briands erinnert: »Wenn man ein Kabinett bildet, muß man stets ein Portefeuille für den größten der Minister reservieren; für die Zeit.« Was in Cannes scheiterte, wurde in Locarno Wirklichkeit. Hoffen wir, daß der Minister Zeit jetzt etwas schneller arbeitet. ◊ Über *Gustav Stresemann* erschienen 2 Bücher, die einander ergänzen. Rudolf Olden (Stresemann /Berlin, Ernst Rowohlt/) steht links,

Heinrich Bauer (Stresemann, ein deutscher Staatsmann /Berlin, Georg Stilke/) rechts von dem Gegenstand der Darstellung. So schildert Olden den Europäer Stresemann, einen Menschen, der vom Wahn der bloßen Machtrealpolitik zur Ideenrealpolitik kam. Den langen Weg, der zurückzulegen war, hat er auf Seite 199 glänzend gezeichnet. Für die innere Geschichte Deutschlands, aber auch für die der europäischen Konferenzen ist das gutgeschriebene Buch eine wahre Fundgrube an interessanten Einzelheiten. Auch über die Rolle Lord d'Abernons und Stresemanns Vertrauen zu ihm und England. Aber schon 1923 sagt Stresemann zu einem französischen Journalisten: »Wir müssen uns verständigen, Sie und wir. Sonst sind wir beide verloren und Europa mit uns.« Bauer hat sein Buch auch noch zu Lebzeiten Stresemanns geschrieben. Es sollte seine Gegner von rechts überzeugen, ein wie guter Patriot Stresemann sei, und daß seine Politik sowohl nach außen Deutschlands Stellung hebe wie auch im Innern durch Heranziehung der Sozialdemokratie zur Mitregierung rechte Forderungen durchsetze. Das beweist er, und man möchte fast sagen: zu gut. Es ist eine Zusammenstellung aller Ausführungen Stresemanns, die sich so deuten lassen. Manche davon sind so reaktionär, daß man sich wundert, daß das der selbe Stresemann gesagt hat, der Locarno abschloß und lange mit Sozialdemokraten im Kabinett zusammensaß. Daß Frankreich der Erbfeind ist, ist für Bauer klar, und noch stärker schlägt er auf Polen los, obwohl Stresemann die deutsch-französische Kooperation vertrat und Polen gegenüber sich reserviert verhielt. Ob das Buch, falls es bei Lebzeiten Stresemanns erschienen wäre, diesem Anhänger von der Rechten zugeführt hätte? Stresemann den deutschen Staatsmann zeigt uns Bauer fast als zweiten Bismarck; uns ist das Bild des Europäers Stresemann lieber. ◊ Das Buch des ehemaligen Marine-, Kolonial- und Schatzministers *Winston Churchill* Nach dem Kriege /Wien, Amaltheaverlag/ schließt sich eng an sein früheres Memoirenwerk *Die Weltkriegskrisis 1916 bis 1918* an. Es schildert die Liquidierung des Weltkriegs bis etwa 1922. Die ersten 3 Kapitel behandeln die Verhältnisse in England, 6 die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, 5 die Entwicklung in Rußland, 3 den irisch-englischen Gegensatz, 4 das türkisch-griechische Problem, während das 20. Kapitel eine Art Bilanz darstellt. Sie ist sehr pessimistisch gehalten. Eine Fülle

von Dokumenten und Nachrichten zur englischen Interventionspolitik in Rußland, im Nahen Osten und sonstwo findet sich. Das Buch ist fesselnd, aber sehr vorsichtig geschrieben. Ab und an finden sich Schlaglichter. Den deutschen Anglophilen, die doch meist mit englischer Hilfe Frankreich siegreich schlagen wollen, sei dies zitiert: »Das Zerstörungswerk an dem deutschen Kriegsmaterial wurde vom Premierminister [Lloyd George] mit besonderer Energie betrieben. Ich selbst erhielt im Kriegsministerium seine wiederholten Weisungen es zu vollstrecken und zu beschleunigen. Alles in allem wurden 40 000 Geschütze gesprengt und alles übrige Kriegsmaterial in ähnlichem Verhältnis zerstört. So wurde Deutschland hauptsächlich durch britische Bemühungen nahezu vollkommen entwaffnet.« Scharf urteilt er über Wilson: »Der Präsident wollte ja gar nicht mit den europäischen Verbündeten zu raschen Lösungen gelangen, er wollte auch nicht mit ihren führenden Männern an einem grünen Tische zusammentreffen; er sah sich auf längere Zeit am Gipfel der Welt, die Verbündeten zurechtweisend, die Deutschen züchtigend und im allgemeinen als einen Gesetzgeber der Menschheit.« Hart rechnet er auch mit Wilsons Biographen Stanard Baker ab. Das Buch ist von erheblichem Wert, wenn man es mit der nötigen Kritik liest. ◊ Das Buch des ehemaligen bolschewistischen Diplomaten *Grigorij Bessedowskij* Im Dienste der Sowjets /Leipzig, Grethlein & Co./ bringt düstere Bilder. Man sehe nur die Überschriften: *Wie die Tscheka arbeitet*, *Das Projekt Pilsudski aus dem Wege zu räumen*, *Der Zarenmord*, *Die Explosion in der Zitadelle in Warschau usw.* Von den Mitgliedern der bolschewistischen Regierung weiß Bessedowskij nicht viel Gutes zu sagen; Tschitscherin läßt er gelten, Krassin lobt er sogar. Eine Fülle von Material über die Tätigkeit der Dritten Internationale in Wien, auf dem Balkan, in Polen, in Nord- und Südamerika stellt er geschickt zusammen. Wenn alles so war, wie er es schildert, dann war es furchtbar. Besonders ausführlich sind natürlich die polnisch-russischen Spannungen behandelt, da Bessedowskij lange Botschaftsrat in Warschau war. Er hat die agierenden Personen hier gut gekennzeichnet. In Deutschland erinnert man sich nicht mehr gern der Tatsache, daß die bolschewistische Regierung durch den Mund Kopps 1923 den polnischen Nationalisten freie Hand über Ostpreußen anbot, falls sie den Nachschub von Kriegs-

material und 3 Kavalleriedivisionen von Rußland nach Deutschland, wo die Revolution ausbrechen sollte, gestatten würden. Etwa zur selben Zeit glaubten sich die deutschen Nationalisten der Hilfe der Roten Armee bei der Niederwerfung Polens und der Wiedereroberung des Korridors sicher. Bessedowskij ist Ukrainer; kritisch beleuchtet er die Politik Moskaus gegenüber den Ukrainern in Rußland und in Polen. ◊ Im 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik /Berlin, Kurt Vowinkel/ behandelt *Erich Koch-Weser* Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919 bis 1929. Er spricht auf 30 Seiten über die realen Mächte und die weltbewegenden Ideen der Nachkriegszeit, wobei der Nationalismus, der Imperialismus, der Pazifismus genannt werden, aber nicht der Sozialismus. Dann folgt auf 50 Seiten ein historischer Abriss der Ereignisse seit Versailles bis zum Tod Stresemanns; nüchtern und im allgemeinen richtig in der Setzung der Akzente. Den Hauptteil des Buchs sieht der Verfasser aber wohl im Ausblick: Leitgedanken der künftigen deutschen Außenpolitik. Hier interessiert besonders sein Verhältnis zur europäischen Einigung. Er steht ihr zwar positiv gegenüber, erklärt aber, Briands Vorgehen sei falsch; denn »jeder der europäischen Staatsmänner wird so viel Vorbehalte machen und so viel Reservatrechte fordern, daß der große Gedanke in einem Wust von Paragraphen erstickt wird«. Er selbst meldet eine ganze Reihe von Vorbehalten an: Abrüstung der anderen, Änderung der deutschen Ostgrenze, Anschluß Österreichs, Schutz der Minderheiten. Er hält es »für viel wahrscheinlicher, daß der Zusammenschluß sich etappenweise vollziehen werde, und kommt dabei auf Naumanns Mitteleuropa zurück. ◊ Ein anderer Demokrat, *Wolf von Dewall* (Der Kampf um den Frieden /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/), berichtet, und das in sehr lesbarer und zugänglicher Form, über die Ereignisse von Versailles bis zur 9. Völkerbundsversammlung. Er ist, übrigens ebenso wie Koch, nicht so stark wie sonst üblich dem Englandwahn verfallen. Über Poincaré sagt er: »Solch ein Vorhaben mit dunklem Endziel [Loslösung der Rheinlande] würde seiner ganzen Natur sehr wenig entsprechen haben. Er ist der Mann des starren Rechts, der Mann der Paragraphen. Poincaré besitzt keineswegs Eroberergeist. Als Staatsmann ist er konservierender Jurist, nicht mehr.« Das Dewallsche Buch ist durch ein Schlagwortverzeichnis leicht benutzbar gemacht.

Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

Zentralverband Deutscher Konsumvereine Vom 16. bis zum 18. Juni fand in der alten Hansestadt Lübeck der 27. Genossenschaftstag des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine statt. Lübeck gehört zu den genossenschaftlich am besten durchorganisierten Städten; der Konsumverein Lübeck hat erst vor kurzem sein neues Warenhaus eröffnet, das größte und modernste Warenhaus der Stadt. Am 15. Juni veranstalteten die Lübecker Genossenschaffer aus Anlaß des Genossenschaftstags einen Festzug, der durch die Beteiligung von ungefähr 19 000 Personen zu einer machtvollen Demonstration für den Genossenschaftsgedanken überhaupt wurde. Der Genossenschaftstag stand naturgemäß unter dem Zeichen der Abwehr. Die Ausnahmesteuer, die vor allem die Konsumgenossenschaften so schwer trifft, hat ihnen die Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erschwert. Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung schwächen die Kaufkraft der Mitglieder und hemmen die Entwicklung der Genossenschaften. Viele Konsumvereine unterstützen ihre arbeitslosen Mitglieder durch Gratisabgabe von Waren, tragen also freiwillig mehr und höhere soziale Lasten als die Privatwirtschaft. Der sogenannte Mittelstand konzentriert seine Angriffe auf die Konsumgenossenschaften; politische Parteien und "nationale" Verbände aller Art sind ihm dabei zu Diensten. Auch die Justiz unterstützt den Kampf gegen die Genossenschaften durch eine Rechtsprechung, die, von Ausnahmefällen abgesehen, keinerlei Verständnis für ihr Wesen und ihre Aufgaben zeigt, einseitig und widerspruchsvoll ist. Mit all diesen Fragen befaßte sich der Genossenschaftstag. Die jährlich wiederkehrenden Referate erstattete Vollrath Klepzig (Entwicklung des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine), Hugo Bästlein (Wirtschaftliche Angelegenheiten), August Kasch (Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten) und Heinrich Sierakowsky (Konsumgenossenschaftliches Fortbildungswesen). Außerdem referierten Hugo Bästlein über Hochschutzzölle, Steuerbelastung und Ausnahmeumsatzsteuer und August Kasch über die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine. Mehrere einstimmig angenommene Resolutionen wandten sich gegen die Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Körperschafts- und zur Gewerbesteuer und gegen die steuerlichen Maßnahmen

der Reichsregierung. Die Verbraucher werden aufgefordert sich in den Konsumgenossenschaften zu organisieren und ihren ganzen Bedarf »unter strengster Meidung des rücksichtslosen Feindes« in den genossenschaftlichen Verteilungsstellen zu decken. Konzentration der Verbrauchermassen zum Auf- und Ausbau einer Bedarfdeckungswirtschaft: das ist, wie es auch vom Genossenschaftstag klar herausgearbeitet worden ist, die Gegenwartsaufgabe der Konsumgenossenschaften. Die Konzentration der Verbrauchermacht in der Genossenschaftsbewegung wird in einigen Konsumvereinen empfindlich gehemmt durch die Wirksamkeit "kommunistischer" Gruppen, der sogenannten Konsumgenossenschaftsopposition. Der nicht unbedeutende Konsumverein Halle mit ungefähr 20 000 Mitgliedern wurde in Lübeck aus dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine ausgeschlossen; nach dem Konsumverein Merseburg der 2. größere Verein, der von diesem Schicksal betroffen ist. Satzungsverletzungen waren der Grund des Ausschlusses. Schwächung der Verbrauchersfront, indirekte Unterstützung der Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung, das ist das Ergebnis "kommunistischer" Konsumgenossenschaftspolitik. Es besteht die Gefahr, daß eine neue selbständige Genossenschaftsrichtung entsteht, daß sich ein 3. Konsumgenossenschaftsverband unter bolschewistischer Führung auf tut. Verstärkte Aktivität aller wirklich genossenschaftlich orientierten Genossenschaftler in den bedrohten Vereinen tut not, um diese Gefahr zu bannen. Halle und Merseburg müssen, so schwierig die Aufgabe ist, für die Konsumgenossenschaftsbewegung zurückerobert werden.

Zusammenwirken von Produzenten und Konsumenten Außerhalb Deutschlands hat man auf dem Gebiet der Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften schon große Erfolge erzielt; so in der Schweiz, in der Tschechoslowakei, in Ungarn usw. In Deutschland ist das Problem zwar auch diskutiert worden, praktisch ist es jedoch kaum zu einer Fühlungnahme, geschweige denn zu einer Zusammenarbeit gekommen, wenn man von ganz seltenen Ausnahmefällen absieht. Einen solchen Ausnahmefall bildet die Zusammenarbeit zwischen der Hamburger Produktion und dem Kartoffelsaatbauverein Vorgeest, einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Winsen. In den Winsener Nachrichten vom 2. Juli 1930 berichtet der Kartoffelsaatbauverein Vorgeest

über seine Erfahrungen: »Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß auch Nichtmitglieder der Genossenschaft in beliebiger Menge Kartoffeln durch uns absetzen können. Hierdurch haben gerade die kleinen und kleinsten Kartoffelanbauer Gelegenheit restlos die Vorteile der günstigen Preisgestaltung auszunutzen. Die Preisgrundlage ist die jeweilige amtliche Hamburger Deichtormarktnotierung für Frühkartoffeln. Wir zahlen bis auf weiteres niedrigste Deichtormarktnotierung abzüglich 20 Pfennig für 50 Kilogramm in bar. Eine derart günstige Preisgestaltung für den Erzeuger ist nur durch die direkte Zusammenarbeit mit den Verbraucherorganisationen möglich. Nach unserer Meinung ist dies überhaupt der einzig gangbare Weg, um die für den Erzeuger und Verbraucher ungünstige Preisspanne zu überbrücken und erträglich zu gestalten. Das Kernproblem des gesamten Absatzes besteht darin, daß die Warenverteilung zu teuer ist. Durch die verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Produktion, Hamburg, war es möglich bezüglich der Absatzreglung für die hiesige Landwirtschaft so günstige Preise und damit so große Erfolge zu erzielen. Trotz großen Widerständen und Bedenken im eigenen Lager der Landwirtschaft werden wir unser Ziel unbeirrt weiterverfolgen, um durch wertvolle Gemeinschaftsarbeit zwischen Erzeuger und Verbraucher für beide Teile nicht nur wirtschaftliche Erfolge zu erzielen sondern auch weiteste Kreise des deutschen Volkes zusammenzuführen.« Die Winsener Genossenschaft macht dann eine Kostenrechnung auf, um die Vorteile der Zusammenarbeit zwischen ihr und der Produktion klar herauszustellen. Sie ergibt, daß allein von dem Erzeuger auf 50 Zentner Kartoffeln 16,30 Mark Unkosten an Fuhr-, Fracht-, Marktgeld usw. getragen werden müssen, wozu noch der Verdienst des Kommissionärs, des Großhändlers und des Grünwarenhändlers als vom Verbraucher zu tragende Unkosten hinzukommen. Diese Unkosten seien ein Mehrfaches der Preise, die der Erzeuger erhält, durch die Zusammenarbeit mit der Verbrauchergenossenschaft könnten sie fast restlos ausgeschaltet werden. Die Erfolge sind also handgreiflich. Die Winsener Bauern haben die Kernfrage erfaßt. Sie haben der deutschen Landwirtschaft praktisch einen Weg gezeigt, auf dem sie sich selbst helfen könnte, ohne gleichzeitig den Verbrauchern zu schaden. Ja, beiden, den Erzeugern genau so wie den Verbrauchern, kann auf diesem Weg geholfen werden.

Skandinavien In der Volkswirtschaft der 3 skandinavischen Länder spielt die Konsumgenossenschaftsbewegung eine relativ große Rolle, obgleich diese Länder Agrarstaaten sind, die Konsumgenossenschaftsbewegung sich also nicht auf ein starkes Industrie proletariat stützen kann. Einen sehr großen oder den größten Teil der Konsumgenossenschaftsmitglieder machen hier die Bauern aus. Die Konsumgenossenschaften erfüllen zum Teil die Aufgaben landwirtschaftlicher Einkaufsvereine mit; die schwedische Großeinkaufsgesellschaft besitzt eine große Stickstofffabrik zur Düngemittelversorgung der in den Konsumgenossenschaften organisierten Bauern. Die *schwedische* Konsumgenossenschaftsbewegung berichtet über erfreuliche Fortschritte im Jahr 1929. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 15 Millionen auf 329 Millionen Kronen. Die Kapitalkraft der Genossenschaften hat sich ganz beträchtlich gestärkt. Die Sammelbilanz weist eine Steigerung der Aktiven und Passiven von 116 auf 132 Millionen Kronen auf. Anteilkapital und Reserven stiegen von 59 auf 66 Millionen Kronen, der Wert der Grundbesitzes betrug 1929 58 Millionen Kronen, gegen 48 im Jahr 1928. Die Zunahme des Grundbesitzes hat auch eine starke Zunahme der Verteilungsstellen mit sich gebracht. Im Jahr 1929 wurden 260 Verteilungsstellen neu eröffnet, so daß deren Gesamtzahl auf 3080 anstieg. Die Anzahl der genossenschaftlich organisierten Familien vermehrte sich im Jahr 1929 um 30 000 auf 422 000, das ist etwa $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ der gesamten Bevölkerung Schwedens. Der Mitgliederzuwachs ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die schwedischen Genossenschaften, die auch an Nichtmitglieder verkaufen, den Nichtmitgliedern unter der Bedingung, daß sie Mitglieder werden, Rückvergütung gewähren. Die Großeinkaufsgesellschaft erhöhte ihren Umsatz um 6 Millionen Kronen auf 141,3 Millionen. Besonders gut hat sich die Eigenproduktion entwickelt. Die Großeinkaufsgesellschaft besitzt 2 Mühlen, eine Margarine-, eine Gummiwaren-, eine Superphosphatfabrik. Die *norwegische* Großeinkaufsgesellschaft kann über eine Umsatzsteigerung von 10,4% berichten, obgleich die Preise im Jahr 1929 teilweise recht erheblich gesenkt wurden. Der Umsatz betrug im Jahr 1928 26,5, im Jahr 1929 29,2 Millionen Kronen. Die Produktionsbetriebe haben fast alle eine relativ höhere Umsatzsteigerung aufzuweisen. Die Großeinkaufsgesellschaft verfügt über 2 Mar-

garinefabriken, eine Mühle, eine Tabakfabrik, eine Seifenfabrik und eine Schuhfabrik. Vor kurzer Zeit beschloß sie sich an einer Linoleumfabrik der schottischen Großeinkaufsgesellschaft zu beteiligen. Die *dänische* Großeinkaufsgesellschaft (siehe auch diese Rundschau, 1930 I Seite 266 und folgende), der 1784 (in der überwiegenden Mehrzahl bäuerliche) Konsumvereine angeschlossen sind, erzielte im Jahr 1929 einen Umsatz von 141,6 Millionen Kronen; das bedeutet gegen 1928 ein Mehr von 7,2 Millionen Kronen. Der Eigenproduktionsumsatz stieg um 2,2 Millionen auf 40,3 Millionen Kronen. Die Großeinkaufsgesellschaft besitzt 17 Fabrikationsstätten, darunter eine Margarinefabrik mit einem Jahresumsatz von über 12 Millionen Kronen. Sie beabsichtigt ihre Margarinefabrikation noch beträchtlich zu erweitern und zur Produktion von Margarinrohstoffen überzugehen, um dem Margarinetrust, der die Monopolisierung der Margarineproduktion anstrebt, die Spitze bieten zu können.

Finnland Die Konsumgenossenschaftsbewegung Finnlands hat viel Ähnlichkeit mit der der skandinavischen Länder; nur fehlt ihr die Geschlossenheit, da sich die städtischen Konsumgenossenschaften von den ländlichen getrennt haben, so daß 2 Konsumgenossenschaftsrichtungen, 2 Verbände, Großeinkaufsgesellschaften, Versicherungsgesellschaften usw. neben einander bestehen. Der Zentralverband Finnländischer Konsumgenossenschaften (Kulutusosuoskuntien Keskusliitto) umfaßt die städtischen sogenannten Fortschrittlichen Konsumgenossenschaften. Ende 1929 hatten die 112 angeschlossenen Genossenschaften 238 904 Mitglieder, 13 367 mehr als am Ende des Jahres 1928. Die Steigerung des Umsatzes hat mit der Steigerung der Mitgliederzahl nicht Schritt gehalten. Der Umsatz stieg um 18,3 Millionen Finnmark (1,34%) auf 1385,3 Millionen. In den ersten Monaten des Jahres 1930 konnte der Vorjahresumsatz nicht gehalten werden, auch in Finnland hemmen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Die Verteilungsstellen vermehrten sich im Jahr 1929 um 104 auf 1450, die Cafés und Speisehäuser um 4 auf 94. Die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften des Verbands ist sehr gut entwickelt, die 112 angeschlossenen Genossenschaften besaßen Ende 1929 164 Produktivunternehmungen. Die Großeinkaufsgesellschaft der Fortschrittlichen

Konsumgenossenschaften (Osuustukkukauppa) berichtet über einen Umsatzrückgang um 41,6 Millionen Finnmark (5,1%) auf 771,9 Millionen. Ihre Produktivunternehmungen haben zum Teil starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen, während die Entwicklung der Versicherungsgesellschaft Hansa befriedigend ist.

Der Allgemeine Verband Finnländischer Neutraler Genossenschaften (Yleinen Osuuskauppojen Liitto), der die ländlichen Konsumvereine umfaßt, kann über etwas günstigere Ergebnisse für 1929 berichten. Die Anzahl der angeschlossenen Genossenschaften betrug Ende 1929 425, die der Einzelmitglieder der Genossenschaften 217 170, das sind 10 756 mehr als im Vorjahr. Der Umsatz stieg um 54,6 (3%) auf 1879,3 Millionen Finnmark. Ende 1929 gab es 2133 Verteilungsstellen, das bedeutet eine Zunahme von 143 im Jahr 1929. Die Großeinkaufsgesellschaft der Neutralen Genossenschaften (Suomen Osuuskauppojen Keskuskunta) erhöhte ihren Umsatz im Jahr 1929 um 50,8 Millionen Finnmark (5,06%) auf 1054 Millionen. Interessant ist eine Zergliederung des Umsatzes nach Warengruppen: Es entfallen auf Kolonialwaren 390,5, auf Lebensmittel 94,1, auf Manufakturwaren 295,4, auf Kurzwaren 256 und auf Bureaubedarf 18,2 Millionen Finnmark. In den Konsumgenossenschaften Finnlands spielt also der Textilwarenumsatz eine ungleich größere Rolle als in den deutschen Konsumgenossenschaften. Die Eigenproduktionsbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft erhöhten ihren Umsatz im Jahr 1929 um 25,4 Millionen Finnmark (31,7%) auf 105,4 Millionen, ein recht erfreuliches Ergebnis. Das Betriebskapital der Großeinkaufsgesellschaft weist ebenfalls eine erfreuliche Steigerung auf. Die genossenschaftliche Treue der neutralen Vereine gegenüber ihrer Großeinkaufsgesellschaft ist vorbildlich. 76,8% des Vereinsumsatzes sind im Jahr 1929 von der Großeinkaufsgesellschaft bezogen worden. Die 4 Versicherungsgesellschaften des neutralen Verbands, deren größte die Feuerversicherungsgesellschaft Tulenvara und die Lebensversicherungsgesellschaft Pohja sind, haben 1929 gute Ergebnisse erzielt.

Kurze Chronik Die Nationalsozialisten, die in Thüringen eine *Ausnahmesteuer* (Lohnsummensteuer von 6%) gegen die größeren Einzelhandelsbetriebe, das sind in der Hauptsache die Konsumgenossenschaften, im Verein mit den Wirtschaftsparteilern durchgesetzt haben, brachten im Landtag

Mecklenburg-Schwerins einen Gesetzentwurf betreffend Warenhaus- und Filialsteuer ein, der selbst von den Wirtschaftsparteilern abgelehnt wurde. \diamond Die Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftspresse und das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt sind zusammengelagt worden. Als Organ des neuen Einheitsverbands der *landwirtschaftlichen Genossenschaften* erscheint seit dem 15. Juli das Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt. \diamond In *Krefeld* wurde eine Freie Wirtschaftliche Arbeiterbörse von "Kommunisten" gegründet, die außer dem gemeinschaftlichen Einkauf auch den Kampf gegen die »kapitalistischen Genossenschaften« organisieren soll. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau spricht mit Recht von einer »kommunistischen Tollheit«. \diamond Der Umsatz der *Großeinkaufsgesellschaft Französischer Konsumvereine* betrug im Jahr 1929 711,7 Millionen Francs, wovon auf die Eigenproduktion 32,7 Millionen entfielen. Im Vorjahr betrug der Gesamtumsatz 654, der Eigenproduktionsumsatz 30,2 Millionen Francs. Der Großeinkaufsgesellschaft sind 1425 Genossenschaften angeschlossen, die ein Anteilkapital von 11,8 Millionen Francs gezeichnet haben. \diamond Die Zentrale der ungarischen ländlichen Genossenschaften, die *Hangya*, der 1661 Genossenschaften angeschlossen sind, erfuhr im Jahr 1929 gegen 1928 einen Umsatzrückgang von 73,7 auf 68,4 Millionen Pengö. Der Umsatzrückgang erklärt sich zum größten Teil aus Preisenkungen. Die angeschlossenen Genossenschaften hatten einen Gesamtumsatz von 122,4 Millionen Pengö, der Durchschnittsumsatz pro Mitglied betrug, bei einer Gesamtmitgliederzahl von 744 000, 165 Pengö. Dieser geringe Durchschnittsumsatz ist darauf zurückzuführen, daß die den Konsumgenossenschaften angeschlossenen Landwirte meistens Selbstversorger sind. \diamond Während der Jubiläumsfeierlichkeiten in Augsburg (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 710) wurde dort der Plan einer *Internationalen Protestantischen Kreditgenossenschaft* ausgearbeitet, die allen notleidenden protestantischen Kirchen und Gemeinschaften Darlehen gewähren soll. Die Hilfe der Genossenschaft soll sich auch auf den amerikanischen Protestantismus und die evangelischen Gemeinden Rußlands erstrecken. Die Organisation will auch in Verbindung mit den orthodoxen Kirchen des Ostens bleiben, um so eine Front gegen den Säkularismus zu schaffen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Harnack † Durch den Tod Adoli von Harnacks (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 703) hat nicht nur die evangelische Theologie sondern das ganze geistige Leben Deutschlands einen schmerzlichen Verlust erlitten. Seine Ämter als Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gaben ihm reiche Gelegenheit auf die verschiedensten Zweige der Forschungsorganisation und der Verwaltung des staatlichen und freien Bildungswesens Einfluß zu nehmen, vor allem auch dazu die Verbindung mit dem öffentlichen Leben und der wissenschaftlichen Welt des Auslands unermüdlich weiterauszubauen. Über den Anteil, den Harnack an der Begründung und Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und an der Errichtung des ihr angegliederten Harnackhauses in Berlin genommen hat, orientieren unter anderm die beiden Aufsätze: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, von Friedrich Glum, in der Minervazeitschrift, und Deutsche Wissenschaft und Ausland, von Adolf Morsbach, in Fochschule und Ausland. Von der weit über das engere theologisch-religionswissenschaftliche Forschungsgebiet hinausgehenden literarischen Betätigung Harnacks legen seine in 6 Bänden gesammelten Reden und Aufsätze (Aus Wissenschaft und Leben / Gießen, Alfred Töpelmann/) Zeugnis ab. Er repräsentierte nach seiner Lebensanschauung und -arbeit eine immer noch vorwiegend individualistische Zeitströmung, deren schöpferische Kraft sich auch in ihren repräsentativsten Gestalten vor den auf Synthese gerichteten Aufgaben der Gegenwart immer mehr als unzulänglich erweist. Wir können uns heute, weil wir auch das Unzulängliche an Luthers Persönlichkeit und Lebenswerk deutlicher sehen und stärker empfinden, nicht mehr mit der selben Unbedingtheit zu Luther bekennen, mit der sich Harnack in seiner Lutherfestschrift von 1917 noch ebenso vorbehaltlos zu ihm bekannt hat wie schon in seiner berühmten Gießener Lutherfestrede vom 10. November 1883. Auch in den meist auf die Person einzelner Forscher zugeschnittenen Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zeigt sich die konstruktive Unzulänglichkeit des in Harnack verkörperten Gelehrtentypus gegenüber den eigentlich sozialen und kollektiven Aufgaben der modernen Forschungsorganisation sehr

deutlich, und sie wird sich in der Folge erst recht deutlich überall da zeigen, wo die Frage der Nachfolge ihrer Leiter akut werden wird. Doch wird darum die bahnbrechende Arbeit, die Harnack auf den Gebieten der Forschung wie der Forschungsorganisation geleistet hat, nicht verloren gehen, sie bleibt immer unumgängliche Voraussetzung für weiter umfassende geistesgeschichtliche Wertmaßstäbe und für soziale Ausgestaltung der Forschungsorganisation.

Deutsche und französische Hochschulen In der von der Kulturpolitischen Gesellschaft in Berlin herausgegebenen Monatschrift Hochschule und Ausland schilderte der luxemburgische Studierende Roger Maul auf Grund eigener Studienerfahrungen sehr anschaulich das, was dem Studierenden als wesentlicher typischer Unterschied zwischen dem deutschen und dem französischen Hochschulstudiensystem auffällt; In Deutschland die relative Studienfreiheit mit ihren Vorzügen und ihren Gefahren. In Frankreich die von Semester zu Semester geregelte Studienplanorganisation mit ihren mehrfachen Zwischenprüfungen. In Deutschland das Hervorstechen der Korporationen und ihrer Vereinigung der Angehörigen verschiedener Fakultäten, ihrer Persönlichkeitserziehung, ihrer hohen Selbsteinschätzung und ihrer relativ hohen sozialen Bewertung durch die Außenwelt. Dagegen in Frankreich die alle Studierenden einer Hochschule umfassende Association Générale des Etudiants und daneben die verschiedenen rechts- und linkspolitischen Vereine mit ihrem gelegentlichen "chahut". Die unendlichen Formalitäten, denen in Deutschland der Studierende, besonders der Ausländer, beim Immatrikulieren, Belegen und Testieren ausgesetzt ist, während in Frankreich diese Formalitäten auf ein Minimum beschränkt sind. Die hohen Studiengebühren in Deutschland, die niedrigen in Frankreich (zum Beispiel 100 Francs jährlich beim Rechtsstudium). Die Schwierigkeit des geselligen Anschlusses für den in Frankreich studierenden Ausländer, die Leichtigkeit des Anschlusses in Deutschland usw. Derartige Schilderungen sind wertvolles Material zur Soziologie des deutschen und des französischen Universitätswesens, da sie in der Tat typische Unterschiede feststellen. Sie bedürfen aber, um für die Kulturkunde und Hochschulpolitik fruchtbar werden zu können, eines tiefern Eindringens in die beiderseitige Hochschulgeschichte, insbe-

sondere in die speziellen Verwaltungsmaßnahmen, die seit dem Spätmittelalter die Hochschulen beider Länder zu dem gemacht haben, was sie heute sind. Diese Arbeit leistet in sehr klarer und anregender Weise der Berliner Universitätsprofessor für Staatswissenschaften Ludwig Bernhard in einer Studie Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland /Berlin, Julius Springer/. Wie der Verfasser mitteilt, ist seine Schrift als Nebenprodukt wirtschaftspolitischer Studien entstanden, die er 1908, und dann wieder seit 1927, in Frankreich angestellt hat.

Die Grundlegung des heutigen französischen Universitätssystems geht auf Napoléon zurück. Die mittelalterlichen Universitäten Frankreichs wurden am Ende des 18. Jahrhunderts durch die Revolution vernichtet. Durch ihre Faculté des Arts hatten sie die Vorbildung zur Universität beherrscht, und in ihnen hatte die Theologische Fakultät die Führung gehabt. An die Stelle traten staatliche Fachschulen, die gewissermaßen die Oberstufe des öffentlichen Schulwesens bildeten, und dieses Schulwesen wurde von der politischen Zentralbehörde in Paris aus mit Hilfe einer staatlichen Provinzialschulverwaltung dirigiert. Diese durch Napoléon und Talleyrand von 1808 an eingeführte Organisation des französischen staatlichen Bildungswesens blieb im wesentlichen durch alle im 19. Jahrhundert einander folgenden politischen Systeme unberührt. In ihrem Rahmen gewann dann allerdings von unten her der Gedanke der Selbstverwaltung Raum, in Anlehnung an die kommunale Selbstverwaltung. Auch erfolgten dann wieder organisatorische Zusammenfassungen, derart, daß aus der lokalen Koordinierung mehrerer Fakultäten etwas entstand, was, äußerlich betrachtet, an Universitäten im mittelalterlichen oder auch im deutschen Sinn denken läßt. Aber die Kontrolle der Auslese des Lehrkörpers und die letzte Entscheidung über die Verwaltung der Hochschulen blieben fest in der staatlichen Hand. Nun handelt es sich dabei heute keineswegs mehr um ein rohes simples Verwaltungsschema, das etwa das nationale Unterrichtswesen Frankreichs den Schwankungen der Parlamentsmehrheiten und der auf ihnen beruhenden Regierungen auslieferte, sondern um ein äußerst differenziertes Verwaltungssystem, dem nach und nach bewußt Schutzorgane gegen ungehemmte Auswirkung politischer Kursschwankung, parlamentarischer, akademischer, wirt-

schaftlicher Cliquenwirtschaft eingebaut worden sind. Wie sich an dieses in seinen Grundzügen seit Napoléon feststehende System dann im Lauf des 19. Jahrhunderts und in der jüngsten Gegenwart Einrichtungen angelehnt haben, die auf dem Nutzen beruhen, den das kulturelle Leben einer modernen Nation aus Stiftungen, Forschungsinstituten, Veranstaltungen der freien Volksbildung oder auch aus der Dienstbarmachung regionaler Sonderinteressen, korporativer Selbstverwaltungsbestrebungen sowie aus der Erschließung neuer Gebiete der reinen und angewandten Forschung, Technik und Lehre ziehen kann, und wie sich daraus zum Teil unter geschickter Assimilation von Anregungen, die aus Deutschland oder den angelsächsischen Ländern nach Frankreich gekommen sind, das differenzierte System der heutigen französischen Hochschulverwaltung entwickelt hat: das alles wird von Bernhard sehr klar, umsichtig, immer kritisch und von vergleichenden Ausblicken nach Deutschland erfüllt, dargestellt. Was nun das Verhältnis der heutigen akademischen Selbstverwaltung in Deutschland zu den Organen der Staatsverwaltung anlangt, so sieht es Bernhard als im wesentlichen durch 4 historische Momente bestimmt: 1. die Abstammung der akademischen Kollegialverfassung aus spätmittelalterlichen Formen (daher die Abneigung der Fakultäten gegen eigene, im Universitätsaufbau selbst ruhende, zusammenfassende, durch Instanzenzug gesicherte Einrichtungen), 2. die seit Beginn des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert in Deutschland entwickelte "kameralistische" Administration der Universitäten, das heißt der erste systematische Versuch der Staatsgewalt sich der Universitätsorganisation zu bemächtigen (Einflußnahme des Staats auf die "Hilfsinstitute" der Universität, Habilitation als staatliches Mittel billige Dozenten zu gewinnen, Beibehaltung der <in Frankreich abgeschafften> Vorlesungshonorare durch das kameralistische Deutschland, "Lehrfreiheit" eine Selbstgefälligkeit des aufgeklärten Absolutismus in Deutschland), 3. die zu Beginn des 19. Jahrhunderts hervortretende, in den Anfängen steckenbleibende Anpassung der akademischen Verwaltung an die organisationstechnischen Forderungen der damals aufblühenden "Selbstverwaltung" (Goethe, Wilhelm von Humboldt, in der entscheidenden Zeit der preußischen Universitätsreform zu sehr in kameralistischen Vorurteilen befangen, um die Tragfähigkeit einer

nach dem Vorbild sich selbst verwalter Gemeinden eingerichteten Hochschule mit eigener Vermögensverwaltung und innerlich durchorganisierten Verwaltungsinstanzen richtig erfassen zu können), 4. um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts Zurückweichen der "akademischen Selbstverwaltung" vor dem staatlichen Einfluß in der Ära Althoff (Interesse der institutsleitenden Professoren wegen der staatlichen Institutsunterhaltung mehr auf die Staatsverwaltung als auf die Selbstverwaltung gelenkt, überhaupt wachsende Bedeutung der staatlichen Zuschüsse an die Universitäten und dadurch Unterhöhnung der Reste akademischer Selbstverwaltung).

Die Folgerungen, die sich aus der vergleichenden Analyse des französischen und des deutschen Hochschulwesens für Bernhard ergeben, sind so wichtig, daß sich die heute maßgebende preußische Hochschulpolitik unbedingt mit ihnen befassen und grundsätzlich auseinandersetzen muß, wenn sie sich auch nicht in der Richtung der seit 1919 unter Carl Heinrich Becker eingeleiteten und teilweise verwirklichten Hochschulreform bewegen, die im wesentlichen auf dem Schlagwort einer "Verbreiterung der akademischen Selbstverwaltung" beruht. Bernhard meint, die höchste Aufgabe, die akademischer Selbstverwaltung überhaupt gestellt werden kann, nämlich die Aufgabe den seelisch erträglichen Rahmen und Halt für eine Gemeinschaft der Forschung und des Unterrichts zu schaffen, werde von den deutschen Hochschulen erfüllt. Dagegen habe sich erwiesen, daß die Schwäche der heutigen deutschen Hochschulen in ihrem instanzlosen Aufbau, ihrer geringen geschäftlichen Aktionsfähigkeit, ihrem Mangel an inneren Kontrollen liege. Diese betriebstechnischen Mängel seien durch die Einführung der »weitem Fakultät« als »Organ für die Beratung allgemeiner Unterrichtsfragen und Standesangelegenheiten« und durch die Einführung des »weitem Senats« als »Organ für die Beratung allgemeiner Universitätsangelegenheiten«, durch die Einbeziehung von Vertretern der Nichtordinarien in die Fakultät mit beschließender Stimme eher verstärkt als vermindert worden, da sie den Hauptmangel, das heißt den instanzlosen Aufbau, in keiner Weise berührt hätten. Diesen instanzlosen Aufbau, der zum Teil auf den mittelalterlichen Zunftcharakter der Fakultät, zum Teil auf Schleiermachers Auffassung von der Funktion der Fakultätsdekane zurückgeht, wünscht Bernhard durch eine

Revision der überlieferten akademischen Auffassung von der Stellung des Rektors und der Dekane beseitigt zu sehen. Die Professoren sollten den von ihnen erwählten Organen (Rektor, Dekane, Senatoren) eine viel größere, freiere und auf längere Dauer sich erstreckende Wirksamkeit geben und sie so mehr dem modernen Gedanken der Führerschaft anpassen. Bei der neuen Stellung des Dekans »könnte man von der sehr sorgfältig durchdachten neuen französischen Organisation manches lernen, auch wenn man gar nicht daran denkt das französische Universitätssystem nachzuahmen«. Daneben könnte man nach Bernhards Vorschlag auch für bestimmte geschäftliche Fakultätsvorgänge (zum Beispiel Kontrolle der Dauer des Habilitationsverfahrens) dem Rektor und Senat ähnliche Befugnisse geben wie sie der preußische Unterrichtsminister in einer Verfügung vom 3. Oktober 1929 für sich in Anspruch genommen hat, um Sicherheiten gegen »sozusagen anerkannte Mißbräuche« zu schaffen. Auch eine Verlängerung der Amtszeit von Rektor und Dekanen auf 2, womöglich 3 Jahre sollte hiermit verbunden sein. »Auch die merkwürdig in den Hintergrund getretene Frage nach einem Mitwirken der Universitätsorgane an der Feststellung und Durchführung des Universitätshaushaltes könnte dann wieder hervortreten.« Man kann diesen Folgerungen und Forderungen Bernhards insofern beistimmen, als es in der Tat fraglich ist, inwieweit die Verbreiterung der akademischen Selbstverwaltung einen wesentlichen Fortschritt in der preußischen Hochschulverwaltung bedeutet und nicht vielmehr den Ausdruck eines Demokratismus, der heute nicht weniger sinnlos geworden ist als das in den heutigen deutschen Fakultäten konservierte mittelalterliche Korporationsprinzip. Wahrscheinlich hat Bernhard recht, wenn er darauf hinweist, daß sich die heutige Universitätsorganisation als unzulänglich auch dann schon erweist, wenn man sie auch nur unter "betriebstechnischem" Gesichtspunkt betrachtet. Seine dem französischen Vorbild entnommenen Anregungen haben aber wesentlichen Sinn doch nur unter der Voraussetzung, daß auch diejenigen Einrichtungen des französischen Systems übernommen würden, die gleichsam die Sicherung der Staatsverwaltung gegenüber einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Prinzipien der Selbstverwaltung und der Forschungs- und Lehrfreiheit durch die aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen For-

schungs- und Lehrinstitute und -personen darstellen. Eine bloß mechanische Übernahme einzelner Einrichtungen aus einem nationalen Hochschulwesen in ein anderes ohne Berücksichtigung des größeren verwaltungstechnischen Zusammenhangs ist gerade das, was die wissenschaftliche Kulturvergleichung verhüten sollte, und wovon auch Bernhard in seiner Schrift mehrfach und mit Recht warnt. Es ist daher sehr fraglich, ob die von Bernhard in Erwägung gezogenen "betriebstechnischen" Neuerungen wirklich mehr als die von ihm (mit durchaus einleuchtenden Gründen) abgelehnten bisherigen "Reformen" an den Kern der gegenwärtigen deutschen Hochschulkrise heranzuführen. Das Wesentliche am französischen System besteht doch darin, daß dort die dem Lehrkörper der Hochschule entnommenen Organe der akademischen Selbstverwaltung *gleichzeitig* Organe der Staatsverwaltung sind. Dies ist der stärkste und wichtigste Punkt des französischen Systems. In ihm kommt zum Ausdruck, daß die Selbstverwaltung der Hochschule nicht absolut ist, nicht außerhalb des Staatsganzen steht, sondern daß sie mit Rücksicht auf die Finanzierung der Hochschule aus vorwiegend öffentlichen Mitteln nur relativ sein kann, und daß daher die Struktur der Hochschulverwaltung nicht nur den Gedanken der Mitbestimmung einer sozial wichtigen und hochwertigen Verwaltungsgruppe an der Gesamtverwaltung zum Ausdruck bringen muß sondern auch den Gedanken der Mitverantwortung vor den gesetzgebenden Körperschaften der Nation. Wollte man nun versuchen bei den von Bernhard angeregten Reformen auch diesen letztgenannten Gedanken mit zum Ausdruck zu bringen, so würde die heutige deutsche Hochschule in einem solchen Versuch wahrscheinlich einen Hauptangriff staatlicher Reglementiersucht auf ihr vermeintliches jetziges Selbstverwaltungsrecht erblicken. Der geschichtliche Augenblick, da eine solche Reform vielleicht möglich gewesen wäre, liegt, wie Bernhard richtig hervorhebt, 100 Jahre hinter uns. Die Zeit, da die Städte ihre Selbstverwaltung unter gleichzeitiger Einordnung in die gesamte Staatsverwaltung erhielten, war entsprechender sinnvoller Hochschulreform nicht ungünstig. Es ist aber vielleicht doch nicht richtig heute rückwärtsblickend Goethes, Humboldts und des Staatskanzlers Karl August von Hardenberg Befangenheit in den kameralistischen Vorurteilen des 17. und 18. Jahrhunderts für das damalige Scheitern einer solchen Reform verant-

wortlich zu machen. Wahrscheinlicher ist, daß schon damals die allzu lange Konservierung des mittelalterlichen Korporationsgedankens im Rahmen der Hochschulen eine typische Fakultätenmentalität fixiert hatte, die diesen durchaus weitblickenden, mondänen und hochgebildeten Staatsmännern das mit einer solchen Reform verbundene Wagnis als zu bedenklich erscheinen ließ. So fand auf dem Weg über die vom Staat finanzierten Institute damals diejenige Reform statt, die den entscheidenden (und wirklich organischen) Fortschritt in der deutschen Hochschulgeschichte bedeutet, und die die eigentliche Hochschulverwaltung mehr und mehr in die Ministerialdezernate und Ministerialgeschäftsstellen bei den Hochschulen verlegte, bei denen sie noch heute im wesentlichen ruht. Man mag diese Entwicklung bedauern oder begrüßen, jedenfalls läßt sie sich heute nicht mehr durch ein paar äußerliche betriebstechnische Maßnahmen, die eigentlich die Hochschullehrer unter sich abmachen könnten, rückgängig machen, um dagegen möglicherweise die Gefahr heraufzubeschwören, daß sich die Hochschulen zwar selbst, aber schlecht und unter Hintansetzung der nötigen Rücksicht auf das Staatsganze, verwalten. Abgesehen von diesen Einwänden, die man gegen die Darlegungen Bernhards von ihrer eigenen Grundlage aus machen könnte, ist auch dies zu bedenken, daß die heutige Hochschulkrise ein Teilproblem der sozialen Frage bildet, und daß auch von hier aus gesehen Bernhards Reformvorschläge ganz an der Peripherie derjenigen Hochschulreform liegen, auf die es heute ankäme. Endlich tritt in der Darstellung Bernhards die Tatsache ganz in den Hintergrund, daß die deutschen Hochschulen dem Deutschen Reich und den deutschen Ländern einen großen Teil des Staatsbeamtentums ausbilden, daß daher die Lehrtätigkeit der Professoren zum größeren Teil durch ihre Funktion als staatliche Prüfungskommissare bedingt ist, und daß sich von hier aus gesehen eher das sachliche Bedürfnis nach einer Verstärkung geistiger Einflußnahme der Staatsverwaltung auf die Hochschule ergibt als das nach seiner Abschwächung.

Kulturkunde im Französischunterricht
Langsam, aber sicher beginnt heute auch in Deutschland der Sinn für europäische Geisteshaltung wieder lebendig zu werden. Im Zusammenhang damit mehren sich die Anzeichen für das Bestreben das deutsch-französische Pro-

blem nicht nur unter ökonomischen und politischen sondern auch unter geistesgeschichtlichen Gesichtspunkten zu betrachten und daraus für die akademische und praktische Ausbildung der Fachlehrer für Französisch an den Höheren Lehranstalten entsprechende Folgerungen zu ziehen. Zu den wertvollsten literarischen Symptomen für das Wirksamwerden dieser Bewegung innerhalb des heutigen katholischen Geisteslebens in Deutschland gehören die Arbeiten Hermann Platz', auf die hier in den letzten Jahren mehrfach hingewiesen wurde. Auch das protestantische und laizistische Deutschland, dem ohnehin die lebendige Fühlung mit dem katholischen Frankreich von heute vielfach fehlt, könnte aus diesen Arbeiten reichen Gewinn für das Verständnis der heutigen und geschichtlichen französischen Totalwirklichkeit ziehen. Denn zum Unterschied von den "Verständigungsbestrebungen" vor dem Weltkrieg handelt es sich heute nicht mehr um die Herstellung eines internationalen Kontakts zwischen analogen Einzelströmungen in den verschiedenen Ländern sondern um die nationalkulturelle Totalität, ihre gemeinsamen geschichtlichen Grundlagen und Zukunftsaufgaben. Legt man zum Beispiel von deutscher Seite aus, wie es bei uns bisher immer wieder geschieht, das Französische auf den Rationalismus des 18. Jahrhunderts fest, so muß sich daraus notwendig ein völlig einseitiges Bild vom heutigen Frankreich ergeben. Es handelt sich heute nicht mehr darum, daß wir uns mit dem französischen Sozialismus befassen, weil wir selbst zufällig Sozialisten sind, oder mit dem französischen Katholizismus, weil wir selbst Katholiken sind, sondern es handelt sich um das beiderseitige nationale Geistesleben in seinen historischen oder für die Zukunft neu zu belebenden Beziehungen zu einer tieferliegenden seelischen Realität, von der aus gesehen auch die wechselseitige Wirkung kriegerischer oder friedlicher Geistesströmungen objektiv beleuchtet werden kann, ohne dadurch gleichzeitig zu einseitig-nationalistischen Überheblichkeiten oder Herabminderungen Veranlassung zu geben. Wer gewohnt ist die Geschichte der Völker und Ideen im großen zu betrachten, wird eher Gefahr laufen die Realität der nationalen Differenzierungen zu verkennen, während umgekehrt derjenige, der sich darauf konzentriert ein Volk, eine Nation, einen staatlich oder sprachlich begrenzten Kulturkreis bis ins einzelne zu durchdringen vielfach die universalhistorischen

Zusammenhänge, die auch das vermeintlich Einmalige mitbestimmen, übersehen wird. So ergeben sich besonders, wenn es sich um die geistesgeschichtliche Grundlegung des Verhältnisses zweier eng benachbarter Kulturkreise wie des deutschen und französischen handelt, sowohl bei der Anwendung der spezialistisch-sprachlich-historischen wie auch bei der Anwendung der universalistisch-soziologischen Methode mannigfaltige Fehlschlußgefahren, und die aktuelle Aufgabe einer deutschen respektive französischen Kulturkunde besteht zum großen Teil darin diesen Fehlerquellen unter systematischer Neubearbeitung des gesamten in Betracht kommenden Überlieferungsbestands an Tatsachen, Darstellungen, Wertungen nachzuspüren. So berechtigt daher die Forderung ist den französischen Unterricht der Höheren Schulen unter kulturkundlichem Gesichtspunkt zu betreiben, so wenig darf man sich der Tatsache verschließen, daß sich die Grundlegung dieses Unterrichts heute erst noch in den allerersten Anfängen befindet. Sehr aufschlußreich ist nach dieser Richtung hin die neueste Schrift Hermann Platz' Deutschland und Frankreich /Frankfurt, Moritz Diesterweg/. Ausgehend von den neuen Voraussetzungen, die die Jugendkrise, die Kriegsnot, die neue deutsche Staatsverfassung, die neueren Strömungen der Geschichtsdeutung, Bildungslehre und Philosophie zur Bereinigung der deutsch-französischen Frage geschaffen haben, sucht Platz die solidarischen Grundzüge der deutsch-französischen Wirklichkeit, aber auch ihre historische Durchbrechung durch den hinter uns liegenden Nationalismus von Fichte bis Maurras, klarzustellen und von da aus das Bild zu beleuchten, das die heutige deutsche Höhere Schule von der französischen Wirklichkeit bietet respektive bieten müßte. Er warnt davor etwa den geistesgeschichtlichen Grenzfall des klassischen deutschen Idealismus als das »wahre Evangelium des deutschen Geistes« hinzustellen und fährt dann fort: »Aber auch der metaphysikfeindliche Tatsachen-, Lebens- und Kulturpositivismus, der entwicklungsbesessen seinen Blick ganz auf die Zukunft einstellt, hat sich tief dem Geist des Unterrichts der Höheren Schule aufgeprägt . . . Es sah oft so aus, als ob es nur unfehlbare Methoden und interessante Probleme gäbe, aber keine einfach hinzunehmende, zu verehrende und zu hütende Wahrheit. Der Sinn für das Sein, das Gefühl für den eigentümlichen Kostbarkeitsgehalt der Dinge und

Werte schien geschwunden zu sein. Sobald die Schwierigkeiten überwunden und die Probleme gelöst waren, erlahmte das Interesse, der Aufschwung der Seele wollte sich nicht mehr einstellen.« So bekam die Stellung und Gestalt des deutschen Neusprachlers etwas typisch Problematisches. Unsicher tastet er neben den Führern zur Antike und zum Deutschtum nach dem tiefern Sinn seiner Arbeit, den er im humanistischen Grammatikbetrieb, im Kult sprachmeisterlicher Parliermethoden, im Realien- und Exaktheitswillen der Positivisten, im Spürsinn der Psychologen natürlich nicht finden konnte. Der tiefern geistesgeschichtlichen Besinnung wirkte, besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit, eine psychologisch verständliche, vom schmerzlichen politischen Erlebnis her bestimmte Abwehrstellung entgegen. Unwillkürlich wurden da, wo man vermeinte Kulturkunde zu betreiben, »bestimmte philosophische Sonderanschauungen und Wertmaßstäbe mitgebracht, die in ihrer zeitlichen und landschaftlichen Bedingtheit (romantischer Individualismus) eine unbefangene Würdigung der fremden Kulturbereiche erschweren«. Platz meint nun, der deutsche Neusprachler müsse sich der daraus entspringenden Berufsproblematik bewußt werden, dem spezifisch germanistischen irrationalen Individualismus, der doch nur eine unter vielen Möglichkeiten deutscher Geistesentwicklung sei, sich kritisch gegenüberstellen und so durch Distanzierung zu ihm die Fähigkeit gewinnen den rationalern Okzidentalismus zu verstehen. An den auf diese Weise entstehenden Typen französischer Kulturkunde an deutschen Höheren Schulen sind daher deutlich verschiedene Grundstimmungen zu beobachten. »Das erste Ergebnis der Notzeit mußte also sein, daß die Behandlung des deutsch-französischen Problems in der Schule (ich meine damit nur den allgemeinen Geist, in dem in den verschiedensten Fächern das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich abgewandelt wird) von tiefem Pessimismus oder wenigstens von Skeptizismus durchdrungen war: müdes oder kämpferisches Sichabfinden mit dem Erbfeindcharakter des Nachbarvolkes, mit dem periodisch wiederkehrenden Krieg, mit dem Auf- und Niedergangsrhythmus der Geschichte.« Diese Stimmung suchte sich in bestimmten philosophischen Positionen Ausdruck. So suchte Eduard Wechßler 1927 in seinem Buch *Esprit und Geist* /Bielefeld, Velhagen & Klasing/ eine Metaphysik der

deutschen Nation vom Standpunkt des klassischen Idealismus zu geben, in der diese deutsche Geistesströmung gleichsam als die allein echtdeutsche Weltanschauung angesehen wurde, und andererseits zur Begründung der Antithese *Esprit*—Geist zeitgeschichtliche Auffassungen und Haltungen des französischen und deutschen Nationalgeists verabsolutiert wurden (siehe dazu hier den Artikel Herrmanns *Zum Europaproblem*, 1929 II Seite 1011). Diese Einseitigkeit der Wechßlerschen Gegenüberstellung wird von Platz in einem besondern Kapitel kritisiert. Und diese Kritik ist deswegen besonders verdienstvoll, weil Wechßler als Berliner Hochschulvertreter der deutschen Romanistik naturgemäß großen Einfluß auf die Gesinnungen der deutschen Neuphilologen und ihres gerade heute so erschreckend großen akademischen Nachwuchses ausübt. Schon vor dem Erscheinen des Wechßlerschen Buchs, nämlich 1925, hatte Eduard Schöns *Schrift Sinn und Form einer Kulturkunde im französischen Unterricht der Höheren Schule* /Leipzig, B. G. Teubner/ ebenfalls starke Wirkung auf die grundlegenden Anschauungen der deutschen Lehrer für Französisch ausgeübt. Auch mit den von Schön zurzeit vertretenen Auffassungen setzt sich Platz daher grundsätzlich auseinander. Seine Meinung ist etwa diese: Man darf Kulturkunde nicht derart betreiben wollen, daß man erst Franzosen- und Deutschtum überstark auseinandersetzt und dann doch annimmt, daß gegenseitiges Verstehen ohne weiteres möglich sei. Die fremde Wirklichkeit wird dadurch verkürzt, vergewaltigt, entwertet, daß man in den Unterricht vom fremdsprachlichen Kulturstoff nur das einbezieht, was das deutsche Erleben anregt, klärt, weitet, sich seiner Gegenwart bewußt werden läßt. Diesem "Polarismus" tritt zur Seite eine Art von "Dynamismus", der die Kulturkunde einseitig zur Lebensgestaltung, zur Erweckung des Willens zum Tun stempeln möchte und beispielsweise von der kulturkundlichen Betrachtung französischer Klassiker fordert, daß sie immer wieder in die Problematik des deutschen Menschentums einführe, statt ebensowohl auch zum Dienst am Sein, zum Verständnis von Betrachtung und Erfüllung, zum »lebendigen Vorgeschmack von hoher und schlichter Kunst« (ein schönes, von Karl Voßler im Hinblick auf Racine 1926 geprägtes Wort) hinzulenken. Man kann Platz nur beistimmen, wenn er meint, das an und für sich richtig als Grundforderung des kulturkundlichen Unter-

richts aufgestellte Prinzip der Ganzheit könne doch wohl kaum verwirklicht werden, wenn die Betrachtung von einem dogmatisch verewigten »totalen Anderssein« der Völker ausgeht, oder wenn sie sich immer nur von dem Suchen nach sich entfaltender Kraft leiten läßt, statt auch von der Betrachtung des Seins, der bereits lange neben und hinter der gegensätzlichen Entfaltung bestehenden Solidarität. Mag sein, daß auch Platz diese Solidarität wiederum zu eng faßt, wenn er dabei vor allem die katholische Abendlandidee im Auge hat. Aber man wird, auch wenn man von einer weitern Fassung des abendländischen Solidaritätsgedankens ausgeht, in Betracht ziehen müssen, daß der katholische abendländische Solidaritätsgedanke in seiner besondern Anwendung auf das deutsch-französische Problem keineswegs nur eine geschichtliche oder gar nur mittelalterliche Realität von kulturschöpferischer Schönheit und Kraft darstellt, sondern daß er sich gerade heute erst recht wieder als ein grundlegend wichtiger europäischer Kulturfaktor erweist. Ein schönes Beispiel dafür, wie sich die von Platz vertretene Auffassung einer deutsch-französischen Kulturkunde für die Behandlung des französischen Mittelalters etwa in der Obersekunda einer deutschen Höheren Lehranstalt praktisch auswirken würde, bildet auch das von Platz zusammen mit Maria Beermann herausgegebene Bändchen *Le moyen âge français / Münster, Aschendorff*. Auch der neuerdings in der Monatsschrift *Abendland* von Hermann Platz veröffentlichte Aufsatz *Eigenart und Patriotismus der Deutschen und Franzosen* ließe sich auf den Höheren Lehranstalten, gleichviel welcher Konfession, im Französischunterricht der Oberstufe unmittelbar und mit sicherem Gewinn verwerten.

Universität Köln Einen Überblick über den Aufbau der nunmehr seit 10 Jahren bestehenden neuen

Universität Köln (die alte bestand von 1388 bis 1798) gibt die von Rektor und Senat überreichte, schön ausgestattete Fest- und Denkschrift *Universität Köln 1919 bis 1929*, die gerade durch ihre Gegenüberstellung der alten und der neuen Kölner Hochschule geeignet ist zum grundsätzlichen Nachdenken über die wesentlichen Aufgaben einer deutschen Hochschule anzuregen. Die alte Universität stand, im Gegensatz zu den alten Landesuniversitäten, als Reichsstadtuniversität etwa in einer Reihe mit Basel und Straßburg und wurde nach 1815, bei

der Neuordnung der staatlichen Dinge, in der organischen Fortbildung ihrer Überlieferungen stark gehemmt, obwohl sich Goethe in seinem Aufsatz über die Kunstschatze am Rhein, Main und Neckar sehr schön, eindringlich und weitblickend für die Erneuerung der alten Kölner Universität mit ihren reichen geschichtlichen Überlieferungen, aber auch ihren Beziehungen zum großstädtischen Leben, zu Wirtschaft und Handel, zur rechts- und linksrheinischen Kultur, ausgesprochen hat. Es ist nun außerordentlich aufschlußreich zu sehen, wie in Deutschland durch einzelne Länder, besonders Preußen und Hamburg, etwa seit 1914 versucht wird an alte reichsstädtische (Hamburg, Frankfurt, Köln) oder erzbischöfliche (Erfurt, Köln) Kulturüberlieferungen nachträglich wieder anzuknüpfen, dabei aber gleichzeitig den großstädtischen, wirtschaftlichen, weltlichen, technischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Köln bietet dafür ein ganz besonders lehrreiches Beispiel. 1901 entstand dort eine Handelshochschule, 1904 schritt man zur Schaffung einer Akademie für Praktische Medizin, 1906 auch zu akademischen Einrichtungen für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung. Dann erstand Anfang 1918, besonders von dem Bürgermeister Konrad Adenauer gefördert, das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften, und am 12. Juni 1919 wurde durch den damaligen Staatssekretär Carl Heinrich Becker im Namen des preußischen Kultusministers Konrad Haenisch die neue, von der Stadt Köln finanzierte, jedoch der preußischen Verwaltung unterstellte Hochschule eröffnet. Die Universität Köln bekommt heute von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von über 2 Millionen Mark und besteht aus einer Philosophischen, einer Medizinischen, einer Rechtswissenschaftlichen und einer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (an der, was für die Leser der Sozialistischen Monatshefte von besonderem Interesse sein dürfte, Hugo Lindemann wirkt). Über den gegenwärtigen Entwicklungszustand der einzelnen Fakultäten, die Vorgeschichte der Neugründung, die Organisation, Verfassung, den Lehrkörper und die Studentenschaft wie auch über die studentische Wirtschaftsarbeit, das Bibliothekswesen, die für den weitem Ausbau bestehenden Pläne und die dabei maßgebende Auffassung von der besondern Stellung und Eigenart der Kölner Universität berichten ausführliche Sonderdarstellungen der mit schönen alten Urkunden und Bildern

sowie statistischen Zusammenstellungen ausgestatteten Schrift. Der Beitrag Christian Eckerts, dem die Hochschule besonders viel verdankt, und der neben Adenauer ihr Kuratorium leitet, ist gleichzeitig ein in manchem Betracht lehrreiches Kapitel aus der Praxis der jüngsten deutschen Hochschulreform.

Thüringen In Thüringen gestattet § 26 Absatz 1 der Schulordnung die Teilnahme an Veranstaltungen parteipolitischer Vereinigungen nur den wahlberechtigten Schülern. Als nun Weimarer Direktoren Höherer Lehranstalten ihren Schülern die Teilnahme an einer von der Hitlerjugend, dem Nationalsozialistischen Studentebund und anderen Organisationen veranstalteten Straßenkundgebung gegen den Youngplan untersagten, wandte sich ein Schüler beschwerdeführend an den nationalsozialistischen Volksbildungsminister, und dieser hob das von den Direktoren ausgesprochene Verbot auf. Die Direktoren wandten sich daraufhin mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie diesen Sachverhalt darstellten und die Verantwortung für die Folgen solchen Vorgehens ablehnten. Im Amtsblatt der Thüringischen Regierung erschien unter dem 12. April eine Bekanntmachung »wider die Negerkultur, für deutsches Volkstum«. Es wird in ihr darauf hingewiesen, daß sich »seit langem auf fast allen Kulturgebieten in steigendem Maße fremdrassige Einflüsse geltend machen, die die sittlichen Kräfte des Volkstums zu unterwühlen geeignet sind. Einen breiten Raum nehmen dabei die Erzeugnisse ein, die wie Jazzbands und Schlagzeugmusik, Negertänze, Negergesänge und Negerstücke eine Verherrlichung des Negertums darstellen und dem deutschen Kulturempfinden ins Gesicht schlagen.« Es folgt eine Anordnung an die Polizeibehörden auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung Theatern und Cabarets die Konzession zu entziehen oder gar nicht erst zu geben, die sich durch »Darbietungen, die das Wesen und Empfinden der Neger verherrlichen«, als »in sittlicher und artistischer Beziehung unzuverlässig im Sinn der Gewerbeordnung« erwiesen haben. An die Spitze der Hochschule für Handwerk und Baukunst zu Weimar wurde Paul Schultze-Naumburg berufen. Zum Vertreter Thüringens beim Mitteldeutschen Rundfunk wurde der Redakteur des Weimarer nationalsozialistischen Parteiorgans Ziegler bestellt.

Der Große Senat der Universität Jena legte Verwahrung dagegen ein, daß die thüringische Regierung bei der Berufung des Rassetheoretikers Hans Günther aus München zum ordentlichen Professor für Sozialanthropologie innerhalb der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät das in der Jenaer Universitätshauptsatzung vom 1. Dezember 1924 vorgesehene Recht der Universität bei den Berufungen auf die Lehrstellen durch ihre Vorschläge sachkundig mitzuwirken durchbrochen habe. Es kam, nach manchem Hin und Her, ein Kompromiß zustande, im wesentlichen auf Kosten der Universität, die die Professur Günthers nun hinnehmen muß.

Durch einen am 11. Juli gefällten Schiedsspruch des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich wurde festgestellt, daß die im Amtsblatt des Thüringischen Volksbildungsministeriums am 22. April 1930 veröffentlichte Empfehlung von 5 Schulgebeten, soweit das 2., 3. und 4. dieser Gebete in Frage kämen, mit Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. In der Begründung des Urteils des Staatsgerichtshofs heißt es unter anderem: »Es wird dann [nämlich wenn man die Gebete in ihrem politischen Zusammenhang betrachtet] klar, daß die von der Reichsregierung beanstandeten Stellen der Gebete sich gegen die politischen Anschauungen weiter Teile des deutschen Volkes wenden und ein Bekenntnis zum Antisemitismus enthalten, und zwar in der Form, daß die Anhänger anderer politischer Anschauungen und die Juden als Volksbetrüger und Landesverräter gebrandmarkt werden. Diese Art der Stellungnahme muß die Empfindungen der Andersdenkenden verletzen und hat sie, wie die Aufnahme der Gebete in der Öffentlichkeit beweist, in weitem Umfange schwer verletzt.«

Zeitspiegel Der Kampfausschuß gegen Zensur, der führende Verbände künstlerischer und literarischer Urheber *Deutschlands* umfaßt, und dem unter anderem auch die Preußische Akademie der Künste angehört, wandte sich in einer Erklärung dagegen, daß George Grosz' Zeichnung *Der Christus mit der Gasmaske* neuerdings wieder Gegenstand der Verfolgung durch staatliche Organe geworden sei, obwohl sie bereits einmal in 2. Instanz freigegeben worden ist: »Die Fortdauer und Erneuerung behördlicher Angriffe gegen das Schaffen eines hervorragenden und anerkannten Künstlers ist eine Gefahr für die Freiheit des geistigen Lebens.«

Einem Redakteur der in Halle erscheinenden Saalezeitung, der in einem Aufsatz über das Konkordat zwischen Preußen und der Kurie die Politik der sozialdemokratischen Führer als »Judas-Ischariot-Politik und ungeheuerliche Verleugnung von Wahrhaftigkeit, Überzeugungstreue und Ehrlichkeit« bezeichnet und seinem an die sozialdemokratischen Führer gerichteten Rat, sie möchten sich aufhängen, die Worte hinzugefügt hatte, »sie werden sich aber ganz gewiß nicht aufhängen, die Herren Braun und Genossen«, wurde der Schutz des § 193 vom Schöffengericht in Halle zugesprochen; der Angeklagte habe die Interessen weiter evangelischer Kreise und damit auch seiner selbst wahrgenommen.

Das Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel teilte dem Neuen Deutschen Verlag in Berlin mit, daß es den weitem Abdruck einer Anzeige von Kurt Tucholskys Buch Deutschland, Deutschland über alles infolge eines Einspruchs bis auf weiteres unterlassen müsse. In dem dem Inserat beigelegten Bild wurde eine Verächtlichmachung der Nationalhymne der Deutschen Republik gesehen. Das selbe offizielle Organ der Zwangsorganisation des deutschen Buchhandels lehnte eine Anzeige des im Verlag Adalbert Schultz in Berlin veröffentlichten Buchs Carl Credés Frauen in Not (§ 218) als »zur Veröffentlichung ungeeignet« ab.

Ein Lehrer der Rechtsgeschichte an der Berliner Universität, Ernst von Möller, benutzte vor 2 Jahren seine Vorlesungen dazu, um vor den Studenten in ungehöriger Form seine persönlichen Ansichten über die Deutsche Republik, die Beckersche Hochschulpolitik und deutschchristliches Studententum darzulegen. Da er einen staatlichen Lehrauftrag ausübte, wurde er unter Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung vom Amt suspendiert. Zu seiner Verteidigung berief er sich zunächst auf die akademische Lehrfreiheit; dann nahm er auf Grund von Gutachten, die das Vorliegen geminderter geistiger Zurechnungsfähigkeit feststellten, den Schutz des § 51 des Strafgesetzbuchs (Ausschluß der freien Willensbestimmung) für sich in Anspruch. Unter Bezugnahme auf diesen Paragraphen ist der Disziplinarsenat des Kammergerichts für nicht-richterliche Beamte nunmehr zu einem Freispruch des Professors gelangt.

In Sachen Tagebuch gegen Jorns (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 627) stellte sich das Reichsgericht schützend hinter Jorns. Es hob das Urteil, das die Vorwürfe gegen Jorns als berechtigt an-

erkannte, auf und verwies die Sache zu neuer Verhandlung, mit Gründen, die geeignet sind die »Vertrauenskrise« der deutschen Justiz in voller Schärfe der Öffentlichkeit wieder zum Bewußtsein zu bringen. Erst recht tut dies das am 1. August vom Amtsgericht Weißenfels gegen den französischen Sportsmann Cuvellier gefällte Urteil, das vom Vorwärts als ein »Justizskandal« bezeichnet wurde.

Kurze Chronik André Siegfried von der Pariser Hochschule für Politik, der Autor des aufschlußreichsten aller Amerikabücher, sprach in Berlin über *europäische und amerikanische Zivilisation*. Der Vortrag berührte sich stark mit Gedanken über Amerika, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften oft geäußert wurden. Siegfried wird als aussichtsreichster Kandidat für die neue Leitung des Pariser Völkerbunds-instituts für Geistige Zusammenarbeit genannt. ◊ Der Vertretertag des Deutschen Lehrervereins, der im Juni zu Kassel stattfand, forderte unter anderm *Vereinheitlichung des Reichs* auch aus schul- und kulturpolitischen Gründen, Ausübung der Schulgesetzgebung durch das Reich, Schulverwaltung durch künftige Reichsgebiete, Vorbereitung und Durchführung der Reichsschulgesetzgebung durch eine dem Reichstag verantwortliche Reichsschulbehörde unter Mitwirkung eines aus Fachleuten bestehenden Selbstverwaltungskörpers, in der Zwischenzeit tatkräftigere Ausübung der heute schon dem Reich zustehenden Grundsatzgesetzgebung gegenüber dem Schulwesen der Länder. ◊ Das auf den *Studienratsberuf* abzielende akademische Studium ist augenblicklich in Deutschland derart überfüllt, daß zum Beispiel in Preußen, wo sich augenblicklich Angebot und Nachfrage ungefähr decken, für 1932 mit rund 1000 ausgebildeten Assessoren gerechnet wird, die im öffentlichen Schuldienst keine Verwendung werden finden können. 1935 wird die Anzahl voraussichtlich auf 6000 angewachsen sein, so daß dann ein für etwa 7 bis 8 Jahre ausreichender Vorrat von Anwärtern auf Beschäftigung warten wird, während ein 5- bis 6facher Jahresbedarf noch dabei sein wird sich für den Beruf auszubilden. ◊ Eine Berliner Tagung von Studierenden an den neuen preußischen *Pädagogischen Akademien* unterbreitete der Unterrichtsverwaltung den Wunsch die bisher nach evangelischer und katholischer Konfession getrennten Akademien simultan zu gestalten, die Studienzeit von 4 auf 6 Semester zu verlängern

und den zu eng an die früheren Lehrerseminare angelehnten Unterrichtsgang mehr zu modernisieren. \diamond In Berlin wurde eine von dem Studienrat Peter Diepers geleitete Arbeitsstelle für die Fortführung des bisher in 14 Bänden und zahlreichen Einzellieferungen vorliegenden *Grimmschen Wörterbuchs* geschaffen. Die Kosten sind durch das Reichsministerium des Innern, das Preußische Kultusministerium und die Notgemeinschaft für die Deutsche Wissenschaft sichergestellt worden. \diamond Zur Propaganda für den Mehrverbrauch von Roggen wurde vom Preußischen Landwirtschaftsminister eine *Roggenfibel* herausgegeben, die nach einem Erlaß des preußischen Unterrichtsministers in 600 000 Stück an den Schulen verteilt wurde. \diamond Auf der letzten Münchener Tagung der *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft* kam zum Ausdruck, daß eine Erhöhung des 1929 erheblich gekürzten Etats auf mindestens wieder 8 Millionen Mark dringend zu wünschen sei, da neuerdings besondere Arbeiten auf den Gebieten der Metall- und Wärmekraftforschung, der Elektrotechnik, der Landwirtschaft, der Medizin, insbesondere der Tuberkulose-, Krebs- und Syphilisforschung, gefördert werden sollten. Allein zur Hebung der Viehzucht waren über 300 000 Mark angefordert worden. \diamond Nach einer in der Bewegung, dem neuen Kampfblatt des *Nationalsozialistischen Studentenbunds*, am 6. Mai veröffentlichten Übersicht erhielten die Nationalsozialisten bei Wahlen zu Studentenvertretungen folgenden prozentualen Anteil an den abgegebenen Stimmen: an den Universitäten Erlangen 56,6, Greifswald 53,5, Gießen 36, Würzburg 30, Leipzig 28,5, Jena 27,8, Breslau 25,5, Heidelberg 23,3, Hamburg und München 16,6%, an den Technischen Hochschulen Berlin 30, Braunschweig 25, München 20, Darmstadt 17,5, an der Handelshochschule Mannheim 16,6%. \diamond Das Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg hat an die ihm unterstellten Schulbehörden eine Verfügung erlassen, die dem neuerdings immer mehr hervortretenden *politischen Rowdytum* an den Schulen entgegentritt und unter anderem die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften empfiehlt, die der Klärung des politischen Urteils der Schuljugend dienen sollen. \diamond In Wien wurde ein *Verband der Österreichischen Hochschulen* gegründet, der mit dem Verband der Reichsdeutschen Hochschulen besonders nach der Richtung hin zusammenzuarbeiten wünscht, daß die Studieneinrichtungen einander angeglich werden.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Mathematik: Grundlagen Die Mathematik hat sich in den letzten Jahrzehnten nach 2 Richtungen außerordentlich ausgedehnt. Nach der einen ist ein Zuwachs von neuen Gebieten zu verzeichnen; Mengenlehre, mehrdimensionale Geometrie, Gruppentheorie usw. Nach der andern Seite leistete die Grundlagenforschung ungeheure Arbeit in der methodisch einwandfreien Begründung der Mathematik und im Aufsuchen der letzten notwendigen Voraussetzungen. Man kann sagen, daß noch niemals so sehr die Mathematik eine exakte Wissenschaft gewesen ist wie in der Gegenwart. Zugleich aber sehen wir heute eine Unsicherheit über die Grundlagen dieser Wissenschaft, die ebenfalls bisher noch nicht da war. Bekanntlich wurde die Krisis akut durch die Antinomien der Mengenlehre, wodurch die Schwierigkeiten des Unendlichkeitsbegriffs wieder ins Licht traten, die man schon durch die Untersuchungen Cantors, Dedekinds und Weierstraß' für überwunden hielt. In der Mengenlehre wird die Menge aller reellen Zahlen, also eine unendliche Menge, als eine gegebene Gesamtheit aufgefaßt. Sie ist ein "aktuales" Unendliches zum Unterschied von dem "potentiellen" der Infinitesimalrechnung. Dieses aktuelle Unendliche wird nun von den *Intuitionisten* abgelehnt. Wohl läßt sich nach ihrer Meinung, der Jonas Brouwer und Hermann Weyl folgen, nach dem Prinzip der vollständigen Induktion, von der Zahl 1 aus immer weitergehend, die unendliche Reihe der Zahlen bilden. Aber man kann mit dieser Reihe, die "entsteht", nicht operieren, als ob sie fertig und abgeschlossen vor einem "läge", wie dies mit dem aktual Unendlichen der Menge aller reellen Zahlen beispielsweise der Fall ist. Nach der Auffassung des Intuitionismus lassen sich überhaupt nur insofern Aussagen über das Unendliche machen, als sein Gesetz bestimmt ist, also zum Beispiel über die Zahl 2 nur so weit, als sie berechnet ist. Da nun das aktual Unendliche eigentlich ein Nichtexistierendes ist, verliert in Aussagen über das Unendliche der Satz vom ausgeschlossenen Dritten seine Gültigkeit; das heißt, aus der Feststellung zum Beispiel, daß nicht alle reellen Zahlen algebraisch sind, darf nicht gefolgert werden; also gibt es reelle Zahlen, die nicht algebraisch sind; denn es kommt darauf an, daß diese Zahlen einzeln genannt werden können.

Den Intuitionisten stellen sich die *Formalisten* entgegen. Sie machen die Mathematik zu einem nach bestimmten Regeln vor sich gehenden Spiel, in dem es nicht auf Wahrheit sondern auf Widerspruchslöslichkeit ankommt. Dabei wird von jeder inhaltlichen Deutung abgesehen. Die mathematischen Urteile sind "ideale Aussagen". David Hilbert, der Führer dieser Richtung, bekennt: »Ich möchte der Mathematik ihren alten Ruf der unanfechtbaren Wahrheit, der ihr durch die Paradoxieen der Mengenlehre verloren zu gehen scheint, wiederherstellen, und zwar bei voller Erhaltung ihres Besitzstandes.« Auf dem Boden dieser formalistischen Auffassung von der Mathematik entwickelt Hilbert seine Axiomatik, die darauf ausgeht zu zeigen, wie sich alle Sätze der Mathematik auf gewisse wenige Axiome zurückführen lassen, und daß diese Axiome unter einander widerspruchlos sind, was insbesondere deshalb wichtig ist, weil der Satz vom ausgeschlossenen Dritten ebenfalls zu diesen Axiomen gehört. Wenn also gezeigt werden könnte, daß sich dieser Satz mit den transfiniten Axiomen nicht im Widerspruch befindet, dann könnte man, weil sich alle aus den Axiomen richtig abgeleiteten Sätze nicht widersprechen können, annehmen, daß der Satz vom ausgeschlossenen Dritten auch für unendliche Mengen gilt, deren einzelne Elemente wir nicht kennen. Damit wird sich der Intuitionismus nicht geschlagen geben. Er wird einwenden, daß die von der Axiomatik nachgewiesene Widerspruchslöslichkeit noch keine mathematische Existenz involviert, die erst durch die ausgeführte Konstruktion gegeben ist. So scheint denn die augenblickliche Problemlage die zu sein, daß eine endgültige Entscheidung zwischen diesen beiden Theorien nicht möglich ist. Sie scheinen am Wesen des Mathematischen beide eine ganz bestimmte Seite nur zu beschreiben, und es ist die Aufgabe der Zukunft die beiden Parteien dadurch zu versöhnen, daß die Problemenebene tiefer verlagert wird. Über die Eigenart dieser beiden Theorien wie überhaupt über die der Mathematik zugrunde liegenden philosophischen Probleme orientiert sehr gut eine umfangreiche Literatur, die zum Teil auch für den mathematisch weniger Gebildeten sehr verständlich ist. Da ist zunächst der Beitrag Hermann Weyls zu nennen, der unter dem Titel *Philosophie der Mathematik im Handbuch der Philosophie* /München, R. Oldenbourg/ steht. Scharfsinnig, immer auf die entscheidenden

Probleme gehend, reich mit historischen Exkursen versehen, wird gedrängt, aber doch alles Wesentliche berührend, die Eigenart der mathematischen Logik behandelt und das Wesen der axiomatischen Methode dargestellt. Die Erörterungen über Zahl und Kontinuum und das Unendliche untersuchen den Aufbau der Zahlenwelt und ihrer Grundlagen. Weyl ist auch hier noch dem Intuitionismus zugeneigt, wenn er auch dessen Schwierigkeiten mehrfach betont und die Bedeutung des Formalismus anerkennt. Wichtig ist Weyls Feststellung, daß die Stadien, die die Mathematik in der Grundlagenforschung durchlaufen hat, den 3 prinzipiell möglichen erkenntnistheoretischen Standpunkten entsprechen. Dem naiven Realismus entspreche die mengentheoretische Begründung; dem Idealismus sei der Intuitionismus äquivalent; im Formalismus lasse das Bewußtsein den Stoff des Gegebenen hinter sich und erfasse das Transzendente, aber als Symbol. Die selben Probleme werden in einer äußers' ansprechenden Form in einem Buch Walther Brands und Marie Deutschbeins erörtert, unter dem Titel *Einführung in die philosophischen Grundlagen der Mathematik* /Frankfurt, Moritz Diesterweg/. Dieses Buch, das eigentlich für den Schulunterricht bestimmt ist, läßt mit frohem Erstaunen erkennen, wie in der Hand geschickter Pädagogen auch die schwierigsten Fragen für die Schule als Lehrgegenstand möglich werden. Man findet hier unter anderm ebenso die mengentheoretischen Paradoxieen, die Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung, Logistik, das Raumproblem wie die spezielle und allgemeine Relativitätstheorie dargestellt. Die Verfasser bemühen sich nur zu referieren, was aber mit einer solchen gedanklichen Plastik geschieht, daß es ein Vergnügen ist ihrer Darstellung zu folgen.

Mathematische Lebendige Mathematik im Lehrbücher wahrsten Sinn des Worts bringt das unter diesem Titel veröffentlichte Buch Felix Auerbachs /Breslau, Ferdinand Hirt/. Das Buch beginnt mit höchst anschaulichen Erörterungen über Punkt und Linie, in denen gleich auch kompliziertere Kurven zur Besprechung kommen, wendet sich dann zur Behandlung der ebenen und krummen Flächen, der mannigfachen Körperformen und kommt dann zu arithmetischen und algebraischen Problemen. Reihen, Funktionsbetrachtungen und solche über Stetigkeit leiten zur Differential- und Integralrechnung über und zur

Behandlung der Differentialgleichungen, die bis zur Auflösung der partiellen Differentialgleichungen zur Darstellung kommen. Ein Kapitel über Kombinatorik und Wahrscheinlichkeitsrechnung und eines, das die mathematischen Probleme aufzeigt, die es in allen Wissens- und Lebensgebieten gibt, macht den Beschluß. Man muß dem Buch nachrühmen, daß es mit einem beispiellosen Geschick für leichtfaßliche Darstellung geschrieben ist (freilich nicht alles erschöpfend faßt).

Als Ergänzung zu diesem Buch kann man Andreas Speisers *Klassische Stücke der Mathematik* /Zürich, Orell Füssli/ anführen. Es bringt eine im ganzen recht geschickte Auswahl aus der mathematischen Literatur seit der Antike. Man findet unter anderen Platon, Aristoteles, Euklid, Archimedes, Leonardo da Vinci, Descartes, Pascal, Bernoulli, Euler, Einstein, Hjelmslev. Die ausgewählten Stücke geben einen guten zutreffenden Eindruck von der wissenschaftlichen Persönlichkeit ihrer Verfasser und von ihrer Stellung in der Geschichte der Mathematik.

Einführungen Eine Einführung in die *Philosophie*, herausgegeben von Franz Schnaß, legt der Verlag A. W. Zickfeldt in Osterwieck am Harz vor. Die einzelnen Kapitel sind von namhaften Philosophieprofessoren und -dozenten verfaßt. Pädagogisch sehr gut ist der Beitrag Hermann Noacks /Hamburg/ über Philosophie und Wissenschaft, der in einer kurzen Wissenschaftsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert den Zusammenhang der Entwicklung mit philosophischer Fragestellung zeigt. Erkenntnistheorie ist von Richard Herbertz behandelt, Metaphysik von August Messer, Naturphilosophie von Edgar Zilsch, Philosophie der Technik von Friedrich Dessauer, Kulturphilosophie von Georg Burckhardt, Geschichtsphilosophie von Georg Mehlis, Staatsphilosophie von Max Wundt, Ethik von Gustav Störing, Ästhetik von Richard Müller-Freienfels, Religionsphilosophie von Gustav Mensching, Philosophie der Erziehung von Ernst Kriek. Da diese Autoren alle durch zahlreiche Veröffentlichungen auf den von ihnen behandelten Gebieten bekannt sind, erübrigt sich ein Eingehen auf den Inhalt der hier zusammengestellten Arbeiten. Es muß aber erwähnt werden, daß die klare und eindringende Behandlung der Probleme in allen Beiträgen und die Beigabe von zahlreichen Literaturangaben das Werk zu einem sehr wertvollen Hilfsmittel zur Einführung in die Philosophie machen.

Wesen und Wert der *Mathematik* behandelt sehr feinsinnig Gustav Junge in einem Bändchen der Sammlung *Wissen und Wirken* /Karlsruhe, G. Braun/. In ansprechender Form werden das Wesen der Zahl, der Aufbau der Zahlenwelt, der moderne Zahlenbegriff und das Kontinuum, die Grundlagen der Geometrie, die nichteuklidische Geometrie und schließlich der Erkenntnis- und Bildungswert der Mathematik dargelegt.

Neuausgaben Der rührige Verlag Alired Kröner in Leipzig gibt in der Sammlung seiner Taschenausgaben *Friedrich Nietzsches Zarathustra* neu heraus. Die Ausstattung ist vorzüglich. Der Herausgeber Alfred Baeumler hat die Einführung von Peter Gast beigelegt und selber noch ein biographisches Nachwort geschrieben.

Eine der schönsten Arbeiten des tief-sinnigen russischen Denkers *Wladimir Solowjew* ist seine Abhandlung *Der Sinn der Liebe*, übersetzt von Ernst Keuchel /Riga, Baltischer Verlag/. Es ist ein Gegenstück zu Schopenhauers *Metaphysik der Geschlechtsliebe*, nicht unbeeinflusst davon, aber so sehr aus einer andern Gedankenatmosphäre erwachsen, daß es höchst reizvoll ist den westlichen und den östlichen Denker auf diesem Gebiet mit einander zu vergleichen.

Tagungen In Oxford soll vom 1. bis zum 5. September der 7. *Internationale Kongreß für Philosophie* tagen, und zwar in 4 getrennten Sektionen: nämlich für Metaphysik, für Logik und Erkenntnislehre, für Ethik, Politik, Ästhetik und für Geschichte und Philosophie.

In Breslau wird vom 1. bis zum 4. Oktober unter dem Vorsitz des Leipziger Psychologen Felix Krueger die *Deutsche Philosophische Gesellschaft* tagen. Ganzheit und Form lautet das Hauptthema. Unter anderen werden Edgar Dacqué über Philosophie des Organischen, Günther Ipsen über Sprache und Gespräche, Felix Krueger über Erlebnisganzheit und seelische Struktur, Max Wundt über Ganzheit und Form in der Geschichte der Philosophie sprechen.

Vom 7. bis zum 9. Oktober wird in Hamburg der 4. *Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft* tagen, in dessen Mittelpunkt die Diskussion über das Raum- und- Zeit-Problem stehen soll. Als Referenten sind Ernst Cassirer, Hermann Friedemann, Wilhelm Pinder, Karl Vobler, Max Herrmann, Walter Riezler, Max Dessoir und andere vorgesehen.

Kurze Chronik Der Heidelberger Philosophieprofessor Ernst Hoffmann bereitet eine kritische Gesamtausgabe der Werke des *Nicolaus Cusanus* vor. ◊ Auf den Göttinger Lehrstuhl David Hilberts wurde *Hermann Weyl* aus Zürich berufen. ◊ Als Nachfolger Max Wundts, der nach Tübingen ging, wurde der Leipziger Extraordinarius *Hans Leisegang* als ordentlicher Professor nach Jena berufen. ◊ An der Universität Berlin *habilitierte* sich für Philosophie und Psychologie Hans Friedländer; an der Universität Jena Heinrich Grell für Mathematik. ◊ Nach einem Plan der Danziger Ortsgruppe der Schopenhauer-Gesellschaft soll am 150. Geburtstag Arthur Schopenhauers, am 22. Februar 1938, ein *Schopenhauerdenkmal* errichtet werden, und zwar in Danzig als der Vaterstadt des Philosophen.

Literatur Im Münchener Dreimaskenverlag erschien eine Studie *Johann Ludwig Fischers* über die Zukunft der europäischen Kultur. Der Verfasser, seit einigen Jahren Privatdozent an der Universität Brunn, legt hier Betrachtungen vor, die deutlich machen wollen, wie die europäische geistige Welt sich seit dem Vordringen der Naturwissenschaften um die Mitte des 19. Jahrhunderts in einer zunehmenden Desorientierung und Auflösung befindet, was deutlich die sozialen Erscheinungen beweisen sollen. Rettung könne nur von der Religion kommen, wenn sie Weltbejahung sei. Die Beschreibung der unmittelbaren Vergangenheit und vieler gegenwärtiger geistiger Erscheinungen ist oft recht lebendig, der Blick in die Zukunft ist aber ohne schöpferische Kraft. ◊ Paul Sakmann stellt in Frommanns Klassikern der Philosophie /Stuttgart, Fr. Frommann/ *Ralph Waldo Emersons* Geisteswelt nach den Werken und Tagebüchern dar. Es ist die genaueste Darstellung, die wir vom Leben und von der Lehre des amerikanischen Denkers haben. Viele Irrtümer werden durch sie jetzt berichtigt. ◊ Der Psychiater Hans Prinzhorn läßt 2 Reden über *Friedrich Nietzsche* erscheinen, unter dem Titel Nietzsche und das 20. Jahrhundert /Heidelberg, Niels Kampmann/. Nietzsche erscheint hier als Schöpfer eines neuen Menschenbildes und einer neuen Psychologie, welche These mit eingehender Kenntnis und hohem Schwung der Gedankenführung dargelegt wird. Das neue Menschenbild ist die Hinwendung zum Dienst am Leben, »welches mehr ist als alle Vernunft«.

Psychologie / Hugo Ehlers

Behaviorismus Alle anderen Richtungen der Psychologie stellen das Bewußtsein in deren Mittelpunkt. Der Behaviorismus aber lehrt, die Verhaltensweisen oder Aktivitäten des menschlichen Wesens seien ihr Hauptinhalt, wobei Bewußtsein als unbrauchbarer, unerklärlicher Begriff ausgeschaltet wird. Die Introspektion wird als ungangbarer Weg verworfen. »Im Jahr 1912 beschlossen die Behavioristen sich nicht mehr länger mit Unberührbarem und Unnahbarem zufrieden zu geben. Sie wollten entweder auf Psychologie überhaupt verzichten oder sie zu einer Naturwissenschaft machen. Sie sahen die Fortschritte der Schwesterwissenschaften der Medizin, Chemie und Physik . . . In dem Bemühen Einheitlichkeit der Hauptbegriffe und Methoden zu erlangen wurden sofort alle mittelalterlichen Begriffe vom Behavioristen fortgeräumt. Alle subjektiven Bezeichnungen wie Empfindung, Wahrnehmung, Vorstellung, Wunsch, Zweck und selbst Denken und Fühlen wurden aus seinem Wörterbuch gestrichen.«

Beobachten können wir nach *John Watson* (Behaviorismus, übersetzt von Fritz Giese/Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/) nur das »Verhalten«, das, was der Organismus tut und sagt, bestehend aus Reiz- und Reaktionsvorgang. Daher wird die Grenze gegen die Physiologie nur durch die Gruppierung der Probleme, nicht durch grundsätzliche und zentrale Gesichtspunkte bestimmt. Während jene die Funktionen im einzelnen betrachtet, ist die behavioristische Psychologie daran interessiert, was das Lebewesen »vom Morgen bis zum Abend und vom Abend bis zum Morgen tut«, um in der Lage zu sein die menschliche Handlungsweise voraussagen und überwachen zu können. Reaktionsleistungen haben die Tendenz einen Zustand herbeizuführen, der eine weitere Reaktion erspart. Auf jeden effektiven Reiz, der den normalen Widerstand bei Durchtritt des sensorischen Reizes vom Sinnesorgan auf die Muskeln überwinden kann, erfolgt nach Beobachtungen Watsons eine Reaktion, und zwar unmittelbar, entweder als äußere Handlung oder innerkörperlich (Kind vor dem Konditorladen). Der Behaviorismus unterscheidet gelernte und ungelernete Reaktionen, diese so zahlreich, daß er so weit geht den Begriff Instinkt fallen zu lassen: Ausdünstung, Atmung, Herzschlag, Verdauung, Blickwendung des Auges zum Licht, Zusammenziehung

der Pupillen, Reaktion von Furcht bei lautem Schall. In diese Liste werden ohne weiteres die Instinkte gestellt. Neuartig ist die Reduktion des Furchtinstinkts auf wenige ursprüngliche Verhaltensweisen, deren Kopplung mit an sich furchtneutralen Erlebnissen diese zu dauernd furchtbetonten macht.

Nun geht der Behaviorismus Watsons vom Beobachten des Verhaltens aus und bemängelt an James' klassischer Definition »Beschreibung und Erklärung von Bewußtseinszuständen als solchen« die unerklärte Einführung eines Begriffs (Bewußtsein). J. E. Sneathlage (Der Behaviorismus, im 34. Band der Kantstudien /Berlin, Panverlag Kurt Metzner/) fragt hier, ob der Unterschied so groß sei, wenn man die Psychologie auf »observation« statt auf »consciousness« begründe. Watson, der James eine *petitio principii* vorwirft, weil er vom Bewußtsein als von etwas Bekanntem ausgeht, setzt ebenso die »Beobachtung« als bekannte Größe voraus. Nun ist zwar observation auch eine Art behavior, aber doch nur spezieller Art. Und diese soll zur Grundlage alles übrigen Verhaltens genommen werden. Schwierigkeiten liegen weiter in der Frage: Was können wir beobachten? Oben wurde Watsons Abgrenzung der in seinem Sinn verstandenen Psychologie von der Physiologie erwähnt. Sie gelingt durch die Einführung des Begriffs der organischen Einheit. Ist diese nun einfach Verhaltenserscheinung unter anderen oder ein ideeller Gesichtspunkt wie der des Bewußtseins? Aber zu einem so weitgehenden Zugeständnis ist die nichtbehavioristische Psychologie (die sich hierin auch schwerlich umstellen dürfte) keineswegs genötigt. »Wenn behavior sich letzten Endes zurückführen läßt auf die Bewegung von Elektronen, dann hat der Behaviorismus als Wissenschaft ebenfalls abgewirtschaftet, weil er sich vom psychologischen Gesichtspunkt aus betrachtet als eine Illusion erweist. Dann kann die Psychologie ihre Aufgabe ruhig der Physik überlassen, aber dann hat es auch keinen Sinn mehr Bücher und Zeitschriftenartikel zu schreiben, die der Psychologie als Wissenschaft gewidmet sind.« Von dieser überempiristischen Richtung wird auch die Wirksamkeit irgendwelcher geistiger Faktoren bei der Vererbung abgelehnt und diese zu einer solchen der äußern Struktur eingeeengt (»Geburtsausrüstung«). »Als letzte Schlußfolgerung«, sagt Watson, »möchte ich behaupten, daß es keine Vererbung von Fähigkeiten, Talent, Temperament, seelischer Konstitution und Charakter-

eigenschaften gibt. Auch diese Dinge hängen von der Übung ab, die schon in der Wiege beginnt.« Unterschiede der Struktur und solche der frühkindlichen Übung erklären alle Unterschiede spätern Verhaltens. Die Erbllichkeit des musikalischen Talents wird auf eine Strukturvererbung der Hände, der Finger, des für Gesang geeigneten Halses zurückgeführt, weil der Behaviorist Dinge wie Charakterzüge, Disposition, aber auch Neigungen nicht anerkennt.

Tagungen Vom 20. bis zum 27. April fand in Athen der 4. *Internationale Kongreß für Parapsychologie* statt. Athen, das in den letzten 20 Jahren seine Einwohnerzahl von 145 000 auf 1 Million gesteigert hat und als das neue Zentrum Osteuropas anzusehen ist, hatte eine große Kongreßbesucherzahl angezogen. Ehrenpräsident des Kongresses war Hans Driesch. Es wurden die Probleme des Hellsehens, der Suggestion, der Psychometrie, der Telekinese und des Ektoplasmas erörtert. Der griechische Nervenarzt Konstantinides sprach über seine ferntelepathischen Experimente, die unter der Leitung Tanagras von Athen aus mit anderen Städten: Wien, Warschau, Paris, angestellt worden waren.

Der Kongreß des *Verbands der Deutschen Praktischen Psychologen* wurde dieses Jahr unter dem Vorsitz Karl Marbes im Juni in Dortmund abgehalten. Er beschäftigte sich mit Konstitutions- und Führerpsychologie. Johann Baptist Rieffert bezeichnete als Eignungsausweis des taktischen Führers Kenntnis und Fertigkeit auf dem speziellen Tätigkeitsgebiet, distributiven Überblick und Urteilskraft die besonderen Orts-, Zeit- und Sachumstände dem vorgeschriebenen Arbeitsplan richtig einzuordnen, während der strategische Führer darüber hinaus einer schöpferischen Geistesanlage zur Konzeption organisatorischer Leitideen und der Fähigkeit intuitiver Vorwegnahme eines unter gegebenen Bedingungen durchführbaren Plans bedürfte. Der Konstitutionspsychologie fällt, im Gegensatz zur Strukturpsychologie, die Untersuchung der Beschaffenheit der seelischen Anlagen zu. Die psychophysische Konstitution ist, wie Walter Jaensch ausführte, als »funktionale Grundstruktur aller körperlichen und geistigen Lebensprozesse« zu fassen. In dem Schichtensystem, das diese bilden, erheben sich auf dem Untergrund der rein somatisch-physiologischen Lebensprozesse die af-

fektssomatischen Vorgänge, darüber endlich die höheren seelischen Funktionen. Es sind 3 Grundformen in der Struktur des Schichtenaufbaus der Persönlichkeit zu unterscheiden. Der integrierte Typus zeigt eine stärkere Verkopplung psychischer und physischer Lebensvorgänge, verbunden mit einem höhern Einfluß des psychischen Lebens auf die Gesamthaltung der Persönlichkeit. Es ist der Typus der Künstlernaturen, der dem stark integrierten Kindheitstypus nahesteht. Dem Alter folgend, nimmt die Verkopplung der psychophysischen Funktionen ab. Der desintegrierte Typus stellt zum Beispiel gewisse höhere geistige Inhalte abseits von seinen übrigen Lebensvorgängen. Einen Übergang stellt der synästhetische Typus dar.

Vom 25. bis zum 28. September wird in Berlin der 4. *Internationale Kongreß für Individualpsychologie* tagen. Er wird mit einem öffentlichen Vortrag Alfred Adlers eingeleitet werden. Der Medizin, der Pädagogik, der Soziologie will man je einen Verhandlungstag widmen.

Gemeinverständliche Schriften

Eine Anleitung zu praktischen Übungen (neben Ausführungen über Phantasie, Wille und Gedächtnis im Arbeitshalt des Lebens), um die schlecht und unwirtschaftlich arbeitende "Maschine" Seele zu verbessern, enthält das auf breiterer Basis aufgebaute Buch Arnold Hahns *Die Steigerung der geistigen Leistungsfähigkeit* (Leipzig, Grethlein & Co.), zum Beispiel Telegrammversuch, 3-Worte-Übung, Kombinationsfähigkeit, Schemaübung (Zurückführung eines komplizierten Sachverhalts auf ein graphisch übersichtliches Schema), Definierübung. Das Ziel der Leistungssteigerung hat auch, auf einem abgegrenzten Gebiet, ein amerikanisches Buch: E. D. Smith' *Psychologie für Vorgesetzte* (übersetzt von R. L. Mehmke und J. Mehmke-Canive (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt)). Der Verfasser, Hochschullehrer und zugleich Abteilungsleiter einer amerikanischen Firma, will hauptsächlich eine psychotechnische Methode der Ausschaltung unrationeller Konflikte sowohl innerhalb der eigenen Persönlichkeit wie einer Gemeinschaft geben. Die besonders für Kaufleute gedachte Zusammenfassung von Taktiken der *Entscheidungstechnik* ist in dem Buch Paul Wallfisch-Roulins *Entscheidungstechnik: 100 Regeln zur Gewinnung der richtigen Flüssigkeit bei Entscheidungen* (Stuttgart, Verlag für Wirtschaft und Verkehr/ durchaus praktisch angelegt. Grundge-

danke ist der Vorsprung (im Gegenstand, in Beziehungen, in technischen Erfahrungen, in Organisation und Arbeitsweise), der erreicht werden soll. Das Buch will die in jedem Menschen naturhaft erwachsende unbewußte Entscheidungstechnik zum Bewußtsein erheben, um sie widerspruchsfrei zu machen.

Kurze Chronik Das Psychologische Institut der Universität Jena führt eine psychologische und anthropologische Untersuchung von *Zwillingsgeschwistern* aus, die wichtige Ergebnisse verspricht. Die Untersuchung soll sich auf sämtliche Thüringer Volksschulen erstrecken. ◊ Der Münchener Psychiater *Johannes Lange* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Psychiatrie und Neurologie in Breslau, als Nachfolger Robert Wollenbergs. ◊ In der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin *habilitiert* sich Mathilde Hertz für Psychologie, mit einer Antrittsvorlesung über das Problem des Instinkts.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Regierungssturz In den von Walter Jellinek herausgegebenen Abhandlungen zur Reichsverfassung (Berlin, Georg Stilke) erschien eine Arbeit *Fritz Fellers* über Erschwerungen des Sturzes der Reichsregierung und der Landesregierungen ohne Änderung der Reichsverfassung. Sie behandelt das in letzter Zeit immer mehr aktuelle und äußerst wichtige Problem, wie das Kernstück des parlamentarischen Systems der Reichsverfassung, der Artikel 54, wonach der Reichskanzler und die Reichsminister des Vertrauens des Reichstags bedürfen und zurücktreten müssen, wenn der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht, im Fall eines Mißtrauensvotums auszulegen ist. Der Verfasser verfolgt die Tendenz eine Auslegung näher zu begründen, die vor allen Dingen Jellinek selbst vertritt, und die in dem Satz gipfelt, daß eine durch Mißtrauensbeschluß des Reichstags abvotierte Reichsregierung nicht zurückzutreten brauche sondern im Verein mit dem Reichspräsidenten den Reichstag auflösen könne. Zur Begründung dieser These wird kein positiver Beweis geführt, sondern ein indirekter. Feller geht davon aus, daß 2 Typen von Parlamentarismus bestehen: der englische, der ihm der echte scheint, und der französische, den er den unechten nennt. In England habe das Kabinett bei Konflikt mit dem Parlament die Möglichkeit die Krone zur Parla-

mentsauflösung zu veranlassen; je nach der Entscheidung des Volks bleiben die Minister im Amt oder treten zurück. In Frankreich dagegen bestehe dieses Gleichgewicht zwischen Gesetzgebung und Exekutive nicht, sondern die Regierung müsse nach dem Mißtrauensvotum zurücktreten. Nach der wörtlichen Auslegung des Artikels 54, wie sie auch die Literatur vertrete, müsse auch bei uns die Regierung nach dem Mißtrauensvotum zurücktreten. Die Entwicklung, die durch diese Auslegung herbeigeführt sei, befriedige nicht, denn weder die Kabinettskrisen noch die endlosen Verhandlungen bei Neubildung des Kabinetts seien einer stetigen Politik zuträglich. Darum müsse eine neue Auslegung des Artikels 54 gesucht werden. Feller will nun die englische Art des Parlamentarismus eingeführt sehen. Er beschränkt sich auf den indirekten Beweis, indem er die durch Ernst Wolgast in der Broschüre *Zum deutschen Parlamentarismus vertretene Gegenmeinung* (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 544 und folgende) im einzelnen zu widerlegen strebt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob es Feller gelungen ist die Anschauung Wolgasts zu widerlegen. Keineswegs wird die von ihm gezogene Schlussfolgerung, daß die Reichsregierung nach einem ihr erteilten Mißtrauensvotum mit dem Reichspräsidenten den Reichstag aufzulösen vermöchte, gerechtfertigt. Weder der Wortlaut noch die Stellung des Artikels 54 lassen eine derartige Auslegung zu. Ein Widerspruch zwischen Artikel 54 und Artikel 25 der Reichsverfassung besteht in Wirklichkeit nicht. Denn Artikel 25 der Reichsverfassung wird durch Artikel 54 tatsächlich eingeschränkt, indem der Reichspräsident von seiner Befugnis zur Auflösung des Reichstags dann keinen Gebrauch mehr machen kann, wenn die Reichsregierung durch Mißtrauensvotum gestürzt ist, und der Reichskanzler demgemäß als nur geschäftsführender Kanzler die erforderliche Gegenzeichnung zu dem Akt der Reichstagsauflösung nicht mehr vornehmen kann. Zudem führt der von Feller gemachte Vorschlag der Auslegung auch nicht zu dem von ihm gesteckten Ziel, nämlich den Sturz der Reichsregierung zu erschweren. Es hat sich bisher nicht gezeigt, daß die Furcht vor der Auflösung des Reichstags stets zu einer gegenüber den Regierungswünschen nachgiebigen Haltung bewogen hätte. Auch ist noch folgendes einzuwenden: Ein abvotiertes Kabinett löst mit dem Reichspräsidenten den Reichstag auf. Der neue Reichstag spricht erneut sein Mißtrauen

aus. Nach Fellers Beweisführung wäre es durchaus denkbar, daß die erneut abvotierte Reichsregierung mit Hilfe des Reichspräsidenten aus einem leicht zu findenden Anlaß wiederum den Reichstag auflöst. Eine solche Handhabung widerspräche nach der Reichsverfassung ohne Zweifel dem parlamentarischen System. Aber welcher Unterschied besteht zwischen der 1. Auflösung und der 2., die nach Fellers Beweisführung beide verfassungsmäßig zulässig sind? Wo ist die Grenze? Nehmen wir an, daß der Reichstag soeben neu gewählt ist, und das aus ihm gebildete Kabinett nach kurzer Zeit bereits durch Mißtrauensvotum aus irgendeinem Anlaß zu Fall gebracht wird; soll auch in solchem Fall, wo das Volk durch die Reichstagswahl soeben gesprochen hat, die abvotierte Reichsregierung schon wieder an das Volk appellieren dürfen? Zweifellos würde eine solche Auslegung auch von Feller als der dem Parlament von der Reichsverfassung eingeräumten Stellung nicht entsprechend angesehen werden.

Die Bemühungen durch Auslegung der Reichsverfassung zu einer sinnvollen Handhabung des parlamentarischen Systems zu kommen sind gewiß anzuerkennen. Es wird aber übersehen, daß dieses Problem von der Seite der Verfassung überhaupt nicht gelöst werden kann sondern nur von der Seite der praktischen Politik. Auch eine noch so durchdachte Auslegung der Reichsverfassung kann nichts helfen, wenn die politischen Kräfte in Deutschland nicht in stande sind einen aktionsfähigen Reichstag zu bilden. Alle Parteien, denen nicht die Diktatur sondern die parlamentarische Demokratie als heute einzig mögliche Grundlage gesicherten deutschen Staatslebens am Herzen liegt, haben daher die Pflicht durch jede ihrer Handlungen den Sinn der Volkskreise, an die sie sich wenden, für die Realität eines koalitionsmäßigen Zusammenarbeitens verschiedener Parteien auf parlamentarischer Grundlage zu schärfen. Wenn es nicht gelingt dieses Verantwortungsbewußtsein im Volk zu wecken (damit es gelingt, müssen in erster Linie verantwortungsbewußte Führer sein), wird trotz allen Versuchen die Reichsverfassung auszulegen, auch wenn sie noch so gut gemeint sein mögen, der Augenblick kommen, an dem sich das parlamentarische System totlaufen wird. Daß man jetzt immer wieder daran geht das parlamentarische System durch mehr oder weniger weitreichende Interpretation der Verfassungsvorschriften zu stützen, zeigt nur, wie ernst die Krisis ist.

Strafrechtsreform

Dem Reichstag ging vor kurzem der Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz zu. Ist er auch durch die Auflösung des Reichstags, ebenso wie der Strafgesetzentwurf, formal zunächst gefallen, so bleibt seine Substanz zweifellos für die künftige Gestaltung der Strafrechtspflege von größter Bedeutung. Aus der Begründung des Gesetzentwurfs sei daher hier einiges Hauptsächliche aufgeführt.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs stellt bekanntlich keine Kodifikation von zersplitterten Strafrechtsbestimmungen dar wie das alte Strafgesetzbuch, das das Länderstrafrecht in ein Reichsstrafrecht zusammenfaßte, sondern soll das Reichsstrafrecht auf neue Grundlagen stellen. In ihm wird die Persönlichkeit des Täters in den Vordergrund gestellt, und ein größerer Spielraum in der Strafzumessung dem Richter gewährt. Mildernde Umstände werden bei Verbrechen und Vergehen allgemein zugelassen, Polizeiaufsicht und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sollen beseitigt werden. Eine Unterbrechung der Verjährung findet nicht mehr statt. Diese und andere allgemeine grundsätzliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand können selbstverständlich nicht nur auf die vom eigentlichen Strafgesetzbuch erfaßten Tatbestände beschränkt bleiben. Die Rechtsgleichheit erfordert, daß sie auf das gesamte Strafrecht des Reichs und der Länder ausgedehnt werden. Aufgabe des Einführungsgesetzes ist es diese Notwendigkeit durchzuführen.

In erster Linie erstreckt sich daher die Anwendung der allgemeinen Vorschriften des neuen Strafgesetzbuchs auf das gesamte Nebenstrafrecht. Diese Anpassung wird auf 2fache Weise erreicht. Einmal wird eine Anzahl allgemeiner Anpassungsvorschriften aufgestellt, die das gesamte geltende Reichs- und Landesstrafrecht erfassen. In dieser Richtung ist zu erwähnen, daß zum Beispiel bei Abgrenzung zwischen Vergehen und Übertretungen und bei Gestaltung der Strafrahmen, vor allem der Verwendung von Geldstrafe und Haft im Gebiet der Nebengesetze, die Grundsätze des allgemeinen Strafrechts anzuwenden sind. Eine Reihe von Sondervorschriften der Nebengesetze wird teils entbehrlich, teils aber, wie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, wegen Unvereinbarkeit mit dem neuen Strafrecht wegzufallen haben. Soweit durch diese allgemeinen Anpassungsregeln das Ziel nicht erreicht werden kann, müssen die in Betracht kommenden Gesetze im einzelnen geändert werden. Es kommen mehr als 200 Reichsgesetze mit strafrechtlichem Inhalt in Betracht. Die Landesstrafgesetze müssen durch entsprechende Einzeländerung mit der Landesgesetzgebung in Einklang gebracht werden. Ebenso muß die Änderung des Strafrechts auch das Strafverfahren und die Gerichtsverfassung ändern. Die erstmalige eingehende gesetzliche Regelung der Materie erfordert, daß der Entwurf eines Einführungsgesetzes auch das Strafvollzugsgesetz berücksichtigt. Über diesen eigentlichen Aufgabenkreis eines Einführungsgesetzes hinaus löst der Entwurf noch eine Reihe von Fragen, die mit der Strafrechtsreform zusammenhängen. Hierher gehören vor allem die Maßnahmen, durch die die Anzahl der Eide im Straf- und Zivilprozeß sowie in sonstigen Verfahrensarten auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden soll.

Der von Fritz Poetzsch-Heffter verfaßte Handkommentar der *Reichsverfassung* kam in neubearbeiteter und vermehrter Auflage heraus /Berlin, Otto Liebmann/. Neben selbstverständlicher Gründlichkeit und wissenschaftlicher Genauigkeit kann als Hauptvorzug des Kommentars seine stets spürbare lebendige Verbindung mit der Praxis des Verfassungsrechts gelten. Dies gibt ihm seinen besondern Stempel und seine Bedeutung.

Informationsmittel

Clemens Nörpel hat die *Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung* zum arbeitsgerichtlichen Verfahren zusammengestellt und erläutert /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. In der Broschüre sind sämtliche Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts zum arbeitsgerichtlichen Verfahren berücksichtigt. Die übersichtlichen Überschriften erleichtern das Auffinden. Das Büchlein soll und wird auch über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus beachtet werden.

Hans Kühne und Erwin Rawicz haben, wie hier schon in der Rundschau Sozialpolitik angezeigt, ein Handbuch der Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung herausgegeben /Berlin, Gustav Schenck Nachfolger/. Die durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 bewirkte grundlegende Umgestaltung der *Arbeitslosenversicherung* wird in sozialpolitischer und rechtlicher Hinsicht tiefgründig und umfassend kommentiert. Das Buch ist ein ausgezeichnetes Ratgeber, gerade auch für die Praxis.

Kurze Chronik Das Institut für Arbeitsrecht an der Universität Halle stellte diese **Preisaufgabe**: »Die Haftung aus Tarifverträgen nach deutschem Recht unter Berücksichtigung des österreichischen und schweizerischen Rechts.« Der Preis beträgt 1500 Mark. Die Arbeiten sind bis zum 31. März 1931 an das Institut einzusenden. Die Universität Greifswald stellt bis zum 1. März 1932 die folgende Preisaufgabe: »Sind die "allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts" gegenüber dem gewöhnlichen Gesetzesrechte Normen höheren Grades?« Die Bearbeitung soll auch weitestgehende Berücksichtigung des Auslands zeigen. Der Preis beträgt 1000 Mark. ◊ Das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat eine umfangreiche Denkschrift über die Form des *juristischen Studiums* in Preußen den Fakultäten der Universitäten zugehen lassen. ◊ Der Leipziger Professor für Arbeitsrecht *Erich Molitor* übernahm das Ordinariat an der Universität Greifswald. ◊ Der Wiener Staats- und Völkerrechtslehrer *Hans Kelsen*, der bei der Schaffung der österreichischen Verfassung eine so große Rolle gespielt hat, folgte, aus Wien von den Christlichsozialen herausgeekelt, einem Ruf an die Universität Köln, auf den neubegründeten Lehrstuhl für Völkerrecht. ◊ Der Ordinarius für Straf- und Prozeßrecht an der Universität Kiel *Erik Wolf* folgt einem Ruf nach Freiburg. Sein Interesse gilt auch rechtsphilosophischen und soziologischen Problemen.

Literatur In den von Friedrich Giese und Karl Strupp herausgegebenen *Frankfurter Abhandlungen zum modernen Völkerrecht* /Leipzig, Robert Noske/ behandelt, unter dem Titel Palästina ein werdender Staat, *Ernst Marcus* die Rechtsprobleme Palästinas. Er gibt darüber hinaus ein positives Bekenntnis zu den im Palästina-mandat enthaltenen Rechtsprinzipien. In seiner Verteidigung der großen Rechtsidee des überstaatlichen Rechts ist es ein ausgezeichnetes Werk, das auch über das besondere Thema der Schrift hinaus interessieren wird. ◊ Das Arbeitsverhältnis im fascistischen Recht behandelt *Ulrich Heinersdorff* /Berlin, Julius Springer/. Die gesetzgeberischen und organisatorischen Neuerungen des fascistischen Regimes auf dem Gebiet des Arbeitsrechts werden kurz, aber hinreichend untersucht. Wer sich mit diesen Fragen bekanntmachen will, ohne zu sehr in die Einzelheiten hineingehen zu wollen, dem wird die Schrift ein guter Wegweiser sein.

Hygiene / Lisbeth Berndt

Internationale Hygieneausstellung Die 1. Internationale Hygieneausstellung in Dresden im Jahr 1911 (siehe diese Rundschau, 1911 II Seite 1058 und folgende), veranstaltet durch die Initiative und die Anregungen Karl August Lingners, hatte das Interesse der Öffentlichkeit in unvorhergesehenem Maß hervorgerufen. Es ergab sich von selbst die Forderung die Menge des wertvollen Materials als dauernden Besitz der Gesamtheit zu erhalten. Das wurde der Anlaß zu der Gründung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden, dessen Räumlichkeiten sich aber allmählich als viel zu klein für die immer reichhaltiger und neuartiger werdenden Sammlungen erwiesen. So wurde der Plan gefaßt und nach außerordentlichen Schwierigkeiten auch verwirklicht: ein neues würdiges Heim zu schaffen. Es erstand, von Wilhelm Kreis gebaut, der monumentale Neubau des Deutschen Hygienemuseums mit der bleibenden, vorbildlichen allgemeinhygienischen Schausammlung und der Sonderabteilung Hygienische Volks-erziehung. Seine Einweihung wurde mit der Eröffnung der 2. Internationalen Hygieneausstellung in Dresden am 17. Mai verbunden.

Es ist von großem Wert nach Ablauf von 19 Jahren wieder eine solche Übersichts-schau zu veranstalten. Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich gerade in den letzten beiden Jahrzehnten durch das Zusammentreffen der verschiedensten Faktoren sehr geändert, es ist eine Verschiebung zuungunsten einer natürlichen hygienischen Lebensweise eingetreten. Um so mehr arbeiten Aufklärung, Fürsorge, Technik, Wissenschaft daran die Volksgesundheit wieder optimalen hygienischen Verhältnissen zuzuführen. Inwieweit das erst erstrebt wird oder schon gelungen ist, davon legt die Dresdener Ausstellung Zeugnis ab, die in großzügiger Weise alle Entwicklungsmöglichkeiten, Leistungen, Fortschritte der Hygiene und ihrer weitestgefaßten Grenzgebiete zusammenschließt.

Schon die Schlagworte geben einen Begriff von der Größe, Vielseitigkeit und Verantwortlichkeit der Aufgaben, die sich die moderne Hygiene gestellt hat, und zu deren Erfüllung sie hinstrebt. Auf einem Gelände von 400 000 Quadratmeter, auf einem Bodenraum von 50 000 Quadratmeter baut sich die Ausstellung auf, die in 2 Hauptabteilungen gegliedert ist. Die 1. Abteilung der Öffentlichen Gesundheitspflege wird von den Städten

unter Führung des Deutschen Städte-tags, von den Ländern und vom Reich bestritten. Besonders eindrucksvoll ist hier das auf einem großen Zentralblock plastisch aufgebaute Schema der Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens in den letzten 100 Jahren, in dem auch nicht die vorläufig noch unerfüllten dringendsten Forderungen der Zukunft vergessen sind. Die 2. Hauptabteilung der Persönlichen Hygiene ist in 14 fachwissenschaftliche Gruppen eingeteilt, deren jede eine kleine Ausstellung für sich ist, und, soweit das zweckmäßig ist, durch eine Industrieschau ergänzt wird. Die Unterabteilungen sind hier: Landwirtschaft einschließlich Fleisch- und Milchhygiene, Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und Siedlung (unter besonderer Berücksichtigung des Hausbaus für Kranke und für kinderreiche Familien), Schädlingsbekämpfung und Desinfektion, Arbeits- und Gewerbehygiene, Leibesübungen; dann die Zweige, die nicht mehr nur durch das behandelte Thema sondern durch die anschauliche Art der Darstellung der Allgemeinheit viel Anregung bieten: Das Kind, Die Frau in Familie und Beruf, Aberglaube und Gesundheit; endlich die ausgedehnte, bis ins kleinste orientierende Sonderschau Das Krankenhaus. Der inhaltlich packenden Abteilung Gesundes Seelenleben wäre eine mehr künstlerische Gestaltung sicher von Nutzen gewesen. Die überpolitische Gemeinsamkeit der Fragen der Gesunderhaltung des Menschen hat die Teilnahme einer Reihe von fremden Staaten und Organisationen an dem Ausstellungswerk veranlaßt. Die Hallen auf dem äußerlich schön gegliederten Platz der Nationen zeigen größere und kleinere Ausschnitte aus dem Gesundheitsleben und den sanitären Maßnahmen Argentiniens, Chiles, Danzigs, Englands, Japans, Litauens, Mexicos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Rumäniens, Rußlands, Schwedens, der Schweiz, Südslawiens, der Tschechoslowakei, der Türkei, der Vereinigten Staaten von Amerika. Auch das Internationale Rote Kreuz, die Deutsche Evangelische Ärztliche Mission, die Katholische Mission, die Mormonen, die Gesellschaft Ose für den Gesundheitsschutz der Juden haben Beiträge geliefert, und das Internationale Arbeitsamt und die Hygienesektion des Völkerbunds geben in anschaulichen Tabellen und Statistiken eine Übersicht über ihre umfassenden Leistungen. Nur wenige werden die Möglichkeit haben die Menge des Materials erschöp-

fend studieren zu können. Die meisten werden sich auf einmalige Eindrücke beschränken müssen. Aber aus der Fülle des abwechslungsreich und interessant in Tabellen, Plakaten, bewegten Figuren, schematischen Nachbildungen, Plastiken, Filmen, Farbenwirkungen Gebotenen kann auch schon auf diese Weise eine starke und nachhaltige Wirkung entstehen. Es tun sich Zusammenhänge auf zwischen dem hier Gesehenen und als richtig und notwendig Erkannten und dem eigenen Dasein, die zu einer Beeinflussung der täglichen Lebensweise führen. Und damit wäre der letzte Zweck der Ausstellung erreicht: die hygienische Volksaufklärung.

Aufklärung Solcher Aufklärung der Öffentlichkeit dient auch ein seit Wochen in Berlin gezeigter *Film* *Frauennot — Frauenglück*, der, von der Präsenzfilmgesellschaft herausgebracht, dank dem Entgegenkommen des Gynäkologen Max Walthard in seinen Hauptpartien in der Züricher Universitätsfrauenklinik aufgenommen werden konnte. In diesem Film wird keine falsche Sentimentalität getrieben sondern das Leben gezeigt, wie es sich im Alltag abspielt. Der dargestellte Gegensatz zwischen der heimlichen kurpuscherischen Hilfeleistung, der sich viele schwangere Frauen unterziehen, weil sie keinen andern Rat wissen, und der erlaubten hygienischen Schwangerschaftsunterbrechung in der Klinik ist eine eindringliche Anklage gegen die Härten des § 218 des deutschen Strafgesetzbuchs und eine ernsthafte Mahnung die ärztliche Hilfe auf die vielen Frauen auszudehnen, die diese Hilfe brauchen und fordern. Im 2. Teil des Films, in dem unter anderm technisch ausgezeichnete plastische Aufnahmen von einer Geburt durch Kaiserschnitt, von einer normalen Geburt, von der Fürsorge für die kleinsten Säuglinge vorgeführt werden, bleibt der glückverklärte Ausdruck der Mutter, die nach dem Entsetzen der Geburt zum erstenmal ihr Kind sieht, wohl bei jedem Zuschauer unvergeßlich haften.

Tagungen Auf dem 42. Kongreß der *Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin* in Wiesbaden vom 7. bis zum 10. April betrafen die Hauptreferate des 1. Tags die Hypophyse und die Hypophysenerkrankungen, die des 2. Tags die Massagebehandlung; der 3. Tag war der Aussprache über die Bedeutung der Herdinfektionen vorbehalten. Hans Paeßler /Dresden/, der

mit als erster auf die Art dieser Erkrankungen hingewiesen hatte, besprach die klinischen Grundlagen und Probleme dieses interessanten und schon seit längerer Zeit umstrittenen Themas. Von dem ursprünglichen chronischen, häufig latenten Infektionsherd (besonders bilden ihn Tonsillen, Zahnwurzelspitzen, Nasennebenhöhlen, aber auch Harnwege, Prostata, Cervix uteri und ihre Adnexe) können pathogene Bakterien auf dem Blut- und Lymphweg in entfernte Organe verschleppt werden und dort spezifische Erkrankungen wie Rheumatismus, Nierenerkrankungen, Appendizitis, Cholecystitis, auch Magen- und Duodenalulcus, Hautkrankheiten und rheumatische Iritis verursachen. Edward Rosenow von der Mayoklinik in Rochester hielt ein großangelegtes Referat über Herdinfektion und elektive Lokalisation, in dem er erwähnte, daß er in mehr als 6000 Tierversuchen durch Überimpfung von aus den Herden isolierten und auf bestimmten Nährböden behandelten Keimen am Tier stets die der Erkrankung des Patienten in der Lokalisation respektive Erscheinungsform entsprechende Läsion hervorrufen konnte. Richard Biebling /Frankfurt/ hob in seinem Referat über Herdinfektion und Immunität hervor, daß die Pathogenität der in den Körper eindringenden Krankheitskeime bei gleicher Virulenz von der Immunität des befallenen Organismus abhängt, und daß deshalb die Methoden der spezifischen und unspezifischen Steigerung der Immunität und der Abwehrleistung des Körpers eine erhöhte Bedeutung für die Bekämpfung chronischer Infektionskrankheiten haben.

Die 21. Tagung der *Deutschen Röntgen-gesellschaft* fand vom 27. bis zum 29. April in Berlin statt. Das 1. Hauptthema behandelte die intravenöse Pyelographie. Alexander von Lichtenberg berichtete an der Hand von 600 von ihm untersuchten Fällen über den durch diese Methode erreichten Fortschritt in der urologischen Röntgendiagnostik nach Einführung des von dem Chemiker Binz gefundenen, für den menschlichen Körper unschädlichen Jodpräparats Uroselectan. Die intravenöse Pyelographie ermöglicht es bei nicht zu weit fortgeschrittener Funktionsstörung der Nieren eine morphologische Darstellung der ableitenden Harnwege auf Grund eines kontrastreichen Röntgenbilds zu vereinigen mit der gleichzeitigen Orientierung über deren Dynamik. Darin besteht der Vorteil gegenüber der bisherigen Methode der transvesikalen Pyelo-

graphie, die außerdem für den Patienten kein indifferenten Eingriff ist und sich auch bei Verlegung der unteren Harnwege durch ein Hindernis oder bei manchen anderen Komplikationen nicht anwenden läßt. Der 2. Hauptverhandlungsstoff orientierte über die gegenwärtigen Methoden der Krebsbestrahlungen und ihre Erfolge. Ein einheitliches Urteil darüber, ob und für welche Fälle die einmalige Höchstdosis, die Sättigungsbestrahlung, oder die verteilte Dosis die Methode der Zukunft sein wird, konnte nicht erzielt werden.

Gemeinver- ständliche Schriften

Die Zeitschrift für *gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes* Die *Gesundheit* /Berlin, Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen/, die jetzt bereits im 6. Jahrgang vorliegt, bringt fortlaufend kurze Berichte aus den verschiedensten Gebieten der Medizin und Hygiene mit besonderer Betonung der Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krankheiten. W. Schweißheimer gibt Ratschläge, wie man den Schnupfen abwehrt und bekämpft, F. Seligmann bespricht die einfachsten Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung der Grippe, Martha Wygodzinski warnt vor der Selbstbehandlung der Halsentzündung. Wie man sich bei kleinen Verletzungen verhält, sich vor Vergiftungen mit Gas schützt, erste Hilfe auf der Landstraße leisten und erhalten kann, darüber belehrt Paul Frank. Über Kapitel aus der alltäglichen Gesundheitspflege, zum Beispiel das notwendige Sauberhalten der Hände, des Körpers, der Wohnung zur Vermeidung von Infektionskrankheiten spricht Alfred Grotjahn. Wesentlich ist ein Beitrag Ferdinand Blumenthals Kampf dem Krebs; Blumenthal betont auch hier die Notwendigkeit der Schaffung von Krebsfürsorgestellen, die in engem Zusammenhang mit den freipraktizierenden Ärzten arbeiten sollen, und von Zentralbehandlungsstellen, in denen die moderne Krebsbehandlung, besonders mit Radium, durchgeführt werden kann. Im selben Heft gibt Wilhelm Liepmann in einem Aufsatz Frauenarbeit und Frauenhygiene befolgenswerte hygienische Ratschläge für die arbeitende Frau; er hebt die Pflicht der Gesetzgebung hervor der Schwangeren die größtmögliche Schonung angedeihen zu lassen, die erst als erfüllt gelten kann, wenn in der arbeitsfreien Schutzfrist vor und nach der Geburt der selbe Grundlohn gezahlt wird wie vorher. Die Zeitschrift kommt in der Art und der Form ihrer Beiträge

dem Interesse der Leser entgegen, paßt sich ihrem Verständnis an, ergänzt die Aufsätze durch anschauliche, zum Teil humoristisch gehaltene Bilder und erfüllt so ihren Zweck dem Berufstätigen ein Ratgeber für hygienische Gestaltung des täglichen Lebens zu sein.

Elli Leibert rührt in ihrem Buch *Von der Liebe zu unseren Kindern* (München, Ernst Reinhardt/ mit dankenswerter Offenheit an Probleme der Kindererziehung, die erst durch die psychoanalytische Forschung in ihren tieferen Zusammenhängen mit späteren Lebensäußerungen klargestellt worden sind. Sie bekämpft grundlegende Fehler, die so häufig bei der Heranbildung des jungen Menschen gemacht werden, so den Zwang der Dressur des Kleinkinds zur Sauberkeit, den verhängnisvollen Irrtum in der Beurteilung und Verurteilung der Onanie, die Unfähigkeit dem fragenden Kind eine taktvolle und vernunftgemäße Aufklärung über sexuelle Fragen zu geben, das Fehlen einer Führung des kindlichen Liebes- und Trieblebens. Das mit verständnisvoller Liebe geschriebene Buch trägt dazu bei die Voraussetzungen für die so notwendige *psychische Hygiene des Kindes* zu schaffen, auf der der werdende Mensch von Grund auf körperlich und seelisch gedeihen kann.

Im 62. Heft der Reihe *Der Arzt als Erzieher* (München, Verlag der Ärztlichen Rundschau/ behandelt der Direktor der 1. Chirurgischen Universitätsklinik in Osaka Fritz Härtel Wesen und Bekämpfung der *Krebskrankheit*. Er schält den Begriff der Krebskrankheit aus dem Zusammenhang mit den allgemeinen, normalen und krankhaften, biologischen und anatomischen Vorgängen heraus. Er bespricht, ohne nach irgendeiner Seite hin zu übertreiben, die Behandlungs- und Heilungsmethoden und -aussichten, wie sie dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechen. Es ist erfreulich unter den vielen Schriften, die die Öffentlichkeit über die Krebserkrankungen orientieren wollen, einmal ein Buch zu finden, das dieser Anforderung auch unter kritischsten Voraussetzungen entspricht.

In der selben Sammlung gemeinverständlicher ärztlicher Abhandlungen erschien, bereits in 7., erweiterter Auflage eine Schrift über die *Nervosität*, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Der Verfasser, Johannes Finckh, versucht mit Hilfe von medizinischen, biologischen, psychologischen, weltanschaulichen und sozialpolitischen Betrachtungen der Erkenntnis dieses Leidens näherzukommen. Die Lösung dieser schwierigen und weit-

greifenden Aufgabe scheitert aber an der Oberflächlichkeit, mit der er die große Zahl der dabei auftretenden Probleme behandelt oder auch mißverstehet. So sagt er in dem Kapitel *Von der Lebensauffassung*: »Das große soziale Problem, an sich innerlich gesund und von idealen Zielen getragen, wurde verwässert durch die aus England hereingetragene marxistische Lehre, die völlig materielle Ziele verfolgt. Millionen von Menschen schwören heute auf sie und geben unserer Zeit ihr charakteristisches Gepräge. Das ist die eine der Triebfedern des Materialismus.« Oder er äußert sich über den »Gebärstreik, dieses konsequenteste Ergebnis krassesten Egoismus«. Auch so unbestimmte Formulierungen wie »die Nerven ruinieren« tragen nicht dazu bei den Begriff der Nervosität zu klären. Näher kommt dieser Aufgabe die im gleichen Verlag veröffentlichte Broschüre *Meine Nervosität, und wie behandle ich sie?* von J. X. Giggelberger, der aus praktischer Erfahrung heraus in kurzer übersichtlicher Form Wesentlicheres gibt und besonders Wert in der Bekämpfung des Leidens auf die vom Arzt kontrollierte Selbstbehandlung legt.

Kurze Chronik Von der Würzburger Medizinischen Fakultät wurde folgende *Preisauflage* gestellt: »Die Anwendung der Gasnarkose wird durch eine mehr oder weniger starke Muskelspannung beeinträchtigt. Es soll versucht werden deren Ursachen zu ergründen, um daraus wichtige prophylaktische und therapeutische Folgerungen ziehen zu können.« \diamond Levaditi und Sazerac vom Institut Pasteur in Paris erhielten den *John-Scott-Preis*, weil sie das Wismut in die Syphilistherapie eingeführt haben. \diamond Ein *Museum für Soziale Hygiene* wurde in Nürnberg gegründet. Es sollen hier in wechselnder Folge Ausstellungen aus den verschiedensten Gebieten der Gesundheitsfürsorge gezeigt, und aufklärende und belehrende Vorträge gehalten werden. Die 1. Ausstellung orientiert über die Entwicklung des Nürnberger Stadtgebiets, die Bevölkerungspolitik und Berufsgliederung, die spezielle Städtehygiene, wie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung usw., ferner über Jugendfürsorge, Milchversorgung, Turnwesen, Mutterschutz und Säuglingspflege, Schulwesen und Organisation der Nürnberger Kinderhilfe. \diamond Am 7. Mai eröffnete der Großberliner Ärztebund eine Beratungs- und Fürsorgestelle für *Entstellte*, an der ein Hautarzt, ein Or-

thopäde, ein Chirurg und ein Facharzt für Gesichtsplastiken wirken. Es soll hier mittellosen Patienten, die durch Unfälle, Kriegsverletzungen, durch angeborene oder erworbene Anomalieen, durch vorzeitige Altersveränderungen und anderes mehr entstellt und dadurch häufig sozial schwer geschädigt sind, ein Weg gewiesen werden, wie sie von ihren Leiden befreit werden können. ◊ Der Direktor der Berliner Orthopädischen Universitätsklinik *Hermann Gocht* wurde Landeskrüppelarzt der Provinz Brandenburg. ◊ *Georg Wolff*, den die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus seiner Mitarbeit, namentlich als Bearbeiter dieser Rundschau in den Jahren 1919 bis 1927, kennen, *habilitierte* sich an der Berliner Universität für das Fach der Sozialen Hygiene, mit einer schulärztlich-anthropometrischen Untersuchung der Nachwirkung der Hungerperiode auf das Größenwachstum des Schulkinds. ◊ Am 5. Juli wurde *Albert Döderlein* 70 Jahre alt. Dieser hervorragende Wissenschaftler wirkt seit 1907 als Ordinarius der Geburtshilfe und Gynäkologie in München. Auf Grund seiner bakteriologischen Forschungen wurden die Asepsis und Antisepsis in der Geburtshilfe und bei Operationen sehr verbessert, auch ist er schon sehr früh für die Röntgentherapie des Gebärmutterkrebses eingetreten. Er ist nicht nur ein glänzender Chirurg, der die Technik des peritonealen und extraperitonealen Kaiserschnitts gefördert hat, er ist vor allem einer der beliebtesten und geschätztesten Lehrer, der viele Ärztegenerationen in der Geburtshilfe und Gynäkologie ausgebildet hat. Aus Anlaß seines 70. Geburtstags wurde eine größere Menge radioaktiver Substanzen gestiftet, die den Grund für ein Döderleininstitut für Strahlenforschung bilden sollen.

Literatur In dem 3. Band der Trilogie *Theodor Hendrik van de Veldes Die vollkommene Ehe* (Die Fruchtbarkeit in der Ehe und ihre wunschgemäße Beeinflussung /Leipzig, Montanaverlag/) bedeuten die Ausführlichkeit, die Häufung von Fachausdrücken, die anatomischen Bilder ein verwirrendes Zuviel für den Leser, der manches Gesagte mißdeuten kann. Wertvoll für den Arzt ist die fast lückenlose Zusammenstellung des Materials und die weitgreifende Literaturangabe. Doch es bleibt nach der Lektüre des Buchs ein gewisses Unbehagen zurück, vielleicht wegen der oft übergroßen Deutlichkeit, mit der das Thema behandelt wird.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Pascin † Anfang Juni tötete sich in Paris, im Alter von 45 Jahren, *Jules Pascin*, eine der eigenartigsten Erscheinungen in der modernen Kunst. Er kam in jungen Jahren aus Bulgarien nach Deutschland, um hier bald eine künstlerische Sonderstellung einzunehmen. Kurz vor dem Krieg siedelte er nach Paris über, ließ sich dann während des Kriegs in den Vereinigten Staaten von Amerika naturalisieren, um schließlich nach 10 Jahren Aufenthalt in New York wieder nach seiner künstlerischen Heimat Paris zurückzukehren, wo er den Fauves, in der letzten Zeit den sogenannten Phantasieisten angehörte. *Pascin* vermochte morbide Gestalten und das damit zusammenhängende Milieu rein mit Hilfe seiner Strichführung und der farbigen Anlage zu verdeutlichen und darzustellen. Im Gegensatz zu dem ihm artverwandten *Konstantin Somow* macht er keine Anleihen in der Vergangenheit. Weiteren Kreisen wurde er zuerst durch seine Zeichnungen für den *Simplicissimus* bekannt. Immer zeigte er damals eine seltsam faulige Welt, scheinbar von Zynismus, allerdings merkwürdiger Art, geprägt. Später und besonders in seinen Gemälden gab er seinen Themen zugleich eine sehr sichere Wendung in eigentümliche Anmut und Kultiviertheit. Man erkannte auch, daß hier jemand am Werk war, dem bei allem gewollten Zynismus ein künstlerisch-vegetatives Empfinden dieser Art eingeboren schien. In Paris konnte er seine Sonderart weiter entfalten. Abseits der üblichen Richtungen blieb er bei ihr in immer neuen Variationen, selbst dem Obszönen einen merkwürdigen Zauber der Unschuld verleihend. In New York machte er unter den jüngeren Künstlern Schule. (Erst kürzlich stellte in der Berliner Galerie *Jacques Casper* der amerikanische Maler *E. Ganso* Zeichnungen aus, deren Abhängigkeit von *Pascins* Darstellungsweise unverkennbar ist.) Neben seiner in Paris auch äußerlich erfolgreichen malerischen Betätigung trat er immer als Illustrator hervor. Er hat auf seine Art die Bibel und vornehmlich die Geschichte vom verlorenen Sohn glossiert, und er schuf mit seinen 1910 herausgegebenen Illustrationen zu *Heines Memoiren des Herrn von Schnabelwopski* /Berlin, Paul Cassirer/ eine Begleitmusik zu dem ironisch-lyrischen Grundton dieses merkwürdigen Werks des romantischen Realismus (das den Fliegenden Holländer vorwegnimmt).

Porträt

In der Galerie Flechtheim in Berlin wurden im Juni 50 Bildnisse gezeigt, die 50 Pariser Künstler von der Schauspielerin Maria Lani geschaffen haben. Über das sensationelle Moment hinaus, das naturgemäß am stärksten zum Erfolg dieser Ausstellung beitrug, und das das Modell wohl hauptsächlich dazu bestimmt hat ein solches Unternehmen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in die Wege zu leiten und durchzuführen, bot diese Ausstellung ungemein viel Aufschlußreiches. Man kann davon ausgehen, daß Maria Lani sicherlich eine interessante Persönlichkeit heutigen Schlags ist, denn schließlich hat sich eine Reihe bedeutender Künstler zur Porträtierung bequemt, die kaum eine beliebige Person, wenn nicht zu hohem Preis, gemalt oder gezeichnet hätten. Ferner wird es deutlich, wo der Kontakt nur äußerlich war, oder wo die Begegnung über die ursprüngliche Absicht hinausführte und, wie bei Marc Chagall, eine Märchenprinzessin mit malerisch-phantastischen Attributen entstehen ließ, die der Sache nach kaum noch etwas mit dem eigentlichen Anlab zu tun hat. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiten aber, zugleich ein Querschnitt durch das gegenwärtige französische Künstlertum, von Henri Matisse zu Georges Rouault, von Fernand Léger zu Giorgio de Chirico, hält sich konsequent an die eigentümliche Aufgabe, die in vielfachen Abwandlungen doch unmißverständlich das Objekt behandelt. Das Ganze bietet einen sehr anregenden Aspekt, weil die Nuancierungen nicht berechenbar sind sondern allein dem schöpferischen Vibrieren entspringen. Hieraus ergeben sich ganz klare Vergleichsmöglichkeiten mit der Photographie. Es wäre möglich ebenfalls 50 verschiedene Bildnisse nach einem Modell zusammenzutragen, erfaßt mit dem Hilfsmittel der Kamera. Indes, wenn man selbst die Photomontage mit in Anwendung bringen wollte, bliebe die Möglichkeit des im voraus Berechenbaren bestehen. Dies dürfte einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen beiden Darstellungsformen sein, so daß die Ausstellung der 50 Bildnisse nach Maria Lani die Bedeutung einer Probe aufs Exempel hat.

Deutsche Akademi- Vor 2 Jahren wurde die Deutsche Akademie in Rom erneut eröffnet. Durch die Stiftung teilweise privater Mittel knüpfte man an eine rund 100jährige Tradition an: nach der Beschlagnahme der alten Einrichtung im Krieg also eine Neuauf-

nahme der alten Bestrebungen den Künstlern auf römischem Boden Gelegenheit zu fortbildendem Studium zu geben. Mit Recht konnte man kritisch dagegen einwenden, daß dieses Unternehmen den meisten deutschen Künstlern nur geschadet hat, weil sie ihr Eigenes unter dem Druck der klassischen Bedeutungsfülle einbüßten. Zurzeit nun sind in dem neuen Haus, der Villa Massimo, Arbeiten jener Künstler ausgestellt, die nach der Wiedereröffnung der Akademie dort aufgenommen wurden. Die italienische und zum Teil auch die deutsche Kritik macht gegenüber dieser Ausstellung geltend, daß man vor den meisten Werken kaum merkt, daß sie auf römischem Boden entstanden sind. Gerade diese Tatsache aber scheint von ausschlaggebender Bedeutung. Das einstige absolute Eingefangensein von dem Ort und seiner Atmosphäre ist überwunden, man lebt nur noch in einem idealen Ort, um ohne Gefahr eines Rückfalls in veraltete Darstellungsweisen der Klärung eigener Auffassung zu dienen.

Wie es wirken würde, wenn man (was schon gefordert wurde) eine derartige Akademie nach Paris als der wahren modernen Kunsthauptstadt verlegen wollte, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Man könnte befürchten, daß das die alte Gefahr in modernem Gewand bedeutete. Aber es ist eben doch etwas grundsätzlich anderes, ob man immer das Alte vor Augen hat oder ständig sich erneuernde Schaffenskraft auf sich einwirken läßt. Was Paris zu geben hat, ist doch wohl mehr, als was man an Eigenem einbüßen kann: eine Gefahr, die ohnehin nur den schwächern Künstler bedroht, um den es dann vielleicht auch nicht sehr schade ist. Eine andere Frage ist, ob nicht eine offizielle Institution als solche ihre Bedenken hat, und ob es nicht besser ist, daß sich die Maler, wie es die besten ja auch bis jetzt getan haben, auf eigene Gefahr in Paris umsehen.

Rußland

In Berlin fand im Juli unter dem Titel Sowjetmaler im Haus der Sezession eine Ausstellung gegenwärtiger russischer Kunst statt, als Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußlands. Man erhielt ungefähr einen Überblick über das, was zurzeit an bildender Kunst in Rußland geschaffen wird. Als Ganzes gesehen wird es klar, daß die Malereien und Plastiken keineswegs Ausdruck eines originalen, geschweige denn eines neuen gesellschaftlichen Empfindens sind. (Und ist es denn sonst mit der Kunst des bolschewistischen Ruß-

lands, vornehmlich mit seiner Musik, anders? Neues haben die russischen Musiker in Paris, nicht in Moskau geschaffen.) Diese Beobachtung weckt noch in jenen Fällen eine peinliche Vorstellung, wo eine deutliche Abhängigkeit der sogenannten Sowjetkunst von einem fremden Vorbild festzustellen, und die Bezeichnung dann ganz oberflächlich der beliebten Phraseologie entnommen ist. Mißt man mit europäischen Maßstäben, so findet man bei diesen Malern teilweise solides Handwerk aller Art, sehr viel Zweite Garnitur im heutigen Sinn, einige beachtenswerte Holzplastiken und auch vorzügliche Aquarelle. Mißt man mit proletarischem Maßstab, so kann keine Rede davon sein, daß diese Arbeiten aus dem Empfinden der arbeitenden Massen stammen. Dazu ist schon der Grad der formalen Ausbildung viel zu sehr einer zivilisatorischen Verfeinerung unterstellt. Allenfalls könnten die Arbeiten des besonders hervorzuhebenden K. Istumin jenem Empfinden entsprechen, wenn das Artistische weniger intensiv das Interesse in Anspruch nähme.

Der Glaube an ein zukünftig schöpferisches Vermögen der Russen wird mit diesem Aburteil nicht aufgegeben. Wie man ja überhaupt die russische Zukunft nicht mit der bolschewistischen Gegenwart verwechseln darf. Die bisherigen Etappen sind; zuerst ein radikal formales Experimentieren, dann ein künstlerisch rückgratloses Dienen nach Vorschrift, jetzt ein artistisches Verarbeiten fremder Anregungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch diese scheinbar gänzlich unorganische Abfolge erst das wirklich Schöpferische freigemacht wird. Das kann allerdings erst nach einer grundlegenden Wandlung geschehen.

Neumann Am 1. Juli wurde Carl Neumann 70 Jahre alt. Er gehört als Kunsthistoriker noch einer Generation an, die dominierend die Künstlerpersönlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen und Betrachtungen stellte. Er war ursprünglich Dozent für Geschichtswissenschaft an der Berliner Universität, veröffentlichte eine Reihe von Studien zur mittelalterlichen und byzantinischen Geschichte und hat sich erst später als Schüler Jakob Burckhardts der Kunstgeschichte zugewandt. Als Kunsthistoriker übernahm er 1911 den Heidelberger Lehrstuhl als Nachfolger Henry Thodes, den er dann bis zu seiner Emeritierung innehatte. Sein wissenschaftliches (und wohl auch kulturelles) Verdienst ist seine im Ge-

gensatz zu Burckhardt durchgeführte Überwindung des Primats der Kunst der Renaissance. Aus dieser Orientierung heraus schuf er sein Rembrandtwerk, das bis heute als die bedeutendste deutsche Monographie über den größten Künstler der Niederländer gelten kann. Seiner Auffassung gemäß sieht er Rembrandt im weiten kulturhistorischen Blickfeld. Das Thema Rembrandt, seine Kunst und die Welt um ihn blieb auch ferner der Hauptgegenstand seiner kunstwissenschaftlichen Arbeit. Um die Jahrhundertwende beschäftigte er sich außerdem eingehend mit künstlerischen Zeitfragen. 1896 veröffentlichte er unter dem Titel *Der Kampf um die neue Kunst* (Berlin, Hermann Walther) eine Reihe von Aufsätzen und Vorträgen, die noch heute anregen, weil er in dem damaligen kritischen Zeitpunkt in sachlicher Form Gründe für den Verfall der Kunstformen beibrachte und zwischen nur äußerlicher und zukunfts-trächtiger Moderne zu scheiden wußte.

Kurze Chronik Nach der erfolgreichen Restaurierung von Raffaels Fresken in der Stanza della Segnatura im Vatikan will man jetzt auch *Michelangelos* Jüngstes Gericht gründlich erneuern. Dieses Hauptwerk Michelangelos war schon seit langem nicht mehr in seinem ursprünglichen Zustand; Rauch und Staub haben es im Verlauf der Zeit vollständig verdunkelt. Mit Hilfe großer photographischer Aufnahmen, die eine Genauigkeit bis ins kleinste Detail ermöglichen, dürfte die Reinigung den ursprünglichen Zustand wiederherstellen. ◊ In der Kasseler Gemäldegalerie entdeckte man bei Restaurationsarbeiten unter einem Cornelis de Voss zugeschriebenen Männerbildnis ein unzweifelhaftes Frühwerk *Anton van Dycks*, ähnlich seinen Bildnissen im Berliner Museum. ◊ In Philadelphia wurde ein Museum eröffnet, das nur Werke *Auguste Rodins* enthalten soll. Es handelt sich um die Stiftung eines Privatmanns, der einen bedeutenden Teil der Plastiken Rodins in Originalen und Abgüssen erworben hat. ◊ Im Auftrag des preußischen Kultusministeriums schuf *Ernst Barlach* für den Dom in Magdeburg ein Kriegsgedächtnismal: 6 Gestalten, die sich um ein Kreuz gruppieren. Gegen das Werk erhoben die kirchlichen Kreise im Verein mit dem Museumsdirektor Magdeburgs Einspruch. ◊ Die Association pour favoriser l'illustration des livres en France bedachte *Daniel Greiner* für seine Holzschnitte zum 1. Buch Moses mit einem Preis.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Hart † Am 7. Juli starb Julius Hart in Berlin. Er ist 71 Jahre alt geworden und hat seinen Bruder um 24 Jahre überlebt. Als Heinrich Hart gestorben war, wurde in dieser Rundschau (1906 II Seite 619) gesagt, es wäre nun »ein Teil jener Kraft« hingegangen, »die unsere moderne Literatur aus epigonenhaftem Nachstammeln vermoderter Vorbilder riß, die allem jungen, nach Selbständigkeit ringendem Leben Mut einflößte«. Heinrich und Julius Hart waren eines. Was in dem einen lebte, wollte auch der andere. Vor 50 Jahren kamen sie nach Berlin, und bald standen sie mit an der Spitze der literarischen Revolution, die sich Ende der achtziger Jahre hier vollzog. Der Geist der Auflehnung gegen alles Veraltete und alles Veraltende ist Julius Hart seit seinen Schülertagen, da er mit seinem Bruder schon den Schlendrian zu bekämpfen begann, bis in sein 72. Lebensjahr hinein geblieben. Die Brüder Hart schufen um sich eine Atmosphäre, die alles belebte, was in ihre Nähe kam. Das hat Ernst von Wolzogen gefühlt, der zu Beginn der neunziger Jahre, in seiner besten Zeit, über die Harts sein bestes Stück, das Lumpengesindel, schrieb, in 2 Fassungen, von denen die ursprüngliche, bessere, in der Freien Bühne erschien, die andere später in der Volksbühne aufgeführt wurde. (Heute ist Wolzogen ein verbitterter Feind jener Welt, in der er damals zu Gast war.) Julius Hart, der eine kritische Macht war, hat sie für sich selber nie ausgenutzt. Nachdem seine Ästhetik geistiges Allgemeingut geworden war, ließ er es lächelnd zu, daß die Kleinkrämer der Literatur, sowohl Kritiker wie Dichter, die Saat einheimsten, die er angebaut hatte. Denn er war beides, sowohl Dichter wie Kritiker. Er war einer der ersten Großstadtyriker, die die werdende Weltstadt Berlin in ihrem Wesen erkannten. Neben seinen fruchtbaren Kritiken, die in Wahrheit Epoche machten, schrieb er eine an 2000 Seiten starke Geschichte der Weltliteratur. Aus diesem Koloß bezogen viele Dozenten ihre Klugheit. Dieser energische Vorbereiter der modernen Dichtung hat es nie zu staatlichen oder akademischen Ehren gebracht. Die Berliner Dichterakademie wurde vor einem Jahr ersucht den 70jährigen Julius Hart in ihre Liste einzutragen, und sie entzog sich dieser Pflicht. Julius Hart war ein überzeugter Sozialist, gewiß kein orthodoxer Marxist, aber einer, der an die

kommende sozialistische Revolution tief glaubte, und der vor allem aus dem Kampf des Proletariats eine neue Menschlichkeit kommen sah. Was auf den November 1918 folgte, mußte ihn enttäuschen, denn es blieb allzuviel vom Alten, das bald wieder zur Macht gelangte. Die Nachkriegsgeneration hat Julius Hart wohl wenig gekannt. Aber darum kann er doch nicht vergessen werden. Man sollte seine lyrischen Gedichte wieder lesen und auch seine grundlegenden Kritiken. Sie manifestieren einen großen Geist, der der Generation von 1930 nicht geringere Anregungen geben kann als jene waren, die die Generation von 1890 von ihm empfangen hat.

Doyle † Am selben 7. Juli starb in seinem Heim in Crowborough /Sussex/ Sir Arthur Conan Doyle an einem Herzschlag. Und auch er ist 71 Jahre alt geworden. Er war ein Ire und in Schottland geboren. In London wurde er berühmt. Aber sein Ruhm ging bald über die ganze Welt. Die Figur des Sherlock Holmes, die er schuf, war den Lesern der Alten und Neuen Welt bald ein lebender Mensch, und man sah ihn überall mit seinem Adlatus Doktor Watson agieren. Von all seinen vielen Sherlock-Holmes-Geschichten sind nur 2 in die Form von Romanen gebracht, alle übrigen sind kurze Novellen, und das gerade charakterisiert Conan Doyle, daß er den Geist zu äußerster Konzentriertheit zwang; daher überzeugen auch die meisten seiner Schlüsse. Gewiß, er hat die Gattung nicht erfunden. Er hatte seine großen Vorbilder in Edgar Poe und in französischen Kriminalschriftstellern. Aber er hat es in dieser Gattung dann zu einer Höchstleistung gebracht. Das Gewaltige, Tieferliegende, das bei Poe entscheidet, ist bei Conan Doyle freilich nicht zu finden. Er begnügte sich mit dem scharfen Schluß des Verstandes. Aber dieser trockene Verstand sublimierte sich bei ihm fast zu einer übernatürlichen Macht, und um so mehr, je natürlicher dann alles zuing. Wenn man Conan Doyle heute wieder liest, merkt man erst, wie fade und spannungslos der Vielschreiber Edgar Wallace ist, bei dem die Leser ja schließlich um ihr Bestes betrogen werden: um die Entfaltung der mitarbeitenden Phantasie. Conan Doyle befeuert diese Einbildungskraft mit zwingenden Mitteln. Von Schriftstellern unserer Tage ist nur Gilbert Keith Chesterton, der geistige Antipode Conan Doyles, ihm an die Seite zu stellen. Daß der Fanatiker des Intel-

lekts Conan Doyle sich dann später dem Okkultismus zuwandte und ein Gläubiger und Verfechter des Spiritismus wurde, kann nur den verwundern, der schematisch katalogisiert. Nun schrieb Conan Doyle mit der selben haarscharfen Genauigkeit spiritistische Romane und seine *Memories and Adventures* (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 122, 1928 II Seite 924 und folgende). Wie das bei seiner expansiven Persönlichkeit nicht anders möglich war, übte Conan Doyle auch bald einen großen Einfluß auf alle aus, die dem Spiritismus zuneigten, und seine Gemeinde ist ihm auch nach seinem Tod treu geblieben. Übrigens ist sowohl mit der Kriminal- wie mit der spiritistischen Erzählung das Werk Conan DoYLES noch keineswegs erschöpft. Er hat eine Reihe anderer Bücher geschrieben, die nicht nur vorzügliche Unterhaltung bringen sondern darüber hinaus auch noch ein besonderes geistiges Element enthalten. Es ist charakteristisch für ihn, daß ihn die Napoléonische Zeit besonders interessierte. Er schrieb über sie und schuf auch hier eine Zentralfigur seiner spannenden Abenteuer, den Brigadier Gérard. Man findet in seinen Büchern übrigens auch sehr treffende und erstaunlich unvoreingenommene Urteile, und gerade auch über das Engländerium. England hat jedenfalls durch den Tod Conan DoYLES einen Schriftsteller verloren, der auf die ganze Welt gewirkt hat.

Lyrik Es ist merkwürdig, wie *Stefan George* heute, da er die Gesamtausgabe seiner Werke /Berlin, Georg Bondi/ zusammenstellt, in dem Band *Das neue Reich* die Teile seiner Produktion ordnet. Ein innerer Sinn ist spürbar. George geht von den Hymnen auf die antike Natur aus, und er schwingt sich in das Hölderlinsche Einsamkeitsempfinden hinein. Was durch Form und durch Gefühl aufgelöst wird, ist der seelische Zustand des Ringens. Der Dichter, der sich nicht gern in Anregungen verlor, die ihn von der Ewigkeit fortgerissen hätten, benutzt gerade seinen Ausflug ins Hellenische, damit er des deutschen Empfindens ganz gewahr werde. Und so bindet er seine griechischen Rhythmen mit den wenigen Zeitgedichten zusammen, die er während des Krieges formte. Diese unterscheiden sich in nichts von dem majestätischen Stil, der ihm ästhetische Pflicht geworden war. Trotzdem ist vielleicht dieser Band *Das Neue Reich* für den am ergiebigsten, der durch das Gedicht das biographische Selbstzeugnis sucht.

Die starke Übermacht des Georgischen Ingeniums klingt in alle hinein, die sich nicht vulgärem Kunstbetrieb hingeben wollen. Mit Freude begegnet man der Lyrik *Friedrich Schreyvogls*. Seine Gedichte, zusammengefaßt durch den Titel *Die geheime Gewalt* /Wien, Paul Zsolnay/, entströmen nicht einer routinierten Beredsamkeit oder beredsamen Routine. Wir begreifen, daß der Lyriker vor allem die Tagesschriftstellerei umgehen will. Nicht dem Volkstümlichen will er ausweichen sondern nur jener Gewöhnlichkeit, die mit dem Bürgerlichen und Kleinbürgerlichen zusammenhängt. Gewiß soll man solche Dichter Artisten nennen, und es fehlt ihnen auch häufig das Melodische und Sangbare, das Volksliedmäßige, die lateinische Kanzonettennatur und das Idyllische. Doch alle diese Bezirke des Lyrischen verführen zu leicht zur Bequemlichkeit. Der Dichter vergißt, daß die kostbare Form, der er gebieten soll, mehr ist als ein geselliges Spiel.

Solcher Zweck- und Zerstreuungskunst möchte auch *Oskar Loerke* nicht verfallen. Er sucht, nachdem er streng und gemessen seine Verse baute, die sogenannte Volksweise, doch sie soll etwas anderes sein als ein gemütliches Getändel. Sie soll ein musikalischer Vorgang sein, eine mozartische Herzlichkeit, Nachhall seltener Inspirationen. Daher ist es zu verstehen, daß Loerke, der vorgibt mit seinen Gedichten den »Atem der Erde« abzufangen /Berlin, S. Fischer/, gelegentlich ganz eichendorffisch singt.

Wenn *Karl Stamm* und *Guido Looser* auch versuchen den Georgischen Ton wiederzufinden und abseits davon diese romantisch lyrische Einfaltsmusik, die wir eben in Loerke entdeckten, so enthüllt sich an ihnen ein Zwiespalt. Sie hüten sich vor der Grenzverwischung zwischen Lyrik und gereimter Tagesschriftstellerei, doch ihr Ohr ist noch nicht feinnervig genug geworden. Das Eigenschaftswort, mit dem sie ein Hauptwort zieren, gleitet ihnen häufig noch zu unkontrolliert aus der Feder. Weder der Artist noch der anmutige Melodiker darf mit rechnendem Gehirn seine Lyrik bilden. Sonst hört der Leser, der fortgetragen werden soll, bald das Fremde, bald das Schwache, bald den Zustand der seelischen Verdünnung, in dem sich der Dichter befand. Looser nannte das Buch seiner Gedichte *Nachglanz* /Basel, Rheinverlag/. Der *Aufbruch des Herzens* heißt das Bändchen *Stamm* /Zürich, Rascher & Cie./. Sie beide sind Nachfahren, die Achtung verdienen, wenn auch ihre Kunstenergie noch nicht gefestigt ist.

Die Gedichte *Karl Zuckmayers*, unter dem Titel *Der Baum* zusammengefaßt /Berlin, Propyläenverlag/, gehören zu einer erfreulichen Gruppe, die außerhalb der hoheitsvollen Artistik und auch volksmäßiger Schlichtheit liegt. Dieser junge Lyriker und Dramatiker ist ein sehr genußsüchtiger und genußfähiger Naturalist, ein beschreibender Naturwanderer, dem die knorrigen und kurzweiligen Reimspiele des Humoristen zur Verfügung stehen. Das ist ein ganz besonderes Talent, eine sublimen Cabaretkunst, eine zur edlen Form gereifte Beherrschung des lyrischen Filmstils. Klabung war Meister dieses Stils, Walter Mehring ist es, und was sie mit ganz modernen Nerven, mit Pessimismus, mit oft auch neurotischer Zerrissenheit schufen, bewußt Verlaine und seine geistigen Nachkommen, etwa Aristide Bruant, nachahmend, das verlockte auch Zuckmayer. Der Dichter benutzt bänkelsängerische Vorlagen, aber er ist meistens sehr original. Die Entwicklungslinie, die von dem alten Albrecht Haller über Ewald von Kleist bis zu Zuckmayer führt, ist klar zu ziehen. Auch diese Dichter der Vergangenheit wollten sich von einer versandenden Versschreibung ihrer Zeit abwenden, und ebenso bedeutend Zuckmayers Gedichte eine Flucht aus der Mode. Er kann ihr entfliehen, weil viel Urtalente in ihm brodeln.

Eine sehr klangvolle Melodie singt in *Josef Weinheber*. Wenn er sein *Versbuch* *Der einsame Mensch* benennt /Wien, E. P. Tal/, will er sich von einer großen Traurigkeit erlösen. Er beginnt mit Klagegedichten. Ihn erfaßte das starke Gefühl innerhalb unserer Gesellschaft mit seinen Idealen ganz allein leben zu müssen. Das ist die Tendenz. Doch der Dichter besaß die Fähigkeit seine Melancholie vollkommen Ton und Reim werden zu lassen. Man bewundert den schönen Rhythmus, mit dem alle seine schwerwichtigen Worte aneinandergereiht sind. Niemals verfällt er in Monotonie, wenn er seiner Trübsal folgt. Er dichtet auch keine Predigten, um sich das Herz zu erleichtern. Mit stets innerlich singender Frömmigkeit redet er von seinen düsteren Gedanken. Dann aber kommt eine Ferienzeit. Der Dichter verbrüdernd sich mit der Landschaft, mit Acker und Blumen. Er setzt sich zu den Wanderern ins Wirtshaus. Er entdeckt, daß er nicht mehr einsam ist, will jetzt der stillen Fröhlichkeit und Weltliebe leben. So erkennt man in diesem Gedichtbuch einen novellistischen Aufbau. Nicht Zufallstimmungen werden geboten. Es schwingt alles in eine Einheit zusammen.

Drama Der Lyriker *Alfred Mombert* kehrte vor 30 Jahren vor der Banalität in sein Inneres zurück. Jetzt läßt er das Drama Aiglas Herabkunft drucken /Leipzig, Inselverlag/. Natürlich ist nicht zu erwarten, daß Mombert sich um ein Theaterstück bemüht. Er blieb der Jenseitsucher, der Sternenwanderer. Der Künstler, das heißt für Mombert der mit allen Nerven geseignete Erschauer des transzendenten Geheimnisses, hat einen Traum. Auf ihn stürmen mit Gesängen die Genien der Jugend und des Glaubens, der Genius des Wunders ein. Das kosmische Künstlerdrama Momberts tönt in die Stimme der Ewigkeit aus, die in der Höhe singt:
 »Ist Glanz zu Milde geworden?
 Ist Himmel zu Gnade geworden?
 Ich will es melden
 Den staunenden Welten,
 So laßt jetzt mich ziehen.
 Doch kehrt' ich einst wieder:
 Wann Welt ward zu Geist.«

Es schließt sich der Himmel, es öffnet sich die deutsche Inflation, diese Grauenepoche, aus der wir kaum gerettet waren, um in neue Not zu fallen, und *Walter Mehring* versucht das »historische Schauspiel« aus seiner Zeit zu schreiben. Es heißt *Der Kaufmann von Berlin* /Berlin, S. Fischer/. Heute ist es Sitte, daß die Theaterregisseure dem Dichter viel Gewalt antun. Als man Mehrings Stück auf der Bühne sah, in einer ewig rollenden Szenerie, da wurden die großen und tiefen Worte des Dichters zu Tod gedröhnt. Man muß das Urteil über das Stück revidieren, indem man den ganzen von Mehring geschaffenen Text liest. Sein Werk wurde vollständig aus der Lebensangst und einer tragischen Ironie geboren. Er wollte etwas Großartiges formen, die Charaktertragödie des naiven Welteneroberers Kaftan. Dieser ist ein Ostjude, geschleift durch alle Greuel und Nöte des Krieges, an jeder Stelle seines Körpers und seiner Seele durch die Soldateska zertrampelt. Durch Glücksfall entrannte er dem Tod, er wird desto gieriger auf das Leben, und der ungeheuerliche Tanz um diese landlose Existenz, die sich in der Zeit aller moralischen Lockerung wieder in das Dasein eingraben möchte, beginnt. Mehring holt ganz weit aus. Der Inflationsheld, der bis in jede Falte seines Gemüts enthüllt werden soll, ist eine wundervolle monologische Kreatur. Vielleicht sah Mehring ihn gar nicht als die Zentralgestalt einer Handlung, die immerhin nach den Bedürfnissen des Theaters organisiert werden muß. Mehring dachte sich ein Passionsdrama aus,

ebenso naiv und wirksam wie die religiösen Passionsspiele des Mittelalters. Dann geschah es allerdings, daß der Regisseur aus dem dicken Textbuch nichts als ein Skandaldrama mit Regisseurkunststücken exzerpierte. Grundplan und alles, was den Dichter Mehring ausmachte, wurden beseitigt. Daher soll hier noch einmal betont werden, daß Mehrings historisches Schauspiel aus der deutschen Inflation eine wirkliche und starke Dichtung ist.

Mit welcher Frage wendet sich das »politische Zeiterlebnis« *Otto Fischers* Karriere durch Streik /Berlin Horenverlag/ an die Öffentlichkeit? Mit dem beliebten Vorwurf, daß die Politiker willenlahme und öde Kompromißtaktiker werden, sobald sie von Lieblingen des Volkes zu Volksführern geworden sind. Niemand wird bezweifeln, daß diese Wandlung des Strebers möglich ist, daß sie sogar in die Moralstatistik des Zeitbetrachters vehement aufgenommen werden muß. Das ist auch schon ziemlich häufig geschehen. Aber das Eigentliche des Problems fängt da an, wo es beim Autor meist endet. *Otto Fischer* ist ein Zeitkritiker? Gewiß. Doch er geht nicht sehr tief auf den Kern der Dinge. Die bequeme Schwarz-Weiß-Technik des Charakteristikens verführt ihn.

Wie anders bei *George Bernard Shaw*. In seiner Satire *Der Kaiser von Amerika* /Berlin, S. Fischer/ enthüllen sich alle, ob sie Kronen oder bürgerliche Knickerbockers oder proletarische Hemden tragen, in ihrer Lächerlichkeit. Es charakterisiert unsere Zeit, daß der beliebteste Regisseur Deutschlands, *Max Reinhardt*, die allumfassende laut lachende Gerechtigkeit *Shaws* verfälschte. Allein die Proletarier gingen als aufgedonnerte Narren über die Bühne, und der noch lebende Träger eines dynastischen Monarchentums bugsierte seine demokratischen Gegner wie ein überlegener Gedankenboxer in die Ecke. Im Parkett wurde so die Sehnsucht nach dem überklugen Monarchen wach, auch das Verlangen, daß alle die proletarischen Regierer schleunigst ihrer Ämter entsetzt werden. *Shaw* war aber viel klüger als seine Darsteller. Er ist welterfahren und hellhörig, darum niemals ein trockner, tendenziöser Moralist. Die Galle geht ihm niemals gegen seinen Willen über, er kann sie dosieren, ganz wie es ihm beliebt.

Wenn *Ernst Preczang*, der hochverdiente Schriftsteller und Volkserzieher, ein Drama *Wachtmeister Pieper* /Leipzig, Proletarische Tribüne/ in 3 Akten gliedert, so arbeitet er künstlerisch mit außerordentlichem Ernst und jener Ergriffenheit, die

ihm seine Gesinnung befiehlt. Er kontrastiert die wilhelminische Welt mit der sozialistischen unserer Tage. Er erfindet die Familientragödie im Haus des Fabrikanten *Pieper*, der am stolzesten auf seinen kaiserlichen Wachtmeisterrang ist und nun die Welt nicht mehr begreift, die im November 1918 zerbrach. Der Mann, der sich in dem Neuen nicht mehr zurechtfindet, muß fallen.

Der "Kommunist" *Rudolf Fuchs* will im Aufruhr im Mansfelder Land /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/ ein »Massendrama« gliedern. Dieses Theaterspiel ist ein sehr ernstes Zeitdokument. Alles gruppiert sich um den Empörer *Max Hölz*. Die Ausbeuter und das ächzende Proletariat; These und Antithese. Für den Dramatiker soll nichts gelten als der Klassenkampf. Nach dem Dokument, nach dem Zeitungsbericht, vielleicht auch nach dem brennenden Erleben wird dieser Zeitausschnitt gegeben. 26 kurze Szenen: Versammlung in der Werkstatt, der Zusammenprall der vorsichtigen Gewerkschaftspolitiker mit den entschlossenen Empörern, auch *Hölzens* Expropriierung, kurz alles, was wirklich geschah, wird dargestellt. Die grause Nüchternheit der Ereignisse imponiert. Man kann sich denken, daß auf einer technisch vollkommenen Bühne dieser Zeitbericht durchaus seine Wirkung übt.

Das 4aktige Volksstück *Ödön von Horvaths* Revolte auf Côte 3018, das als Bühnenmanuskript beim Berliner Volksbühnenverlag erschien, will sich über die primitiven Absichten des bloßen Tendenz- und Propagandaschriftstellers erheben. *Horvaths* Arbeiter, die beim Bau einer Gebirgsbahn durch *Unwetter* und *Schinderlaune* der kapitalistischen Unternehmer zugrunde gehen, sind mehr als nur skelettierte Propagandasprecher. Sein Stück ist ein sehr ernsthaftes Drama, das man aufführen sollte. Er schreibt einen knappen naturalistischen Dialog, und man darf viel Hoffnung auf ihn setzen.

Das Kriegsdrama *R. C. Sherriffs* Die andere Seite /München, Dreimaskenverlag/ wurde darum ein Welterfolg, weil das tödlich naturalistische Milieu des Schützengrabens in all seiner mörderischen Alltäglichkeit vorzüglich getroffen wurde. Die Soldaten und Offiziere dieses Stücks, das nur die Tendenz des individuellen Unglücks merkbar werden läßt, bewegen sich in den alleralltäglichen Reden und Sorgen. Die Realität, die auf den Menschen lastet und sie schließlich umbringt, ist ein dürrtiger Abklatsch der ungeheuren Blutmisere, die der Krieg über die ganze Erde brachte.

Die wenigen Dramatiker, die von Jugend auf sich erziehen dem Pathos zu entrinnen, werden der Vergessenheit langsamer verfallen als die aus ihrer Zeit schreienden Manifestanten des Zeitdramas. Noch war *Hermann Ungar* nicht bis zu jener stilistischen Klarheit vorgedrungen, die er erreichen wollte, da starb er. Nach seinem Tod wurde *Die Gartenlaube*, eine 3aktige Komödie /Berlin, Ernst Rowohlt/, aufgeführt (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 1167). Ungar kannte sich erst in einigen unter der Pubertät gemarteten Jünglings- und Mädchenseelen aus. Aber er besaß die große Hellhörigkeit, deren Nutznießer er nicht mehr werden durfte. Unbestechlich betrachtete er die Sexualverwirrungen dieser Jugend, der er kaum selber noch entwachsen war. Er sagte Dinge aus, die von abgekühlten und abgebrühten Zuhörern als obszön empfunden wurden. Doch er wollte nicht durch Obszönität dramatische Sensationswirkungen erzielen. Man muß ihn in einem Atem mit *Marieluise Fleißer*, der innigen Naturerzählerin, nennen, deren Drama *Pioniere in Ingolstadt* /Berlin, Gustav Kiepenheuer/ so starken Unwillen der verwelkten Moralisten erregte. Ungar und Fleißer waren schon imstande das Wichtigste, das die Dramatik braucht, walten zu lassen, nämlich die Kraft zur Objektivierung. Ungar besaß die Liebe zum Kleinen, die Erfahrung im seelischen Mikroskopieren, schließlich auch die Scheu vor dem aufgeplusterten Wort.

Das Drama *Paul Gérardys Hochzeitstage* /Wien, Paul Zsolnay/ ist eigentlich eine erotische Tragikomödie. Und mit diesem Begriff, der die Mischung der Elemente definiert, das Verebben des Erhabenen in das Lächerliche und das Aufsteigen des Lächerlichen zum Erhabenen, charakterisiert sich die Grazie seines Talents. Aus all dem Überfluß der Empfindungen und der sentimental Phrasen, aus all dem heißen Spiel der Verliebten entwickelt sich das Gewohnheitsmäßige, die Banalität des Wochentags, und auch dieses kühle Nebeneinanderleben ist wieder fruchtbar. Die Menschen bleiben eben niemals stehen, weder auf der Höhe der Feiertagsempfindung noch in der Tiefe des neuen Sichgehenlassens.

Das Schauspiel *Arthur Schnitzlers* Im Spiel der Sommerlüfte /Berlin, S. Fischer/ entspringt einer Melancholie. Das Milieu ist die Künstlerfamilie. Der schöpferische Vater, der von Gattin und Kindern angebetet wird, der aber viel zu viel Sorgen um sich selber hegt, als daß er sich Mühe gäbe all das dunkle Schicksalswalten um ihn her zu begreifen. Und nun

gehen, während die österreichische Sommerluft weht, diese zarten, von Schnitzler schon so oft geschilderten Menschen ein. Zum Selbstmord treibt es den eben noch fröhlichen Lebensbejaher. Der schwärmerische Liebhaber muß resignieren, weil in dem jungen Mädchen das Blut leidenschaftlicher redet als die Moral. Die Jugend ist bei Schnitzler von Schwermut angekränkt. Heiterkeit und Tod wohnen stets dicht bei einander.

Roman

Unter den deutschen Erzählern gibt es heute nur ganz wenige, die so auf eine saubere und vorsichtig behandelte Sprache bedacht sind, die sie so zu ihrer Herzenssache machen wie *Heinrich Eduard Jacob*. Nach dem schönen kleinen Buch von *Jacqueline* und den Japanern (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 165 und folgende) schrieb *Jacob* nun einen Roman *Blut und Zelluloid* /Berlin, Ernst Rowohlt/. Es ist eine Art Abenteuerbuch. Aber in welcher noblen Delikatesse erzählt! Der kleine und doch so erhebliche Filmhersteller soll in die Weltpolitik eingreifen. Die Komödianten meinen, daß sie nur engagiert sind ein Flimmerspiel vorzubereiten. Einige Drahtzieher wissen allein, worum es sich dreht: Der Faschismus soll kompromittiert werden. Wie da unternommen wird das Reich Mussolinis zu gefährden, und wie schließlich durch Spiel und Gegenspiel alles sich in eine nutzlose Theaterei auflöst, das wirkt sehr ergötzlich. Aber durch alles scheinbar bloß Unterhaltende scheint die Weltgesinnung des Autors durch, die Liebe zu jedem einzelnen Menschen und das liebevolle Verstehen der andern Nation. Es ist eine höchst spannende Geschichte und dazu ein Buch geistiger Freiheit. Die Berliner intellektuelle Weltstadtjugend will *Otto Zarek* in seinem Roman *Begierde* /Wien, Paul Zsolnay/ schildern. Aber er zergliedert nur eine unendlich kleine soziale Zelle des berlinischen Lebens. Seine Jugend verkriecht sich in Atelierkabusen, und in diesen Zellen der Lust und der Unlust, des Weltschmerzes und des kosmischen Gefühls, des Lasters und der Tugend vollzieht sich die Seelentlarvung all der Zarekschen Gestalten. Dem Schriftsteller hat alles heilig zu sein, es kommt nur auf den Takt der Darstellung an. *Zarek* klischiert mit Geduld das, was er an Menschen kennenlernte. Er geht gar nicht erst zu anderen Menschen als denen, die literarisch schon klischiert sind. Deshalb wäre er unter die Bohemespezialisten zu rechnen. Wer gerade die Stimmung aufbringt sich in

diesem Halbdämmer des Verstandes und der Gefühle eine Weile neugierig anzusiedeln, erhält das fast melancholische Bild eines wirren Verlangens, das nirgends die Kraft hat sich zur Leidenschaft zu erheben.

Der Norweger *Ole Edward Rølvaag* ist ein Entdecker. Sein Roman *Peder der Sieger* /Leipzig, Grethlein & Co./ zeigt Hamsunsche Züge. Der gesunde muskulöse Junge, Sohn der nordischen Scholle, gerät in den amerikanischen Schmelztopf. Noch sind diese Auswanderer mit aller bäuerlichen und religiösen Tradition ihrer Heimat verbunden. Aber der neue Erdteil verlangt, daß sie den neuen Boden urbar machen und auch in sich selber den Hang zum Engen ausroden. Ein richtiger Optimistenroman wurde da geschrieben. Der skandinavische Peder gelangt, weil er den Kopf und die Knochen vom Morgen bis zum späten Abend abschuffet, zu Haus und Hof, zu Glück und auch zu Sorgen, und er steht schließlich doch in jener Gegenwart, die die Zukunft verbürgt. Derartige Bücher, die einem Menschen gestatten ein Stück Außen- und Innenwelt, das noch wild war, zu erobern, sind stets erfreulich.

Auch der neueste Roman des Schweden *Aage Madelung* *Das Gut auf dem Mond* /Berlin, S. Fischer/ gewinnt durch solche Aussichten. Ein deutscher Offizier, der ehrlich seine Kriegspflicht tat, soll einen skandinavischen Hof erben. Erzählt wird nun, wie sich dieser gerade Mann mit der schwedischen Scholle und ihren menschlichen Geschöpfen zurechtfindet. Madelung erzählt diesmal beinahe statistisch, ganz ruhig, auch ganz kühl. Es sind nüchterne Dinge, die vorgebracht werden. Es liegt über dem Roman nicht Romantik, die Madelung einst fand.

Unmögliche Menschen nennt der ungarische Dichter *Bela Balasz* einen höchst bemerkenswerten und für das geistige Leben nicht nur Ungarns bis in die Kriegszeit hinein aufschlußreichen Roman /Frankfurt, Rütten & Loening/. Die Glorifizierung des Bolschewismus, die das letzte Kapitel bringt, erscheint mehr angehängt als organisch herauswachsend, obgleich Balasz eifriger Parteigänger jenes Kommunismus ist, den die Bolschewisten usurpieren zu können glauben. Doch das ist nur ein intellektueller Fehler, der den Dichter Balasz zum Glück nicht beeinflusst. Die große und die halbe Welt, die Boheme aller Klassen und Talente, die siegenden Frauen und die Narren des Glücks; alles das lebt in dem Buch, dessen Ereignisse manchmal schwer zu entwirren sind, das durch seinen Um-

fang den Leser zunächst erschreckt, ihn aber, hat er erst einmal angefangen, bald durch merkwürdige Empfindung, aber auch durch Widerspruch fesselt. Balasz zeigt in dem Buch eine Kraft der Einfühlung, die in uns den Wunsch erweckt, daß er sich nun auch mit der Nachkriegsgeneration in so eindringender Weise beschäftigten möge: freilich mit ganz unbefangenen Sinnen und nicht in Ausführung eines Programms, das er für ein Glaubensbekenntnis hält.

Der neue Roman *Vicki Baums* *Menschen im Hotel* /Berlin, Ullstein/, auch erfolgreich als Sensationsstück am Nollendorfertheater in Berlin und anderwärts aufgeführt, erzählt von dem mondänen Getriebe in einer Luxuskarawanserei der Millionenstadt. Die Primaballerina des Russischen Balletts, die sich Hals über Kopf in den Gentlemandieb verliebt, ist die Hauptperson. Und daneben die merkwürdig rührende Figur eines kleinen todkranken Angestellten aus einer kleinen sächsischen Industriestadt, der in den letzten Tagen seines Lebens einmal die Genüsse der eleganten Welt gekostet haben möchte. Es wäre falsch Vicki Baum nur als Unterhaltungsschriftstellerin zu werten. Sie hat den Drang das Leben selbst zu erfassen. Und das gelingt ihr wenigstens in den Einzelzügen, in den Dingen, die sich beobachten lassen.

Preise Immer neue Literaturpreise werden ausgesetzt. Sie können jetzt, bei der Not aller geistigen Arbeit, manchem schwer Ringenden helfen. Ob sie der Dichtkunst selbst wesentliche Dienste leisten, ist noch nicht ausgemacht. Aber zuweilen treffen sie auch den Richtigen.

Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller in der Tschechoslowakei begründete in Prag einen Rainer-Maria-Rilke-Preis, der an deutsche Lyriker und Prosaisten in der Tschechoslowakei verteilt werden soll, die noch nicht mit Büchern vor die Öffentlichkeit getreten sind.

In Frankreich wurde ein neuer Literaturpreis, der George-Sand-Preis, in Höhe von 10 000 Francs gestiftet; er ist für das Werk einer Schriftstellerin bestimmt, deren geistige Art sich am meisten der George Sands nähert.

Ein Preis von 10 000 Francs für den besten Abenteuerroman wurde Pierre Very für seinen Roman *Das Testament* von Basil Creris zugesprochen. Der bisher unbekannte Schriftsteller ist 30 Jahre alt und hat auf seinen Reisen in anderen Erdteilen selber ein höchst abenteuerliches Leben geführt.

Der Preis des Verlags Eugen Diederichs in Jena in Höhe von 10 000 Mark wurde Carl Haensel für seinen Roman *Zwie-mann* zuerkannt. Er behandelt die Geschichte eines Industrietrusts mit welt-politischen Hintergründen.

Der Jugendpreis Deutscher Erzähler in Höhe von 10 000 Mark, der dem Verband Deutscher Erzähler alljährlich von der Deutschen Buchgemeinschaft in Berlin gestiftet wird, fiel in diesem Jahr Anton Gabele für seinen Bauernroman *Im Schatten des Schicksals* zu.

Ein Literaturpreis für Kinder wurde in Paris gestiftet. Es sollen alljährlich 5000 Francs dem Autor des besten Jugendbuchs zufallen. Die Jury besteht aus 5 Kindern unter 14 Jahren.

Unter den Preisaufgaben der Universität Greifswald befindet sich das Thema: »Goethes Stellung zur Französischen Revolution.« Der Endtermin für die Ab-lieferung ist der 1. März 1932.

Totenliste Am 14. April tötete sich in Moskau *Wladimir Majakowskij*. Er ist nur 39 Jahre alt geworden. Er war der revolutionäre Lyriker Rußlands; besonders sein lyri-sches Epos 150 Millionen übte dort tief-ste Wirkung. Ein Buch über seine Ame-rikareise war die einzige Arbeit in Prosa, die er verfaßte. Dann wandte er sich immer mehr dem Theater zu. Noch vor kurzem inszenierte Wsewolod Meyerhold seine Komödie *Die Badestube*, eine Sa-tire auf das bolschewistische Funktionär-regime. Aber gerade dieses Stück scheint Konflikte mit den Herrschenden herauf-beschworen zu haben. Namentlich, als es auch auf Provinztheatern gegeben wer-den sollte. Dazu kamen private Erleb-nisse, die nach Paris hinüberspielen. Ein hinterlassener Vers Majakowskij deutet an, daß sein »Liebesschiff gescheitert« sei. Aber eine Liebesaffäre hätte ihn nicht in den Tod getrieben, wenn ihn nicht vorher schon die Enttäuschung über die bolschewistische Herrschaft, der er als der vermeintlichen Verkörperung der Revolution sich ganz hingegeben hatte, innerlich gebrochen hätte. Wie sein Ge-sinnungsgenosse Henri Guilbeaux fest-stellt, wurde Majakowskij ein Opfer der Nutznießer der Revolution.

Ende April starb auf seinem Besitztum Jenle in Nordjütland, 64 Jahre alt, *Jeppe Aakjaer*, der Sänger der jütischen Erde und zugleich einer der kraftvollsten so-zialen Dichter, der fanatische Vorkämp-fer für die Aufklärung der Landbevölke-rung (siehe über ihn hier den Artikel Placzeks *Soziale Lyrik in Dänemark*,

1925 Seite 558 und folgende). Er ent-stammte einer tief religiösen nordjüti-schen Bauernfamilie. Sein Drang nach Bildung führte ihn auf die für die gei-stige Hebung des Bauernstands in dieser Epoche so wichtige dänische Bauern-hochschule. Die von Georg Brandes, Jens Peter Jacobsen und verwandten Geistern geschaffene Atmosphäre war auch ihm günstig. Er entschloß sich nur aus dem Grunde Akademiker zu werden, um an der sozialen Aufklärungsarbeit linksradikaler Studenten teilnehmen zu können. Erst als reifer Mann kam er zu dem Höhepunkt seines dichterischen Schaffens in den Gedichtsammlungen *Freies Feld* und *Lieder des Roggens*. Dänemark verdankt ihm viel. Der däni-sche Staat erkannte seine Verdienste an, indem er von Staats wegen behaust und ernährt wurde. Er lebte zugleich als Bauer und als Dichter.

In Krakau starb Mitte Mai *Wladislaw Orkan*, im Alter von 54 Jahren. Wie Reymont, aber in noch höherm Grad Knut Hamsun verwandt, war Orkan der Schilderer der polnischen Landschaft und der polnischen Bauern. Von ihm stammen ein großangelegtes Epos, betitelt *Ureinst*, und eine Reihe historischer Romane, in denen er den Kampf der polnischen Bauern gegen die Naturge-walten und gegen soziale Unterdrückung darstellt. Seine Briefe vom Dorf kann man nur mit Verhaerens Bauern verglei-chen. Noch kurz vor seinem Tod war Orkan mit dem Literaturpreis der Stadt Warschau ausgezeichnet worden.

Am 16. Mai starb in Paris *William John Locke*, im Alter von 67 Jahren. Dieser englische Schriftsteller wählte Frankreich zu seiner Heimat. In der Tat sind seine Bücher (von denen 2 der besten, *Die lustigen Abenteuer des Aristide Pujol* und *Der große Pandolfo*, auch deutsch erschienen) (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 576) aus französischem Geist er-zeugt; nicht in irgendeiner Nachahmung fremder Art sondern in geistiger Über-legenheit. Sein Humor ist die Freude an den Dingen, die er von oben sieht.

Am 18. Juni starb in Straßburg *Albert Matthis*, in seinem 56. Lebensjahr. Wie kein anderer hat Albert Matthis es verstanden den Straßburger Dialekt in dichterische Form zu zwingen und damit das stärkste Empfinden, seine ganze Seele erklingen zu lassen. Gemeinsam mit seinem Bruder Adolphe hat Albert Matthis verschiedene Bände elsässischer Dialekt-dichtungen herausgebracht, die ein leben-diges Bild des elsässischen Landes und Volkes geben. Albert war vor allem der

Dichter des Rieds, der feuchten Felder und Matten am Rhein mit ihren Altwässern, Gräben und grauen Weiden. Einige seiner Gedichte gehören zu dem Schönsten, was in Dialektdichtung überhaupt geschaffen wurde. Sie sind echt strassburgisch, nicht aus dem Hochdeutschen in Strassburger Dialekt übertragene Reimerei. Was die Brüder Matthis ausdrückten, empfinden die vielen Tausende des Elsaß. Und gerade als Elsässer fühlten sie sich stets mit Frankreich, seinem Geist, seiner Kultur, seinen Ideen, verbunden. Aus dieser Gesinnung heraus schrieben sie ihr berühmtes Elsaßlied *Mir sin franzoesch*, das von J. M. Erb in Musik gesetzt wurde. Der Tod Albert Matthis' hat in Strassburg und im ganzen Land, überall, wo die Sprache des Elsässers verstanden und geliebt wird, tiefe Trauer hervorgerufen.

Am 30. Juni starb in Berlin *Selma Hartleben*, Otto Erichs berühmtes Mopphen, 68 Jahre alt. Der Schriftsteller Hartleben hatte ihr im Leben viel zu verdanken. Nach seinem Tod wurde sie durch ihn zur Schriftstellerin; in ihrem Erinnerungsbuch *Mei Erich* /Berlin, S. Fischer/.

Kurze Chronik In der Bibliothek eines indischen Dorfs bei Patna fand man eins der schönsten Exemplare der berühmten Gedichtsammlung *Rubajat Omar Chajjams*, jenes lebensprühenden persischen Dichters, der 1123 in Nischkapur starb. Es soll das viertälteste Buch der Welt sein. ◊ Die Berliner Universitätsbibliothek erwarb die Briefe *Theodor Fontanes* an Bernhard von Lepel einschließlich der Gedichtmanuskripte. Die 181 Briefe, die noch unveröffentlicht sind, stellen wohl das wichtigste Dokument dar, das wir über die seelische und geistige Entwicklung Fontanes besitzen. ◊ Eine merkwürdige Sammlung, nämlich eine *Selbstmordbibliothek*, erwarb die Stadt Augsburg. Sie wurde von Hans Rost in Augsburg, der die Anregung dazu von dem Münchener Statistiker Georg von Mayr erhalten hatte, begründet und ausgebaut; ein Archiv für Selbstmordforschung soll ihr angegliedert werden. Die Sammlung umfaßt 4000 Stücke. Sie beginnt chronologisch mit der Schrift des Bischofs Sailer über den Selbstmord /1785/ und erstreckt sich auf Bücher aus den entlegensten Literaturen. Ein Teil stammt von dem Berliner Kulturhistoriker Max von Boehn. Die Bibliothek besitzt auch ein Exlibris; es stellt den Tod sitzend zwischen 2 Pfeilern der Selbstmörderbrücke von Großhesselohe im Isartal bei

München dar. ◊ Die Hundertjahrfeier der *französischen Romantik* wurde auf dem Place des Vosges in Paris vor dem Haus Victor Hugos mit einer Freilichtaufführung seines Dramas *Marion de Lorme* festlich begangen. ◊ In Orléans wurde ein Denkmal für *Charles Péguy*, der in der Marneschlacht gefallen ist, eingeweiht. Péguy hat auf die junge französische Schriftstellergeneration des letzten Vorkriegsjahrzehnts einen starken Einfluß ausgeübt. Er war ein Sozialist reiner Gesinnung. Für die Sozialistischen Monatshefte schrieb er 1899 einen Artikel über Jean Jaurès. Es war eine seiner ersten Arbeiten überhaupt und die erste Würdigung des großen französischen Sozialisten, dessen Ermordung dann 1914 den Krieg einleitete, dem wenige Wochen später Péguy zum Opfer fiel. ◊ Am 28. Mai wurde auf dem Bergfriedhof in Crossen an der Oder ein von dem Berliner Bildhauer Hans Dammann geschaffener Grabstein für *Klabund* enthüllt, der am 14. August 1928 starb (siehe diese Rundschau 1928 II Seite 923).

Musik / Max Bulling

Jüngstes Schaffen

Die Sektion Deutschland der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik hat zum erstenmal ein Musikfest veranstaltet, und zwar am 18. und 19. Juli in Pymont. Die Veranstaltungen der Gesellschaft beschränkten sich bisher auf Konzerte ihrer Ortsgruppen respektive auf das in jedem Jahr stattfindende Musikfest. Bei der Fülle von Musikfesten erhebt sich die Frage, ob für das Fest ein wirkliches Bedürfnis vorlag. Die Frage ist aus einem bestimmten Grund entschieden zu bejahen. Die Generation, die vor 10 Jahren in Donaueschingen im Allgemeinen Musikverein und in der Internationalen Gesellschaft zu Wort kam, ist älter geworden, und die Fähigsten unter ihnen sind längst der Öffentlichkeit bekannt. Jetzt gibt es bereits einen Nachwuchs, auf dessen eigene Schöpfungen man gespannt sein darf, da man annehmen muß, daß das, was in den letzten 10 Jahren erkämpft wurde, für den Nachwuchs die Basis seiner Ausdruckstechnik sein dürfte. Rein praktisch ist ferner festzustellen, daß dieser Nachwuchs, was Bekanntwerden und Stellung in der Öffentlichkeit anlangt, es nicht so leicht hat wie die vorige Generation. Und deshalb rechtfertigt sich das Pymonter Fest der Sektion Deutschland dadurch, daß die Jury konsequent den Standpunkt einnahm "prominente" oder in Deutschland

näher bekannte Komponisten nicht aufzuführen. So kam ein Programm zustande, das 2 wesentliche Fragen beantwortete: nämlich 1., welche neuen, unbekannt oder nur sehr wenig bekannten Autoren heute schaffen, und 2., ob diese jungen Autoren in irgendeinem Sinn stilistisch Gemeinsames aufwiesen, ob das Stilchaos der 10 Jahre von einem einheitlichen Ausdruckswillen verdrängt wird. Es ist kein Zweifel, daß neben einigen vereinzelt dastehenden Werken die in Pymont aufgeführten Kompositionen in 2 Gruppen solchen einheitlichen Stilcharakter aufwiesen. Die eine Gruppe ist ganz stark vom Jazz beeinflusst, die andere Gruppe schließt sich an den motorisch-polyphonen Stil an, der in den letzten Jahren in der Neuen Musik stark hervortritt. Es fällt auf, daß nur unter den vereinzelt Werken die schöpferische Individualität des Komponisten stärker hervortritt. Die Werke der beiden Gruppen als Epigonenarbeiten zu bezeichnen wäre ungerrecht. Aber es kann nicht übersehen werden, daß der Wille zum individuellen Ausdruck nur eine geringe Rolle spielt, ja man hat den Eindruck, als ob die Komponisten nach einem Halt suchen, den sie entweder in der rhythmischen oder klanglichen Manier des Jazzstils oder in dem bereits etwas starren Gefüge des gleichmäßig bewegten linearen Kontrapunkts finden.

Nicht weniger als 5 unter 14 Komponisten haben in gewissem Sinn Jazzmusik geschaffen. Davon sind 2 Werke kompromißlos Jazzmusik. Ein Rondo in Jazz schrieb *Hanns Jelinek*, eine Tanzsuite für Kammerorchester *Karl Vollmer*. Beide Werke sind witzig, klug, ein wenig ordinär, würden viel mehr packen, wenn die melodische Ausdruckskraft stärker wäre. Bei Vollmer interessiert die orchestrale Behandlung ungleich stärker als bei Jelinek. Bei Jelinek ist das Temperament natürlicher; wäre der Einfall ursprünglicher, charakteristischer, dann würde das Detail sich nicht so stark in willkürlichem Witz hervordrängen. Aus diesem Grund nahm das Publikum die Werke trotz allem Beifall wohl nicht so ernst auf, aber es ist kein Zweifel, daß in diesem Stil und in dieser Sprache Wertvolles zu sagen wäre. Ungleich wichtiger als diese beiden Werke, in gewissem Sinn als das beste des Festes überhaupt anzusprechen, ist das Stück des Genfer Komponisten *Frank Martin* Rhythmes, das in Deutschland zum erstenmal aufgeführt wurde. Bei diesen Rhythmen ist die Polyphonie, wie sie die Klassiker verstanden, beinahe vollständig ausgeschlossen. Der Kompo-

nist behandelte die Gruppen des Orchesters als kompakte Masse. So entsteht ein Exemplar von musikalischen Komplexen, von denen jeder in sich selbst eine vollständige Harmoniefolge und ein unabhängiges Taktmaß trägt. In diesem Prinzip ist die Komposition streng, temperamentvoll und eindringlich. Die rhythmische Geste wirkt als selbständiger Ausdruck. Es ist diesem Werk auch größte persönliche Eigenart zuzusprechen. Eine lustige Kantate Aus der Sommerfrische, für Soli, Chor und Kammerorchester, schrieb *Herbert Trantow*. Der Jazzcharakter ist in diesem Werk nur mehr als Einfluß, nicht als Prinzip zu erkennen. Stilistisch könnte man ihm vorhalten, daß es entweder zu wenig oder zu viel Kantate im ältern Sinn ist. Die Choraufführungen in Pymont litten ein wenig unter der Tatsache, daß der (ausgezeichnete) Chor der Funkstunde seine Ferien unterbrechen mußte; eine noch mehr durchgearbeitete Aufführung hätte die Geschlossenheit des Werks noch besser zur Geltung gebracht. Trantow versteht es reizende Alltäglichkeiten in künstlerische Form zu bringen. Die Sicherheit seines künstlerischen Instinkts ist außerordentlich groß. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß von ihm für die Zukunft viel zu erwarten ist. Das letzte der Stücke, die man als Werke einer Jazzgeneration ansprechen könnte, ist ein Kammermusikwerk, ein Divertimento für Klarinette und Streichquartett von *Matyas Seiber*, ein Stück, das zu den Rhythmen Frank Martins in Parallele gesetzt werden könnte. Es wurde an diesem Stück von mancher Seite ein gewisser Mangel an Tiefe empfunden; mit Unrecht, denn diese Art des Nichttiefen ist unter Umständen reinste und beste Musik, und vielleicht ist von all den in Pymont aufgeführten Stücken Seibers Divertimento das musikalischste gewesen. Wenn der letzte der 5 Sätze, was ursprünglichen Einfall anlangt, nicht stark abfiel, wäre es ohne weiteres als eins der besten und in jedem Sinn erfreulichsten Kammermusikstücke der letzten Jahre anzusprechen. In dem unbefangenen Temperament Seibers ist ein großer Wert zu sehen.

Diesen 5 Stücken stehen 6 andere in geschlossener Gruppe gegenüber, die ganz in dem oben erwähnten motorisch-linearen Stil geschrieben sind. Was bei den 5 Stücken der einen Gruppe der Rhythmus bedeutet, ist in dieser andern das rhythmisch gar nicht besonders gegliederte Bewegungsmoment, wie wir es aus dem Stil Paul Hindemiths und anderer neuerer Autoren kennen. In den Kam-

mermusikwerken wirkte dieser Stil im Konzert anfangs sehr sympathisch, die Aufmerksamkeit der Hörerschaft erlahmte aber verhältnismäßig schnell durch das Wiederkehren immer nur bewegter Form. Besonders ist es *Josef Schelb* nicht gelungen in die Bewegung eine Plastik hineinzubringen, die das Erkennen des Tektonischen erleichtert. Auch *Hans Heinz'* Symphonie »in modo d'una toccata« wirkte allzu gleichmäßig, das heißt, sie wirkte in gewissem Sinn überhaupt nicht sondern ging in fließender Bewegung vorüber. Musik dieses Stils muß klar angelegt sein, und das waren die beiden Werke nicht. Ein Stück, dem die ausgezeichnete Instrumentation und die kluge Begrenzung der Form sehr zugute kam, war *Hans Helfritz'* Cembalokonzert. Das Stück war ursprünglich vom Autor als Rundfunkmusik gedacht, es ist ungemein klar gesetzt, fein und zart im musikalischen Ausdruck, vielleicht eines der wertvollsten Stücke, die in den letzten Jahren für Cembalo geschrieben wurden. Zu dieser Gruppe gehören auch die Werke zweier bereits älterer Autoren. Die Sonatine für Klavier Opus 25 von *Max Trapp* ist, wie nicht anders zu erwarten, eine beherrschte, in der Form und in der Technik vollendete Komposition. Sie ist für Trapp besonders bemerkenswert, weil er in den ersten beiden Sätzen jenen vorhin beschriebenen Stil schreibt, der in ziemlich starkem Gegensatz zu früheren Werken von ihm steht. Im letzten Satz spürt man an verschiedenen Stellen den Charakter seiner früheren Werke wieder durch. So schade das für die Klavier-sonatine ist, deren Geschlossenheit darunter leidet, so bemerkenswert bleibt die Wandlung Trapps trotzdem, und die Aufführung erregte größtes Interesse. Eine kompromißlose konsequente Musik schrieb *Karl Wiener*. Der Wert seiner Sonatine für Viola und Klavier steht außer allem Zweifel, und wenn sie in Pymont nicht einen ebenso starken Eindruck hinterlassen hat wie vor einiger Zeit seine Streichquartettstücke, so mag das an der für die Bratsche etwas zu starren Diktion seiner Musik liegen. Am unklarsten im Ausdruck und am unsichersten im Stilistischen war *Heinz Schuberts* Kammerconcertino für Klavier, Violine, Viola und Violoncello. Daß das Stück trotzdem einen so starken Erfolg hatte, liegt in erster Linie wohl an dem jugendlich unbekümmerten Temperament des Autors. Es war eine große Hoffnung für die Zukunft. Schubert wurde als eine der stärksten Kräfte unter den aufgeführten Komponisten angesehen.

3 Werke lassen sich stilistisch mit den bisher genannten nicht gut gruppieren. Das eine von ihnen ist das 2. Konzert für Klavier und Orchester von *Alexander Tansman*. Das Stück ist zweifellos das vollendetste und reifste Musikstück des ganzen Festes gewesen. Es ist glänzend gearbeitet, neue Gelegenheit das Virtuositentum des Interpreten in jeder nur denkbaren Akrobatik aufzuziehen, ist aber eben Virtuosenmusik. Gewiß hat auch solche ihre volle Berechtigung. Im Vergleich zu den nicht so vollendeten, aber im ganzen doch ungleich höherstrebenden Werken der anderen Komponisten fiel dieses merklich ab. Ebenso ein durchaus nicht uninteressantes, aber etwas zu einfaches, zu genügsames A-cappella-Chorwerk von *Paul Sanders*: La vieille, nach einem Gedicht von Paul Fort. Endlich *Wladimir Vogels* 3 Vokalsen für gemischten Chor und Saxophonquintett. Das Stück wurde vor kurzer Zeit von der Berliner Funkstunde uraufgeführt und in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 625) bereits besprochen. Es mag nur hinzugefügt werden, daß es den damaligen tiefen Eindruck bestätigte; es ist ein ganz prachtvolles Werk.

Alles in allem waren die Pymonter Tage interessant und anregend. Nicht zuletzt als ein Dokument für das Schaffen unserer Jüngsten, denen wohl bisher noch nicht Gelegenheit gegeben worden war so einheitlich neben einander zu stehen.

Chormusik Das neue Chorbuch ist ein wichtiges Werk betitelt, das in 10 Lieferungen erschien.

Vorwegzunehmen ist eine uneingeschränkte Anerkennung, die nicht nur dem Herausgeber, Erich Katz, sondern auch dem Verlag, B. Schotts Söhne in Mainz, gezollt werden muß. Denn abgesehen davon, daß in diesen Heften erheblich mehr schöne und wertvolle Musikstücke stehen als man sonst von Sammlungen gewöhnt ist, bleibt der Versuch in 10 Heften nicht zu schwer sangbare neue Chormusik herauszugeben eine Tat, deren kultureller Wert ganz außerordentlich groß zu bemessen ist. Es ist zu befürchten, daß die Vertreibung dieser Hefte beim Spießbürgertum und Phlegma unserer Chorvereinigungen starken Widerstand finden wird. Aber zu wünschen ist ihnen die allergrößte Verbreitung.

Es liegen 2 Hefte Kirchliche Gesänge und geistliche Lieder, 3 Hefte Ernste Lieder und Gesänge, 2 Hefte Tanz- und Scherzlieder und 2 Hefte Lieder der Zeit sowie 1 Heft Spiel- und Kinderlieder vor. In den ersten Heften fallen unter den

Autoren Karl Marx, Matyas Seiber und Hermann Reutter auf. Mit Ausnahme von Carl Orff sind diese kirchlichen Gesänge und geistlichen Lieder aber durchaus im Stil alter polyphoner Musik geschrieben. Unter den Nichtgenannten dieser, wie auch der späteren Hefte findet sich, das mag die einzige Beanstandung sein, dieses oder jenes Stück, das in seiner einseitigen Technik und in seiner ebenso einseitigen geistigen Haltung allzu weit geht. Man kann solche Stücke kaum noch als musikalische Kompositionen bezeichnen. Dabei ist nicht zu bezweifeln, daß diese Stücke durchaus hübsch klingen und gut sangbar sind. Aber es muß deutlich gesagt werden, daß kunsthistorische Überzeugung nicht das geringste mit neuer Musik zu tun hat. Das muß in diesem Fall besonders ausgesprochen werden, da es heute noch eine der größten Gefahren für die Entwicklung unserer Musik zu sein scheint, wenn man glaubt sich im Fugato und Kanon erschöpfen zu können.

Ernste Lieder und Gesänge komponierten Conrad Beck, Walter Rein, Otto Crusius, Karl Marx, Ernst Pepping (besonders interessante und in gewissem Sinn neuartige Stücke), Wilhelm Maler, Friedrich Wilhelm Lothar, Hermann Erpf und andere. Unter den Tanz- und Scherzliedern finden wir einen sehr lustigen Kampfgesang der schwarzen Männer von Paul Hermann. Auch hier ein sehr schönes Stück von Ernst Pepping, ein fröhliches Stückchen von Ernst Toch. Lieder der Zeit schrieben unter anderen Wolfgang Fortner und Matyas Seiber. Bei den Kinderliedern sind reizende Ungarische Volkslieder, die Seiber bearbeitete.

Die Vorlagen, die die Autoren verwendeten, stammen, abgesehen von literarischen Texten, Volksliedern und kleinen Gelegenheitstexten, deren Autoren nicht genannt sind, von Goethe, Eichendorff, Claudius, George, Werfel, Brecht, Toller, Schönland, Döblin, Kästner, Mehring, Ringelnatz und anderen.

Es mag zum Schluß noch einmal der wirkliche Wert dieser neuen Erscheinung hervorgehoben und auch allen Freunden der neuen Musik empfohlen werden sich diese zu Hause auf dem Klavier leicht spielbaren Partituren anzuschaffen.

Kurze Chronik Mit seiner Musik zu dem Festspiel Völkerfreiheit, das den Mittelpunkt eines großen Arbeitermusikfestes in Bern bildete, hatte *Erwin Lendvai* einen stürmischen Erfolg. ◊ Ende Mai wurde in Kassel durch den Lehrergesangsverein unter der

Leitung Robert Langs *Bruno Stürmers* Messe des Maschinenmenschen uraufgeführt. ◊ Nach Reinhold Lenz' Drama vollendete *Mantred Gurlitt* eine Oper Die Soldaten; sie wird im Düsseldorfer Stadttheater aufgeführt. ◊ Der Film Panzerkreuzer Potemkin wird mit der Originalmusik *Edmund Meisels* als Tonfilm herauskommen. ◊ Im Prager Verein für Moderne Musik wurden im April einige Werke *junger tschechischer Komponisten* aufgeführt. Vor allem erregte ein Streichquartett von Predrak Miletschowsitsch großes Aufsehen. Daneben eine Kantate von Frantisek Picha, einem Schüler Josef Suks. ◊ Den *Beethovenpreis*, der seit 1927 jedes Jahr durch die Preußische Akademie der Künste verliehen wird, erhielten Emil Nikolaus von Reznicek und Julius Weismann. ◊ Den vom Leipziger Verlag Hug & Co. ausgeschriebenen *Schubertpreis* erhielt Hermann Wunsch für seine Hammerwerksymphonie. ◊ Franz Werfel, der durch seine Übersetzungen der *Forza del destino* und des *Simone Boccanegra* die deutsche Opernbühne in verdienstvollster Weise bereicherte, bearbeitet jetzt eine weitere *Verdioper*, die *Sizilianische Vesper*. ◊ In Mainz wurde ein Denkmal für den Dichterkomponisten *Peter Cornelius* enthüllt, von Hugo Lederer geschaffen. *Cornelius'* Barbier von Bagdad wurde vor 8 Jahren von Fritz Stiedry von allen Zutaten befreit und in der Urfassung aufgeführt (siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 376 und folgende). Die ganze Schönheit dieses Werks, das nun hoffentlich dauernder Besitz der Bühne bleibt, wurde dadurch lebendig. ◊ Zum Gedächtnis *Gustav Mahlers*, der jetzt 70 Jahre alt geworden wäre, soll im Schwarzenberggarten in Wien ein Denkmal errichtet werden, das von Peter Behrens und Anton Hanak geschaffen wird. ◊ Die *Musik der Primitiven* bildet jetzt an der Universität Hamburg ein besonderes Lehrfach, für das sich Wilhelm Heinitz habilitierte. ◊ In Wien soll eine *Internationale Musikstelle* (Imusa) unter dem Präsidium Josef Marx', Max Springers und Otto Masanecs eingerichtet werden, die für alle Fragen der Musikpflege und der ausübenden Musiker zuständig sein wird. ◊ Von der Stadt Freiburg wurde ein *Musikseminar* errichtet; die Hauptlehrer sind Erich Doflein, der Organist Ernst Kaller und Erich Katz. ◊ Die *Bayreuther Festspiele* sind dieses Jahr, anders als in letzter Zeit, vollständig ausverkauft. Der Zudrang wird aus der Tatsache erklärt, daß Arturo Toscanini zum erstenmal in Bayreuth dirigiert.

Bühnenkunst / Walther Petry

Schildkraut † Rudolf Schildkraut ist am 15. Juli, 68 Jahre alt, in Hollywood gestorben. Er war spaniolischer Jude, in Konstantinopel geboren, lernte bei Mitterwurzer, kam nach Hamburg, von dort nach Berlin. Er war im großen Ensemble Max Reinhardts einer der größten, der unvergeßlichsten Schauspieler; ein Künstler, dessen Leistung auf seiner menschlichen Art ruhte, der, statt sich in die Rolle hinein zu verwandeln, die Rolle sich anverwandelte, der, ob Lear oder Scheinlock, Schildkraut war, ein großer naturkräftiger Mensch östlicher Art, kein erzväterlicher, aber ein urväterlicher exemplarischer Typus. Als diese beispielhafte Gestalt, kein Mimiker sondern ein schicksalhafter Mensch, lebte er auch im Film. Er kann auch mit großen russischen Schauspielern nicht verglichen werden. Eine Beschreibung seines Wesens gibt ihn nicht. Wer ihn nicht auf der Bühne sah, sollte sich die Filme (Der Landarzt, Mein Herzensjunge, Die neue Heimat) ansehen. Schildkraut spielte, in welcher Rolle immer, den *totalen* Menschen. Größeres ist nicht zu sagen.

Berliner Kunst- Der Begriff Kunst ist in
wochen Berlin zu Betrieb umbuchstabiert worden; man darf, wo das erste angezeigt ist, auf das zweite gefaßt sein. Den erklärenden Kommentar dazu schreibt seit Jahren die feuilletonistische Tagespresse. Ohne ihre deutende Bemühung wären viele Ereignisse des Betriebs als "lebendige Kunst" gar nicht mehr zu erkennen; sie erhebt sie dazu, und das Publikum darf staunen. Der unbefangene Zuschauer sucht nach Erklärungen. Eine öffentliche Wirksamkeit der Kunst in Deutschland hat es nie gegeben, und sie konnte erst, als die Anschauung von ihr verloren gegangen war, aus einem Fehlen der Maßstäbe und einer Zersetzung der kritischen Terminologie heraus projiziert werden. Von ihrem heimlichen Wirken (das sich zur Tageswirklichkeit aber in keine Beziehung zwingen läßt) kann sich der aufmerksame Beobachter auch heute noch überzeugen. Unsere Kritik, auf das Theater, eine Stätte mühseliger Zauberei, gerichtet, gewinnt also ihre Schärfe aus der notwendigen Absicht die öffentliche Kunst des Berliner Betriebs mit bestimmten kritischen Maßstäben neu zu graduieren; ihre Position ist das sichere Wissen, daß es abseits des Markts, wo erfolgreichste Dramatik verhandelt wird, deutsche Dich-

tung großer Art und reiner Gehalte gibt. Dieses Wissen verpflichtet zur Verantwortung, das will praktisch heißen: zur unmißverständlichen Verurteilung der Scheinwerte, der Illusionstechnik der Berliner Vergnügungsagenturen. Im Rahmen der Berliner Kunstwochen (wie man in diesem Jahr das nannte, was sich im vorigen Jahr als Festspiele etikettierte) brachte die Volksbühne den *Julius Caesar* heraus. Der Regisseur, Karl Heinz Martin, löste die Inszenierungsaufgabe wie ein Feuerwerksmann, er ließ blitzen und donnern, daß der Erfolg allein dadurch gesichert war. Im Tosen der künstlichen Elemente ging das Wort unter. Wo es zu hören war, wurde es nicht verstanden. Wo es verstanden werden konnte, war es nicht die Sprache Shakespeares sondern Kulissenjargon. Eine Zeitlang gab man historische Stücke in modernem Kostüm, Hamlet mit Zylinder, ein Modernisierungsversuch der toten Klassiker. In diesem *Julius Caesar* bleiben Kulisse und Kostüm historisch, wird nur der Shakespearesche Vers ins naturalistische Deutsch der Zeit umgedolmetscht. Hans Peppler wurde als Darsteller in modernen Problemstücken bekannt, er gibt hier den Caesar wie eine Figur aus Erziehungshausrevolten. Er sang jeder, wie ihm der Schnabel gewachsen war, und jeder gegen Text, Gestalt und Sinn des Dramas. Die Verständlichkeit der Handlung war für den Besucher durch eine politische Erklärung des Programms gesichert. Die Drehbühne lief, was sie konnte. Das Szenenbild war mit Projektionsbildern wirkungsvoll gesteigert. Die Aufführung geschah, wie gesagt, im Rahmen der Berliner Kunstwochen. Im Rahmen der Berliner Kunstwochen brachte das Staatliche Schillertheater *Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung* heraus. Die Regie hatte Jürgen Fehling. Das Stück ist eine maßlose Improvisation, schwer aufzuführen. Sein barocker Humor verdünnt sich in der 2. Hälfte zur Literatursatire, die eine Aktualisierung kaum verträgt. Es wimmelt von Einfällen und Personen, und es hat nur eine einzige Figur: den Schulmeister, und nur eine große Spielszene: die Sauferei am Anfang des 3. Aufzugs. In dieser Figur und dieser Szene hat das Stück festen Boden; um sie herum wird ausfahrend und rücksichtslos phantasiert. Fehling hat diese beiden Stützpunkte des nur durch dauernde Bewegtheit zu führenden Lustspiels nachdrücklich verstärkt; er gab den Schulmeister an den vorzüglichen Schauspieler Paul Bildt, detaillierte die Rolle liebevoll und entwarf von

ihr aus den derb verstärkenden wirk-samen Charakter der Aufführung. Sie gipfelte richtig in der Saufszene. In ihr waren Rollen und Darsteller, äußeres Bild und innere Lage, Absicht und Verwirklichung eins; der dichterische Atem dieses Bildes ist alkoholisch, aber er ist lebendig spürbar. Mit dieser Stelle war diese Grabbeerdigung gerechtfertigt, ihr Erfolg sicher. Er hätte durch eine bessere Besetzung der Rolle des Teufels erhöht werden können.

Die Aufführung erwies nur einen ehrlich arbeitenden Regisseur, zeigte nur einen guten Darsteller und brachte noch keine gleichmäßig gehaltene Inszenierung. Die Spielplankonzeption des Staatstheater ist planlos. Zu fordern wären: weniger Experimente, mehr kontinuierlicher, beinahe schulmäßig der europäischen Dramas; er sammelte die Kräfte, höbe das Vertrauen und wäre in jedem Punkt der Durchführung zu rechtfertigen. Ernst Legal müßte sich die Mühe nehmen richtige dramaturgische Mitarbeiter an seiner Aufgabe zu suchen, die geistige Situation der Staatlichen Schauspiele, die wirtschaftliche mit ihr, zu konsolidieren.

Episches Drama Ein moderner Begriff, von einem schon berühmten, jungen Bühnenautor zuerst als

Theorie seiner eigenen Produktion aufgestellt, von einer eigentümlich einsichtigen Kritik aufgenommen und unterbaut, ist der des epischen Dramas. Episch, zuerst die Talente, episch die Stoffe, verblüffend die Verbindung beider in Theaterstücken, erstaunlich die Erfolge, die diese epischen Theaterstücke im Zeichen der Überraschung errangen. Inzwischen ist dieser Begriff richtunggebend geworden. Bert Brecht und der Erfolgsbahn, die er in Kompanie mit der modernen Musik eröffnete, folgt eine Reihe junger Leute, die die Schlagzeilen der Tages-sensationen zu einigen Akten und mehreren Bildern auseinanderziehen.

Zur Premiere von Reinhard Goerings *Südpolexpedition des Kapitän Scott* fand sich, veröffentlicht auf der wichtigsten Seite des Manchester Guardian, diese Erklärung ein: »Lady Scott und die Angehörigen des verstorbenen Kapitän Scott wünschen festzustellen, daß das in Berlin aufgeführte Drama ohne ihre Zustimmung oder Autorisierung gespielt wird. Sie haben keine Kenntnis von der Absicht gehabt es aufzuführen, und die Aufführung erfolgt durchaus gegen ihre Wünsche.« Solche Proteste sind von den

sehen; sie appellieren an das Menschliche, werden aber auf das Reklamekonto überbucht. Goering ist der Verfasser eines nach dem Krieg aufgeführten Dramas Seeschlacht, in welchem Stück Matrosen eines kämpfenden Kriegsschiffs im Panzerturm das Geschütz bedienen, in hymnisch gehobener Rede auf die Tragik der Situation hinweisen und mit einem Volltreffer zum Schweigen gebracht werden. Dieses Stück, ideologisch undurchsichtig, gehörte zu seiner Zeit, dokumentierte sie und hatte Haltung. Von ihm ist das neue aufs schärfste unterschieden. Es will sensationieren, gebraucht grobe Mittel, wendet sie formlos an, aber langweilt. Die arktischen Temperaturverhältnisse werden mehrere Bilder lang von dem Bühnendichter außer acht gelassen, der seinen Forschern mit den erstaunlichsten Banalitäten den Mund öffnet, um ihn zuletzt mit dem großen weißen Schweigen zu schließen. Es treten auf: Scott und seine Begleiter, Amundsen, im Schlitten, mit ledernen, im Hundeweitschritt schwingend, Frau Scott und Söhnchen und andere historische Personen, die ihr wirkliches Leben mit einem Text ausdeklamieren müssen, der angesichts der stummen Tragik, die diese Menschen zerschlug, als beißende Travestie empfunden wird. Das Ganze ist chorisch versetzt, mit Stimmen aus dem Zuschauerraum ins innerste Interesse des Publikums geknüpft; dem Autor schwebte etwas wie eine Erneuerung der antiken Schicksalstragödie vor, aber es ist ein modernes "episches Drama" geblieben. Der große Staatstheaterapparat arbeitete bei diesem Stück im Leeren.

Provinztheater Im Reich ist man zuweilen weniger provinziell als in Berlin. Wir haben in Deutschland manche ernst arbeitende Bühne sogar in einer kleinen Stadt; so in Odenburg (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1047, 1928 I Seite 87, 550 und folgende). Aber wir dürfen darüber die richtigen Provinztheater nicht vergessen, in die schließlich doch die Mehrzahl der Deutschen geht. Eigentlich nicht, um zu kritisieren, sah der Bearbeiter dieser Rundschau sich einige Aufführungen in Weimar und Erfurt an; sie müssen hier aus mehr anekdotischem als sachlichem Grund erwähnt werden.

In Weimar erhebt sich die Fassade des Theaters hinter dem Goethe-Schiller-Denkmal, und es nennt sich mit nicht zu überbietendem, nie berechtigtem Stolz Deutsches Nationaltheater. Das hier gemachte Theater, das noch vor 2 Jahren

leidlich arbeitete (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 550), hat heute kein Gesicht, zeigt keine Mühe mehr die Grenze des Durchschnitts mit geistiger Absicht zu durchstoßen, etwa die Goethesche Dramaturgie fortzusetzen oder mit sorgfältigen Aufführungen von Goethe, Schiller, Shakespeare, den Spaniern einen deutschen Begriff von Tradition zu erarbeiten; der Spielplan hat die übliche charakterlose Modernität, die Inszenierung ist unlebendig, das schauspielerische Material direktionslos. Dieser Eindruck ergab sich aus Besuchen, deren einzelnes Ergebnis nicht erwähnt zu werden braucht. Der Tatbestand wird nur durch die Absicht der Generalintendanz des Deutschen Nationaltheaters ein "Kulturschiff" auszurüsten, das heißt einen Segler zu mieten, ihn als fliegende Bühne mit Schauspielern zu bemannen und an fremden Küsten Gastspiele zu geben, scharf ins Komische gerückt. Das wäre in der Tat ein hübsches Zeichen der Zeit: Kulturexpeditionen im Namen Wilhelm Fricks, Kreuzfahrten des Fliegenden Thüringers. In *Erfurt* erwies sich in 2 Versuchen, daß die Regie und die Truppe für einfache und zeitgemäße Bühnenarbeit Neigung und Befähigung hat: Das Kriegsstück *Die andere Seite* wurde in richtiger Art, nüchtern naturalistisch und in guter Besetzung gegeben; die Schauspieler bewegten sich im Milieu des Stücks wie wirkliche Menschen. Sie agierten einige Tage später, in der Aufführung von Kleists *Guiscard*fragment und Büchners *Woyzek*, im schlechtesten Mimenstil, in Sprache und Geste einformig unfähig. So glaubhaft sie ein Koppel abschnallten, so unmöglich saß ihnen das historische Kostüm; Schützengrabensprache ist eines, ein Kleistischer Vers ein anderes. Man muß rechtschaffen lernen oder das Repertoire nach dem Können der Truppe begrenzen. »Im übrigen«, formulierte in einem Gespräch der Erfurter Theaterkritiker, ein beweglicher temperamentvoller Mann, »ist Höhe oder Niedrigkeit des Theaters schließlich gleichgültig, wichtiger ist die Lösung der Arbeiterfrage.« Solches Diktum, mit dem sich auf typische Weise Gleichgültigkeit in Sachen der Kunst sozial zu motivieren sucht und durch Betonung einer selbstverständlichen Wahrheit eine Unwahrheit mit durchschleppen will, scheint "überaus fortschrittlich" und ist doch nur eine logische Erschleichung. Der Kritiker ist mit jenem Wort über die Problematik der Kunst überhaupt zur Tagesordnung übergegangen, wo er denn auch wirklich an seinem Platz ist.

Meyerhold Die Berliner Aufführung des Gogolschen *Revisors* in der Bearbeitung Wsewolod Meyerholds, im Theater in der Stresemannstraße, veranlaßt uns erst einmal zu fragen, wofür solche Inszenierung gelten soll. Gibt man sie als Theater auf der Grundlage des Textes um ihrer selbst willen oder als politische Handlung, etwa als soziologischen Zerrspiegel mit Benutzung des alten Rahmens, aber neuer Zeichnung der Typen, neuer Akzentuierung der Inhalte? Sonderbarerweise gibt die Aufführung darüber nur undeutlich Auskunft. Sie schaltet mit dem Text willkürlich, verschärft die realistische Typisierung Gogols zur Karikatur, unterbricht Gang und Tempo der Komödie mit frei gesetzten Verlangsamungen, mit überraschenden Effekten; sie formuliert den Darstellungsstil mit dem unglücklichen Begriff der Biomechanik (siehe darüber die Rundschau *Bewegungskunst*, in diesem Band Seite 712), die sie als beziehungsloses Gebärdenspiel, als gymnastische Equilibristik abseits des gesprochenen Textes vorführt; sie baut also den russischen Klassiker auf zweifache Art, die sich vermischt und gegenseitig in der Wirkung stört, um: sie aktualisiert ihn, bis er ungefähr in die Gegenwartslage paßt, und sie folgt damit dem politischen kollektiven Gewissen; und sie stilisiert ihn zu einer Szene rein schauspielerischer Möglichkeiten, und damit folgt sie einem individuellen überspitzten Spieltrieb. Meyerholds Theater wäre demnach ein freies artifizielles Experiment, das sich vom Text löst, um seinen Einfällen nachzugehen (er geht ihnen genießerisch umständlich nach: die Vorstellung dauert in Moskau über 4 Stunden), und das sich, weil es dieser Bindung nicht entraten kann, obenhin, ein wenig, revolutionär verkleidet. Seine Bühnenarbeit wäre also zumeist eine surrealistische, eine willkürlich den Text überschweifende, die nur locker in den Scharnieren der Handlung schwebt, frei ist, witzig ist, von spielerischer Besessenheit entführt jeder Ökonomie, jeder Zielsetzung spottet; die also den Boden der Dichtung verläßt, ohne den des politischen Zwecks zu betreten (sie berührt ihn nur scheinbar), die aber auch als persönliches Experiment die Bedingungen der Geschlossenheit, der stilistischen Durchgeführtheit immer wieder durchbricht. An einzelnen Elementen sind in der Aufführung enthalten: realistische (sie sind die solidesten, weisen auf Stanislawskij und geben ein traditionelles

Ansehen), artifizielle (von der *com-media dell'arte* übernommen), konstruktive (aus der spielerischen Willkür stammend), Momente des entfesselten Effekts (Akrobatik, Revolverschüsse). Psychologisch wäre der Regisseur Meyerhold als ein Schauspielerregisseur rein künstlerischer Art, doch mit erschüttertem Selbstgefühl zu deuten; eine Begabung, der die Zeit eine freie Aussprache verbietet, die gleichwohl schmiegsam und beweglich genug ist auch fremden Forderungen sich zu nähern; der es aber, um die problematische Situation zu klären, an intellektueller Kraft mangelt. Meyerhold setzt nicht die russische Tradition fort und beginnt kein revolutionäres Theater. Er setzt an die Stelle einer eigentümlichen Kunstschöpfung, in der die bewußte Absicht ihre Mittel organisiert, und das Ganze kühn und diszipliniert, von der Mitte einer geistigen Position die Zone des Theaters erfüllend, in die Erscheinung tritt, eine mischende mühselige Arbeit, die, unklar in den Absichten, widerspältig in der Verwirklichung, schließlich nur als Balancekunststück herauskommt. Der Begriff Biomechanik wäre richtiger wohl durch Egoexzentrik zu ersetzen.

Reinhardt Die 25 Jahre Deutsches Theater, die sich im Zeichen Max Reinhardts vollendeten, gäben Gelegenheit diese Epoche in ihrer Entwicklung der Stoffe und Gehalte zu untersuchen, und fraglich ist es, wie sehr man über das Resultat erfreut sein dürfte. Indessen ist diese Rückschau, die nicht die artifizielle Einzelleistung zu würdigen sondern die Grundlagen des Theaters zu prüfen, die Gesetze herauszuarbeiten hätte, nach denen seine Entwicklung abläuft, an dieser Stelle nicht zu geben. Als wichtige Materialien der Arbeit bieten sich 2 Werke an: Max Reinhardt 25 Jahre Deutsches Theater, herausgegeben von Hans Rothe, und Die Spielpläne Max Reinhardts 1905 bis 1930, zusammengestellt von Franz Horch /beide München, R. Piper & Co./, Das erste, dem Arthur Kahane und Heinz Herald eine »Geschichte« des Deutschen Theaters, gesehen vom Theater, voransetzten, versucht in Szenen- und Schauspielerbildern an bemerkenswerte Stationen der 25 Jahre zu erinnern. Das mag den Jubilar erfreuen; zu einer Darstellung der wirklichen Leistung, die aus der Sprache kommt, von der Sprache her sich die Bereiche der Bewegung und der Farbe erobert, kann es nichts beitragen. Wich-

tiger ist die Statistik des 2. Bandes. Mit ihr ist die fortschreitende Verflüchtigung des Gehalts unwidersprechbar nachzuweisen: Den Spielplan der letzten Jahre durchsetzen mehr und mehr Operetten, amerikanische Reißer usw., eine Art Theaterware, die das szenisch-sinnliche Talent Reinhardts raffiniert darbietet. Der Beifall des Publikums, die Zustimmung der Kritik verdecken noch die tiefe Fragwürdigkeit solcher Theaterspielerei, auf die in vollem Umfang wieder die Kritik Friedrich Schlegels zutrifft, der das Theater, trotz »einer gewissen sinnlichen Lebendigkeit des Schauspielers«, wegen seiner platten Gesinnung verwarf, und mit der Definition, es sei die »Religion des bildungslosen entgeisteten Pöbels, der naiven Gemeinheit«, einen Zustand zeichnete, der heute wieder erschreckende Wirklichkeit hat.

Totenliste 93 Jahre ist *Cosima Wagner* alt geworden, die am 1. April in Bayreuth starb. Ihre Lebenslinie nachzuzeichnen ergäbe, in der Reihenfolge der Ereignisse, in der Bewegtheit, in der Fülle des Lebensstoffs, der hier zur Entfaltung kam, einen Roman. (Nicht notwendig braucht es, wie in dem Versuch du Moulin Eckardts (siehe weiter unten Seite 834 den Abschnitt Literatur) ein schlechter Roman zu sein.) Die Chronik Cosima Wagners ist stilgeschichtlich interessant. Der Charakter und seine Entwicklung ordnen sich am besten in die Reihe der Lebensbilder des 18. Jahrhunderts ein. Sie hat den Geist, die Vielschichtigkeit, den intrigierenden Ehrgeiz, die Leidenschaft der Menschen jener Epoche. Notwendig mußte der Rahmen um ihr Bild, das von 1870 an sich charakterisierte, erfunden und gestellt werden. Das ergibt die "theatralische" Linie, die Linie der Überspannung, womit ihr und Wagners Leben sich in die wilhelminische Zeit fügt; gegen diesen Zug (nicht nur gegen ihn) protestierte Nietzsche. Bayreuth war zugleich eine wirkliche Kultur, soweit die erregende musikalische Substanz der Zeit ihm Inhalt war; es war zugleich eine Luftspiegelung. Der Wille, mit dem die einzige Frau, zielsicherer als Wagner, diplomatischer als Wagner, diese Stätte schuf, war heroisch und war brüchig in den Mitteln. »Mit ihr«, schreibt Wagner, »konnte ich erreichen, was ich ohne sie nicht kann, sie wußte, daß mir zu helfen sei, und hat mir geholfen.« Sie war, fassen wir zusammen, eine seltene Begabung, einer der wenigen Fälle hoher Bildung, wie Nietzsche von ihr sagte:

ein Geist »mit der Richtung aufs Erhabene«; eine sehr weiblich einfühlende, eine sehr männlich verfolgende, festhaltende, verwirklichende Natur; ein Mensch, der die Epoche Wagners, sein Zeitbild, siegelte, und der mit seinem Tod es posthum beendet.

Im Frühjahr starb in Mailand *Tina di Lorenzo*, in ihrem 50. Lebensjahr. Sie wurde schon in jungen Jahren, auch in Deutschland, bekannt, als sie Eleonora Duse als Mitglied ihrer Truppe durch Europa begleitete. Hier fiel sie besonders in der *Gioconda* auf. Bald danach wurde sie selber Führerin einer der Truppen, die Italien durchstreifen, und nach dem Scheiden Eleonora Duses trat sie an die erste Stelle.

Am 15. Mai tötete sich *Maria Orska* in Wien durch Veronal. Sie stammte aus Polen, ihr eigentlicher Name war Rahel Blindermann. Kurz vor dem Krieg lernte sie Deutsch, studierte in Wien Schauspielkunst und Philosophie, betrat 20jährig die Bühne in Mannheim, kam dann nach Hamburg unter die Direktion Hagemann und erregte als Salome und Lulu Aufsehen. Diese Partien blieben auch lange ihre beliebtesten Rollen. Später versuchte sie sich in Strindberggestalten. Sie trat in Berlin unter Meinhard und Bernauer in Rausch, Kameraden, Vater, Totentanz und Traumspiel auf. Dann kamen die Jahre der beginnenden Erkrankung, in denen sie sich dem Genuß von Rauschgiften hingab. Ihr Erscheinen auf der Bühne wurde immer seltener; die einzige Sensation, die sie dem Publikum bereitete, waren nur noch die privaten Ereignisse ihres körperlichen und seelischen Verfalls. Doch ihr Publikum ist ihr bis zum Ende dankbar geblieben.

Am 20. Juli starb in Köln der Dramaturg der Städtischen Bühnen *Sascha Simchowitz*, im Alter von 65 Jahren. Nicht nur das Theater, auch das geistige Leben der Hauptstadt des Rheinlands hat durch den Tod dieses Ostpreußen viel verloren. Simchowitz studierte in seiner Heimatstadt Königsberg Medizin, bald aber Literatur und Kunstgeschichte, der stets, schon in seiner Schulzeit, seine Liebe gehört hatte. Er kam 1893 nach Köln, schrieb neben seiner Arztpraxis Theaterkritiken für die Rheinische Zeitung, wurde dann als Dramaturg für die Kölner Bühnen verpflichtet, für die er 27 Jahre hindurch, unter den Direktoren und Intendanten Purschian, Martersteig, Rémond, Hartung, Hardt und Modes, mit voller Hingabe gearbeitet hat, in denen er also die künstlerische Konti-

nuität darstellte. Daneben übte er eine überaus erfolgreiche Lehrtätigkeit aus: seit 1900 als Dozent für Literaturwissenschaft an der Handelshochschule, seit 1920 als Dozent für Theaterkunde in der Philosophischen Fakultät der neugegründeten Kölner Universität. Mehr noch als in seiner fruchtbaren schriftstellerischen Tätigkeit wirkte er unmittelbar auf die Menschen seiner Umgebung; er war auch ein ausgezeichnete Redner, ohne Gelehrtenchwulst, von umfassendem, sich nie vordrängendem Wissen. Denn Simchowitz war vor allem ein Mensch von Geist und von einer universalen Bildung, die der Nachkriegsgeneration unbekannt ist (zu der die kommende Generation aber wieder hinstreben wird). Nicht nur die Kölner, auch die alten Königsberger werden den Menschen Simchowitz in ihrer Erinnerung behalten.

Kurze Chronik Im Théâtre Pigalle in Paris, beiläufig dem modernsten Theater der Welt, gastierte Anfang Mai, zum erstenmal in Europa eine *japanische Truppe*, Tokijiro Tsutsuis Kabukizatheater. Sie erregte bei dem auf das Neue gerichteten Pariser Publikum stürmische Begeisterung, obgleich oder gerade weil dieses ostasiatische Spiel dem europäischen schlechthin inkommensurabel ist, und sich keine Vergleichsmaßstäbe ergeben. Die Japaner gedenken nun auch die anderen wichtigsten Städte des Kontinents zu besuchen, vor allem Berlin. Man wird dann über ihre Kunst ausführlich zu berichten haben. **◇** Der Yaleuniversität in New York wurde eine von dem Deutschen Karl Grieshaber zusammengestellte Theatersammlung als Geschenk überwiesen. Sie ist die größte ihrer Art und enthält wichtige Dokumente für die Geschichte der *englischen und amerikanischen Bühnen* seit dem Jahr 1615. **◇** Das Kölner Institut für Theaterwissenschaft veranstaltete Ende Mai im Essener Folkwangmuseum eine Ausstellung, die unter dem Titel *Das Problemtheater* den ganzen Fragenkomplex um die moderne Bühne zur Schau stellte. **◇** Am 12. Juni wurde in Hamburg der 4. Internationale Theaterkongreß des *Welttheaterbunds* eröffnet. Delegierte aus fast allen Ländern Europas waren erschienen; besonders stark war die französische Delegation, nicht nur an Zahl sondern auch an Temperament und Beredsamkeit. Die Beratungen fanden in verschiedenen Sektionen statt: Tanzkunst, Regie, Dramatiker und Komponisten, Theaterkritik. Über das wichtigste Thema des Kongresses: Probleme

des Theaters der Gegenwart, hielten Leopold Jessner und Firmin Gémier eingehende Referate. Das praktische Ergebnis der Erörterungen stellt sich in einer Anzahl Resolutionen dar, die weiterzuführen vermöchten, wenn ihre Anregungen energisch durchgeführt würden. ◊ Die deutsche Vereinigung Thedegea, das *Theater der Geschlossenen Anstalten*, spielte im Lauf dieses Jahres in 18 verschiedenen Anstalten mit über 10 000 Insassen, in Zuchthäusern, Gefängnissen, Krankenhäusern, Altersheimen, Nervenheilanstalten usw.; 108 erwerbslose Schauspieler fanden hierbei Arbeit.

Literatur

Wer die Schriften, die Gedichte, Märchen und Aphorismen *Friedrich Kayßlers* (Kreise im Kreis, Alte und neue Gedichte, Irgendwo und immerdar, Märchen, Sagen und Reisen, Hintergrund, Besinnungen und Schauspielernotizen /Berlin, Horenverlag/) um ihrer selbst willen liest, dürfte nicht befriedigt werden. Sie wollen als Darstellung des Menschen, als Mitteilung genommen werden. Der Schauspieler Kayßler dürfte in diesen Bänden mit den selben Eigenschaften, die ihn als Darsteller auszeichnen, mit Ernst, Besinnung, Gefühl erkennbar sein. Wo sich bei ihm ein einfaches Gefühl einen einfachen Reim sucht, kommt der Vers dem Gedicht am nächsten, jeder polemische, humoristische, gar vaterländische Ton gerät ins Leere. Für wen die Reihe der balladesken Erzählungen, wie Ode des Ragnar Lobdru, Theolinde usw., veröffentlicht wurde, ist nicht zu sagen. Die Gesinnung, muß hier ausdrücklich angemerkt werden, selbst wenn sie sich ihrer so bewußt ist wie hier, rechtfertigt keinen Vers, Deutsches und Germanisches kann ihm nicht helfen, die Gabe der Persönlichkeit, die sich hier im sprachlichen Bereich zu manifestieren sucht, bleibt privat, solange das Wort nicht aus der Sprachwurzel wächst. Die Absichten und ihr Träger, der Mensch, werden erkennbar; daß sie als Gestalt wirken, verhindert das Fehlen lebendigen Atems. Das ergiebigste der 3 Bücher: Hintergrund, das als einfache Niederschrift, als »Schauspielernotiz«, jede literarische Form vermeidet, den Gedanken ausspricht, ohne ihn ins Märchenhafte auszuspinnen, ohne ihn zu versifizieren, stellt den Menschen Kayßler unproblematisch in den Vordergrund. Er wird hier als ein nach innen und außen besinnlicher Mensch, als ein aufmerksam Lebender deutlich. Der hier vielfältig unternommene Versuch die Situation des Schau-

spielers aus dem Technischen und Routinierten ins Menschliche und Totale zurückzuführen ist als Beispiel wertvoll. Das Buch formuliert nicht, zeigt keine Resultate, es führt überall den sich gedanklich ins Richtige und Bedeutende hineinarbeitenden Menschen vor. Damit ist der Eindruck, den von der Bühne herab der Darsteller plastisch vermittelt, noch einmal wörtlich hergestellt. ◊ Houston Stewart Chamberlain widmete Richard Graf du Moulin Eckardt sein Buch, das *Cosima Wagners* Leben und Charakterbild darstellen will (München, Dreimaskenverlag). Der Verfasser hat die Abfassung dieses Buchs als »Ehrenpflicht« aufgefaßt, der er als Angehöriger des Cosimakreises zu folgen hatte; so mag es also dem Willen der Toten nicht entgegen sein ihr Denkmal von einem Mann gesetzt zu bekommen, der guten Willen, ehrliche Begeisterung, Selbstvertrauen, doch nichts sonst besitzt, was ihn zum Biographen befähigen würde. Das Buch bleibt eine poröse unförmliche Stoffmasse. »Geradezu überwältigend« war die Fülle des Stoffs, die dem Verfasser vom Haus Wahnfried zur Verfügung gestellt wurde, und in der Tat ist der Biograph als geistiger Verwalter dieser Massen in ihnen verschwunden. Er breitet das gestaltlose Material der Tagebücher, chronologisch langsam und langweilend vorschreitend, aus, und der Leser steht angesichts der detailliert errichteten äußersten Schicht dieses Lebens mit dem Gefühl, daß es selbst der indiskreten Öffnung intimer Geständnisse nicht gelingen will das schwere Geschiebe der Einzelheiten zu einem lebendigen Abbild der Persönlichkeit zu formen. Dieses Unvermögen zur eigentlichen Figuration des Stoffs wird gesteigert durch sprachliche Stillosigkeiten, grammatische Fehler, die eine gleitende gesalbte Redeeitelkeit nicht verwohnt, dem Buch zum Verhängnis. Wie weit aber höhere Schwächen, intellektuelle Mängel eigentlich barbarischer Ausmaße den Verfasser belasten, zeigt die Zeichnung des zeitlichen Hintergrunds, etwa die insipide Belichtung Nietzsches, der als »Wagnerscher Scholare« nur so lange etwas gilt, als die Freundschaft dauert, danach aus dem wahnfriedlichen Kreis, ein Verlorener, verbannt wird. Diese eigentümlichen Kulturverfärbungen, die in der sanften Röte eines dezenten Antisemitismus zusammenfließen, werden dem 1000seitigen Denkmal in bestimmten Kreisen Ruhm, in dem größern Bereich geistiger, doch nicht dezidiert germanischer Kultur das Urteil der Bedeutungslosigkeit eintragen.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Standardisierung Kurz vor der Auflösung des Reichstags übergab die Reichsregierung der Öffentlichkeit noch den Entwurf eines Handelsklassengesetzes. Bisher wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen gegenüber der ausländischen Landwirtschaft trotz sehr hohen Zöllen dadurch erschwert, daß gewisse ausländische Erzeugnisse an Qualität, Einheitlichkeit, Sortierung und Verpackung den deutschen Erzeugnissen weit überlegen sind. Qualitätsvorsprünge lassen sich auch durch hohe Zölle nicht wettmachen. Viele ausländische Erzeugnisse, wie Butter, Eier, Gemüse und Obst, wirken daher nicht durch Preisunterbietung ungünstig auf die Absatzmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft sondern dadurch, daß sich die anspruchsvollsten und zahlungskräftigsten Käufer im Inland der qualitativ höher stehenden Auslandsware zuwenden, während deutsche Erzeugnisse nur in weniger kaufkräftige Schichten gelangen. Wie groß die durch Qualitätsunterschiede bewirkten Preisdifferenzen sind, zeigt die Tatsache, daß dänische Standardbutter in England ständig im Preis höher liegt als deutsche normale Molkereibutter in Deutschland. Teure dänische Butter höchster Qualität wird in Deutschland viel leichter abgesetzt als billigere, aber weniger gute deutsche Butter. Das einzige wirksame Mittel im Kampf um den deutschen Binnenmarkt stellt schleunigste Verbesserung der Qualität der deutschen Erzeugnisse dar. Vorbedingung für eine allgemein durchführbare Qualitätsbesserung ist die Schaffung von Klassen, in die die einzelnen deutschen Erzeugnisse je nach ihrer Beschaffenheit einzustufen sind. Wird ein Erzeugnis in streng abgegrenzten Qualitätsstufen gehandelt, so bildet sich automatisch ein Preiszuschlag für hohe Qualität, ein Abschlag für Minderwertigkeit heraus. In dieser Prämierung mühevoller Qualitätsarbeit und in dieser Bestrafung der Erzeugung minderwertiger Waren ist das beste Erziehungsmittel für die deutsche Landwirtschaft zu erblicken. Erst unter Einwirkung der jüngsten Preisverschlechterungen für Agrarerzeugnisse hatte sich die Regierung entschlossen ein Standardisierungsgesetz zu entwerfen. Der Versuch muß als mißglückt bezeichnet werden, da in dieses Standardisierungsgesetz Maßnahmen zur Zusammenfassung landwirtschaftlicher Veredlungsindustrien durch staatlichen Zwang hin-

eingenommen wurden. Eine Zusammenlegung mancher Veredlungsindustrien, so insbesondere der Molkereien, wäre durchaus wünschenswert und vorteilhaft; sie müßte aber auf anderem Weg versucht werden. Durch die Verbindung von Standardisierung und Zwangskonzentration ist der Widerstand gegen die notwendige Standardisierung unnütz verschärft worden. Der Wert des Gesetzentwurfs wird aber weiter dadurch sehr fragwürdig, daß er nur ein Ermächtigungsgesetz zum Erlaß von Standardisierungsverordnungen für jedes einzelne Erzeugnis darstellt. Jede Standardisierung erfordert sorgfältige langwierige Vorarbeiten. Diese fehlen bislang, daher kann das Handelsklassengesetz in der Öffentlichkeit nur den irrigen Anschein erwecken, als ob auf dem Gebiet der Standardisierung bereits positive Leistungen vorlägen. Es wäre richtiger, wenn erst Einzelgesetze für Standardisierungsmaßnahmen jedes Erzeugnisses ausgearbeitet und dann einzeln dem Reichstag vorgelegt würden.

Milchgesetz Einer der größten Hemmschuhe für eine günstige Entwicklung des deutschen Milchverbrauchs und der deutschen Landwirtschaft liegt darin, daß die Qualität der deutschen Milch und ihrer Produkte sehr uneinheitlich ist. Es gab bis in die neueste Zeit hinein keine allgemeingültigen Vorschriften über hygienische Milchgewinnung, Milchtransport und Milchverkauf. Auch sehr minderwertige, verschmutzte und fettarme Milch konnte ruhig in den Verkehr gebracht werden. Wie grotesk die Rückständigkeit auf dem Gebiet der Milchgesetzgebung ist, zeigt die Tatsache, daß die Seuchengesetzgebung für die Tierernährung schärfere Vorschriften enthält als das Lebensmittelgesetz für die Menschenernährung. Die Rücklieferung von Magermilch aus Molkereien an den Landwirt unterliegt seit langem dem Pasteurisierungszwang, um eine Ansteckung von Ferkeln und Kälbern mit Tuberkeln zu verhindern. Für die Kinderernährung fehlt eine entsprechende Vorschrift. Seit Jahren wird deswegen in der Öffentlichkeit der Erlaß eines Reichsmilchgesetzes gefordert. Nach rund 3jähriger Vorarbeit hat der Reichstag nun das Milchgesetz kurz vor seiner Auflösung verabschiedet. In milchwirtschaftlichen Kreisen ist jedoch die Enttäuschung über dieses Gesetz groß. Denn die Hoffnung auf eine durchgreifende Verbesserung der Milchqualität und einheitliche Regelung der Milchversorgung hat sich nicht erfüllt. Der schwerste Vorwurf, den man dem Reichs-

milchgesetz machen muß, ist der, daß es lediglich ein Rahmengesetz ist, dessen Auswirkung ohne die dazugehörigen, aber noch nicht vorliegenden Ausführungsbestimmungen unmöglich ist. Alle wesentlichen Bestandteile eines Milchstandardisierungsgesetzes fehlen in diesem Gesetz; ob sie in den Ausführungsbestimmungen auftauchen, ist mehr als zweifelhaft. Nicht einmal eine generelle und eindeutige Definition des Begriffs Milch und der verschiedenen Milchqualitäten ist in dem Gesetz enthalten. Eine scharfe Trennung 1., 2. und 3. Qualität je nach Fett-, Schmutz- und Bakteriengehalt ist ebenfalls nicht in das Gesetz aufgenommen. Es kann daher nicht als Grundlage für die Verbesserung der deutschen Milchversorgung angesprochen werden. Wer den Sachverständigenvernehmungen des Reichswirtschaftsrats beigewohnt hat, wie der Bearbeiter dieser Rundschau, dem bot sich dort ein wenig erfreuliches Schauspiel. An Stelle eines einheitlichen Aufbauwillens von allen beteiligten Seiten wurde von den einzelnen Interessentengruppen versucht Sondervorteile für sich zu erreichen. Daraus ist dann schließlich ein ziemlich farbloses Kompromißgesetz entstanden. Nicht mit Unrecht hat kürzlich Karl Brandt das Reichsmilchgesetz eine Generalabsolution für alle bisher in der Milchwirtschaft vorhandenen Mißstände genannt. Das mißglückte Reichsmilchgesetz ist gerade kein gutes Omen für die in naher Zukunft zu erwartenden anderen Standardisierungsgesetze.

Kurze Chronik Die Berliner Landwirtschaftliche Hochschule stellte für das Studienjahr 1930-1931 die folgenden **Preisaufgaben**: 1. »Vergleich der Geflügelhaltung in Dänemark und Deutschland.« 2. »Das Anlockungsvermögen und die Wirksamkeit der in neuerer Zeit in den Handel gebrachten und zur Bekämpfung von Insektenschädlingen dienenden Ködermittel sollen geprüft werden.« 3. »Unter welchen Voraussetzungen können die deutschen Erzeuger den Wettbewerb des Auslandes auf dem deutschen Tomatenmarkt erfolgreich bestreiten?« 4. »Die geschichtliche Entwicklung der Maulwurfsdränung.« 5. »Welchen Einfluß hat die Höhe der Zuckersteuer auf den Zuckerverbrauch in den einzelnen Kulturländern?« ◊ Das Gesetz über den **Vermahlungszwang** für Weizen, im Sommer 1929 vorläufig für ein Jahr eingeführt, wurde auf unbestimmte Zeit verlängert. ◊ Um die übermäßig hohen Bestände der Branntweinmonopolverwaltung, die sich aus dem

immer stärker werdenden Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz für Trinkzwecke erklären, ohne einen für die Monopolverwaltung, die sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, nicht mehr zu tragenden Verlust zwangsweise zu vermindern, wurde in Deutschland ein **Spiritusbeimischungszwang** gesetzlich eingeführt. Vom 1. August ab muß jedem Treibstoff 3% Sprit beigemischt werden; dadurch dürfte sich für die Monopolverwaltung, wenn der Zwang beibehalten bleibt, eine jährliche Entlastung der Bestände von 6- bis 700 000 Hektoliter ergeben. Während die bisherige Organisation der Branntweinwirtschaft dadurch große Subventionen für den Kartoffelbau enthält, daß die den Trinkbedarf übersteigende Spritzerzeugung, die den Landwirten zu festem Preis abgenommen wird, mit Verlust, also zum Schaden der Reichsfinanzen, für technische Zwecke verkauft wird, kann die Monopolverwaltung durch das neue Gesetz nicht belastet werden; nur der Konsum von Treibstoff wird um insgesamt 25 bis 35 Millionen oder pro Liter Treibstoff um rund 2 Pfennig verteuert. ◊ Der Stellvertretende Abteilungsvorsteher an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin **Erwin Kemmer** übernimmt den neuerrichteten Lehrstuhl für Obstbau an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule. ◊ An eben dieser Hochschule in Berlin **habilitierte** sich Hans Kappert für Vererbungslehre, Carl von Patow für Tierzüchtung und Haustiergenetik, Paul Vageler für Agrikulturchemie, Werner Ulrich für Zoologie, Walther Brouwer für Kulturtechnik, Asmus Petersen für Betriebslehre; der letztgenannte ist seit Jahren Assistent Friedrich Aereboes, er erregte in wissenschaftlichen Kreisen durch eine Arbeit über Taxationsfragen Aufsehen.

Literatur In der Sammlung der Schriften des **Deutschen Landarbeiterverbandes** /Berlin, Enckehaus/ sind 3 agrarpolitisch interessierende Hefte erschienen, die der Beachtung empfohlen seien: 1. Die Landarbeiter und ihre Gewerkschaften von Franz Hering; eine auf mühevoller Einzelarbeit aufgebaute sehr instruktive Broschüre, 2. Landarbeiter und Agrarpolitik von Curt Lomberg; eine Erörterung der Agrarfragen unter Anlehnung an das sozialdemokratische Agrarprogramm, 3. die neueste Veröffentlichung des Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt, die er Zahlen und Schlagwörter der Agrarinteressenten betitelt hat.

Innenkolonisation / Otto Karutz

Landeskultur-ämter In den Monaten April, Mai und Juni fanden in den östlichen Landeskulturamtsbezirken Preußens, in Königsberg, in Frankfurt an der Oder und Breslau, die Vorstehertagungen dieser Landeskulturämter statt. Zum erstenmal waren auf ihnen Vertreter sämtlicher anderen Landeskulturamtsbezirke, der in den Bezirken arbeitenden Siedlungsgesellschaften und der Siedlungs-, arbeits- und betriebswissenschaftlichen Forschung anwesend. Die Erörterungen waren jeweils auf ein großes Gegenwartsproblem der landwirtschaftlichen Siedlung abgestellt.

Auf der Königsberger Tagung wurden besonders die Probleme des toten Inventars des Siedlers besprochen. Das Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß man die meist unzweckmäßige Überbelastung des Siedlers mit totem Inventar infolge der Einzelbeschaffung einmütig verurteilte und die Gemeinschaftsbeschaffung unter straffer Führung der Siedlungsunternehmer und Wirtschaftsberater befürwortete. Zur weitem Erprobung des Umfangs und der zweckmäßigsten Art der Ausstattung der Siedlerbetriebe mit totem Inventar wurden gemeinschaftliche Maschinenversuchsreihen des Landmaschineninstituts an der Universität Königsberg und des Landeskulturamts für die Provinz Ostpreußen in Aussicht genommen.

Auf der Tagung in Frankfurt an der Oder standen die Baufrage und die Frage der Umstellung der östlichen Landwirtschaft vom Roggen auf verstärkten wirtschaftseigenen Futterbau im Mittelpunkt. Besonders wertvoll für die Landeskulturbehörde waren die historischen Ausführungen Friedrich Aereboes und der vom Präsidenten der Opper Landwirtschaftskammer Franzke erstattete Bericht über die Umstellungsversuche in Oberschlesien.

Das lebende Inventar im Siedlerbetrieb und die Landarbeitersiedlung wurden auf der Breslauer Tagung erörtert. Franz Oppenheimer nahm das Wort zu Ausführungen über das von ihm propagierte und praktisch bisher in Bärenklau und Lüdersdorf durchgeführte Siedlungsverfahren über die Genossenschaft (siehe dazu hier auch den Artikel Kloss' Strukturfragen bei landwirtschaftlichen Großbetrieben, 1930 I Seite 357 und folgende). Während der Breslauer Kulturamtsvorstehertagung fand auch eine Schulungstagung der Pressedezernenten sämtlicher Landeskulturämter Preußens statt.

Wohnungsbau Nach der Wohnungsbau-statistik sind im Jahr 1929 in Deutschland 339 000

Wohnungen neu errichtet worden. Damit wurde die bisherige Rekordzahl des Jahres 1928 von 330 000 Wohnungen noch um 2,7% übertroffen. Nach Abzug der Abbrüche und Umbauten verbleibt für 1929 ein Reinzugang von etwa 318 000 Wohnungen, so daß bei dem jährlich neu entstehenden Bedarf von etwa 225 000 Wohnungen der Fehlbestand an Wohnungen wieder um 90 000 (1928 um 85 000) verringert wurde. Der Gesamtreizugang an Wohnungen beläuft sich seit Kriegsende auf etwa 2 Millionen. Am regsten, auch relativ, ist die Bautätigkeit in den Großstädten gewesen; auf 1000 Einwohner gerechnet betrug dort der Durchschnitt 5,1 Wohnungen, bei Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern 3. Auch 1929 hat sich die schon früher beobachtete Tendenz weiter durchgesetzt, daß mehr größere Wohngebäude mit zahlreichen Wohnungen erstellt wurden. Die Anzahl der errichteten Wohngebäude ist nämlich auf 131 000 gegenüber 137 000 im Jahr 1928 zurückgegangen. Auch die Durchschnittszahl der Wohnräume in einer Wohnung ist etwas gesunken. Der Prozentanteil der gemeinnützigen Gesellschaften an der Gesamtproduktion an Wohnungen ist erheblich gestiegen. 1928 belief er sich auf 30%, 1929 schon auf 34,9%. Für 80% aller Wohnungen sind öffentliche Mittel in Anspruch genommen worden. Auch hier ist der Anteil in den Großstädten erheblich größer als auf dem Land. In den Großstädten wurden 91% der gesamten erstellten Wohnungen aus öffentlichen Mitteln gefördert, in den kleinsten Gemeinden nur 50%.

Anfang Juni fand in Frankfurt die 12. Generalversammlung der Kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen statt (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 683 und folgende). Im Mittelpunkt der sachlichen Erörterungen stand die Frage, wie in Zukunft die Hauszinssteuer aussehen soll. Der Ministerialrat vom Reichsarbeitsministerium Otto Wölz führte dabei aus, daß in Zukunft der Wohnungsnot nur bei Aufwendung größerer Mittel als der bisherigen 850 Millionen Mark der Hauszinssteuer begegnet werden könne. Gleichzeitig sei eine rationellere und stärker sozial betonte Verwendung dieser Mittel notwendig. Die Hauszinssteuer müßte in erster Linie den sozial besonders Gefährdeten zugute kommen, vor allem den kinder-

reichen Familien, den Kriegsverletzten usw. Noch während einer längern Zeitspanne könne man ohne Hauszinssteuer nicht auskommen, da sie als 2. Hypothek für Neubauwohnungen der breiten Masse unentbehrlich ist. Eine rationellere Ausnutzung der Mittel könne durch verstärkte übergemeindliche Zusammenfassung der Mittel bei den Ländern und durch größere Angleichung der einzelnen Landesrichtlinien zur Verwendung der Mittel erreicht werden. Die Reichsgesetzgebung müsse diese Entwicklung beschleunigen. Die sogenannte Lex Lipinski, die die Wiederverwendung von Hauszinssteuerrückflüssen für den Wohnungsbau sichere, sei der erste Anfang in dieser Richtung.

Gesetzgebung In *Preußen* trat am 12. Juni ein neues Gesetz zur Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsgründungen und zur Förderung der Anliegersiedlung in Kraft. Danach dürfen der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) zur Gewährung von Zwischenkredit bei der Errichtung von Rentengütern 24 Millionen Mark und zur Förderung der Anliegersiedlung 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Die aufkommenden Zinsen sind an die Staatskasse abzuführen. Bei Rückzahlung des der Preussischen Staatsbank zur Verfügung gestellten Betrags an die Staatskasse ist dieser zur Stärkung der gesetzlichen Schuldentilgung zu verwenden. Der Finanzminister wurde ermächtigt die bewilligten Mittel im Weg des Kredits zu beschaffen, wobei die in Preußen übliche Tilgung von 1,9% und den ersparten Zinsen oder die Verrechnung auf bewilligte Kredite vorgesehen ist. Mit diesen Zwischenkreditmitteln ist die Siedlungstätigkeit in den für Reichskredite nicht erschlossenen Landesteilen Preußens wieder auf eine sichere Basis gebracht worden.

Aufklärung Das *Deutsche Archiv für Städtebau, Siedlungs- und Wohnwesen* veranstaltete vom 30. April bis zum 3. Mai wie in früheren Jahren in Berlin einen wissenschaftlichen Lehrgang. Zur Erörterung standen diesmal die folgenden Themata: 1. Großstadt und Kleinsiedlung, eine Entwicklungsfrage der Großstadt und ihrer Umgebung, 2. Das Bausparen. Das Problem Großstadt und Kleinsiedlung wurde in einer Reihe von Vorträgen mehr von der städtischen Seite beleuchtet. Im Vordergrund standen dabei die Verkehrsfrage, das Pla-

nungswesen, die Bodenbeschaffung, Finanzierung und Organisation der Kleinsiedlung. Die Erörterungen über das Bausparen brachten eine erste Zusammenfassung der Bausparprobleme.

Am 21. Juni veranstaltete das *Kulturamt Elbing* unter Beteiligung des Preussischen Landwirtschaftsministeriums, des Oberpräsidenten für die Provinz Ostpreußen und des Landeskulturamtspräsidenten für die Provinz Ostpreußen die erste größere Pressefahrt der Preussischen Landeskulturbehörden, und zwar durch das westdeutsche Siedlungsgebiet. Nach einleitenden Ausführungen des Kulturamtsanwärters Odo Miltz vom Kulturamt Elbing über Landeskulturbehörden und Presse und einer Einführung in die Siedlungsprobleme des Landeskulturrats Herrmann Kannenberg wurden Gärtner-, Landarbeiter- und Bauernsiedlungen besichtigt. Von der Presse wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß dieser ersten Fahrt noch viele, ebenso interessante und lehrreiche Fahrten folgen würden.

Tagungen Der Erweiterte Vorstand des *Reichsverbands der Kleingartenvereine* tagte Anfang Juli auf der Hygieneausstellung in Dresden. Aus dem Organisationsbericht ist hervorzuheben, daß der Reichsverband heute nahezu 600 000 Schreiber- und Kleingärtner Deutschlands in 31 Landes- und Bezirksverbänden erfaßt. Die augenblickliche politische Lage hemmt die Arbeiten der Organisation auf dem Gebiet der Ausgestaltung des Kleingartenrechts sehr. Indessen ist die Förderung von Kleingartendaueranlagen und die Ausweisung von Gartenheimstättengebieten auch heute möglich. Es wurde ein besonderer Druck auf die Länder vereinbart, die noch keine Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengesetz erlassen haben. Der 8. Reichskleingärtner-tag soll 1931 in Hannover tagen.

Totenliste Am 24. Mai starb der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen *Wilhelm von Ledebur*, 71 Jahre alt. Seit 1905 hatte er in landwirtschaftlichen Organisationen eine führende Stellung inne, seit 1921 war er Vorstandsmitglied der Preussischen Landwirtschaftskammer. Am 1. Juli starb in Erbenheim bei Wiesbaden der frühere Präsident der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden *Erasmus Merten*, im Alter von 52 Jahren. Er hatte erst vor kurzem sein Amt niedergelegt.

Kurze Chronik Wie die deutschen und schwedischen *Rußlandrückwanderer* (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 202 und folgende) haben auch Schweizer Bauern, die in Rußland (Kaukasus) ansässig waren, auszuwandern begonnen. 1929 begaben sich 76 Familien nach Canada; 1930 haben bis jetzt 200 Familien Pässe verlangt. \diamond Am 1. Juli trat der Landeskulturamtspräsident Gustav Reinhard /Kassel/ in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde *Paul Boddin*, bisher Ministerialrat im Preußischen Landwirtschaftsministerium. \diamond An dessen Stelle wiederum trat *Georg Schulz*, bisher Oberregierungs- und Landeskulturrat. \diamond Der Verbandspräsident des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk *Wilhelm Happ* wurde Regierungspräsident in Breslau.

Literatur Eine beachtliche Dokumentensammlung über die *Bodenreformbewegung* und ihren deutschen Führer *Adolf Damaschke* bringt *Max Harteck* in seinem anschaulichen und mit tiefer Liebe zur Sache geschriebenen Buch *Damaschke und die Bodenreform* /Berlin, Deutsche Buchgemeinschaft/. Den vielen jungen Menschen, denen das Problem der Bodenreform erst einmal nahegebracht werden muß, wird es eine wertvolle Gabe sein. In möglichst wortgetreuer Wiedergabe der wichtigsten Dokumente und Thesen der Bodenreform zeichnet *Harteck* ein Bild *Damaschkes*, er umreißt die Theorien der Bodenreform und zeigt, was sie in Deutschland praktisch bis heute erreicht hat. Besonders wertvoll sind die von *Harteck* zum erstenmal veröffentlichten Dokumente zur Frage der Kriegerheimstätten, die auch den heute geführten Kampf um das sogenannte Bodenreformgesetz schlaglichtartig illustrieren. Etwas dürftig ist leider der letzte Abschnitt, der die Bodenreform im Ausland behandelt. Hier ist wohl die innere Verbundenheit *Hartecks* mit dem Menschen *Damaschke* die Ursache, daß er ganz und gar an der internationalen Bodenreformbewegung und an dem Gegensatz vorbeigeht, der zwischen ihr und der Bodenreform *Damaschkes* besteht. Indes, bei einer Neuauflage müßte das Buch doch wohl der Objektivität wegen in diesem Punkt ergänzt werden. Alles in allem: Es ist eine gute Tat der Deutschen Buchgemeinschaft, daß sie ihren Anhängern in dieser literarisch anziehenden Form ein wirtschaftspolitisches Gebiet von besonderer Bedeutung erschlossen hat.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Tropentransport Ein sehr interessanter Aufsatz *Philip Johnsons* *Transports in the Tropics*, der im Juni in der vom Reichsinstitut für Tropische Landwirtschaft in Saint-Augustine /Trinidad/ herausgegebenen Zeitschrift *Tropical Agriculture* erschien, beschäftigt sich mit einer systematischen Erörterung der Frage, inwieweit durch technische Neuerungen im Transportwesen die Erschließung der tropischen Kolonialgebiete gefördert werden kann. Er geht davon aus, daß in industriellen Ländern die Nachfrage nach Transportleistungen stetig, dringlich, groß und zahlungsfähig ist, so daß es möglich ist große Kapitalien in Transportanlagen (Eisenbahnen, Wasserstraßen, Chausseen für den Verkehr von schweren oder schnellen Lastfuhrwerken) mit wirtschaftlichem Erfolg zu stecken, daß aber vorwiegend landwirtschaftliche, noch dazu eigentlich erst zu entwickelnde und zunächst dünn bevölkerte Gebiete solchem Verfahren große Schwierigkeiten entgegensetzen. Wir kennen allerdings mindestens ein Beispiel der Erschließung großer neuer Agrargebiete durch Eisenbahnbau: die des Mittelwestens der Vereinigten Staaten von Amerika. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß diese Ausnahme durch Sondermomente zu erklären ist, die im allgemeinen in den künftigen zu erschließenden tropischen Gebieten keine Rolle mehr spielen werden, einmal nämlich, daß diese nordamerikanischen Transkontinentalbahnen Industriedistrikte und Goldfundländer der Westküste mit dem Osten verbanden, dann, daß sie ohne Rücksicht auf die Kosten beim damaligen Stand der Technik machtpolitisch notwendig waren, was in der Zeit des Flugzeugs nicht mehr in gleichem Maß gilt, und schließlich, daß der Bau dieser Bahnen ein riesiges Vorschußgeschäft des damals nach Anlage für sein Kapital suchenden und kapitalreichen Europas an Amerika war, während auf so lange Sicht Vorschußgeschäfte solchen Ausmaßes mit überseeischen Ländern zu machen mindestens dem Privatkapital Europas heute nicht mehr möglich ist. Eine besondere Erschwerung der Lösung dieser Transportfragen in den erst zu erschließenden tropischen Kolonialgebieten besteht darin, daß sowohl der Personen- wie vor allem der Frachtverkehr auf diesen Linien nur periodisch stark ist. Der Personenverkehr hängt der Zahl nach stark von den Wanderbewegungen

der eingeborenen Arbeitskräfte, namentlich zu und von den Plantagengebieten, ab, ist also größtenteils Saisonverkehr und darf nicht teuer sein, und der Frachtverkehr ist eigentlich nur in jenen, für jedes einzelne Produkt verhältnismäßig kurzen Zeiten stark, in denen der Erntertrag weltmarktwärts zu bewegen ist. Handelt es sich also um Linien zur Erschließung von Gebieten, die nur einen einzigen Massentransportartikel landwirtschaftlicher Herkunft aufzuweisen haben, so muß ein solches Verfrachtungsmittel während eines ganz kleinen Teils des Jahres enorme Mengen von Gütern befördern, wird aber in der übrigen Zeit nur in ganz geringem Umfang in Anspruch genommen; höchstens daß da, wo stark mit eingeführtem Saat- oder Pflanzgut oder Kunstdünger gearbeitet wird, in der Zeit der Feldbestellung noch einmal eine Transportmengenspitze auftritt. Etwas weniger ungünstig stellt sich natürlich die Sache in jenen Gebieten dar, in denen mehrere an den Weltmarkt gelieferte Produkte angebaut werden, oder in denen der Bergbau zur gesamten Frachtmenge des Transportmittels beiträgt. Hier wird dann aber die günstige Wirkung solcher agrarischen Vielfältigkeit der zu erschließenden Gegend von der Breite der zeitlichen Zone abhängen, die durch die Verschiedenheit der Erntetermine der einzelnen Produkte bestimmt wird. Bei der sehr tiefgreifenden Wirkung des Jahreszeitenwechsels in den Tropen auf das Pflanzenwachstum ist die mögliche günstige Wirkung dieser Verschiedenheit recht eng begrenzt, so daß dadurch zur Lösung des Problems nur wenig beigetragen wird, so sehr es auch sonst im volkswirtschaftlichen Interesse der Kolonialgebiete liegt der Herausbildung agrarischer Monokulturdistrikte entgegenzuwirken. Gelten diese Erwägungen schon in vorwiegend agrarischen Gebieten Europas (und wer in der deutschen Ostsiedlung mitgearbeitet hat, der weiß, wie schwer es aus wirtschaftlichen Gründen oft ist die für den Erfolg der Siedlung erforderlichen Absatzstraßen zu finanzieren), so gilt dies erst recht von tropischen Gebieten, wo die Erntemenge pro Flächeneinheit viel größer ist als in der Regel in gemäßigten Klimaten. Erschwert wird die Lösung des Problems dann weiter noch durch den Umstand, daß es sich gewöhnlich um Erzeugnisse handelt, die pro Gewichtseinheit einen relativ geringen Geldwert haben und über sehr große Entfernungen hin zum Bestimmungsort geschafft werden müssen.

Johnson charakterisiert die Lage im tropischen Kolonialreich Englands, aber auch in den übrigen tropischen Kolonialländern, ganz richtig folgendermaßen: »Die Transportnachfrage der Landwirtschaft reicht nicht aus; um den enormen Kostenaufwand für Chausseen und Eisenbahnen zu rechtfertigen, und da sie fehlen, verkümmert die Landwirtschaft infolge des Mangels an billigen Bewegungsmitteln.« Die vorhandenen Eisenbahnen und schiffbaren Flüsse erschließen im allgemeinen nur ein Gebiet in einer Breite von etwa je 20 Kilometer zu ihren beiden Seiten; jenseits dieser Grenze sind die Transportkosten normalerweise nicht zu tragen, wenn man von jenen wenigen Gütern absieht, bei denen, wie bei Wolle und Baumwolle, der Geldwert pro Mengeneinheit ungewöhnlich hoch ist. Zahlreiche Versuche mit Motorfahrzeugen oder Gespannen in aller Welt haben bisher zu einem durchgreifenden Erfolg für die Tropen aus vielen Gründen nicht geführt. Allerdings ist es dank den Fortschritten im Bau von Motorfahrzeugen möglich geworden mit verhältnismäßig kurzen, von den Stationen aus quer zur Richtung des Schienenstrangs vorgetriebenen Stichbahnen oder -straßen zu erreichen, daß die 20-Kilometer-Zone erst von deren Endpunkten an gerechnet zu werden braucht. Aber solche Wege werden auch sehr schnell teuer, bringen die Notwendigkeit von Umladungen und damit weitere Verteuerungen mit sich. Dieses Prinzip der Zubringerwege kann deshalb erst mit größerem Erfolg angewendet werden, wenn es möglich ist ein Transportmittel zu beschaffen, das nur einen sehr geringen Aufwand für den Betrieb und für Straßenunterhaltung erfordert. Daß die Verbilligung sehr weit gehen muß, wird bei Johnson richtig erkannt. Aber über ihr Ausmaß gibt er sich doch wohl einem Glauben hin, der die Sache noch zu leicht nimmt. Darauf läßt wenigstens eine an einer wichtigen Stelle seines Gedankengangs zu findende fehlerhafte Überlegung schließen. Er sagt da: »Wenn die Transportkosten von 1 Mark auf 50 Pfennig ermäßigt werden können, so wird der Radius der Wirtschaftlichkeit zugleich verdoppelt, und die Fläche der Wirtschaftlichkeit vervierfacht, da die Fläche mit dem Quadrat des Durchmessers wächst.« Diese Überlegung ist richtig, wenn es sich um den Vergleich der Flächen zweier verschieden großer Kreise handelt. Hier aber sind 2 in der Mitte von einem Hauptverkehrsweg durchzogene Gebiet-

streifen der Fläche nach mit einander zu vergleichen, die sich zusammensetzen aus den Flächen, die die um die Stationen mit den zu vergleichenden Radien geschlagenen Kreise bilden. Diese Flächen decken sich aber bei Radiusvergrößerung größtenteils, so daß die zu vergleichenden Streifen die Form von beiderseits von Reihen von Kreisbögen begrenzten Flächen haben, deren Größe zu einander näherungsweise im einfachen Verhältnis der Radien der Wirtschaftlichkeit der Transporte, das heißt im einfachen umgekehrten Verhältnis der Frachtsätze, stehen. Insofern schätzt Johnson die Wirkung der Transportverbilligungen viel zu günstig ein.

Nach der technischen Seite entwickelt er dann sehr interessante positive Vorschläge. Es muß ein Fahrzeug erfunden werden, das folgenden hauptsächlichsten Forderungen entspricht: 1. Es muß in einem Zug eine große Last auf einmal bewegen, nach Johnsons Meinung etwa 100 Tonnen. 2. Es muß trotzdem auf so elastischen Rädern oder ähnlichem laufen können, daß es auch wenig befestigte, eigentlich nur durch Rodung hergestellte Straßen in der Haupttransportzeit nicht zerstört. 3. Seine Räder (oder deren Ersatz) müssen sogar so beschaffen sein, daß das Fahrzeug die Straße walzt.

Johnson berichtet dann über die Arbeiten einer Kommission, die die britische Regierung im Dezember 1929 eingesetzt hat, um die ganze Frage zu studieren. Diese Kommission steuert jetzt, wie es nach Johnsons Mitteilungen scheint, auf eine bestimmte Lösung zu, die in dem Entwurf eines mit Dieselmotor betriebenen Lastzugs von 1 Motorlastwagen mit 3 Anhängern mit zusammen 100 Tonnen Nutzlast besteht. Die Fahrzeuge sollen auf Raupenschleppern besonderer, den Boden nicht wie die bisherigen derartigen Konstruktionen aufreißender Bauart laufen und durch neuartige Vorrichtungen instand gesetzt werden zu werden und Kurven zu fahren, ohne, wie die auf Rädern laufenden Fahrzeuge, mit den Radkanten oder, wie die bisher allgemein gebrauchten Raupenschlepper, mit wühlendem Drehen auf der Stelle die Straßenoberfläche zu zerstören. Die in Arbeit befindliche Konstruktion entspricht der Forderung, daß keine Stelle der Straße einem größeren Druck als 0,9 bis 1,2 Kilogramm pro Quadratcentimeter ausgesetzt wird, wobei Johnson von der wohl gerechtfertigten Annahme ausgeht, daß Wege, die diesen Druck aushalten, praktisch überall ohne besondern Wegebauaufwand nur durch Ro-

dung in den Tropen hergestellt werden können. Unebenheiten solcher Wege würden dann viel größeren Druck ertragen müssen und dadurch quasi "plattgebügelt" werden. Die Dieselmotoren, an denen man für diesen Zweck jetzt arbeitet, sollen etwa 300 bis 400 Pferdestärken haben. Die Durchschnittsgeschwindigkeit, auf die man hinarbeitet, beträgt etwa 8 Kilometer die Stunde, also immerhin etwa doppelt so viel wie ein Träger in den Tropen leistet. Die Transportkosten werden nach Johnsons Berechnungen voraussichtlich bei dem neuen Transportmittel nicht höher sein als die Tonnenkilometersätze, die auf tropischen Eisenbahnen üblich sind: eine sehr unbestimmte Angabe.

Wie man aber auch die Pläne im einzelnen beurteilen, wie sehr man auch mit Recht darauf hinweisen mag, daß sich endgültige Urteile erst aus der Erfahrung mit dem neuen Transportmittel ergeben können, das eine geht jedenfalls aus den ganzen Betrachtungen Johnsons hervor, daß jetzt einem der am stärksten die wirtschaftliche Erschließung der Kolonialgebiete begrenzenden Faktoren planmäßig und mit Aussicht auf Erfolge größeren Umfangs zuleibe gegangen wird.

Guayulekautschuk

Schon mehrmals ist in dieser Rundschau darauf hingewiesen worden, wie schwer die Kautschuk verarbeitende Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika es empfindet, daß sie beim Rohkautschuk so gut wie ganz von anderen politischen Gebilden, namentlich von dem britischen und dem holländischen Kolonialreich, abhängt. Daher alle jene Versuche im politischen Machtbereich der Vereinigten Staaten von Amerika (Liberia, Brasilien) oder auf den Philippinen eine eigene nordamerikanische Kautschukproduktion großzuziehen, daher auch die Förderung der Forschung nach wirtschaftlich brauchbaren Methoden sowohl der Regenerierung von Altkautschuk als auch der synthetischen Herstellung von Kautschuk, daher schließlich auch das Suchen nach Pflanzen, aus denen man Kautschuk gewinnen kann. Nun haben die Amerikaner der Vereinigten Staaten in den Sandwüsten Mexicos eine Pflanze entdeckt, von der sie einen Erfolg erhoffen. Es handelt sich um eine Buschpflanze mit dem einheimischen Namen Guayule (botanisch *Parthenium argentatum*). Seit 1912 ist eine zunächst ganz klein begonnene Versuchskultur dieses Buschs auf 5000 Acker angewachsen, und es wird

daran gearbeitet mit Hilfe des dort gewonnenen Saatguts jährlich weitere 2500 Acker mit diesem Busch zu bestellen. Man hat es jetzt erreicht, daß anstatt ursprünglich nur 5% nunmehr 96% der Saat keimen, daß eine Vereinheitlichung der ursprünglich sehr wenig reinen Sorten stattfand, und daß man diejenigen herausfindet, die unter den klimatischen Verhältnissen der Anbaugelände mit einiger Sicherheit gedeihen. Die Samen werden zunächst in einem Saatbeet ausgesät. Dann werden im Alter von 12 Monaten die kleinen Pflanzen verpflanzt, mit Hilfe einer Maschine, die im Lauf eines Achtstundentags 150 000 Pflanzen setzt und diese Arbeit so genau und regelmäßig verrichtet, daß auch alles weitere Hacken und Jäten in der Pflanzung maschinell erledigt werden kann. Nach 1jährigem Wachstum ergeben bisher die Pflanzen pro Acker im Durchschnitt 528 Kilogramm Kautschuk, nämlich 6,3% der trockenen Masse der entblätterten Stengel. Am günstigsten ist es nach 4 Jahren die Pflanzungen abzuernsten. Chemisch scheint das Produkt mit dem üblichen Heveakautschuk identisch zu sein, es kann auf dem gewöhnlichen Weg vulkanisiert werden. Über die Höhe der Gesteungskosten ist bisher nur zu erfahren, daß sie dem Guayulekautschuk erlauben sollten mit eingeführtem Kautschuk zu konkurrieren. Es ist möglich, daß sich von hier aus eine gewisse Begrenzung der monopolistischen Ausbeutung der Kautschukverarbeiter durch die Produzenten ergibt.

Informationsmittel Über *Australien* informieren vortrefflich 2 neue Bücher: J. G. Lathams Arbeit

Australia and the British Commonwealth /London, Macmillan & Co./ ist zu großem Teil eine Erläuterung der Rechtstellung Australiens im Britischen Reich, wie sie durch die Beschlüsse der Reichskonferenz von 1926 geschaffen ist. Sehr klar ist der an vielen Stellen teils absichtlich geführte, teils nebenher zutage tretende Beweis, daß das Eigeninteresse der Reichsteile die Hauptkraft ist, die das Britische Reich zusammenhält. Ein Buch geeignet manchen Irrtum über australische und britisch-impériale Angelegenheiten zu beseitigen. Die von P. D. Philips und G. L. Wood herausgegebene Aufsatzsammlung *The Peopling of Australia* /Melbourne, University Press/ führt in die Probleme der australischen Bevölkerungspolitik sowohl von der wissenschaftlichen als auch von der praktischen, das heißt politisch-ökono-

misch-sozialen Seite ein. Die 12 Autoren, die mitgearbeitet haben, sind sich übrigens durchaus nicht einig. Von allgemeinerer Bedeutung ist der allerdings in manchem vielleicht nicht ganz unproblematische Beitrag R. W. Cilentos. Die weiße Besiedlung des tropischen Australien, aus dem jedenfalls hervorgeht, daß nach den neueren, namentlich auf besserer Hygiene beruhenden Erfahrungen die üblichen Urteile über die Untauglichkeit der Tropen zur Ansiedlung von Europäern stark revidiert werden müssen. Dieses Buch ist eine sehr dankenswerte Bereicherung der Literatur.

Kurze Chronik Über die Erzeugung von *Papier* aus *Bambus* liegen wieder verschiedene Berichte vor, die erkennen lassen, daß man überall unter dem Druck der Abnahme der Bestände der bisher verarbeiteten Papierhölzer versucht dieses größte Reservoir von Zellulose zu erschließen. Nach einem Bericht W. Raitts, der in *Tropical Agriculture* wiedergegeben wurde, ist es jetzt gelungen ein wirksames Verfahren für das Bleichen des aus Bambusschäften gewonnenen Holzschliffs zu finden. In der selben Richtung bewegen sich die Versuche ein Abfallholz der tropischen Wirtschaft, das des Zuckerrohrs, zu Zellstoff für die Papier- und Kunstseidenindustrie zu verarbeiten, nachdem man schon vor einigen Jahren gelernt hat aus dem des Zuckers beraubten Rohr ein feuer- und insektenfestes Kunstholz (Celotex) herzustellen, das selbst in Deutschland heute bereits als Isoliermaterial für Bauten gegen Kälte, Hitze und Schall guten Absatz findet. ◊ Walter Busse, Wilhelm Henneberg und T. Zeller berichten in einem sehr interessanten Beiheft zu der Zeitschrift *Der Tropenpflanzer* über systematische Arbeiten, die dem Ziel gewidmet sind aus den geernteten Kakobohnen unter allen Umständen guten *Kakao* zu gewinnen; in der Hauptsache handelt es sich um Fragen, die für den in Kamerun gewonnenen *Kakao* wichtig sind. ◊ Im letzten Jahr vor dem Krieg gab es in *Deutsch Südwestafrika* etwa 14 000 Deutsche. Jetzt sind es, nach einer Schätzung der Deutschen Kolonialgesellschaft, noch etwa 8500; daneben sind rund 20 000 weitere Europäer vorhanden. 1929 ging die bedeutendste deutsche Schule ein; allerdings hat die Mandatsregierung als Ersatz eine deutsche Höhere Schule begründet, die gleichzeitig das südafrikanische und das deutsche Reifezeugnis erteilt.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Werkbund Bei der Internationalen Ausstellung in *Monza* übernahm der Deutsche Werkbund die Durchführung der Deutschen Abteilung, mit deren künstlerischer Leitung der Bearbeiter dieser Rundschau betraut wurde. Im Gegensatz zu den Ausstellungen der Jahre 1925 und 1927, die hauptsächlich das kunsthandwerkliche Schaffen berücksichtigten, wurden diesmal Industrieerzeugnisse guter Form gezeigt. Da für die Ausstellung nur geringer Raum zur Verfügung stand, beschränkte man sich auf die Gebiete Glas, Porzellan und Metall. Die Ausstellung wurde am 10. Mai eröffnet.

Auf eine Einladung der Société des Artistes Décorateurs in *Paris* hat sich der Deutsche Werkbund an ihrer Frühjahrsausstellung im Grand Palais beteiligt. Es ist dies die erste deutsche Ausstellung in *Paris* nach dem Krieg. Die künstlerische Leitung hatte Walter Gropius. Da nur verhältnismäßig beschränkte Mittel für die Ausstellung vorhanden waren, beschränkte sich Gropius darauf in einer knappen Darstellung den Anteil Deutschlands an der Entwicklung moderner handwerklicher und industrieller Erzeugnisse, insbesondere einer formschönen Standardware, zu demonstrieren, daneben aber auch einzelne kunsthandwerkliche Spitzenleistungen aus allen Materialgebieten zu zeigen. Die Ausstellung wurde am 20. Mai mit einer Ansprache des französischen Kultusministers und des deutschen Botschafters eröffnet und hat in der Presse einen starken Widerhall gefunden. Das 11. und 12. Heft der Werkbundszeitschrift *Die Form* /Berlin, Hermann Reckendorf/ ist dieser Ausstellung gewidmet.

Als erste Werkbundaustellung in *Brasilien* fand vom 5. September bis zum 12. Oktober 1929 in *Sao Paulo* eine Wander- und Verkaufsausstellung deutschen Kunstgewerbes statt. Die Ausstellung wurde auch in *Rio de Janeiro* und anderen Städten gezeigt.

Die Tagung des Deutschen Werkbunds fand dieses Jahr Ende Juni in *Wien* statt. Aus Anlaß dieser Tagung hatte der Österreichische Werkbund eine Ausstellung veranstaltet, auf der Kunstgewerbe sowie Erzeugnisse von Industrie und Mode gezeigt wurden. Eine geplante Siedlung, zu der außer österreichischen Architekten *Hugo Häring* /Berlin/, *André Lurçat* /Paris/, und *Rietveld* /Utrecht/ aufgefordert waren, kam leider nicht zustande. Anlässlich der

Tagung wurde ein Denkmal für *Otto Wagner* enthüllt. *Wagner* war der Führer der österreichischen Architekturbewegung um die Jahrhundertwende und vertrat frühzeitig in *Wien* den Gedanken der neuen Baukunst. Das Denkmal, ein schlanker Obelisk, wurde nach einem Entwurf *Josef Hoffmanns* ausgeführt.

Forschungsgesellschaft für Bauwirtschaft Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ist in einer Umorganisation begriffen. Der Arbeit der Reichsforschungsgesellschaft fehlte bisher in vielen Fällen der innere Zusammenhang. Es wurde nicht genügend beachtet, daß der Wohnungsbau eine Synthese zahlreicher technischer und wirtschaftlicher Vorgänge darstellt, und daß man, wenn man sie in der Betrachtung von einander trennt, zu falschen oder mindestens ungenauen Schlüssen über das wirtschaftliche Gesamtergebnis kommt. Die Art der alten Führung der Reichsforschungsgesellschaft war nicht dazu angetan diese Zusammenfassung herbeizuführen. Sie ist deshalb auch von allen Seiten aufs schärfste kritisiert worden. Es ist daher verwunderlich, daß bei der Umorganisation immer noch einer ganzen Anzahl von Persönlichkeiten Gelegenheit gegeben ist in ihr weiter mitzuarbeiten, obwohl ihre Mitarbeit bisher nicht zur Förderung der Reichsforschungsgesellschaft übertragenen Aufgaben beigetragen hat. *Wichard von Moellendorf*, der neue Leiter der Reichsforschungsgesellschaft, hat *Otto Haesler*, *Edgar Hotz* und *Jobst Siedler* als beratende Sachverständige berufen, die ihm bei Auswahl und Durchführung von Forschungsarbeiten zur Seite stehen sollen.

Die Berufung *Haeslers* ist außerordentlich erfreulich, da er durch seine bisherige Arbeit gezeigt hat (was eigentlich Aufgabe der Reichsforschungsgesellschaft gewesen wäre), wie und wieweit man den Wohnungsbau fördern und verbilligen kann, ohne damit die Qualität der Wohnung zu verschlechtern. *Haesler* hat auch eine kleine Schrift zum Problem des Wohnungsbaus erscheinen lassen /Berlin, Hermann Reckendorf/, worin er über seine Erfahrungen im Wohnungsbau berichtet und die von ihm festgestellten Resultate durch eingehendes Zahlenmaterial belegt. Der Erfolg *Haeslers* beruht darauf, daß er nicht nur die architektonischen sondern auch die technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen bei seinen Siedlungsanlagen selbst bearbeitete.

Ausstellungen Am 3. Mai wurde in Lütlich die *Weltausstellung* eröffnet, 8 Tage nach der Eröffnung der Weltausstellung in Antwerpen. Sie zeigte 2 getrennte Abteilungen: im Süden der Stadt eine Landwirtschaftliche Abteilung, die neben landwirtschaftlichen Maschinen ein Musterdorf vorführte, im Norden Industrie und Kunst sowie die Pavillons der fremden Nationen. Der Regierungskommissar für die Ausstellung richtete bei dem einleitenden Festbankett besonders herzliche Worte an die Vertreter Deutschlands und feierte die Ausstellung als ein Mittel alte Verstimmungen zu begraben. Die Union des Artistes Modernes, die derzeit unter künstlerischer Führung von Mallet-Stevens, Djo-Bourgeois, Renée Herbst steht, veranstaltete in Paris, im Louvre, eine *Architekturausstellung*, die am 11. Juni eröffnet wurde.

In der Neuen Sammlung des Bayrischen Nationalmuseums zeigt Wilhelm von Wersin unter Mitarbeit von Max Hoene und Harbers eine Ausstellung *Der Billige Gegenstand*: Geschirr, Tischgerät, Tapeten, Textilien, Möbel bis zu den einfachsten technischen Gegenständen. Außerdem Grundrisse von Kleinsthäusern sowie die Wanderausstellung *Die Wohnung für das Existenzminimum*.

Von Mitte Juni bis zum 12. Juli fand in Berlin eine Ausstellung von *Photographieen* statt, die von einer Abteilung des Bildungsverbands der Deutschen Buchdrucker veranstaltet war. Sie zeigte Entwürfe, bei denen Photographie, Zeichnung und Typographie zusammenwirken.

Totenliste Der Tod *Max Fleischers* (siehe die Rundschau *Bildende Kunst*, in diesem Band Seite 619 und folgende) muß auch in dieser Rundschau erwähnt werden. Während eines mehr als 10jährigen Aufenthalts auf Java hatte Fleischer die von den Eingeborenen geübte Batiktechnik mit einer besondern Art von Pflanzenfärbung kennen gelernt und sich eingehend mit ihr beschäftigt. Nach seiner Rückkehr war er dann bemüht für dieses Sondergebiet des Kunstgewerbes in Deutschland Interesse zu wecken und die echte Batiktechnik gegen die minderwertigen Nachahmungen durchzusetzen. 1925 veranstaltete Fleischer zusammen mit Richard Oertmann bei Friedmann & Weber in Berlin eine Ausstellung javanischen Kunstgewerbes, wo javanische Flecht-, Metall- und vor allem Batikarbeiten in ihrer verschiedenartigsten Verwendbarkeit zu sehen waren.

Kurze Chronik Die Bayrische Numismatische Gesellschaft forderte im April das Reichsfinanzministerium auf künftighin eine Kommission von Fachleuten zur Feststellung der Form neu auszuprägender *Münzen* mitheranzuziehen. Andere numismatische Gesellschaften schlossen sich diesem Wunsch an. ◊ Der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum widmete sein Jahrbuch *Buch und Schrift* diesmal dem Thema *Das Titelblatt im Wandel der Zeit*. Durch eine große Zahl von Lichtdruckabbildungen wird die Entwicklung des Titelblatts seit der Renaissance bis auf unsere Zeit gezeigt. ◊ Der jetzt 50jährige *Bruno Taut* wurde an die Technische Hochschule Berlin als Professor der Baukunst berufen.

Literatur Bereits vor mehr als 20 Jahren veröffentlichte *Fritz Schumacher* ein Buch *Streifzüge eines Architekten*; kurz nach dem Krieg gab er ein weiteres Buch heraus, das er *Kulturpolitik* nannte; und jetzt erschien ein 3. Buch, *Zeitfragen der Architektur* genannt; alle 3 im Verlag Eugen Diederichs in Jena. Sie beschäftigen sich mit architektonischen Fragen der jeweiligen Zeit. Während Schumacher sich in der Vorkriegszeit mit diesen Problemen aktiv auseinandersetzte, hat er heute dazu wesentlich ein passives Verhältnis. Sein Buch zeigt, daß er gut unterrichtet ist, daß ihm aber die architektonischen Zeitfragen mehr Betrachtungsstoff als tiefgehende Probleme sind, mit denen man sich entscheidend auseinandersetzen muß. Er ist sich nicht im klaren darüber, ob man nicht etwa ein sichereres Prinzip aufgibt »zugunsten einer vorübergehenden Temperamenterregung, einer Künstlerlaune, vielleicht einer Mode«. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die noch vor kurzer Zeit heftig umkämpften Forderungen neuer Baukunst in ihren formalen Ergebnissen von den nie fehlenden Mitläufern akzeptiert und als "Mode" schematisch angewandt werden. Aber Schumacher sollte selbst eine entschiedene Stellung zu den Dingen nehmen. Betrachtet man die Abbildungen seiner Bauten, so kann man nicht umhin festzustellen, daß viele seiner späteren Bauten nicht frei vom Charakter des Modischen sind, wobei man sein inneres Unbeteiligtsein herausfühlt. Man darf das um so eher aussprechen, als Schumacher für die architektonische Entwicklung der Vorkriegszeit Außerordentliches geleistet hat.